Christian-Albrechts-Universität zu Kiel | Institut für Psychologie

Regionalanalysen zu Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein

Abschlussbericht

Oktober 2015

Dipl.-Psych. Petra Maresch

Prof. Dr. Thomas Bliesener

Unter Mitwirkung von

Dominique Valerie Paschen, Annika Möller, Carmen Eidmann,

Nils Lang-Keller, Johanna Geritz und Tom Ehrhart

Danksagung

Die Realisierung einer solchen Forschungsarbeit ist ohne die Hilfe verschiedener Projektbeteiligter nicht denkbar, daher soll ihnen an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen werden.

Zum einen bedanken wir uns bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an dieser Umfrage – Schülerinnen und Schülern, deren Eltern und Erziehungsberechtigten sowie den Lehrkräften an den verschiedenen Orten Schleswig-Holsteins, die eine Befragung an ihrer Schule ermöglichten. Selbstverständlich möchten wir uns ebenfalls bei all jenen bedanken, die sich an der Umfrage im Rahmen der Expertenbefragung beteiligten.

Darüber hinaus gilt unser Dank den Studentinnen und Studenten, die mit großem Engagement und wertvollen Anregungen zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Namentlich sind dies Dominique Valerie Paschen, Annika Möller, Carmen Eidmann, Nils Lang-Keller, Johanna Geritz sowie Tom Erhart. Für die fachliche Unterstützung und Expertise möchten wir uns auf diesem Weg ebenfalls noch einmal sehr herzlich bei unseren Kolleginnen und Kollegen Dr. Lars Riesner, M.A. Antje Gansewig, Dipl.-Geogr. Uta Lungershausen sowie bei M.A. Florian Remien bedanken.

Die Verfasser

Oktober 2015

Inhaltsverzeichnis

Einleitung ... 5

1 Rechtsextremismus – Theoretischer Hintergrund ... 7

1.1 Begriffsbestimmung ... 7

1.1.1 Exkurs Islamfeindlichkeit ... 13

1.1.2 Exkurs Sexismus ... 17

1.2 Erklärungsansätze für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen ... 21

1.2.1 Psychologische Grundlagen der Entstehung von Vorurteilen und Diskriminierung ... 21

1.2.2 Dominierende Erklärungsansätze ... 23

1.3 Rahmenbedingungen für die Entstehung von Rechtsextremismus ... 32

1.3.1 Geschlecht und Geschlechterunterschiede ... 32

1.3.2 Gewaltbereitschaft ... 33

1.3.3 Empathie ... 34

1.3.4 Formale Schulbildung ... 36

1.3.5 Alter ... 36

1.3.6 Wohnort/ Region ... 37

1.4 Aktuelles Lagebild und Erscheinungsformen ... 38

2 Methode ... 42

2.1 Die Befragung der Schülerinnen und Schüler ... 42

2.1.1 Zielsetzungen und Planung ... 42

2.1.2 Durchführung ... 44

2.1.3 Aufbau des Fragebogens ... 45

2.1.4 Teilnahmequote und Plausibilitätsprüfung ... 51

2.2 Die Befragung der Expertinnen und Experten ... 52

2.2.1 Zielsetzungen und Planung ... 52

2.2.2 Durchführung ... 53

2.2.3 Aufbau des Fragebogens ... 54

2.2.4 Rücklaufquote der Befragung ... 55

3 Auswertung der Befragung von Schülerinnen und Schülern 58
3.1 Voranalysen 58
3.1.1 Soziodemographische Beschreibung der Schülerstichprobe 58
3.1.2 Psychometrische Prüfung der Rechtsextremismus-Items 60
3.2 Rechtsextremistische Einstellungen unter Schülerinnen und Schülern 64
3.2.1 Rechtsextreme Affinität auf Skalenebene 64
3.2.2 Ausmaß rechtsextremer Affinität auf Dimensions- und Itemebene 69
3.3 Prädiktoren rechtsextremer Einstellungen 79
3.3.1 Zusammenhänge zwischen den Prädiktoren und „rechtsextremen Einstellungen“ 82
3.3.2 Multivariate Vorhersage rechtsextremer Einstellungen 98
3.4 Politisch rechts motivierte Kriminalität im Vergleich von Hell- und Dunkelfeld 101
4 Auswertung der Befragung der Expertinnen und Experten 106
4.1 Soziodemographische Beschreibung der Expertenstichprobe 106
4.2 Qualitative Auswertungen zum Antwortverhalten 108
4.2.1 Allgemeiner Eindruck zum Ausmaß von Rechtsextremismus und Alltagsrassismus 108
4.2.2 Umgang mit Rechtsextremismus und Alltagsrassismus nach Funktionsbereich 110
4.2.3 Probleme der Rechtsextremismusbekämpfung 113
4.2.4 Angebote der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (RBTs) 116
5 Handlungsempfehlungen 122
Literaturverzeichnis 128
Glossar 139
ANHANG A: Fragebogen der Schüler_innenbefragung 143
ANHANG B: Fragebogen für die Expert_innenbefragung 152
ANHANG C: Tabellen zur Faktorenanalyse 155
ANHANG D: Tabellen zur Berechnung der rechtsextremen Affinität 157

Einleitung

„Wascht nur in Unschuld eure Hände
Und greift, kraft eigenen Ermessens,
Zum güt´gen Handtuch des Vergessens...
Doch hilft das Waschen nicht und Reiben:
Die Flecke bleiben."
Heinz Erhardt

Heinz Erhardt (1909-1979), ein deutsch-baltischer Kabarettist und Dichter, verarbeitete seine Erfahrungen mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts in vielen seiner Werke, so auch im hier vorgestellten Auszug des Gedichts „Flecke" (2012). Was ihn zu bewegen scheint, ist nicht allein die Befürchtung, dass sich große Kultur- und Industrienationen selten reflexiv und kritisch mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen scheinen, sondern auch nur wenig aus ihr zu lernen bereit sind. Stattdessen werde lieber das „güt´ge Handtuch des Vergessens" übergeworfen und auf die Vergangenheit teils euphemistisch, teils negierend zurückgeblickt. Dabei beklagt er an einer anderen Stelle des Gedichts auch die scheinbar fehlende *Menschlichkeit* in großen Teilen der Mehrheitsbevölkerung, welche sich auch in Konflikten zahlreicher Länder und Nationen wie dem der Rassentrennung in den USA zeigt.
Lassen sich für Erhardts Ansichten auch heute – etwa 50 Jahre später – noch Hinweise finden, oder entziehen sich seine Befürchtungen von fehlender Menschlichkeit und kritischer Reflexive heutzutage jeglicher Grundlage?

Mit der Würdigung besonderer historischer Ereignisse wie den jährlich stattfindenden Gedenktagen zum Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 oder der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 lässt die Bundesrepublik Deutschland ihrer Geschichte regelmäßig eine besondere Beachtung zuteilwerden. Doch obwohl insbesondere den Gedenktagen um die Befreiung vom Nationalsozialismus immer auch Worte der Mahnung folgen, die Ereignisse damaliger Zeiten nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und aus ihnen zu lernen, lehrt uns die aktuelle Geschichte, dass auch heute noch rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten möglich sind. Als Beispiele hierfür dienen nicht nur die Taten des „Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)", sondern auch die aktuellen Gewalttaten etwa gegen Asylbewerber_innen, von denen angenommen wurde, sie würden in einer solchen Weise nach Ereignissen wie denen in Rostock-Lichtenhagen oder Mölln in den 1990´er Jahren nicht mehr stattfinden.
Sicherlich handelt es sich bei diesen Beispielen um die Taten eines nur relativ geringen Anteils der deutschen Bevölkerung, dem die zahlreichen Gegenbeispiele von z.B. aktuell erfolgten zivilgesellschaftlichen Hilfen für Geflüchtete als Zeichen der Mitmenschlichkeit und Toleranz gegenüberstehen. Diese positiven Modelle aus der Zivilgesellschaft, die mahnenden Worte staatlicher Führungsperso-

nen oder das eigene Wissen von bspw. der Verzweiflung und der Hilfebedürftigkeit unserer Eltern- und Großelterngeneration, von denen im damaligen Nachkriegsdeutschland ebenfalls viele als Flüchtlinge nach Deutschland kamen, reichen jedoch scheinbar nicht aus, um den Teil der Bevölkerung, der fremdenfeindlich oder asylkritisch eingestellt ist, zu einem Umdenken zu bewegen. Aus diesem Grunde erscheint die regelmäßige Erfassung des Ausmaßes antidemokratischer und rechtsextremer Einstellungen in Deutschland sowie die Erforschung von Ursachen und Faktoren, die zentral für die Ausbildung eines rechtsextremen Weltbildes sind, gleichsam interessant wie notwendig, um mit Initiativen zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung der Ausbreitung intoleranter und rassistischer Orientierungen wirksam entgegentreten und bekämpfen zu können.

Die vorliegende Studie, deren Auftraggeber der Rat für Kriminalitätsverhütung des Landes Schleswig-Holstein ist, befasst sich mit eben diesen Themen. Als Datengrundlage dient hierbei eine Befragung von Schülerinnen und Schülern an allgemein- und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein sowie die Befragung von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Funktions- und Tätigkeitsbereiche wie etwa dem Polizeibereich oder dem Bereich der Schule. Die thematischen Schwerpunkte dieser Arbeit liegen dabei auf der Erstellung eines Lagebildes über das Aufkommen rechtsextremer Einstellungen bei Schüler_innen in den verschiedenen Regionen Schleswig-Holsteins, der Erfassung von Entwicklungsrisiken insbesondere bei jungen Menschen, die die Anfälligkeit gegenüber politisch extremem Gedankengut begünstigen sowie der Ableitung von Handlungsempfehlungen zur Rechtsextremismusprävention.

Vor der Auswertung dieser Daten wird sich im ersten Kapitel zunächst auf einer theoretischen Ebene dem Rechtsextremismus genähert. In diesem Abschnitt werden neben der Klärung, welchem definitorischen Verständnis von Rechtsextremismus in dieser Arbeit gefolgt wird, auch Entstehungsmodelle für die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen angesprochen sowie ein Überblick über das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus in Deutschland gegeben. Im Anschluss daran findet die Beschreibung der hier gewählten Methode statt. Kapitel 3 und 4 befassen sich schließlich mit der Auswertung der durch die Befragung von Schüler_innen sowie Expert_innen gewonnenen Daten. Die aus diesen Ergebnissen ableitbaren Handlungsempfehlungen für die Arbeit zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung werden im abschließenden fünften Kapitel vorgestellt.

1 Rechtsextremismus – Theoretischer Hintergrund

1.1 Begriffsbestimmung

Die folgende wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema *Rechtsextremismus* wird zeigen, dass dieses Phänomen nicht nur deutlich vielschichtiger ist, als gemeinhin angenommen werden kann, sondern auch eine systemimmanente Erscheinungsform freiheitlich-demokratischer Gesellschaften zu sein scheint, welche in ihrem Ausmaß über die Zeit variiert und als Ausdruck des Umgangs mit den Konfliktbelastungen einer Gemeinschaft gesehen werden kann (Scheuch & Klingemann, 1967). Die Frage, die sich eine Gesellschaft folglich zu stellen hat, ist, wieviel Agitationsspielraum sie den Anhänger_innen rechtsextremer Orientierungen geben will und inwieweit sie dem Bedürfnis nach Schutz, Freiheit und Gleichheit ihrer Bürgerinnen und Bürger nachkommen möchte.
Der Rechtsextremismus ist auch nach über dreißig Jahren intensiver wissenschaftlicher Beschäftigung ein noch immer umstrittenes Phänomen, weshalb der Fokus im ersten Teil dieser Arbeit auf dessen Begriffsbestimmung, der Beschreibung seiner Komponenten und dessen Erklärungsansätzen liegt.

Rechtsextreme Orientierungen sind komplex und können auf unterschiedlichen Wegen zum Ausdruck gebracht werden. Dabei ist ihr Auftreten weder auf ein bestimmtes Alter, noch auf einen bestimmten Bildungsgrad begrenzt. Ebenso müssen sie sich nicht nur als ein geschlossenes Weltbild ausdrücken, sondern können sich auch als diffuse antidemokratische Einstellungen in den Menschen manifestieren (Schroeder & Alisch, 2004). Unser Bild vom Rechtsextremismus wird nicht selten auch von der medialen Berichterstattung beeinflusst, welche vor allem politisch motivierter Gewalt besondere Aufmerksamkeit zukommen lässt. Die Betrachtung solch Aufsehen erregender Gewalttaten darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus deutlich vielfältiger ist und nicht nur durch Gewalttaten zum Ausdruck gebracht werden muss. Bereits 2001 gab Jaschke zu bedenken, dass „der immer vorhandene Bodensatz rechtsextremer Strömungen“ in Deutschland in der Lage zu sein scheint, „das politische Abseits zu überwinden und zu einer ernst zu nehmenden Kraft werden können“ (S. 8). Insbesondere die Ereignisse in den Jahren 2014 und 2015 – Initiativen mit fremdenfeindlichem Tenor wie die PEGIDA-Bewegung („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) oder der Flüchtlingsexodus nach Europa mit den daraufhin erfolgten rechtsextrem motivierten Gewalttaten gegen Asylsuchende – verweisen darauf, dass der Rechtsextremismus in Deutschland und sicherlich auch in Teilen Europas nicht mehr nur als ein Randphänomen betrachtet werden kann. Konservative, antidemokratische und rechtsextreme Einstellungen entstehen auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus, daher kommt der politischen, medialen und wissenschaftlichen Beschäftigung eine große Bedeutung zu, um für dieses The-

ma zu sensibilisieren und durch Initiativen und Programme die Toleranz und das Demokratieverständnis der Bevölkerung zu stärken.

Der Begriff „Rechtsextremismus“ hat eine lange Tradition und Geschichte. Dies macht bereits die Silbe „rechts“ deutlich, welche auf die parlamentarische Sitzordnung nach 1789 zurückgeht. Damals versammelten sich konservative Vertreter_innen rechts vom Sitz des Parlamentspräsidenten, während sich die Repräsentant_innen des Volks umso weiter links platzierten, je fortschrittlicher und liberaler sie eingestellt waren (Butterwegge & Meier, 2002). Je extremer dabei die Haltung der Abgeordneten war, umso näher fanden sie sich am rechten oder linken Rand wieder und erhielten somit auch einen Platz im politischen Kontinuum. Eine ähnliche Sitzordnung und Ausrichtung der Volksvertreter_innen ist auch heute noch in demokratischen Parlamenten erhalten geblieben, weshalb das Wort „rechts“ demnach auch aktuell die konservative Haltung von Rechtsextremist_innen widerspiegelt, welche sich gegen soziale, wirtschaftliche und politische Gleichheit sowie gegen einen generellen Fortschritt in diesen Bereichen aussprechen (Stöss, 2010).

Die Verwendung des Rechtsextremismus-Begriffs als Oberbegriff für antidemokratische Einstellungen und Verhaltensweisen etablierte sich seit Mitte der 1970´er Jahre im wissenschaftlichen und behördlichen Diskurs und wird seitdem auch kontrovers diskutiert (Salzborn, 2014). So schwingt in der Begrifflichkeit „Extremismus“ gleichzeitig die Annahme mit, es gebe einen ähnlich gearteten Extremismus auch im linken Spektrum des politischen Kontinuums, was von einigen Wissenschftler_innen zwar bejaht, von zahlreichen anderen Vertreter_innen der Fachwelt hingegen verneint wird (ebd.). Der Unterschied zwischen dem Rechts- und dem Linksextremismus besteht demnach gerade darin, dass „Linke“ sich kategorial für die Gleichheit aller Menschen aussprechen, während „Rechte“ eine naturgemäße und kategoriale Ungleichheit zwischen Menschen vertreten und eine nur logische Konsequenz in der Anwendung von Gewalt gegen diese Menschen zur Durchsetzung ihres Weltbildes sehen (Bobbio, 1994).

Neben der Begrifflichkeit des Rechtsextremismus existieren weitere, teils konkurrierende Bezeichnungen für dieses Phänomen, wie etwa „Rechtsradikalismus“, „Neonazismus“ oder „Neofaschismus“. Butterwegge (2000) oder Salzborn (2014) bieten weiterführende Informationen zu deren Vergleich sowie den Vor- und Nachteilen dieser Termini, auf die an dieser Stelle nur verwiesen werden kann. Entscheidend für diese Arbeit ist, dass sich weiterhin am Begriff „Rechtsextremismus“ orientiert wird, wenngleich die genannten Schwierigkeiten dabei nicht negiert werden sollen.

Die Frage, was unter Rechtsextremismus zu verstehen ist, ist ebenfalls nicht unumstritten. Fachübergreifend besteht zumindest Konsens darüber, dass Rechtsextremist_innen nicht allein der Wunsch nach einer autoritären Staatsführung und der Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft verbindet, sondern auch ihr Glaube an die ethnisch bedingte Ungleichheit von Menschen. Entsprechend dieser Ideologie werden all jene abgewertet, die aufgrund ihrer Herkunft, Religion, ihres sozia-

len Status oder ihrer körperlichen Merkmale als nicht zur ethnisch oder nach körperlichen Merkmalen homogenen Gemeinschaft zugehörig angesehen werden (Jaschke, 2001).

Versuche, den Rechtsextremismus zu definieren und eine einheitliche Festlegung seiner Komponenten vorzunehmen, werden bereits seit mehreren Jahrzehnten unternommen. Unterschiedliche Perspektiven wie die soziologische, psychologische oder politikwissenschaftliche Sicht auf dieses Phänomen erleichtern jedoch kaum eine Definition, mit deren Hilfe der Rechtsextremismus umfassend und für alle Forschungsbereiche gleichermaßen geeignet beschrieben werden kann. Bereits zu Beginn der 1990´er Jahre legte der Soziologe Wilhelm Heitmeyer eine definitorische Grundlage für den Rechtsextremismusbegriff. Dieser geht in seinem Konzept des „soziologischen Rechtsextremismus" (1992, S. 13) von zwei Kernelementen aus, die erst durch ihr gemeinsames Auftreten rechtsextremistische Orientierungen kennzeichnen. Einerseits handelt es sich dabei um eine Ideologie der Ungleichheit, die durch eine Abwertung von als ungleich empfundenen Personen oder Gruppen wie etwa homosexuellen Menschen gekennzeichnet ist. Diese Abwertung kommt dabei durch die Forderung zum Ausdruck, jene Personen oder Gruppen von beispielsweise kulturellen, sozialen oder rechtlichen Gütern auszuschließen. Neben dieser Ideologie der Ungleichheit ist ein weiteres zentrales Element die Akzeptanz von Gewalt, die jedem, der als rechtsextrem bezeichnet wird, inne sein muss. Dabei ist es nicht von Bedeutung, ob sich diese Gewaltakzeptanz im bloßen Befürworten von Gewalt oder in tatsächlich gezeigter Gewalttätigkeit äußert.

Wenngleich die Vielschichtigkeit des Rechtsextremismusbegriffs in dieser Definition bereits deutlich wird, blieb Heitmeyers Ansatz nicht unumstritten. Ein Kritikpunkt ist, dass die Voraussetzung des Vorhandenseins einer Gewaltakzeptanz dazu führt, nur einen speziellen Teil von Rechtsextremist_innen zu fokussieren. So werden bereits diejenigen mit rechtsextremen Einstellungen von Beginn an aus der Betrachtung ausgeschlossen, die nicht (mehr) gewalttätig sind oder einen anderen Weg als das gewaltsame Durchsetzen der eigenen Ideologie bevorzugen (Butterwegge & Meier, 2002). Mit anderen Worten: „Ein sich seriös gebender, offene Gewaltanwendung nicht nur aus taktischen Gründen ablehnender Rechtsextremist" bleibt bei dieser Definition unberücksichtigt (Butterwegge & Meier, 2002, S. 21). Auf der anderen Seite gibt es auch Befürworter_innen davon, die Gewaltakzeptanz als konstitutives Element mit in die Begriffsdefinition aufzunehmen. So macht Neumann (1999) deutlich, dass Rechtsextremist_innen für ihren Vergleich mit anderen Gruppen, welcher als Ziel die Aufwertung der Eigengruppe hat, allein die Abwertung der Fremdgruppe nicht ausreicht. Rechtsextremist_innen zielen vielmehr darauf ab, diese Fremdgruppe zu schädigen, um die Überlegenheit der Eigengruppe deutlich hervorzuheben. Deshalb darf die Einbeziehung von Gewalt in einer Definition zum Rechtsextremismus seiner Ansicht nach auch nicht fehlen (Neumann, 1999).

An der Definition von Heitmeyer (1992) bemängelt Jaschke (2001) zudem dessen jugendsoziologische Sicht auf das Phänomen und beschreibt diese als zu einseitig und unreflektiert. So sind „jugendliche

Normalbiographien und nicht die organisierte rechtsextreme Szene Gegenstand der Jugendsoziologie Heitmeyers“ (Jaschke, 2001, S. 29). Allerdings muss dem entgegengehalten werden, dass Heitmeyer selbst zu keiner Zeit den Anspruch erhebt, Parteien oder Organisationen als Träger des ideologischen Rechtsextremismus in seinem soziologischen Konzept mit zu erfassen und erklären zu wollen (Heitmeyer, 1992). Auch beschränkt er den Rechtsextremismus nicht nur auf ein Problem von Randgruppen, wie es bei einer politikwissenschaftlichen Sichtweise unter Zuhilfenahme des eng gefassten Extremismusbegriffs der Fall wäre.

Diese Kontroverse lässt bereits erahnen, dass es bei der Frage nach der phänotypischen Kennzeichnung von Rechtsextremismus nur einen eingeschränkten Konsens zu geben scheint. Im Bemühen des Findens einer fachübergreifenden definitorischen Übereinstimmung schlossen sich zu Beginn der 2000´er Jahre verschiedene Forscher_innengruppen zusammen, die auf Grundlage einer Skala zur Erhebung rechtsextremer Einstellungen eine Konsensdefinition entwickelten. Diese Definition begrenzt das Phänomen des Rechtsextremismus nicht nur auf bestimmte Personengruppen, schließt allerdings das unbedingte Vorhandensein von Gewaltakzeptanz als Voraussetzung für das Auftreten von Rechtsextremismus bzw. rechtsextremen Orientierungen aus. In verschiedenen Studien kam diese Definition als Grundlage bereits zum Einsatz (z.B. Best, Dwars, Salheiser & Salomo, 2013; Decker & Brähler, 2006, 2008; Decker, Kiess & Brähler, 2012, 2014). Sie lautet:

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungenund einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ (Stöss, 2010, S. 57)

Nach dieser Konsensdefinition werden rechtsextreme Einstellungen grundlegend durch sechs Komponenten gekennzeichnet, und zwar durch eine Demokratieablehnung, einen übersteigerten Nationalismus, eine Verharmlosung des Nationalsozialismus, durch Ausländerfeindlichkeit, Rassismus bzw. Sozialdarwinismus sowie durch Antisemitismus.

Die Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, die häufig bei Rechtsextremist_innen zu finden ist und mit der Ablehnung der demokratischen Staatsführung einhergeht, wird bereits in der Definition von Jaschke (2001) als ein integraler Bestandteil im rechtsextremen Denken vieler deutlich. Darin heißt es: „Unter 'Rechtsextremismus' verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, die (…) das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“ (S. 30). Eine Demokratieablehnung im rechtsextremistischen Sinne bedeutet somit gleichzeitig auch eine Befürwortung einer rechtsautoritären Dik-

tatur, weshalb auch in der vorliegenden Studie die Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur bzw. Demokratieablehnung“ mit untersucht werden soll.

Bezüglich der Dimension „Chauvinismus bzw. übersteigerter Nationalismus“ merkt Stöss (2010) an, dass diese Begrifflichkeit als Ersatz für die gängige Bezeichnung des Nationalismus gewählt wurde, um damit „eine klare Grenzziehung zu patriotischen oder nationalen Gesinnungen, die sich nicht gegen die Demokratie richten, zu erreichen“ (ebd., S. 58).

Die positive Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus ist nach der Konsensdefinition ebenfalls ein Teilbereich rechtsextremen Denkens. Butterwegge gibt hier allerdings zu bedenken, dass eine sich auf die Traditionen des historischen Faschismus berufende Einstellung nicht bei allen Rechtsextremist_innen zu finden sein muss. Menschen mit derartigen Einstellungen können auch als „Neonazis“ bezeichnet werden, welche „die radikalste Spielart des heutigen Rechtsextremismus“ darstellt (Butterwegge, 2002, S. 25) und eine Teilgruppe unter den Rechtsextremist_innen bilden.

Die Ausländerfeindlichkeit stellt einen weiteren Aspekt dar, welcher für ein rechtsextremes Einstellungsgefüge als zentral gewertet werden kann. Allerdings kann diese Begrifflichkeit irreführend sein, werden doch nicht alle, sondern nur ein gewisser Teil von Menschen anderer Herkunft von Rechtsextremist_innen herabgesetzt. Auch kann das Problem der Ausländerfeindlichkeit, wie Butterwegge (2002) warnt, durch die Endung -feindlichkeit leicht bagatellisiert werden, da rechtsextremes Handeln gegen Migrant_innen oder Flüchtlinge teilweise deutlich brutaler ausfällt, als es durch den Begriff „Feindlichkeit“ für viele auf den ersten Blick scheint.

Während sich die Ausländerfeindlichkeit auf Abneigung und Hass gegenüber Individuen und Gruppen anderer Herkunft bezieht, wird die Abwertung von Menschen auch aus dem eigenen Land, welche die nicht präferierten Merkmale aufweisen, mit dem Terminus „Rassismus bzw. Sozialdarwinismus“ bezeichnet. Nach Stöss (2010) unterstreicht diese Dimension die „Ungleichwertigkeitsvorstellungen“ im völkischen Denken, die über den ethnisch fundierten Rassismus hinausreichen, indem sie auch die Diskriminierung von angeblich 'unwertem Leben' einschließen“ (S. 58). Dieses „unwerte Leben“ beziehen viele Rechtsextremist_innen eben auch auf Personen aus dem eigenen Land, wie etwa auf homosexuelle, wohnungslose Menschen oder Menschen mit Behinderungen.

Der Antisemitismus ist auch heute noch ebenfalls untrennbar mit rechtsextremem Denken verbunden (Wenzler, 2001). Grundlegend handelt es sich hierbei um alle Einstellungen, Meinungs- und Verhaltensäußerungen, die gegen das Judentum sowie gegen alle Menschen jüdischen Glaubens gerichtet sind. Ein durch die Shoa bedingter Wandel des Antisemitismus führte insbesondere in der Wissenschaft zu einer Differenzierung zwischen christlichem Antijudaismus und sekundärem Antisemitismus (Decker, Kiess & Brähler, 2012). Während sich der christliche Antijudaismus vorrangig als eine durch Hetze und Diskriminierung versuchte Abgrenzung des Christentums vom Judentum verstehen lässt, bezeichnet der sekundäre Antisemitismus „das aus dem Nationalsozialismus und im Angesicht

der mit ihm verbundenen Schande resultierende Bedürfnis nach Schuldabwehr“ (ebd., S. 75). Gerade in Anbetracht der jüngsten Entwicklungen im Nahost-Konflikt ist die Darstellung, was unter dem Begriff des Antisemitismus in der vorliegenden Arbeit verstanden wird, bedeutsam. Passend drückten es bereits die Antisemitismusforscher Erb und Kohlstruck im Jahr 2006 aus: „Eine unbedingte Solidarität mit einem bestimmten Staat oder einem Volk einzuklagen, die über das Recht auf deren eigene Staatlichkeit hinausgeht, ist […] problematisch. Nicht die Loyalität zu einem Kollektiv kann moralisch gefordert werden, sondern nur die Bindung an bestimmte Normen und Werte, also etwa den Menschenrechten“ (Erb & Kohlstruck, 2006, S. 5).

Ein Kritikpunkt an der vorgestellten Konsensdefinition ist, dass den Tagungsberichten, auf denen diese Definition erarbeitet wurde, nicht zu entnehmen ist, auf welcher theoretischen Grundlage diese sechs Dimensionen als konstituierende Bestandteile rechtsextremer Einstellungen zusammengefasst wurden. Auch wird kein Kriterium angegeben, ab wann – also ab welcher Anzahl von zu bejahenden Dimensionen rechtsextremer Einstellungen – eine Person als rechtsextrem in ihrem Denken bezeichnet werden kann. Unklar bleibt auch, ab welchem Intensitätsgrad einer Person ein rechtsextremes Weltbild zugesprochen wird, da das Vorhandensein rechtsextremer Einstellungen nicht gleichbedeutend mit dem Vorhandensein eines solchen Weltbildes sein muss. Wie Stöss (2010) allerdings anmerkt, kann eine Person, die ein hohes Maß an ausländerfeindlichen Einstellungen aufweist, nicht bereits als rechtsextrem bezeichnet werden, wenn sie anderen Einstellungsdimensionen eher ablehnend gegenübersteht. Einen Grenzwert, der bestimmt, wie viele Dimensionen erfüllt werden müssen, um als rechtsextrem zu gelten, vermeidet jedoch auch er in seiner Beschreibung der Konsensdefinition mit anzugeben.

Den genannten Kritikpunkten an dieser Definition ist allerdings entgegenzuhalten, dass es sich hierbei um eine Beschreibung rechtsextremer Einstellungen handelt, deren Komponenten innerhalb einer Expert_innenkommission diskutiert und unter allgemeinem Konsens mit in die Definition aufgenommen wurden. Da ein Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit auf der Erfassung rechtsextremer Einstellungen unter Jugendlichen und Heranwachsenden in Schleswig-Holstein liegt, ermöglicht die Verwendung der Konsensdefinition als definitorische Grundlage rechtsextremer Einstellungen vor allem auch die Vergleichbarkeit mit anderen relevanten Untersuchungen in diesem Forschungsfeld, was in dieser Arbeit als entscheidender Vorteil angesehen wird.

Neben der Erfassung der genannten Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nach der Konsensdefinition sollen zwei weitere Dimensionen in der vorliegenden Studie ebenfalls Beachtung finden. Hierbei handelt es sich um die Dimension „Islamfeindlichkeit“ sowie um die Dimension „Sexismus“. Ihre Relevanz für diese Arbeit soll in den folgenden zwei Exkursen verdeutlicht werden.

1.1.1 Exkurs Islamfeindlichkeit

Der Anschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ am 7. Januar 2015 in Paris wurde vielfach als ein Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit gewertet. Zwei islamistisch motivierte Männer drangen an diesem Tag in die Redaktion ein und töteten elf Personen. Auslöser der Tat sollen vom Magazin abgedruckte Karikaturen des Propheten Mohammed gewesen sein. Der religiöse Hintergrund der Tat verstärkte zusätzlich zur anhaltenden öffentlichen Debatte noch einmal die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Islam“. Vor diesem Umstand erscheint eine Untersuchung der Islamwahrnehmung – insbesondere unter dem Aspekt der Islamfeindlichkeit – in der vorliegenden Studie erneut interessant und gleichwohl relevant.

Die Begriffe Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie Islamophobie, welche in den Jahren um die Jahrtausendwende entwickelt wurden, beschreiben die Ablehnung des Islam und seiner Anhänger_innen, wenngleich die Abwertung von allem „Orientalischen“ in der westlichen Welt bereits auf eine längere Tradition zurückblicken kann. Insbesondere zu Zeiten der Aufklärung war die Begeisterung für den Orient noch groß. Die spätere Abneigung wuchs nicht zuletzt auch durch das Hegemonialstreben europäischer Großmächte im 19. und 20. Jahrhundert an (Said, 2009). Es erschienen der Orient und der Islam dem Westen zunehmend als ein „Fremdkörper“ (ebd.), welcher mit negativen Stereotypen wie statisch, religiös minderwertig oder bedrohlich charakterisiert wurden. Diese Abwertung greift das Konzept der Islamfeindlichkeit, über dessen Kerninhalte bisher noch weitgehende Uneinigkeit herrscht, auf und beschreibt die Rechtfertigung von Diskriminierungen gegenüber Muslim_innen sowie die Delegitimierung von Kritik an westlichen Werten durch Anhänger_innen des Islam (Runnymede Trust, 1997). Bleichs (2011) Definition von Islamophobie folgend können unter dieser die „wahllosen negativen Einstellungen und Emotionen gegenüber dem Islam, Musliminnen und Muslimen“ verstanden werden (S. 1585). So meint das Wort „wahllos“ etwa, dass nicht schon eine differenziert geäußerte Kritik an dem Islam oder deren Anhänger_innen gleichbedeutend ist mit einer islamfeindlichen Haltung, sondern die unterschiedslose Abwertung von allem, was mit dem Islam in Verbindung steht (ebd.).

Islamophobie ist keine Phobie im klinisch-psychologischen Sinne, auch wenn sie, wie es die genannte Definition beschreibt, eine evaluative (einstellungsbedingte) und eine affektive (emotionale) Komponente besitzt. Hierin lässt sich auch eine Analogie zu Phänomenen wie etwa dem Antisemitismus oder Sexismus erkennen, da auch hier eine Stereotypisierung von Personen(-gruppen) vorgenommen wird. Weiterhin ist relevant, dass sich die Islamfeindlichkeit nicht nur auf den Islam, sondern auch auf die Menschen, die nach dieser Glaubensrichtung leben, bezieht, da beide in der individuellen und öffentlichen Wahrnehmung eng miteinander verbunden sind. Wer die islamische Religion grundsätzlich abwertet und dabei betont, dass damit „ja nur“ der Islam gemeint sei, trägt immer auch zur Dis-

kriminierung von Musliminnen und Muslimen bei. Aus diesem Grund findet neben dem Begriff der Islamfeindlichkeit auch der Begriff „Muslimfeindlichkeit“ häufig Verwendung. Der deutsche Theologe, Philosoph und Historiker Heiner Bielefeldt (2010) merkt dazu folgendes an:

„Im Unterschied zum gängigen Begriff der 'Islamfeindlichkeit' (oder ähnlich 'Islamophobie') bezieht sich das Konzept der 'Muslimfeindlichkeit' von vornherein *auf die betroffenen Menschen* und nur *indirekt* auf ihre Religion. Dies ist eine wichtige Nuance. Es geht demnach nicht primär um etwaige Missverständnisse oder Zerrbilder des Islams *als eines Glaubenssystems* [sic!], sondern um eine ablehnende Einstellung gegenüber einer Gruppe von Menschen, nämlich Muslimen (bzw. Personen, die für Muslime gehalten werden). Auch wenn es immer wieder Überlappungen zwischen beiden Aspekten gibt, ist es wichtig, sie konzeptionell auseinander zu halten. Dies gilt vor allem für die politische Bearbeitung des Problemfeldes. Denn während der säkulare Rechtsstaat ausdrücklich keine Kompetenz in Sachen religiöser Wahrheit hat und deshalb über das angemessene Islamverständnis zumindest *theologisch* keine verbindlichen Aussagen treffen darf, kommt dem Staat durchaus die Aufgabe zu, stereotypische Vorstellungen, die *gegen Menschen* – als Individuen und Gruppen – gerichtet sind, kritisch zu thematisieren und zu ihrer Überwindung beizutragen [Hervorhebung im Original]. (Bielefeldt, 2010, S.2)

In dieser Untersuchung werden die Begriffe Islamfeindlichkeit und Muslimfeindlichkeit, trotz der beschriebenen inhaltlichen Differenzen, als Synonyme verwendet, da beiden letztlich die Abwertung von Muslim_innen gemein ist, welche in ihrem Ausmaß mit der vorliegenden Studie erforscht und dargestellt werden sollen.

Wie kam es dazu, dass sich eine Abneigung von Muslim_innen sowie dem Islam in Deutschland überhaupt etablieren konnte? In der Bundesrepublik Deutschland wurden in den sechziger Jahren vor dem Hintergrund einer aufblühenden Nachkriegswirtschaft zahlreiche Gastarbeiter_innen angeworben, darunter viele aus der Türkei, um hauptsächlich un- und angelernte Arbeiten in der industriellen Produktion mit einer hohen körperlichen und gesundheitlichen Belastung zu verrichten, die viele Einheimische nicht verüben wollten (Bundeszentrale für politische Bildung, 2015). Nach Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses und dem Anwerbestopp 1973 sank die Zahl ausländischer Erwerbstätiger in Deutschland zwar wieder, gleichzeitig nahm jedoch auch die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung zu, da viele ehemalige „Gastarbeiter“ in Deutschland blieben, ihre Familien z.T. nachholten und in Deutschland eine neue Heimat aufbauten (ebd.). In den letzten Jahrzehnten stieg damit auch die Anzahl der in Deutschland lebenden Muslim_innen fast stetig an; im Jahr 2008 betrug sie zwischen 3,8 und 4,3 Millionen (Haug, Müssig & Stichs, 2009). Im Jahr 2012 wurde der Anteil an in Deutschland lebenden Muslim_innen – je nach Datengrundlage – auf 4,6 bis 5,2 Prozent geschätzt (Bundeszentrale für politische Bildung, 2012). Somit machen sie etwa ein zwanzigstel der Gesamtbevölkerung aus.

Sobald in einer Gesellschaft Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen aufeinandertreffen, kommt es in einem Prozess der Akkulturation notwendigerweise zu einer Gegenüberstellung unterschiedlicher Traditionen und Wertvorstellungen. Unter Akkulturation wird ein Prozess verstanden, der „in Folge von Migration durch direkten und andauernden Kontakt der Zuwanderer und Einheimischen zu Veränderungen in den Kulturen der beiden Gruppen führen kann“ (Frindte, Boehnke, Kreikenbom & Wagner, 2012, S. 27). Vier idealtypische Folgen dieses Akkulturationsprozesses werden dabei häufig genannt, und zwar die Integration, Assimilation, Separation sowie Marginalisierung (Esser, 1999). Im Falle einer Integration sollte eine Übernahme der Mehrheitskultur bei gleichzeitigem Erhalt der Herkunftskultur zu beobachten sein. Kommt es zur Assimilation, werden eigene Wertvorstellungen aufgegeben und die der Mehrheitskultur übernommen. Entgegengesetzt verhält es sich mit der Separation; in diesem Fall wird die Herkunftskultur weiterhin bewahrt und es kommt zu einer Abgrenzung von der Mehrheitskultur. Schließlich ist bei Aufgabe der Herkunftskultur, ohne das Wertvorstellungen der Mehrheitskultur übernommen werden, von einer Marginalisierung auszugehen. Integration bedeutet, dass nicht nur Zuwander_innen und deren Nachkommen die Werte des Herkunftslandes beibehalten, dabei Normen und Überzeugungen des Aufnahmelandes übernehmen und über eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt verfügen, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft von den Gütern und Ressourcen anderer Kulturen profitiert und ihre interkulturelle Kompetenz verbessert. Dabei wird auch von Seiten der Bundesregierung die Integration von Zuwander_innen und deren Nachkommen in Deutschland angestrebt, was u.a. an den Maßnahmen wie dem 2007 veröffentlichten „Nationalen Integrationsplan“ der Bundesregierung deutlich wird.

Im Vergleich des Grades der Integration verschiedener muslimischer Generationen lässt sich jedoch durchaus ein Unterschied feststellen. Ältere Befragte, die zumeist als Gastarbeiter_innen nach Deutschland kamen, sehen sich eher als Türk_innen, die in Deutschland leben und arbeiten (Frindte et al., 2012). Schwieriger sei die Situation für die jüngeren Generationen, die einerseits die Werte der Eltern zu erhalten versuchen bzw. ersucht werden und andererseits bemüht seien, sich in die deutsche Gesellschaft einzufinden. Es zeigt sich, dass hierbei Sozialisationswirkungen unter anderem durch Freunde und Familie eine wichtige Rolle spielen (ebd). Die in genannter Studie befragten Muslim_innen geben weiterhin an, sich in Deutschland wohl zu fühlen, beschreiben die deutsche Bevölkerung ihnen gegenüber aber zugleich als eher „distanziert-abweisend“ (S. 102) und berichten von mangelnder Akzeptanz. Eine bessere Bindung an die deutsche Mehrheitsgesellschaft wird dadurch erschwert. Dennoch zeigt sich deutlich eine intergenerationale Dynamik: Mit jeder in Deutschland lebenden Generation der muslimischen Familien nimmt die Bindung an Deutschland zu; die Teilnehmer_innen dieser Studie empfinden Deutschland häufiger als ihre Heimat. Ergänzend zeigt sich darin über alle drei untersuchten Generationen eine zusätzliche Bindung an die Herkunftskultur, die von der ersten zur dritten Generation stetig abnimmt und sich in Richtung einer ausgewogenen Bikultura-

lität entwickelt (ebd.). Dem Ansatz von John Berry (1997) folgend, ist eine Bikulturalität eine Form einer stattfindenden Integration, zumal an der traditionellen Herkunftskultur festgehalten und zeitgleich die neue Mehrheitskultur übernommen wird (Berry, 1997; Frindte et al., 2012). Sind diese zwei Aspekte für eine Person allerdings nicht vereinbar, kann es zu einem Konflikt kommen. Etwa dann, wenn die Aufforderung der nichtmuslimischen Bevölkerung, Muslim_innen sollten sich integrieren, als Aufforderung zur Aufgabe der Herkunftskultur verstanden wird. Statt der Möglichkeit zur freien Entfaltung erleben sie somit eine Assimilationsforderung (vgl. Möllering, 2011), die das eigentlich vorhandene Bestreben stört, die deutsche Kultur zu übernehmen (Frindte et al., 2012). Deutsche Muslim_innen berichten von einer externen Erwartung, sie sollten die deutsche Kultur stärker übernehmen als dies bereits der Fall sei. Interessanterweise stimmen die deutschen Nichtmuslim_innen aber in gleichem Maße wie die muslimische Stichprobe der Aussage zu, dass Ausländer_innen in Deutschland ihre eigene Herkunftskultur bewahren sollten.

Wie aber werden Muslim_innen sowie der Islam in Deutschland von der Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen? Eine 2015 veröffentlichte Sonderauswertung der Bertelsmann-Stiftung stellt hierzu fest, dass die 4 Millionen in Deutschland lebenden Muslim_innen noch immer unter einem negativen Ansehen leiden, welches vermutlich auch durch die kleine Minderheit radikaler Islamisten (weniger als 1 % aller Muslim_innen) geprägt wird (Bertelsmann-Stiftung, Religionsmonitor, 2015, S. 3). So empfinden 57 Prozent der befragten deutschen Nichtmuslim_innen den Islam als „bedrohlich“ oder „sehr bedrohlich“. Für 61 Prozent der Befragten passt der Islam nicht in die westliche Welt. Unter Berücksichtigung der Daten aus 2012 zeigt sich hierbei ein Trend wachsender Ablehnung gegenüber dem Islam. Die allgemeine Ausländerfeindlichkeit sei im Kontrast dazu jedoch in den letzten Jahren zurückgegangen (Decker et al., 2014). Kurz vor dem Pariser Anschlag im Dezember 2014 entstand mit der PEGIDA-Gruppierung und deren regionalen Ablegern eine Bewegung, die eine Angst vor Überfremdung durch Islamanhänger_innen zum Ausdruck brachte. Die Bewegung verstärkte die gesellschaftliche und mediale Diskussion zum Thema Islam über einige Monate, während derer sich auch viele Gegeninitiativen gründeten. Nichtsdestotrotz herrscht in der Mehrheitsbevölkerung eine Angst vor Überfremdung: In der Langzeituntersuchung „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa 2008“ stimmten 46 Prozent der deutschen Befragten zu, dass es zu viele Muslim_innen in Deutschland gäbe (Zick & Küpper, 2009). In einer früheren Auswertung ebendieser Studie im Jahr 2003 waren es 30 Prozent der Befragten, die eher oder voll und ganz zustimmten, sich „(…) durch die vielen Muslime manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ zu fühlen (Heitmeyer, 2005). Diese Ergebnisse legen nahe, dass sich insbesondere die Integration von muslimisch geprägten Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland zum Teil noch schleppend vollzieht.

Aus Sicht deutscher Muslim_innen wird die Beziehung von Muslim_innen und Nichtmuslim_innen auch durch mediale Berichterstattung bedeutend negativ beeinflusst (Frindte et al., 2012). Zu selekti-

ve, undifferenzierte und übertriebene Berichte über den Islam erweckten oft einen Eindruck, der als eher manipulativ als informativ beschrieben wird – zu selten wird etwa der oben genannte Umstand betont, dass islamistische Terroristen nur einen kleinen Teil der gesamten Glaubensgemeinschaft ausmachen. In ebendieser Studie verurteilen Muslim_innen die Terroristen wegen Verletzung Unschuldiger und einer Beschädigung des Ansehens des Islam. Diese Ablehnung von islamistisch-extremistischem Terrorismus erwies sich als unabhängig vom Grad der individuellen Religiosität (Frindte et al., 2012). Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) zeigte bei der Untersuchung des Konstrukts „Gewaltbereitschaft“ zudem auf, dass höhere Religiosität bei jungen Christen zu geringerer Delinquenz- und Gewaltbelastung führt. Zwar zeigte sich bei jungen Muslim_innen diese Veränderung nicht, doch wurde auch kein delinquenzsteigernder Effekt ermittelt (Kemme & Kolberg, 2013). Stattdessen lassen sich "Zusammenhänge zwischen muslimischer Religiosität und Risikofaktoren, wie etwa gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen sowie gewalthaltiger elterlicher Erziehung, die ihrerseits mit Gewaltdelinquenz korreliert sind" erkennen (S.5).

Wie zuvor bereits beschrieben wurde, lässt sich die Islamfeindlichkeit in das Konstrukt der Fremdenfeindlichkeit einordnen. So zeigen sich in Untersuchungen Parallelen zwischen allgemeiner Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit, und zwar dergestalt, dass islamfeindliche Einstellungen zunehmen, umso fremdenfeindlicher eine Person eingestellt ist (Leibold, 2009). Im Vergleich der Definitionen von Islamfeindlichkeit und Antisemitismus lassen sich ebenfalls Gemeinsamkeiten finden. So bezieht auch der Antisemitismus feindselige Einstellungen und/ oder Handlungen gegenüber Jüdinnen und Juden ein und legitimiert deren Ablehnung aufgrund ihres religiösen und kulturellen Hintergrundes. Nach der Theorie der gruppenbezogenen Menschfeindlichkeit stellt der Gedanke der Ungleichwertigkeit eines der elementaren Prinzipien für jegliche Abwertung von Gruppen dar – welche nicht nur bei Antisemiten, sondern auch bei Islamfeinden zu finden ist. Vor diesem Hintergrund erscheint es daher plausibel, auch die Muslim- bzw. Islamfeindlichkeit als eine weitere Komponente eines antidemokratischen und rechtsextremen Weltbildes mit in diese Untersuchung aufzunehmen.

1.1.2 Exkurs Sexismus

Der folgende Exkurs beschäftigt sich mit dem Thema „Sexismus“ als eine weitere Komponente antidemokratischer Einstellungen. Weshalb auch dieser als ein Aspekt von Ungleichwertigkeitsvorstellungen angesehen werden kann und in welchem Zusammenhang sexistische und rechtsextreme Einstellungen stehen wird ebenso zu klären sein wie die Frage nach dessen Aktualität und Relevanz für dieses Forschungsprojekt.

Zu Beginn des Jahres 2013 erregte der Bericht einer Journalistin, in welchem sie das von ihr wahrgenommene sexistische Verhalten eines ranghohen deutschen Politikers ihr gegenüber beschrieb, gro-

ßes Aufsehen und wurde zum Stein des Anstoßes für eine deutschlandweite kontrovers geführte Sexismus-Debatte (Himmelreich, 2013). Als Reaktion auf diesen Artikel wurde bei dem Mikroblogging-Dienst Twitter der Hashtag Aufschrei (#aufschrei) eingerichtet, unter dem eine große Zahl von vorrangig Frauen ihre Erfahrungen mit Sexismus und sexuellen Übergriffen mitteilten (Aufschrei, 2015). Wie ein „Katalysator" wirkte sich dieser Hashtag auf die Artikulation eines angestauten und hauptsächlich weiblichen Unmuts über einen verbreiteten männlichen Alltagssexismus aus (Di Blasi, 2014). Das mediale Echo rückte das Phänomen „Sexismus" somit verstärkt in die Wahrnehmung der deutschen Mehrheitsbevölkerung und führte insbesondere in Deutschland auch zur Frage nach der Aktualität dieses Phänomens.

Auch der 2014 erschienene Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen legt nahe, dass die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen in Deutschland, aber auch weltweit, noch immer ein Problem darstellt (Malik, 2014). Der dort berichtete „Gender Inequality Index" (GII) bildet sich als Quotient aus dem Entwicklungswert der Männer und dem Entwicklungswert der Frauen in den Bereichen Gesundheit, Empowerment (Bildung und politische Teilhabe) und Arbeitswelt und gibt den Stand der Gleichstellung der Geschlechter in diesen Bereichen wieder. Die Ergebnisse zeigen: In keinem der über 150 untersuchten Länder, auch nicht in Deutschland, ist die Gleichstellung von Mann und Frau realisiert.

Insbesondere durch den „GII" im zweiten Beispiel, welcher objektive Indizes von strukturellen Benachteiligungen darstellt, wird deutlich, dass gerade viele Frauen noch immer von Diskriminierungen in verschiedenen Bereichen betroffen sind, doch sind es auch Männer, die – in zwar durchaus geringerem Ausmaß – sexistischen Einstellungen und Verhaltensweisen unterworfen sind. So zeigen bspw. die Forschungsergebnisse der European Commission (1998), dass der Anteil von männlichen Befragten, die sich an ihrem Arbeitsplatz mindestens einmal bereits sexuell belästigt gefühlt haben, etwa 10 Prozent beträgt. Wie Forschungsergebnisse aus der Deutsch- und Westschweiz von 2008 zeigen (Strub & Schär Moser, 2008), haben sich diese Ergebnisse auch nach 10 Jahren kaum verändert, was belegt, dass auch Männer Opfer von Sexismus werden können. Aus diesem Grund beziehen die meisten Definitionen von Sexismus auch Einstellungen und Verhaltensweisen ein, die zu einer negativen Bewertung von Frauen *und* Männern allein ihres Geschlechts wegen führen oder einen ungleichen Status beider Geschlechter aufrechterhalten. Auch in der Definition von Eckes (2008) wird dies deutlich, welcher unter dem Begriff „Sexismus" allgemein die „geschlechtsbezogenen Stereotype, Affekte und Verhaltensweisen [zusammenfasst] (…), die einen ungleichen sozialen Status von Frauen und Männern zur Folge haben" (Eckes, 2008, S. 172).

Die Abwertung von Mädchen und Frauen, welche u.a. im traditionellen Sexismus zum Tragen kommt, ist jedoch noch immer weit häufiger verbreitet als die Abwertung von Personen mit einem männlichen Geschlecht. So werden zwar auch Jungen und Männer Opfer sexistischer Anfeindungen, doch

liegt der Anteil von Mädchen und Frauen, die Opfer von Sexismus werden, weit höher – etwa im Falle der empfundenen sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz, welche bei Frauen je nach Studie zwischen 30 bis 50 Prozent beträgt (European Commission, 1998; Strub & Schär Moser, 2008). Im Laufe der letzten Jahrzehnte fand allerdings ein Wandel im Ausdruck von Sexismus – von der eher offenen Form des traditionellen Sexismus hin zu subtileren Ausdrucksweisen – insbesondere gegenüber Frauen statt. Doch welche Gründe gibt es dafür und worin unterscheiden sich die verschiedenen Formen sexistischer Einstellungen und Verhaltensweisen?

Nach Benokraitis und Feagin (1995; zitiert nach Eckes, 2004, S.170) ist der traditionelle Sexismus im Wesentlichen durch drei Aspekte gekennzeichnet. Zum einen durch die Betonung von Geschlechtsunterschieden, zum anderen durch den Glauben an die grundsätzliche Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts in Relation zum männlichen Geschlecht und die Befürwortung traditioneller Geschlechterrollen. Laut Endikrat (2003) würde die Frau durch diese Form des Sexismus auf traditionelle Rollen, wie die der Ehefrau, Hausfrau und Mutter fixiert. Aussagen wie „Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Aufgaben als Hausfrau und Mutter konzentrieren“, welche auch in der vorliegenden Untersuchung zur Anwendung kommt, greifen genau dieses traditionell-sexistische Denken auf und implizieren damit zwei Aspekte einer Benachteiligung von Frauen. Zum einen wird Hausarbeit meist unentgeltlich verrichtet, was eine Frau oft in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis bringt und aufgrund der fehlenden monetären Vergütung in unserer Gesellschaft noch immer ein geringeres Ansehen genießt als eine entlohnte Berufstätigkeit. Andererseits wird Frauen, die sich eher auf den Haushalt konzentrieren *sollen*, auch der Zugang zur beruflichen Selbstbestimmung und damit zur persönlichen Entfaltung genommen oder zumindest erschwert. Wie Untersuchungen zu sexistischen Einstellungen allerdings zeigen, verliert ein traditionelles sexistisches Frauenbild seit Jahren tendenziell an Zustimmung (Bolzendahl & Meyers, 2004, Endikrat, 2003). Nichtsdestotrotz lässt sich in unserer Gesellschaft noch immer ein durchaus beachtliches Ausmaß an sexistischen Einstellungen finden, was v. a. daran liegt, dass neben dem traditionellen Sexismus weitere Formen sexistischer Orientierungen existieren, die zunehmend befürwortet werden. Der moderne Sexismus (auch Neosexismus) ist gegenüber dem traditionellen Sexismus bspw. eine weniger offene, eher subtile Form und wird durch zwei Kernaspekte definiert. Moderne Sexist_innen leugnen einerseits die Diskriminierung von Frauen oder Männern und lehnen gleichzeitig Maßnahmen zur Gleichstellung beider Geschlechter gänzlich ab (Becker, 2014). Erklärungen dafür, weshalb Männer, aber insbesondere auch Frauen, neosexistischen Aussagen zustimmen, lassen sich nach Becker (2014) in der Theorie der Systemrechtfertigung finden. So weisen nach dieser Theorie zumindest einige Menschen unbewusst das Bedürfnis auf, das übergeordnete System, in dem sie leben, zu rechtfertigen und die gesellschaftlichen Verhältnisse als gerecht wahrzunehmen, auch wenn sie, wie insbesondere für die Thematik des Sexismus gezeigt werden kann, es nicht sind. Paradoxerweise kann dieses Bedürfnis nach Systemrechtfertigung

auch bei denjenigen vorhanden sein, die zu der Gruppe gehören, die unter dem Status quo am ehesten zu leiden haben (Jost, Banaji & Nosek, 2004). Angewendet auf das zuvor genannte Beispiel könnte dies bedeuten, dass die Erkenntnis, dass trotz aller Entwicklungen noch immer eine Ungleichbehandlung zwischen Männern und Frauen herrscht, einen negativen aversiven Zustand hervorrufen, da es dem weiblichen Geschlecht bei allen Anstrengungen nicht vergönnt ist, gerecht behandelt zu werden. Eine Strategie, die daraufhin angewendet werden kann, ist eben jene, gesellschaftliche Benachteiligungen zu leugnen oder sie als Probleme von Einzelfällen zu deklarieren (Becker, 2014). Wie Forschungsergebnisse bestätigen, wird moderner Sexismus insbesondere unter Frauen deutlich seltener als eine Form von Diskriminierung angesehen als der traditionelle Sexismus. Somit sinkt letztlich wiederum auch die Bereitschaft dazu, gegen ihn vorzugehen (Ellemers & Barreto, 2009), was durchaus nicht zu einer Verbesserung der gesellschaftlichen Problemlage führt.

Neben Formen wie dem traditionellen, dem modernen oder dem hostilen Sexismus, die auf eine Abwertung und Geringschätzung vor allem des weiblichen Geschlechts abzielen, entwickelte sich in der Sexismusforschung ebenfalls das Konzept des benevolenten (wohlwollenden) Sexismus. Diese Form drückt sich dadurch aus, dass vorrangig Mädchen und Frauen mit positiven Charakterzügen und Eigenschaften bedacht werden, und dies allein aufgrund ihres Geschlechts. Drückt benevolenter Sexismus zunächst eine Art „Ritterlichkeit“ aus, welche auch als eine freundliche Geste verstanden werden kann, so wird dieser jedoch dann problematisch, wenn dieser zu einseitig wird und nur an Frauen allein aufgrund ihres Geschlechts gerichtet wird. Positive und „wärmebezogene“ Zuschreibungen gehen dabei häufig nicht mit positiven „kompetenzbezogenen“ Zuschreibungen einher, so dass in solchen Fällen Frauen zwar als schön, aber gleichzeitig auch als schwach und hilfebedürftig angesehen werden (Becker, 2014, S. 31). Insbesondere auf der Mikroeben kann dies Selbstzweifel und eine Verminderung des Selbstwertes bei Mädchen und Frauen zur Folge haben, welche auch die kognitive Leistungsfähigkeit einschränken (Dardenne, Dumont & Bollier, 2007).

Dass sexistische Einstellungen neben Aspekten rechtsextremistischer Einstellungen wie Rassismus oder Ausländerfeindlichkeit in der vorliegenden Studie ebenfalls mit untersucht werden sollen, liegt nicht nur an dessen Aktualität und andauernden Relevanz, sondern auch an dessen thematischer Nähe zum Rechtsextremismus. So spricht insbesondere auch der von Stöss (2009) gefundene Zusammenhang von Sexismus und Rechtsextremismus dafür, Sexismus in dieser Untersuchung mit zu berücksichtigen. Stöss bezeichnet den Sexismus als „integralen Bestandteil von Ungleichwertigkeitsvorstellungen“ (S. 30), welche ebenso sämtlichen Dimensionen des hier untersuchten Rechtsextremismusbegriffs zugrunde liegen. Eine in seiner Studie gefundenen hohen Korrelation zwischen Sexismus und Rechtsextremismus kann seines Erachtens nach als Beleg dafür gewertet werden, dass Sexismus bei der Entwicklung von Rechtsextremismus maßgeblich von Bedeutung sei. Ebenso dafür spricht, dass sich Sexismus in Stöss' Untersuchung als drittbester Prädiktor für die Entwicklung

rechtsextremer Einstellungen herausstellte, nach der Präferenz für Autoritarismus und einer geringen Demokratiezufriedenheit.
Wie auch im Falle der Muslimfeindlichkeit soll daher auch der Sexismus als eine Dimension rechtsextremer Orientierungen betrachtet werden, gleichwohl diese ebenfalls keine genuine Komponente des zugrunde gelegten Rechtsextremismus-Konzepts darstellt, was insbesondere bei der Betrachtung der Affinität zu rechtsextremen Aussagen (Abschnitt 3.2.1) unter den hier Befragten zu beachten sein wird.

1.2 Erklärungsansätze für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen

Aus den bisherigen Darstellungen wurde bereits deutlich, dass das Phänomen „Rechtsextremismus" in der Fachwelt kontrovers diskutiert wird und die Beschreibung seiner integralen Bestandteile auch vor dem Hintergrund der jeweiligen zeitgenössischen Entwicklungen betrachtet werden muss. Ebenso, wie es nicht die eine verbindliche Definition geben kann, kann es auch nicht den einen verbindlichen Erklärungsansatz geben. Die gängigsten Theorien mit ihrem jeweiligen erkenntnistheoretischen Gehalt sollen im Folgenden vorgestellt werden. Dabei ist anzumerken, dass sich die vielfältigen Theorien zum Teil ergänzen, zum Teil auch widersprechen können, was nicht zwingend als ein Manko dieser zu bewerten sein muss, sondern immer auch im Hinblick auf ihren zu erklärenden Gegenstand – die intraindividuelle Entwicklung rechtsextremer Einstellungen oder die Entwicklung rechtsextremer Parteien und Bewegungen – betrachtet werden sollte.
Zunächst soll sich allerdings noch einmal überblicksartig mit der Entstehung und der Funktion von Einstellungen, Vorurteilen und Diskriminierungen im Allgemeinen beschäftigt werden.

1.2.1 Psychologische Grundlagen der Entstehung von Vorurteilen und Diskriminierung

Unsere Wirklichkeit ist sehr komplex und so sind wir Menschen stets darum bemüht, unsere Umwelt zu bewerten und alles in ihr befindliche in Kategorien einzuteilen, um unsere Welt so übersichtlicher werden zu lassen. Einstellungen sind dabei als die Summe der Bewertungen von Objekten – Personen, sozialen Gruppen, Gegenständen oder abstrakten Konstrukten – zu verstehen (Wänke, Reutner & Bohner, 2011).
Einstellungen erfüllen verschiedene grundlegende Aufgaben. Zum einen regeln sie unser Verhalten, denn aufgrund von Bewertungen wie etwa „friedlich" oder „bösartig" verhalten wir uns entsprechend und meiden so zum Beispiel bestimmte Personen oder Orte, um nicht in Gefahr zu geraten. Auf der anderen Seite helfen uns Einstellungen ebenfalls, unser Selbstwertgefühl aufrecht zu erhalten. Insbesondere dann, wenn eine Person negativ gegenüber einer anderen Gruppe (Fremdgruppe)

eingestellt ist, mit der sie sich (gerade) nicht identifiziert, geht dies meist auch mit einer Aufwertung der Eigengruppe einher und ist somit besonders selbstwertdienlich (ebd.).
Welche Gruppe als Eigen- und als Fremdgruppe verstanden wird, kann je nach Situation und Kontext verschieden sein, da Gruppen nach kulturellen Bewertungsmaßstäben und Kontexten konstruiert sind. So stellen etwa alle Menschen mit der deutschen Staatsangehörigkeit eine Gruppe dar, doch kann sich je nach Situation und Kontext diese Gruppe noch einmal in verschiedene politische Lager aufspalten, wie bspw. in die Gruppe der Sozialdemokraten und Christdemokraten. Je nachdem, welcher Gruppe sich eine Person nun zugehörig fühlt, entstehen so neue Eigen- und damit auch neue Fremdgruppen. Eine negative Bewertung der Fremdgruppe muss dabei jedoch nicht zwangsläufig stattfinden, da diese erst ein Ausdruck von Ethnozentrismus bzw. Fremdenfeindlichkeit ist. So ist Ethnozentrismus dadurch gekennzeichnet, das eigene soziale Kollektiv in den Mittelpunkt zu stellen und gegenüber anderen, fremden Kollektiven als höherwertig und überlegen zu interpretieren (Hillmann, 1994).

Wie die vorangestellten Beispiele zeigen, haben Einstellungen unterschiedliche Funktionen und müssen sie sich nicht nur als negative, sondern können sich auch in neutralen oder positiven Bewertungen von Objekten äußern. Hat sich allerdings bereits eine ablehnende oder feindselige Haltung gegenüber einer Fremdgruppe aufgebaut, so ist nach Allport (1954) von einem Vorurteil die Rede. Vorurteile sind als eine verschärfte Form von Bewertungen bestimmter Personen oder Gruppen zu verstehen, da die Ursache für die Bewertung allein in einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit liegt und oft den Weg für entsprechendes Verhalten ebnet. Dieses Verhalten äußert sich häufig als soziale Diskriminierung, welche nach Allport (1954) dann vorliegt, wenn „Einzelnen oder Gruppen von Menschen die Gleichheit der Behandlung vorenthalten wird, die sie wünschen. Diskriminierung umfasst alles Verhalten, das auf Unterschieden sozialer oder natürlicher Art beruht, die keine Beziehung zu individuellen Fähigkeiten oder Verdiensten haben noch zu dem wirklichen Verhalten der individuellen Person“ (ebd., S. 51f).

Die Dimensionen rechtsextremer Einstellungen, welche nach der Konsensdefinition als Bestandteile rechtsextremer Einstellungen angesehen werden, können als unterschiedliche Ausprägungen von Vorurteilen verstanden werden. So bilden in der Dimension „Rassismus bzw. Sozialdarwinismus“ beispielsweise allein biologische oder ethnische Kriterien die Grundlage für die ablehnende Haltung gegenüber z.B. wohnungslosen Menschen und können in deren Folge von Einstellungen in Verhaltensweisen übergehen.
Ob derartige Verhaltensweisen allerdings auftreten und welche individuellen, situativen und gesellschaftlichen Faktoren für die Ausbildung von Vorurteilen oder Diskriminierungen eine Rolle spielen, werden im folgenden Abschnitt näher ausgeführt.

1.2.2 Dominierende Erklärungsansätze

Die Komplexität und Vielschichtigkeit rechtsextremer Einstellungsmuster betrachtend wird schnell deutlich, dass es keine monokausalen Erklärungen für die Entstehung von Rechtsextremismus gibt, sondern vielmehr ein multifaktorielles Bedingungsgefüge zu rechten Gesinnungen beiträgt (Baier, Pfeiffer, Windzio & Rabold, 2006; Zick & Küpper, 2009). Zick und Küpper (2009) betonen diesbezüglich, dass rechtsextreme Einstellungsmuster „aus der Wechselwirkung individueller, intergruppaler und gesellschaftlicher Faktoren“ (S. 299) heraus entstünden und somit das Resultat eines komplexen Entwicklungsprozesses darstellten.

In diesem Abschnitt sollen einige dominierende Theorie- und Forschungsansätze dargestellt werden, mit deren Hilfe die Ausbildung rechtsextremer Einstellungs- und Verhaltensweisen erklärt werden können. Die Bedingungsfaktoren, die sich zum einen aus den vorgestellten Erklärungsansätzen ergeben oder sich auch als relevante Faktoren in der empirischen Untersuchung rechtsextremer Einstellungen erwiesen, werden im darauffolgenden Abschnitt thematisiert.
Bei der Erörterung von verschiedenen Erklärungsansätzen kann es der Übersichtlichkeit dienen, die Ursachen in Untergruppen einzuteilen. Baier et al. (2006) ziehen drei Kategorien zur Ursachenbeschreibung heran: Persönlichkeitsmodelle, Strukturmodelle und Sozialisationsmodelle. An dieser Gliederung soll sich im Folgenden orientiert werden.

Persönlichkeitsmodelle zur Erklärung rechtsextremer Haltungen gehen davon aus, dass politische und gesellschaftliche Geisteshaltungen mit bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen bzw. Charakterzügen einhergehen. Auch die Affinität zu politischem Extremismus kann durch bestimmte Charakterzüge eines Menschen begünstigt werden. Im Rahmen solcher Persönlichkeitsmodelle nimmt das Konzept des „*autoritären Charakters*“ nach Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson und Sanford von der Berkeley-University eine herausragende Rolle ein. In Reaktion auf den Erfolg des Nationalsozialismus in Deutschland führte das Forscherteam in den 1940´er Jahren Studien über die Entstehung faschistischer Bewegungen durch. Die Wissenschaftler_innen entwickelten daraufhin eine Faschismustheorie, welche sich mit der Persönlichkeitsstruktur faschistisch eingestellter Personen befasst und unter anderem auf psychoanalytische Konzepte zurückgreift. Zentrale Annahme dieser Theorie zum autoritären Charakter ist, dass die Ursachen für den Antisemitismus innerhalb der damaligen Weltbevölkerung mehr in individuellen und situativen Faktoren zu suchen seien und weniger Ausdruck einer bewusst ablehnenden Haltung gegenüber Juden waren (Adorno et al., 1967). Vielmehr sollten sich antisemitische Einstellungen auf Grundlage einer bestimmten Charakterstruktur entwickeln. Falls es allerdings so etwas wie eine „faschistische Persönlichkeit“ gibt, durch welche Merkmale zeichnet sich diese aus und was sind die Determinanten für ihre Entwicklung? Diese Fragen stellten sich Adorno und Kollegen und suchten in mehreren Untersuchungen Antworten darauf.

Da sich die Persönlichkeit eines Menschen nur im Kontakt mit der sozialen Umwelt entwickeln kann, sind insbesondere die Faktoren, die schon früh im Leben eines Menschen großen Einfluss haben, von besonderer Bedeutung. So konzentrierte sich die Berkeley-Gruppe vor allem auf innerfamiliäre Sozialisationserfahrungen für die Ausbildung bestimmter Charakterstrukturen. Vor allem für die Entstehung einer autoritären Persönlichkeit wurde Familien mit patriarchalischen Strukturen eine besondere Bedeutung beigemessen. In Interviews mit stark vorurteilshaften und vorurteilsfreien Probanden zeigte sich, dass gerade die vorurteilshaften und autoritären Teilnehmer_innen verstärkt über Lieblosigkeit und unangemessene Härte in ihrer frühen Erziehung berichteten, ebenfalls allerdings auch zur Bewunderung und Idealisierung der eigenen Eltern neigten.
Da die Annahmen der Psychoanalyse das theoretische Gerüst für die Erklärungen der Ergebnisse der Berkeley-Gruppe darstellten, wurde auf ihnen aufbauend davon ausgegangen, dass Menschen mit Affinitäten zum Faschismus oftmals Wut und Hass gegenüber ihren dominanten und kühlen Vätern hegen. Diese Gefühle dürften sie ihnen gegenüber jedoch nicht ausleben, so dass in deren Folge eine Verschiebung der angestauten Hass- und Wutgefühle nach „unten“ stattfinde, wie z.B. auf homosexuelle Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund, die als soziale Gruppe auch von der Mehrheitsgesellschaft eher abgelehnt werden und damit eine ideale Plattform für das Ausleben aufgestauter Wutgefühle darstellen. Neben dem Wechselspiel aus autoritärer Aggression und autoritärer Unterwerfung ist auch der Konventionalismus, also die „starre Bindung an die konventionellen Werte des Mittelstandes“ (Adorno, 1973, S. 45) ein zentrales Merkmal der autoritären Persönlichkeit. Weitere Kennzeichen des autoritären Charakters sind laut Adorno (1973) unter anderem das Denken in Stereotypen, Zynismus und Destruktivität, ein übersteigertes Machtdenken sowie eine übermäßige Fixierung auf Sexualität.
Viele Wissenschaftler knüpften in der Folge an den Ergebnissen Adornos et al. an und erweiterten das Konzept der „Autoritären Persönlichkeit“, wie etwa Altemeyer (2006) oder Hopf, Rieker, Sanden-Marcus & Schmidt (1995).

Ein weiteres Konzept, welches Persönlichkeitsstrukturen beschreibt, die eine Affinität zu rechtsextremen Orientierungen hervorrufen können, ist das Konzept des *Hierarchischen Selbstinteresses (HSI)*. Hierbei handelt es sich vorrangig um ein Persönlichkeitsmodell, welches jedoch auch stark von gesellschaftlichen Strukturen mitbestimmt wird.
Unsere individualisierte Marktgesellschaft ist mit bestimmten Ideologien, so genannten Dominanzideologien, verbunden. Diese Dominanzideologien sind gekennzeichnet durch ein Streben nach wirtschaftlicher Leistung, Rationalität sozialer Beziehungen, Erreichen eines höheren Status im Vergleich zu anderen und der Ausbildung einer möglichst großen individuellen Unabhängigkeit (Hadjar, 2004). In den 1990´er Jahren gelang es den Wissenschaftlern Hagan und Kollegen, eine Operationalisierung dieser Dominanzideologien vorzunehmen, die diese unter dem Begriff des Hierarchischen Selbstinte-

resses (HSI) zusammenfassten. Formal ist das HSI ein Werthaltungskonstrukt, welches sich auf der individuellen Ebene in den Dimensionen Leistungsorientierung, Machiavellismus, Konkurrenzdenken und Individualismus widerspiegelt. Obwohl wir Menschen uns im Ausmaß der Verinnerlichung dieser Werte unterscheiden, können ökonomischer Wandel und wirtschaftliche Krisen die Bedeutung von persönlichem Erfolg und Beibehaltung des eigenen Status erhöhen und zu einer „survival oft the fittest"-Aggression führen. Um den eigenen Status in der Gesellschaft zu behaupten, kann es dazu führen, anderen Gruppen von Menschen ihren Rang abzusprechen und diese schließlich gänzlich abzuwerten. Anders ausgedrückt können Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eine Folge von Dominanzideologien darstellen, welche insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten an Priorität gewinnen (Hagan, Rippl, Boehnke & Merkens, 1999). Das männliche Geschlecht wird von Werten wie Macht, Prestige und Reichtum stärker angesprochen, so dass sich mit Hilfe des Konstrukts des Hierarchischen Selbstinteresses Geschlechterdifferenzen im Ausmaß an fremdenfeindlichen Einstellungen gut erklären lassen.

Dem HSI liegt die Prämisse zugrunde, dass Personen mit ausgeprägten Dominanzideologien ihre Überlegenheit gegenüber anderen Personengruppen sicherstellen wollen, indem sie diese abwerten und damit gleichzeitig sich und ihre Eigengruppe aufwerten. Dieser Mechanismus, welcher bereits im vorangegangenen Abschnitt angesprochen wurde, basiert auf der *Theorie der Sozialen Identität* nach Tajfel und Turner (1986). Diese Theorie kann nach Baier et al. (2006) ebenfalls den Persönlichkeitsmodellen zugeordnet werden. Sie thematisiert, wie soziale Kategorisierungen die Selbstdefinition eines Individuums mitbestimmen.

Angenommen wird, dass ein Mensch grundsätzlich bestrebt ist, ein positives Selbstbild und eine positive Identität aufrechtzuhalten. Außerdem ist ein Individuum ein Mitglied einer Vielzahl sozialer Gruppen, wobei sich diese Mitgliedschaft in positiver oder negativer Weise auf das Selbstbild auswirkt. Jene Anteile der Identität, die durch die Gruppenmitgliedschaft bedingt sind, fassen Tajfel und Turner (1986) als *soziale Identität* auf. Wenn nun der Status einer Gruppe, der man selbst angehört und die dadurch identitätsstiftend wirkt, gefährdet ist, so werden u.U. Strategien benötigt, um die eigene soziale Identität zu bewahren. Um diesem Zweck zu genügen, wird die Eigengruppe häufig überhöht, während gleichzeitig Fremdgruppen abgewertet werden. Die so erzielte Selbstwertsteigerung für die eigene Gruppe stellt einen möglichen Umgang mit einer drohenden negativen Identität dar. Die Theorie der sozialen Identität kann somit gut die Dynamik in rechtsextremen Kreisen erklären. Die Eigengruppe (häufig die Nation bzw. die deutsche Volksgemeinschaft) wird stark überhöht, gar als „Herrenrasse" bezeichnet, während Minderheiten wie Ausländer_innen, Andersgläubige oder homosexuelle Menschen abgewertet und diskriminiert werden. Die daraus resultierende Selbstwertverbesserung kann schließlich „sowohl die Mitgliedschaft zu diesen Gruppen als auch ihren Zusammenhalt (Kohäsion)" begreiflich machen (Zick & Küpper, 2009, S. 297). Interessanterweise müssen

jedoch nicht erst objektive Interessengegensätze vorliegen, um einen Intergruppenkonflikt zu erzeugen. Bereits subjektive Bewertungen der Fremdgruppe als z.B. „ausnutzend“ reichen aus, um einen Konflikt zu erzeugen oder zu verschärfen (Bierhoff, 2006). Die negativen Bewertungen können sich dabei sogar fast jeglicher Grundlage entziehen, da bereits die bloße Kategorisierung in eine Eigen- und eine Fremdgruppe ausreicht, um andere zu diskriminieren (Tajfel & Turner, 1986).

Der zweite Ursachenkomplex, den die Forscher um Baier (2006) zur Erklärung rechtsextremer Einstellungsmuster heranziehen, befasst sich mit **sozialstrukturellen Modellen**. Die hierunter gefassten Ansätze beziehen sich nicht mehr auf individuelle Faktoren, sondern auf gesellschaftliche Vorgänge und Strukturen, in die der Mensch eingebettet ist. Eine Theorie, deren Schwerpunkt auf der Betrachtung gesellschaftlicher Prozesse liegt und als Erklärungsmodell des Rechtsextremismus in wissenschaftlichen Untersuchungen einen festen Platz einnimmt, ist die „*Theorie der sozialen Desintegration*“ nach Anhut und Heitmeyer (2008).

Den Autoren zufolge sind die Ordnung wie auch die Integration von Menschen in Gesellschaften wichtige Prozesse und zugleich notwendige Aufgaben, die eine Gesellschaft zu erfüllen hat. Dies wird beispielsweise durch die immer notwendiger werdende Aufgabe der Integration ethnischer Minderheiten in die jeweilige Aufnahmegesellschaft deutlich. Integration ist hierbei insgesamt als eine „Vergemeinschaftung“ zu verstehen, durch die ein Gemeinwesen entsteht, Normen und Werte geteilt und die generelle Gleichwertigkeit anderer Menschen anerkannt wird. Auch bedeutet eine erfolgreiche Integration die Sicherstellung der Teilhabe aller an gesellschaftlich produzierten Gütern sowie auf der sozio-emotionalen Ebene die Entwicklung einer individuellen und kollektiven Identität und eines sozialen Rückhalts durch Familien oder Peerbeziehungen (Anhut und Heitmeyer, 2008). Um derartige Integrationsziele allerdings zu erreichen, bedarf es der Bereitstellung spezifischer Ressourcen, wie z.B. Chancengleichheit auf der institutionellen Ebene oder der Zuwendung durch Familienmitglieder und Freunde. Insbesondere diese Ebene der mikro-Beziehungen trägt entscheidend dazu bei, Gefühlen wie Sinnverlust, Orientierungslosigkeit und Vereinzelung entgegenzuwirken und die emotionale Anerkennung eines Menschen zu sichern.

Die Modernisierungsprozesse unserer heutigen Gesellschaft führen jedoch durch die Auflösung traditioneller Ordnungen und Systeme, z.B. in der Familie oder in der Arbeitswelt, zu einer „massiven Individualisierung, einer Schwächung des ‚sozialen Kapitals’ und damit auch einer Vernachlässigung von Belangen des Gemeinwohls“ (Imbusch & Heitmeyer, 2012a, S.13). Mit anderen Worten: es beginnt ein Prozess der zunehmenden Desintegration, also eine Abnahme bzw. Auflösung von sozialen Bindungen und daraus folgenden gesellschaftlichen Zerfallsprozessen. Je stärker die Desintegration voranschreitet, desto deutlicher werden Erscheinungen wie die Entsolidarisierung mit oder die Exklusion von bestimmten Gesellschaftsmitgliedern (Imbusch & Heitmeyer, 2012b). Kommen Gefühle wie die subjektiv empfundene Ungerechtigkeit zum Prozess der Desintegration hinzu, an bestimmten

Gütern weniger teilhaben zu können als andere Mitglieder oder Gruppen der Gesellschaft, können solche Desintegrationserfahrungen schließlich auch zur Entfremdung und Indifferenz gegenüber den Mitmenschen führen.

Die Logik und Folgen dieser Ungerechtigkeitsempfindungen lassen sich am Beispiel der Integration von Migrant_innen deutlich machen. So gehört die Integration von beispielsweise türkischen Zuwander_innen seit langem zu einer der zentralen Aufgabe der deutschen Nation. Um nun den Erfolg einer Integration zu bewerten, ist mitentscheidend, inwiefern es zu Angleichungsprozessen auf der sozio-ökonomischen Ebene kam und in wie weit dies zu einer Chancengleichheit aller Bevölkerungsmitglieder führte. Eine solche erfolgreiche Auflösung von sozio-ökonomischer Schichtung bei Zuwander_innen, vor allem denen der zweiten und dritten Generation, birgt allerdings auch ein erhöhtes Konfliktpotenzial in sich. „[So] führt umgekehrt eine Auflösung der ethnischen Unterschichtung zu einer Erhöhung des Problemdrucks bei denjenigen Gruppen der Mehrheitsgesellschaft, die sich selbst durch soziale Abstiegsprozesse bedroht sehen und in einer für sie ohnehin schwierigen Situation erkennen müssen, dass ‚sogar' Angehörige ethnischer Minderheiten an ihnen vorbeiziehen (Anhut und Heitmeyer, 2008, S.131f).

Diese „sozialen Abstiegsprozesse" in der Aufnahmegesellschaft, von denen im Zitat die Rede ist, sind wiederum als eine Folge der zunehmenden Desintegrationserfahrungen und -prozesse aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen zu verstehen. So heißt es nach Anhut und Heitmeyer (2008) deshalb weiter: „Je größer die Desintegrationserfahrungen für Teilgruppen der Mehrheitsgesellschaft ausfallen, desto größer dürften die Integrationsprobleme der aufzunehmenden Minderheiten sein und desto mehr Spannungen zwischen den Angehörigen der unterschiedlichen Gruppen sind erwartbar" (S.143). Zu beachten ist allerdings, dass nicht jede Desintegrationserfahrung sofort zu anti-sozialen oder fremdenfeindlichen Einstellungen führen muss. Ob es dazu kommt und welche Alternativen in Betracht gezogen werden, um die erforderliche emotionale oder moralische Anerkennung zu erhalten, die durch die Desintegration zunehmend verwehrt wird, hängt entscheidend von der sozialen Kompetenz des Einzelnen ab, solche Erfahrungen zu verarbeiten. Das Ausmaß an sozialer Kompetenz beeinflusst einen Menschen insofern, als dass es den Umgang mit Frustrationen reguliert und Einfluss auf die Attribution von Misserfolgen und Problemlagen hat. Je geringer die soziale Kompetenz ist, desto eher werden Verantwortungen und Schuld auch auf kollektiver Ebene gesucht, wie zum Beispiel bei ethnisch definierten Gruppen. So heißt es bei Anhut und Heitmeyer (2008) weiterhin:

> „Ethnisierung führt dann dazu, dass ein vormals individuelles Gut (z.B. Besitz eines Arbeitsplatzes) mittels der ethnisierenden Problemdeutung plötzlich als kollektives Gut erscheint. Erst ab diesem Punkt dominieren dann auch fremdenfeindliche Einstellungen, aus denen jedoch ebenfalls nicht zwangsläufig fremdenfeindliche Handlungen erwachsen müssen. Ob es zu individuellen fremdenfeindlichen Handlungen kommt, ist erneut abhängig von den individuellen Eigen-

normen, den Folgenabschätzungen und individuellen Gelegenheitsstrukturen. Ob es zu kollektiven fremden feindlichen [*sic*] Handlungen kommt, dürfte entscheidend davon abhängen, ob sich zuvor ein Klima der Ausgrenzung und Abwehr etabliert hat, in dem fremdenfeindliche Einstellungen sich als potenziell mehrheitsfähig erweisen, wie die jeweiligen Bezugsgruppenperzeptionen ausfallen und welche Mobilisierungsfaktoren zum Tragen kommen (…).“ (S.143f)

Imbusch und Heitmeyer kommen in ihren Zusammenfassungen über den Forschungsgegenstand der Desintegration zu dem Schluss, dass Konflikte und Gewalt als Folgen sozialer Desintegrationsprozesse eine gut belegte Tatsache in der Soziologie sind (Imbusch & Heitmeyer, 2012b).

Trotz dieser Belege stößt auch die Desintegrationstheorie an die Grenzen ihrer Erklärungskraft, daher können auch sozialstrukturelle Konzepte wie etwa das Desintegrationstheorem allein nicht ausreichen, um die Entstehung rechtsextremer Entwicklungen zu erklären. Aus diesem Grund sollen zuletzt die **Sozialisationsmodelle** vorgestellt werden, die weitere Erklärungsansätze für Rechtsextremismus bereitstellen. Baier et al. (2006) zufolge verfolgen Sozialisationsmodelle das Ziel, „sowohl die strukturellen als auch die individuellen Ursachenfaktoren unter dem Aspekt einer Lerngeschichte oder Karriere zusammen zu bringen“ (S. 292).

Der Begriff der Sozialisation bezeichnet die „Entstehung und Bildung der Persönlichkeit aufgrund ihrer Interaktion mit einer spezifischen materiellen, kulturellen und sozialen Umwelt“ (Geulen, 1994, S.138). Wenngleich politische Einstellungen erst im Jugendalter ausgebildet werden und Freunde und Peergroups auf diese keinen unwesentlichen Einfluss ausüben, kommt den Eltern und der Herkunftsfamilie als primäre Sozialisationsagenten ebenfalls eine bedeutsame Rolle bei der Entwicklung politischer Orientierungen zu. So übernehmen schon Kinder von ihren Eltern bestimmte affektive Bindungen an Nationen und Parteien und entwickeln grundlegende Kompetenzen, die sie später auch auf die Politik übertragen können (Preiser, 2008). In der Forschung wird die Entwicklung von Einstellungen und die Eltern-Kind-Übereinstimmung politischer Haltungen auf indirekte und direkte Prozesse zurückgeführt. Direkte Einflüsse werden unter dem Begriff der *Transmission* subsumiert. Transmission meint dabei den Vorgang der „sozialen Vererbung“, indem also ein Gut von einer Person oder Gruppe auf eine andere übertragen wird (Baier & Hadjar, 2004, S.157). Direkt sind die Wirkungen z.B. dann, wenn Kinder oder Jugendliche durch politische Gespräche und Diskussionen mit ihren Eltern bestimmte Denkweisen übernehmen. Hier spielt vor allem das Lernen am Modell eine entscheidende Rolle (Vgl. Bandura, 1979). Daneben wird auch die Möglichkeit diskutiert, dass Eltern ihre eigenen Einstellungen modernisieren, indem sie sich den Einstellungen ihrer Kinder annähern (Rippl, 2004). Denkbar ist allerdings auch, dass Eltern bestimmte Befindlichkeiten wie zum Beispiel die eigene Perspektivlosigkeit durch Schuldzuschreibungen auf z.B. Ausländer zu kompensieren versuchen, was schließlich auch von deren Kindern übernommen wird und auch bei ihnen zu einer Ausbildung ausländerfeindlichen Einstellungen führt (ebd.).

Indirekte Übertragungsprozesse beziehen sich andererseits auf den Einfluss des elterlichen Erziehungsverhaltens und der familiären Interaktion auf die Sozialisation eines Kindes bzw. Jugendlichen. Inwiefern sich ein strafender und harscher Erziehungsstil auf die Entwicklung autoritärer und damit in Verbindung stehenden rassistischen Einstellungen auswirken kann, wurde bereits durch die Berkeley-Gruppe im Rahmen der Studien zum autoritären Charakter untersucht, an deren Ergebnisse zahlreiche weitere Forschergenerationen anknüpften. Die Bedeutsamkeit innerfamiliärer Kommunikation über Einstellungen, Normen und Werte für die Ausbildung ausländerfeindlicher Einstellungen von Kindern und Jugendlichen machen Gniewosz und Noak (2006) deutlich, indem sie zeigen, dass sich die tatsächlichen Einstellungen der Eltern in Bezug auf Ausländerfeindlichkeit teilweise deutlich von denen unterscheiden, die ihre Kinder bei ihnen wahrnehmen. Der Irrglaube, dass die eigenen politischen Einstellungen mit denen der Eltern übereinstimmen, ist gerade dann relevant, wenn sich Kinder und Jugendliche in ihren ausländerfeindlichen Einstellungen durch ihre Eltern bestärkt fühlen, da auch diese vermeintlich ausländerfeindlich seien. Als Gründe für diesen „falschen Konsens“ führt Burkert (2012, S. 173) z.B. eine fehlende innerfamiliäre Kommunikation an oder auch das Unvermögen der Eltern, rechtsextreme Tendenzen ihrer Kinder zu erkennen und darauf adäquat reagieren zu können.

Dass Personen mit rechtsextremen Einstellungen allerdings nicht durchweg aus dysfunktionalen Familien stammen (müssen), machen auch Untersuchungen an rechtsextremen Straftätern deutlich. Anhand der Auswertung biographischer Informationen aus den Gerichtsakten von 154 rechtsextremen Straftätern aus den achtziger und neunziger Jahren ermittelten die Wissenschaftler Eckert, Willems und Würtz (1996) vier Tätertypen, wobei sich die Entwicklungsverläufe von Personen, die vorrangig gewaltbereit sind und denjenigen, die vorrangig rechtsextrem eingestellt sind, durchaus unterschieden. So zeigte sich, dass die Personen, die als stark rechtsextrem eingestuft wurden, deutlich gemäßigtere Familienverhältnisse aufwiesen als diejenigen, die hauptsächlich gewaltbereit waren. Erklärt wird dieser Umstand damit, dass ein strafender und emotionsloser Erziehungsstil einen vergleichsweise nur geringen Einfluss auf die Entwicklung rechtsextremer Orientierungen hat und sich verstärkt auf das deviante Verhalten der Kinder auswirkt. Das Erleben von sozialer Desintegration (welche nicht nur in so genannten „broken home“-Familien auftritt) und die damit verbundenen negativen Befindlichkeiten führen hingegen eher zur Ausbildung rechtsextremer Einstellungen, indem sich Desintegrationserfahrungen der Eltern auch auf deren Kinder vererben können.

Neben der Herkunftsfamilie als primäre Sozialisationsinstanz betonen Baier et al. (2006) auch den Einfluss von Schule und Freundeskreis auf die politische Sozialisation junger Menschen. Schulische Faktoren wie Leistungsprobleme im Unterricht, fehlende Anerkennung, eine unsystematische und undemokratische Unterrichtsgestaltung sowie niedrige Anforderungen tragen zu rechtsextremen

Haltungen bei (Sturzbecher, 2001). Zudem kommt der Freundesgruppe eine besondere Bedeutung zu, da sich die Subkultur von Jugendlichen häufig in Form von Cliquen Ausdruck verleiht. Auch die Tatsache, dass Übergriffe mit rechtsextremem Hintergrund meist aus Gruppen heraus begangen werden, unterstreicht die Rolle der Peers.

Eine im Rahmen von Sozialisationsmodellen abschließende Erklärung für die Entwicklung oder vielmehr für das Ausbleiben rechtsextremer Einstellungen soll die Kontakthypothese darstellen.
Die Theorie, die auch als *Kontakthypothese* bezeichnet wird, besagt allgemein, dass Kontakt zu Mitgliedern einer Fremdgruppe eine Reduktion von Vorurteilen und eine Einstellungsverbesserung gegenüber dieser Gruppe bewirken kann.
Als Begründer der Kontakthypothese wird gemeinhin Gordon W. Allport angesehen, wenngleich Forschungen auf diesem Gebiet auch schon von anderen Wissenschaftlern vor ihm vorgenommen wurden. Eine erste Zusammenfassung dieser bis dato vorliegenden Forschungsergebnisse und fand jedoch erst durch Allport in seinem Werk „The nature of prejudice“ (1954) statt. Aus der Zusammenstellung dieser Befunde ergab sich für Allport die klare Prämisse, dass nicht jeder Kontakt automatisch eine positive Wirkung auf Einstellungen habe, sondern dass dafür gewisse Rahmenbedingungen gegeben sein sollten. Bei diesen Bedingungen handelte es sich um (1) Statusgleichheit in der Kontaktsituation, (2) Kooperation, (3) gemeinsame Ziele und (4) Unterstützung des Kontakts von außen, zum Beispiel durch Gesetze, staatliche Institutionen oder anerkannte Autoritäten (Allport, 1954). Diese vier Bedingungen ließen sich bereits umfassend bestätigen, wie etwa in einer groß angelegten Meta-Analyse von Pettigrew und Tropp (2006). Die beiden Autoren kommen daneben allerdings auch zu dem Ergebnis, dass Kontakt, welcher die vier Bedingungen nicht erfüllt, dennoch zu einer signifikanten Vorurteilssenkung führen kann. Aus diesem Grund sei das Vorliegen dieser vier Bedingungen keine notwendigen Bedingungen für eine Senkung von Vorurteilen. Weiterhin stellen Pettigrew und Tropp (2006) fest, dass es für die positive Wirkung von Intergruppenkontakt eine weitere Bedingung zu geben scheint, und zwar die Möglichkeit zur Intergruppenfreundschaft. So stellte Pettigrew bereits in einer früheren Untersuchung fest, dass Personen mit freundschaftlichen Beziehungen zu einem Fremdgruppenmitglied am geringsten mit Vorurteilen belastet sind (Pettigrew, 1997).
Erforscht werden neben den Bedingungen zudem auch die Mechanismen, die im Rahmen des Intergruppenkontakts wirksam werden. Insbesondere in den letzten Jahren rückten so die Mediatoren in der Kontaktsituation, die den Einstellungseffekt vermitteln können, in den Fokus des Forschungsinteresses. Pettigrew (1998) schlägt vier Prozesse vor, auf denen eine Mediation beruhen könnte. Bei diesen handelt es sich um Aneignung von Wissen über die Fremdgruppe, Verhaltensänderungen, Affektive Bindungen sowie die Neubewertung der eigenen Gruppe. Hintergrund des ersten Mediators ist, dass das Vermehren des eigenen Wissens bzw. das Lernen über die Fremdgruppe einen kognitiven Prozess darstellt, der während des Kontakts wirksam sein könnte und dadurch zur Verminde-

rung von Vorurteilen beitragen könnte. Die „Verhaltensänderung“ stellt nach Pettigrew (1998) einen weiteren Mediator dar. Dieser besagt, dass mit dem Kontakt auch Verhaltensänderungen eintreten können, die zum Beispiel so geartet sind, dass eine Person der Fremdgruppe gegenüber offener und mit mehr Akzeptanz entgegentritt. Verhält sich ein Individuum gegenüber einem Individuum aus einer Fremdgruppe freundlich, so kann eine Dissonanz zwischen dem gezeigten Verhalten von Personen aus der Fremdgruppe und alten Vorurteilen entstehen. Um diese Dissonanz zu beseitigen, kann eine Verbesserung der Einstellung eine Folge dieses Prozesses der Verhaltensänderung sein.

Der dritte von Pettigrew (1998) postulierte Mediator bezeichnet den Aufbau affektiver Bindungen zwischen den Gruppenmitgliedern, wobei zwei Emotionen seiner Ansicht nach eine besonders wichtige Rolle einnehmen. Einerseits können Angst- und Bedrohungsgefühle vor allem im Anfangsstadium des Kontakts auftreten und durch weiteren, wenn möglich optimalen Kontakt abgebaut werden, was wiederum zu einer Verminderung von Vorurteilen beiträgt. Positive Kontakteffekte können dementsprechend durch einen Abbau von Angst und Bedrohungsgefühlen vermittelt sein. Der zweite bedeutsame Mediator aus dem Bereich der Emotionen stellt die Empathie, wobei jedoch nicht die Reduktion, sondern der Aufbau dieser Eigenschaft für positive Kontakteffekte zuträglich ist. So kann Kontakt zu einem Fremdgruppenmitglied dazu führen, dass man einen empathischen Standpunkt einnehmen und die Perspektive des Anderen besser nachvollziehen kann, was wiederum zu einer positiveren Einstellung beiträgt. Empathie unterstützt auf diese Weise den Abbau von Vorurteilen.

Einen vierten Mediator stellt die Neubewertung der eigenen Gruppe dar. Zwischen der Kontakterfahrung und einer möglichen Aufwertung der Fremdgruppe kann die Neubewertung der eigenen Gruppe als Mediator wirksam sein. Die Person, die den Kontakt eingeht, erkennt durch diesen schließlich, dass die eigene Art zu leben nicht die einzig mögliche oder gar die beste ist. Normen und Bräuche der eigenen Gruppe werden hinterfragt, was mit einer sogenannten *Deprovinzialisierung* der Einstellung einhergeht.

Die von Pettigrew (1998) vorgeschlagene Liste potentieller Mediatoren des Kontakteffekts trägt zu neuen Erkenntnissen auf diesem Gebiet bei, erhebt jedoch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. So zählen Dovidio, Gaertner und Kawakami (2003) weitere Variablen auf, die den Zusammenhang zwischen Kontakt und Einstellung vermitteln könnten, wie etwa positive Interdependenz in der Kontaktsituation oder soziale Kategorisierungsprozesse. Von den zahlreichen vorgeschlagenen Mediatoren nehmen die affektiven Mediatoren (Reduktion von Angstgefühlen, Empathie) in empirischen Untersuchungen jedoch eine übergeordnete Rolle ein, während kognitive Prozesse wie das Lernen über die Fremdgruppe, das schon Allport (1954) betonte, dagegen eine geringere Bedeutung haben als zunächst angenommen (Pettigrew & Tropp, 2008; Pettigrew, Tropp, Wagner & Christ, 2011). Aus den bisherigen theoretischen wie empirischen Befunden zur Untersuchung der Kontakthypothese kann festgehalten werden, dass ihr heutzutage der Status einer vorläufigen „Hypothese“ abgespro-

chen werden kann. Was unter Allport (1954) als eine solche begann, kann mittlerweile als eine umfassende sozialpsychologische Theorie gelten, die sich nicht nur auf ethnische Randgruppen bezieht, sondern allgemein haltbar ist und ein großes Potential zur Verbesserung von Intergruppenbeziehungen bietet (Hewstone & Swart, 2011; Pettigrew & Tropp, 2006).

1.3 Rahmenbedingungen für die Entstehung von Rechtsextremismus

Die Entwicklung von Erklärungsansätzen für die Entstehung von Rechtsextremismus führte zwangsläufig auch zu einer empirischen Überprüfung von sich daraus ergebenden Faktoren und Bedingungen, welche einen Einfluss auf die Entwicklung oder auch das Ausbleiben rechtsextremer Einstellungen haben. So ergibt sich beispielsweise aus dem Konstrukt des Hierarchischen Selbstinteresses, dass Jungen und Männer eher dazu neigen, rechtsextreme Einstellungen auszubilden, da sie für Dominanzideologien anfälliger sind als Mädchen und Frauen. Ein solcher Geschlechterunterschied findet sich auch tatsächlich in vielfältigen Untersuchungen wieder. Auch andere Faktoren wie der Wohnort einer Person oder deren Ausmaß an Empathie stellen empirisch bedeutsame Einflussfaktoren dar. Auf diese empirischen Befunde soll in diesem Abschnitt näher eingegangen werden, da sie gleichzeitig die zu untersuchenden Prädiktoren für rechtsextreme Einstellungen im dritten Kapitel dieser Arbeit darstellen werden.

1.3.1 Geschlecht und Geschlechterunterschiede

Bereits aus den Theorien und Untersuchungen zum Werthaltungskonstrukt des Hierarchischen Selbstinteresses erscheint das Geschlecht als ein bedeutsamer Faktor für die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen. Mit einer hohen Beständigkeit verweisen auch zahlreiche weitere Studien seit vielen Jahren immer wieder auf einen Geschlechterunterschied im Ausmaß rechtsextremer Einstellungen, ungeachtet des Alters der Befragten oder der Region, in der die Untersuchung durchgeführt wurde (Decker et al., 2014; Melzer, 1992; Sturzbecher, Kleeberg-Niepage & Hoffmann, 2012 uvm.). Wie zahlreiche Forschungsergebnisse jedoch ebenfalls zeigen, sind rechtsextreme Einstellungen anders als rechtsextrem motivierte Gewalthandlungen kein vorrangig männliches Phänomen, da Mädchen und Frauen ihre demokratieablehnenden Einstellungen tendenziell eher auf subtileren Wegen äußern (siehe hierzu Frindte, Geschke & Haußecker, 2014). Auch wird deutlich, dass die Geschlechterdifferenzen bei der Betrachtung der unterschiedlichen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen z.T. nur sehr gering ausfallen, etwa in den Bereichen Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus (Decker et al., 2014) oder im Bereich der Ausländerfeindlichkeit (Sturzbecher et al., 2012). Wie Frindte et al. (2014) zusammenfassend zeigen, lassen sich deutliche Geschlechterunterschiede vor allem bei der Betrachtung rechtsextrem motivierter Straftaten oder

dem Wahlverhalten rechtsextremer Parteien finden – also an den Stellen, an denen bestimmte Einstellungen verhaltenswirksam werden. Dennoch stellt Birsl auch klar, „dass sowohl bei den ermittelnden und beobachtenden Behörden als auch bei den Medien rechtsextremistische oder menschenfeindliche Übergriffe durch den eingangs erwähnten Wahrnehmungsfilter betrachtet werden, durch den Gewaltanwendungen oder andere Formen der Tatbeteiligung von Mädchen und Frauen ausgeblendet werden“ (Birsl, 2012, S. 99).
In wieweit das Geschlecht auch in der vorliegenden Untersuchung einen bedeutsamen Prädiktor für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen darstellt, wird im Abschnitt 3.2 näher betrachtet.

1.3.2 Gewaltbereitschaft

Ein weiterer Faktor, der seit langem im Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen diskutiert wird (u.a. Heitmeyer, 1992), stellt die Gewaltbereitschaft dar. Im Folgenden soll zunächst dessen Relevanz in anderen Studien zu Rechtsextremismus dargestellt werden, bevor im dritten Kapitel dessen Bedeutung auch für die hier untersuchte Schülerstichprobe betrachtet wird.

Dass Gewalttätigkeit, wenngleich sie in einem rechtsextremen Rahmen geschieht, nicht zwangsläufig auch von fundiert rechtsextrem eingestellten Tätern verübt werden muss, wurde bereits mehrfach in der Literatur beschrieben. So kommt beispielsweise Marneros zu dem Schluss: „Rechtsradikale Gewalttäter sind Kriminelle. Wie jeder andere Mörder, Totschläger oder Brandstifter auch. Gemeine Kriminelle. … . Die Bekämpfung des gewalttätigen Rechtsradikalismus bedeutet nichts anderes als die Bekämpfung der Kriminalität. Das ‚politische’ Mäntelchen muss dabei allerdings heruntergerissen werden“ (Marneros, 2002, S.25, S.81).
Der Psychiater und Gutachter Marneros gelangte zu dieser Erkenntnis nicht nur im Zuge seiner langjährigen Erfahrungen mit rechtsextremen Gewalttätern, sondern auch durch systematische Analysen von deren soziobiographischen Hintergründen. Hier zeigte sich sogar, dass bei 89 Prozent der begutachteten rechtsradikalen Gewalttäter keine fundierten rechtsextremen Ideologien vorhanden waren, sondern bei Nachfrage durchaus nicht selten auch absurd anmutende Einstellungen und Denkweisen zum Vorschein traten (Marneros, Steil & Galvao, 2003). Die Vermutung, dass eine ideologisch fundierte Gewalt oft hinter eine allgemeine Gewalt rückt, wird auch von anderen Wissenschaftler_innen vertreten, wie etwa von Neumann und Frindte (2002) oder Wendt, Lau und Kröber (2002). In letztgenannter Analyse von rechtsextremen Straftätern gingen 24 Gutachten über Personen ein, die einen eindeutig rechtsextremistischen Hintergrund aufwiesen, ihre Anlasstaten jedoch nicht zwingend politisch motiviert waren. Die Vergleichsgruppe bestand hingegen aus Gewalttätern, die keinerlei rechtsextreme Motivationen aufwiesen, sich bezüglich anderer grundlegender Tatmerkmale der Untersuchungsgruppe jedoch ähnelten. Ein erster deutlicher Unterschied zwischen beiden Teilgruppen zeigte

sich im Alter der Befragten. Hier lag der Altersmedian der Untersuchungsgruppe bei 19 Jahren, der Altersmedian der Vergleichsgruppe bei 25 Jahren. Die Anlasstaten betrachtend zeigten sich für die Untersuchungsgruppe, dass hier 75 Prozent der Begutachteten Tötungsdelikte vorgeworfen wurden, während dies nur bei etwa 50 Prozent der Begutachteten in der Vergleichsgruppe der Fall war. Ein weiteres nennenswertes Ergebnis ist auch, dass 88 Prozent der rechtsextremen Gewalttäter ihre Taten im Gruppenkontext und allesamt unter Alkoholintoxikation ausübten, während nur 21 Prozent der Begutachteten aus der Vergleichsgruppe ihre Tat in einem Gruppenkontext begingen und ebenfalls nur 36 Prozent dabei Alkohol konsumierten. Zudem ist auffällig, dass bei keinem Täter aus der Untersuchungsgruppe eine psychische Erkrankung im engeren Sinne diagnostiziert werden konnte, eine solche Feststellung allerdings für 14 Prozent in der Vergleichsgruppe zutraf. Ein ähnliches Verhältnis zeigte sich auch bezüglich psychopathologischer Auffälligkeiten zum Tatzeitpunkt (43 % zu 29 % in der Untersuchungsgruppe).

Wenngleich sich in diesen Ergebnissen bestimmte Eigenarten rechtsextremer Gewalt finden lassen, offenbarten die befragten rechtsextremen Straftäter in den Interviews letztlich meist nur diffuse fremdenfeindliche Einstellungen und kaum fundierte rechtsextreme Ideologien. Somit kommen auch die Autoren dieser Studie zu dem Schluss, dass auch rechtsradikale Straftaten oft nur eine bestimmte Form der Gewalttätigkeit von Jugendlichen und Heranwachsenden darstellen und nicht als spezielle psychopathologische Phänomene zu verstehen sind (Wendt et al., 2002).

Oft geht den rechtsextrem motivierten Gewalt- und Straftaten der hauptsächlich männlichen Befragten eine generelle Aggressionsproblematik voraus und nicht selten begünstigt die allgemeine Gewaltbereitschaft der Täter auch die Übernahme rechtsextremer Einstellungen, welche wiederum als Legitimation für ihre Gewalttaten dienen (Krüger, 2008). Vieles spricht daher dafür, dass rechtsextremen Einstellungen vor allem eine Gewalt auslösende und legitimierende Funktion zukommt. Auf der anderen Seite warnen Wissenschaftler wie Krüger (2008) auch davor, die Gefährlichkeit rechtsextremer Ideologien zu unterschätzen, wenn ihnen nur die Wirkung einer Rechtfertigung von Gewalt zugeschrieben wird. So ist es auch möglich, dass Gewalt erst in solchen Situationen entsteht, die sie als eine attraktive Alternative erscheinen lässt (Rommelspacher, 2006).

1.3.3 Empathie

Aus der Theorie zur Kontakthypothese ergibt sich die Empathie als ein relevanter Mediator zwischen Kontakterfahrungen und dem Abbau und Ausbleiben rechtsextremen Einstellungen. Auch für dieses Konstrukt existiert in der Literatur keine einheitliche Definition, vielmehr bestehen verschiedene Auffassungen darüber, was unter „Empathie“ zu verstehen ist. Die meisten Definitionsversuche orientieren sich an den zwei grundlegenden Forschungstraditionen in diesem Feld, welche sich im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelten und Empathie entweder als ein kognitives oder als ein affektives

Konstrukt verstehen. Kognitiv meint dabei, dass Empathie vor allem ein intellektuelles Verstehen der Lage eines Anderen bzw. eine Perspektivübernahme sei und somit allein ein Produkt des menschlichen Verstandes ist. Das Teilen der Gefühle durch eine eigene Affektreaktion bleibt bei dieser Sichtweise auf die menschliche Empathie aus, da es lediglich um das imaginative Hineinversetzen in die Lage des Anderen geht. Demgegenüber entwickelte sich unter Fachkreisen in der Mitte des 20. Jahrhunderts auch ein Verständnis von Empathie als ein hauptsächlich affektives Erleben eines Gegenübers, wobei dessen Emotionen in einem selbst entweder zu sehr ähnlichen (kongruenten) Emotionen führen oder die eigenen emotionalen Reaktionen durch das Erleben des Gegenübers noch differenzierter werden (reaktive Emotion).

In den 1980er Jahren entwickelte sich in Fachkreisen zunehmend eine multidimensionale Sichtweise, in der sowohl affektive als auch kognitive Aspekte als gleichermaßen bedeutend für Empathie angesehen wurden. So definiert Bischof-Köhler (2011) Empathie als „die Erfahrung, unmittelbar der Gefühlslage oder auch der Intention eines Anderen teilhaftig zu werden und sie dadurch zu verstehen. Trotz dieser Teilhabe bleiben Gefühl bzw. Intention aber anschaulich dem Anderen zugehörig. Empathie ist gleichbedeutend mit Einfühlung und Mitempfindung“ (Bischof-Köhler, 2011, S. 261). In dieser Definition wird deutlich, dass der Beobachter sowohl einer Intention als auch einer Emotion teilhaftig werden kann – neben kognitivem Verstehen wird also auch das Teilen von Gefühlen in der Definition berücksichtigt.

Im rechtspsychologischen Bereich gilt Empathie gemeinhin als ein protektiver bzw. schützender Faktor, um antisozialen oder delinquenten Entwicklungsverläufen vorzubeugen. In einer Untersuchung von Hosser und Beckurts (2005) fand ein Vergleich zwischen Jugendlichen, die in einer Justizvollzugsanstalt untergebracht waren, mit nichtdelinquenten Jugendlichen als Kontrollgruppe hinsichtlich ihrer Empathiefähigkeit statt. Im Ergebnis zeigte sich, dass delinquente Jugendliche eine erwartungskonform signifikant geringere Empathiefähigkeit aufwiesen als die Kontrollgruppe. In derselben Untersuchung zeigte sich ebenfalls ein hoher negativer Zusammenhang zwischen kriminalitätsbefürwortenden Einstellungen und Empathie.

Den Zusammenhang zwischen Sexismus, Rassismus und Empathie untersuchten Bäckström und Björklund (2007) an ihrer Stichprobe mit schwedischen Schüler_innen im Alter von 16 bis 20 Jahren. Auch hier erwies sich Empathie als ein relevanter protektiver Faktor vor Rassismus und Sexismus. Insbesondere für die vorliegende Arbeit scheint dieser Aspekt relevant, so dass auch die Rolle von Empathie für die hier untersuchte Schülerstichprobe zu untersuchen sein wird.

1.3.4 Formale Schulbildung

Ein weiteres prominentes Korrelat für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen ist das Bildungsniveau. Sturzbecher et al. (2012) merken dazu folgendes an: „Bei der Darstellung der Ursachen rechtsextremer Einstellungen wird oft auf Schicht- und Milieuunterschiede verwiesen. In der sog. Unterschicht (Personen mit niedrigem Einkommen und niedriger Bildung) sind rechtsextreme Einstellungen verbreiteter als in der Mittelschicht (mittlere Einkommen und mittleres Bildungsniveau); am seltensten sind rechtsextreme Einstellungen bei Angehörigen der Oberschicht (hohe Einkommen, hohes Bildungsniveau) zu finden (S. 171).“ Auch Decker et al. (2014) verweisen darauf, dass bei Nicht-Abiturienten die Zustimmungswerte über alle untersuchten Dimensionen rechtsextremer Einstellungen hinweg sogar mehr als dreimal so hoch ausfallen wie bei denjenigen, die mindestens das Abitur erlangt haben.

Wie bereits deutlich wurde, existieren verschiedene Ansätze, die diesen Umstand zu erklären versuchen. Häufig nimmt die Bildung dabei eine vermittelnde Rolle ein, indem eine niedrige Schulbildung oft mit einem niedrigeren Einkommen einhergeht, welche u. U. zu einer Unzufriedenheit mit dem eigenen Status, einer empfundenen gesellschaftlichen Benachteiligung oder zu einer Angst vor Privilegienverlust führt (Stöss, 2010). Um die oft damit einhergehenden negativen Affekte zu reduzieren, kann es daraufhin passieren, dass sich diese Personen stärker mit bestimmten Gruppen identifizieren wie z.B. der Gruppe der Deutschen oder mit rechtsaffinen Gruppierungen, deren zentrales Anliegen die gemeinschaftliche Abwertung bestimmter Gruppen ist. Da eine Abwertung von Fremdgruppen häufig mit einer Selbstwerterhöhung einhergeht, kann dies schließlich zu einer Verringerung des eigenen negativen Selbstbildes führen (Tajfel & Turner, 1986). An vorangegangener Stelle wurde dieser Mechanismus der Bildung sozialer Identitäten bereits ausführlicher beschrieben.

Dass die Bedeutung der formalen Schulbildung auf die Entwicklung demokratieablehnender Einstellungen komplex ist, beschreiben auch Frindte et al. (2014), die auf Studien verweisen, welche deutlich machen, „dass sich hinter dem Schultyp als 'soziale Adresse' eine ganze Menge weiterer Variablen verbergen könnten. Teils spiegele die besuchte Schule per Selektion die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht und damit die Bildung sowie die finanzielle und berufliche Situation der Eltern wider; teils gehe der Schultyp mit Variation in der zu Hause erfahrenen Erziehung einher (S. 15).“

1.3.5 Alter

Insbesondere das Jugendalter stellt eine besonders bedeutsame Phase für die Persönlichkeitsentwicklung und die Entwicklung politischer Interessen dar. Die Ausbildung von Vorurteilen hat dabei eine Entwicklungsgeschichte, da diese schon von den Sozialisationsbedingungen in der Kindheit stark mitbestimmt werden. Wie Studien zeigen konnten, entwickeln sich Vorurteile bereits im frühen Kin-

desalter (u.a. Neto & Williams, 1997). Raabe und Beelmann (2009) machen allerdings auch deutlich, dass negative Haltungen gegenüber Fremdgruppen nicht – wie häufig berichtet wird – wellenförmig verlaufen mit ihren Höhepunkten im Alter von sechs und sieben sowie 14 und 15 Jahren, sondern eher die Tendenz haben, in ihrem Ausmaß intraindividuell zuzunehmen. Dieses Ergebnis ist dabei „umso relevanter, je höher die Stabilität von Vorurteilen ist und je stärker Vorurteile im Jugend- und Erwachsenenalter von Entwicklungsbedingungen in der Kindheit abhängig sind“ (ebd., S. 116). Dass gerade bei Menschen, die schon in der Kindheit eine gewisse Risikobelastung in Bezug auf antidemokratische Orientierungen aufwiesen, das Ausmaß an Vorurteilen im Entwicklungsverlauf eher zunimmt, lässt sich auch theoretisch begründen, etwa durch die Kontakthypothese (Allport, 1954) oder die Theorie der sozialen Informationsverarbeitung (Crick & Dodge, 1994). Dieser Umstand lässt sich auch für die hier untersuchte Population feststellen: Werden nur diejenigen Schüler_innen betrachtet, die bereits über deutlichere rechtsextreme Orientierungen verfügen, so nehmen diese im Altersverlauf stärker zu als bei denjenigen Befragten, die nur gering ausgeprägte bzw. keine rechtsextremen Einstellungen zeigen. Die Ergebnisse machen allerdings auch deutlich, dass nicht allein das Alter entscheidend ist für die Entwicklung und Verfestigung antidemokratischer Einstellungsmuster, sondern die damit einhergehenden stabilisierenden Faktoren wie deviante Peers oder die zunehmende Vermeidung von Kontakten zu Fremdgruppen, die mehr und mehr zur Verfestigung ablehnender Haltungen gegenüber bestimmten Gruppen beitragen.

1.3.6 Wohnort/ Region

Bei der Betrachtung von Rahmenbedingungen für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen kommt auch der Region, aus der ein Mensch stammt, eine zentrale Bedeutung zu. Gerade Publikationen in der Zeit von 1990 bis 2000 legten ein besonderes Augenmerk auf Ost-West-Vergleiche, um in Erfahrung zu bringen, wie sich die Unterschiede in der Sozialisation von Bürgerinnen und Bürgern der DDR und BRD sowie die Folgen, die die Wiedervereinigung Deutschlands mit sich brachten, auf die Entwicklung antidemokratischer Orientierungen auswirkte (Dünkel & Geng, 1999; Melzer, 1992). Auch in aktuelleren Studien wie etwa den Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit oder den Mitte-Studien spielt der Wohnort bzw. die Region, in der die Befragten wohnhaft sind, bei der Klärung von Einflussvariablen auf die Entstehung rechtsextremer Einstellungen eine bedeutsame Rolle. Mit ihrer Langzeituntersuchung zu rechtsextremen Einstellungen in Gesamtdeutschland konnten Decker et al. (2014) zeigen, dass der Trend zwar generell abnehmend ist, die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen seit 2002 in Ostdeutschland jedoch kontinuierlich über denen westdeutscher Befragten liegt. Dass rechtsextreme Einstellungen allerdings kein vorrangig ostdeutsches Problem sind, konnten die Autoren ebenfalls zeigen. So gibt es auch Regionen in West- und Süddeutschland, die über ein besonders hohes rechtsextremes Einstellungspotenzial verfügen. Wird etwa der

Freistaat Bayern mit den anderen westdeutschen Bundesländern verglichen, zeigen sich in der bayrischen Bevölkerung durchgängig höhere Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen als bei den restlichen westdeutschen Befragten. Bezogen auf den Antisemitismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus liegen die Zustimmungswerte der ostdeutschen Teilnehmer_innen sogar hinter denen der westdeutschen Befragten (ohne Bayern) und diese schließlich hinter denen der bayrischen Befragten (Decker & Brähler, 2014).

Zur Erklärung des Ost-West-Unterschieds gerade in der Altersgruppe der 14 bis 30-jährigen ziehen Decker et al. (2012) einerseits die Strukturunterschiede in den alten und neuen Bundesländern heran, andererseits machen sie aber auch deutlich, dass ein hohes Maß an Jugendarbeitslosigkeit in einigen Regionen Deutschlands und damit einhergehende Zukunftssorgen Einfluss auf die Entstehung und Verbreitung rechtsextremer Orientierungen haben können. Ausgenommen von den Stadtstaaten führen die neuen Bundesländer im Jahr 2014 tatsächlich die Liste derjenigen Bundesländer mit der höchsten durchschnittlichen Arbeitslosenquote an (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2015[1]). Drohende oder vorhandene Arbeitslosigkeit und eine damit verbundene pessimistische Zukunftssicht können somit zumindest teilweise den gefundenen Kohorteneffekt zwischen ost- und westdeutschen Befragten erklären. Da die Arbeitslosigkeit im Freistaat Bayern 2014 im Durchschnitt bei etwa 4 Prozent lag und nicht, wie in den neuen Bundesländern, bei 8 Prozent und höher, ist anzunehmen, dass für die dortigen Befragten noch andere Faktoren einen Einfluss auf die Ausbildung antidemokratischer Einstellungen haben müssen. Wie Decker und Brähler (2014) feststellten, kann deren Ergebnis auch auf eine „autoritäre Dynamik“ zurückgeführt werden (S. 17), bei der sich die eigene Aggression nicht gegen die Autorität an sich richtet, sondern gegen Surrogate wie Jüdinnen und Juden, Musliminnen oder Muslime.

1.4 Aktuelles Lagebild und Erscheinungsformen

Der folgende Abschnitt bietet einen Überblick über die aktuelle Lage in Bezug auf rechtsextremistische Einstellungen und Aktivitäten. Die Betrachtung des rechtsextremen Lagebildes soll sich dabei auf Deutschland begrenzen, wenngleich auch zahlreiche weitere europäische Länder eine virulente rechtsextreme Szene aufweisen.

Oft sind rechtsextreme Einstellungen derartig gearteten Verhaltensweisen vorgeschaltet (Stöss, 2010), so dass Studien, die das Ausmaß rechtextremer Einstellungen in Deutschland und Teilen der Bundesrepublik untersuchen, eine hohe Relevanz zukommt. Zu den bekanntesten dieser Untersuchungen zählen die Längsschnittstudien zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ um Wilhelm Heitmeyer und Kollegen sowie die „Mitte-Studien“ um Oliver Decker, Elmar Brähler und Kolle-

[1] Arbeitslosenquote hier das Verhältnis von Arbeitslosen zu allen zivilen Erwerbspersonen in Prozent)

gen, welche seit 2002 bundesweit und in regelmäßigen Abständen aktuelle Entwicklungen und Veränderungen im Ausmaß rechtsextremer Einstellungen erheben. Beiden Konzepten ist gemein, dass sie von einem Zusammenhang verschiedener Elemente rechtsextremer oder menschenfeindlicher Einstellungen ausgehen, die zudem einen gemeinsamen Kern aufweisen. So werden dem Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ verschiedene Aspekte wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie oder Sexismus zugerechnet, während sich das Konzept der „Mitte-Studien“ an den Elementen rechtsextremer Einstellungen nach der bereits vorgestellten Konsensdefinition rechtsextremer Einstellungen orientiert.

Nach intensiver zehnjähriger Forschung beendeten Heitmeyer und Kollegen ihre Langzeitanalyse 2012 mit dem (vorläufigen) Fazit, dass sich insbesondere die Jahre 2002 bis 2012 als ein „entsichertes“ Jahrzehnt erwies, welches eine Statusunsicherheit und „Demokratieentleerung“ (Heitmeyer, 2012, S. 34) in allen gesellschaftlichen Schichten mit sich brachte und ein friedliches Zusammenleben der Menschen unter dem Aspekt der Gleichwertigkeit aller gefährdete. Eine Ursache für diese Entwicklung sei dabei in der Schuldenkrise seit 2008 zu finden, die auch die Zunahme von menschenfeindlichen Einstellungen – auch bei Personen mit einem höheren Einkommen und sozialen Status, nachvollziehbar macht, da mit krisenhaften Erscheinungen auch bei ihnen die Angst vor Privilegienverlust wachse, welche sich wiederum in einer Abwertung von z.B. sozial Schwächeren äußern könne. Über alle untersuchten Dimensionen des Syndroms hinweg zeigen einkommensschwächere Befragte allerdings höhere Zustimmungswerte als diejenigen mit einem höheren Einkommen, wenngleich bei allen Befragten, die sich von der Krise bedroht fühlten, über die Jahre das Ausmaß ihrer Menschenfeindlichkeit anstieg (ebd.).

Den Ergebnissen der „Mitte-Studien“ kann ebenfalls entnommen werden, dass die Zustimmung zu chauvinistischen, ausländerfeindlichen, antisemitischen oder sozialdarwinistischen Aussagen in den Jahren zwischen 2008 und 2012 deutlich anstieg, während sie im Jahr 2014 insgesamt allerdings wieder rückläufig war (Decker et al., 2014). Weiterhin errechneten die Autoren einen Score für rechtsextreme Einstellungen als Gesamtkonstrukt, indem sie den Durchschnittswert einer Person über alle gestellten Fragen hinweg errechneten. Den Zeitverlauf betrachtend konstatieren sie dabei, dass insbesondere in den Jahren 2010 bis 2012 manifeste rechtsextreme Einstellungen vermehrt in Ostdeutschland feststellbar sind, sich im Jahr 2014 die Häufigkeit von Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild in Ost- und Westdeutschland nicht mehr signifikant voneinander unterscheidet (5,2 % in Westdeutschland; 7,4 % in Ostdeutschland). Dass sich in Erhebungen zum rechtsextremen Einstellungspotenzial zwischen ost- und westdeutschen Befragten allerdings nicht zeigt, dass ostdeutsche Befragte grundsätzlich und über alle Dimensionen rechtsextremer Einstellungen hinweg höhere Zustimmungswerte erreichen als westdeutsche Befragte, wurde in Abschnitt 1.3.6 bereits ausführlicher thematisiert.

In Anlehnung an die Studien zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ führen seit 2012 auch Decker et al. Untersuchungen zum Ausmaße von Islamfeindlichkeit, Abwertung von Asylbewerbern und zum Antiziganismus (Abwertung von Sinti und Roma) durch. Ein Vergleich zwischen den Jahren 2011 und 2014 zeigt, dass die im Jahr 2014 erhobenen Einstellungen in diesen Bereichen deutlich zugenommen haben. So stimmte im Jahr 2012 in etwa jeder dritte Befragte der Aussage zu, Musliminnen und Muslime solle die Zuwanderung nach Deutschland verwehrt werden, während sich 2014 bereits über 40 Prozent der Befragten muslimfeindlich äußerte. Für die Dimensionen „Abwertung von Asylbewerbern“ sowie „Antiziganismus“ lassen sich ähnliche Zusammenhänge feststellen (ebd., S. 48ff). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch die Autoren der „ZuGleich“-Studie, die eine Modifizierung des Konzepts der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ vornahmen und das Ausmaß an Zustimmung zu diesem Syndrom in den Jahren 2013 und 2014 in einer bundesweiten repräsentativen Umfrage erhoben. Ihnen zufolge werden rassistische, sexistische oder auch antisemitische Aussagen im Jahr 2013 seltener befürwortet als dies bei den Gruppen der Fall ist, die die jüngere Geschichte von Intergruppenkonflikten prägen, wie etwa Sinti, Roma, Muslim_innen oder Asylbewerber_innen (Zick & Preuß, 2014). Auch hier zeigt sich der bekannte Bildungseffekt, indem Befragte mit einem niedrigeren Bildungsniveau insbesondere muslimfeindlichen Aussagen in deutlich stärkerem Ausmaße zustimmten als Befragte mit einem höheren Bildungsgrad, während sich auf den Dimensionen „Antiziganismus“ sowie „Obdachlosenabwertung“ die Zustimmungshäufigkeiten zwischen diesen Gruppen deutlich angleichen.

Wie angemerkt sind rechtsextreme Einstellungen in der Regel dem rechtsextremen Verhalten vorgelagert (Stöss, 2010), so dass diese häufig die Grundlage für rechtsextremes Verhalten bilden. Denkbar ist natürlich auch der umgekehrte Weg – rechtsextrem motivierte Straf- und Gewalttaten führen zu einer Radikalisierung der Einstellungen, doch wird auch bei rechtsextremen Verhaltensweisen vermutlich meist schon eine gewisse Tendenz zu derartigen Einstellungen vorhanden sein. Aus diesem Grund soll an dieser Stelle auch der aktionsorientierte Rechtsextremismus in Deutschland und speziell in Schleswig-Holstein angesprochen werden, welcher das Ausmaß des Auslebens rechtsextremer Einstellungen offenbart.

Der Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Inneren für das Berichtsjahr 2014 konstatiert, dass sich die Anzahl von Personen, die von des Verfassungsschützer_innen als gewaltorientierte Rechtsextremisten bezeichnet werden, in diesem Jahr auf eine Summe von über 22.000 beläuft (Bundesministerium des Inneren, 2015). Diese Zahl bezieht sich dabei auf Schätzungen von Mitgliedern in rechtsextrem orientierten Zusammenschlüssen wie die Anzahl von Mitgliedschaften in rechtsextremen Parteien. Wenngleich diese Zahl in Bezug zum Vorjahr leicht rückläufig ist, scheint die Militanz und Gewaltbereitschaft dieser Personen unverändert hoch zu sein. So ist nach Angaben des Verfassungsschutzes jede/r zweite Rechtsextremist_in als gewaltorientiert einzuschätzen (ebd.,

S. 32). Bereits im letzten Quartal des Jahres 2014 stieg die Anzahl an Straftaten gegen Asylunterkünfte drastisch an, wobei eine weitere Zunahme dieser Taten auch für das Jahr 2015 zu erwarten sein wird. Weiterhin kann festgestellt werden, dass die rechtsextreme Szene im Jahr 2014 deutschlandweit das hohe Maß an Mobilisierung, etwa zu Demonstrationen oder Musikveranstaltungen, nicht aufrecht halten konnten, weshalb eine stärkere Fokussierung auf Themen wie die Asylpolitik stattfand. Mit diesbezüglich geäußertem Unmut und dem Schüren von Ängsten soll so auch der Zuspruch aus der Allgemeinbevölkerung erhöht werden.

Ein ähnliches Bild von der Agitation der rechtsextremen Szene zeigt sich auch speziell für Schleswig-Holstein. So sind auch hier die öffentlichkeitswirksamen Aktionen der rechtsextremen Szene im Jahr 2014 weitestgehend ausgeblieben, wenngleich das Interesse an derartigen Aktivitäten unter vielen Anhänger_innen dieser Szene weiterhin ungebrochen ist (Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, 2015, S. 39). Für das Land lässt sich in der rechtsextremen Szene ein Personenpotenzial von etwa 100 feststellen. Gleichzeitig bestehen durchaus auch überregionale Kontakte und feste Netzwerke zu anderen Teilen der aktionsorientierten rechtsextremen Szene in Deutschland. Bezüglich der inhaltlichen Schwerpunktsetzung lässt sich auch für die schleswig-holsteinische rechtsextremistische Szene festhalten, dass die Themen „Asylgewähren“ und „Islamfeindlichkeit“ zunehmend in den Fokus der öffentlichen Agitation geraten. Insbesondere auch vor diesem Hintergrund erscheint die Beschäftigung mit dem Thema „Islamfeindlichkeit“ in dieser Studie notwendig und relevant.

2 Methode

Ziel dieses Forschungsprojektes ist es unter anderem, das Ausmaß von Rechtsextremismus in Schleswig-Holsteins zu erfassen, Bedingungsfaktoren für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen herauszustellen und in Erfahrung zu bringen, inwieweit unter den Befragten diesbezüglich Handlungsbedarf gesehen wird und welche Schwerpunkte sie bei der allgemeinen Arbeit zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung setzen würden. Mit Hilfe dieser Erkenntnisse soll es daraufhin möglich sein, Handlungsempfehlungen für die präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus abzuleiten.
Für die Umsetzung dieses Forschungsvorhabens wurden zwei verschiedene Formen der Datengewinnung verwendet. Deren Darstellung ist Inhalt des folgenden Kapitels.

2.1 Die Befragung der Schülerinnen und Schüler

2.1.1 Zielsetzungen und Planung

Rechtsextreme Einstellungen wie auch rechtsextremes Verhalten sind in jeder Bevölkerungsschicht und Altersklasse vorzufinden, das machten die bereits vorgestellten Ergebnisse anderer Untersuchungen deutlich. Die Altersgruppe junger Menschen stellt jedoch insbesondere im Hinblick auf die präventive Arbeit eine bedeutsame Untersuchungsgruppe dar, die gesonderter Aufmerksamkeit bedarf. Einerseits stehen gerade Kinder und Jugendliche im Fokus von Anwerbeversuchen durch Rechtsextremisten, da sie aufgrund ihrer noch nicht vollständig gefestigten Persönlichkeitsstrukturen noch am ehesten formbar und für rechtsextreme Zwecke instrumentalisierbar erscheinen. Auf der anderen Seite stehen junge Menschen auch noch stark unter dem Einfluss ihrer Herkunftsfamilie sowie zunehmend auch unter dem von Freunden und Gleichaltrigen, durch die sie nicht unwesentlich politisch sozialisiert werden. Ist es möglich, Merkmale in z.B. den Familien- und Freundesbeziehungen zu ermitteln, die das Potenzial eines Kindes oder Jugendlichen beeinflussen, rechtsextreme Einstellungen auszubilden, so ist es auch möglich, hieraus Folgen für die Arbeit auf der Ebene der Primärprävention abzuleiten. Dementsprechend fiel eine Methode zur Datengewinnung auf die Befragung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen einer Schülerbefragung.
Die hier durchgeführte Schülerbefragung fand mit Hilfe eines computergestützten Fragebogens statt, welcher für diesen Zweck als besonders geeignet erscheint, da dieser nicht nur gut auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen zugeschnitten ist, sondern es auch ermöglicht, mit geringem Personalaufwand innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums eine Vielzahl von Schüler_innen zu befragen. Die Programmierung dieses computerbasierten Fragebogens erfolgte dabei durch eine extern beauftragte Fachkraft.

Um eine größtmögliche Repräsentativität der Ergebnisse zu erreichen, sollte die Befragung an Gymnasien, Gemeinschafts- und Regionalschulen in den drei Landgerichtsbezirken Kiel, Itzehoe und Flensburg stattfinden. Dabei sollte sich die Befragung an den Schülerzahlen in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten der drei Landgerichtsbezirke sowie am Verhältnis von Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen innerhalb der jeweiligen Landgerichtsbezirke orientieren. Pro Landgerichtsbezirk wurde eine Teilnehmerzahl von etwa 1000 Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen angestrebt. Eine Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck zu diesem Thema erfolgte im Rahmen der Vorgängerstudie bereits im Jahr 2013. Anders als dort sollten bei der im Frühjahr/ Sommer 2014 durchgeführten Schülerbefragung in den Landgerichtsbezirken Kiel, Itzehoe und Flensburg keine Teilnehmer_innen an Förderschulen befragt werden, da sich in der Vorgängerstudie zeigte, dass bei vielen von ihnen das Verständnis für viele der im Fragebogen angesprochenen Themen nicht gewährleistet werden konnte. So zeigte sich dort, dass eine eigenständige Beantwortung der Fragen durch die Teilnehmer_innen an Förderschulen oft nicht möglich war. Auf diese Teilgruppe der Förderschüler_innen können die im folgenden Kapitel vorgestellten Ergebnisse daher nur sehr eingeschränkt übertragen werden.
Neben der Befragung von Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen fand in der vorliegenden Studie im weiteren Verlauf noch eine Ergänzung durch eine Befragung an berufsbildenden Schulen statt, für die jedoch keine Repräsentativität angestrebt wurde.

Die Erfassung möglicher Veränderungen rechtsextremer Einstellungen bei verschiedenen Altersklassen stellt ein weiteres Ziel der vorliegenden Untersuchung dar, daher sollte die Befragung von Schüler_innen in den Klassenstufen sieben und neun an allgemeinbildenden Schulen stattfinden, welche im Durchschnitt den Altersklassen 13 und 15 entsprechen. Dass nicht auch Schüler_innen in noch höheren Klassenstufen befragt wurden, ist dem Umstand geschuldet, dass nicht jede Schulart über eine 10. Jahrgangsstufe sowie über eine Sekundarstufe II verfügt. Eine bezogen auf die Schulform ausgewogene Stichprobe hätte bei einer Befragung höherer Jahrgänge so nicht gewährleistet werden können. Die untere Grenze von 12 - 13 Jahren, welche der Klassenstufe sieben entspricht, wurde gewählt, da davon ausgegangen werden kann, dass ab einem Alter von 12 Jahren Konzepte wie „Fremdsein“ oder „moralische Norm“ soweit bekannt und internalisiert sind, dass die Befragten hierzu bereits eine eigene Einstellung entwickelten und diesbezüglich gestellte Fragen beantworten könnten (Montada, 2008).
Besondere Beachtung bei der Planung und Konzeptualisierung der Schülerbefragung wurde auf die Sicherstellung des Datenschutzes gelegt. Hierzu wurde ein Konzept ausgearbeitet, welches auch dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein vorgelegt wurde, ohne deren Zustimmung die Befragungen nicht hätten durchgeführt werden können.

2.1.2 Durchführung

Die Befragung von Schülerinnen und Schülern an allgemein- und berufsbildenden Schulen fand in der Zeit vom 02.04. – 09.07.2014 in den Landgerichtsbezirken Kiel, Flensburg und Itzehoe statt. Erste Kontaktaufnahmen zu Schulen in dieser Region erfolgten bereits im März 2014 durch das Projektteam, welches neben einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin aus zwei zum damaligen Zeitpunkt angestellten wissenschaftlichen Hilfskräften, zwei Praktikanten sowie einer Diplomandin bestand. Häufig bestand der erste Kontakt darin, das Projekt den jeweiligen Sekretärinnen der Schulen vorzustellen und eine Weitervermittlung des Anliegens an den/die jeweilige/n Schulleiter_innen zu erwirken. Neben diesem telefonischen Erstgespräch wurde zusätzlich ein mehrseitiger Informationsbrief an jede Schule verschickt, die allgemeines Interesse an der Studie äußerte. In diesem Informationsbrief wurde neben dem Hintergrund dieser Studie auch das geplante Vorgehen beschrieben sowie ein Auszug aus dem Fragebogen vorgestellt. Mit jeder Schule wurde in der Folge eine individuelle Bedenkzeit ausgehandelt, um das Anliegen im jeweiligen Kollegium zu besprechen und der Befragung schließlich zuzustimmen oder sie abzulehnen. Die Auswahl der kontaktierten Schulen erfolgte dabei zufällig und orientierte sich weder am Standort, noch der evtl. Ausrichtung der Schule, um eine mögliche Vorselektion der Stichprobe zu vermeiden. Sagte eine Schule der Befragung zu, so wurden mit ihr individuelle Termine für die Durchführung der Schülerbefragung vereinbart.

Orientiert an der tatsächlich vorhandenen Anzahl von Schulen und den Schülerzahlen in den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins wurden in jedem der drei zu untersuchenden Landgerichtsbezirke sukzessive so viele allgemeinbildende Schulen angeschrieben, bis die Anzahl teilnehmender Schulen und Schüler_innen in dieser Untersuchungspopulation der tatsächlichen Population von Schülerinnen und Schülern in diesen Regionen entsprach. Insgesamt fanden im genannten Befragungszeitraum 22 Schülerbefragungen im Landgerichtsbezirk Kiel, 10 Schülerbefragungen im Landgerichtsbezirk Flensburg sowie 15 Schülerbefragungen im Landgerichtsbezirk Itzehoe statt. Außerdem wurden in jedem Landgerichtsbezirk zwei berufsbildende Schulen aufgesucht, um auch die dort beschulten Schüler_innen zu befragen. Bei der Befragung von Schüler_innen aus berufsbildenden Schulen wurde eine Repräsentativität bezüglich des Geschlechts, des Alters oder des Berufsschulzweigs auf Grund der deutlichen Heterogenität dieser Schülerpopulation nicht angestrebt.

Die Anzahl angeschriebener allgemeinbildender Schulen betrug 154, die Anzahl teilgenommener allgemeinbildender Schulen (ohne berufsbildende Schulen) 49 (31,8 %). Als Gründe für eine Absage wurden von Seiten der Schulen unter anderem der organisatorische Mehraufwand sowie Personalmangel oder der geplante Untersuchungszeitpunkt als ungünstig angegeben. Teilweise bestand ge-

nerell kein Interesse an der Durchführung von Schülerbefragungen. Vereinzelt wurden Absagen auch ohne Angabe von Gründen erteilt.

Die Schulen, die sich zur Teilnahme bereit erklärten, wurden von einer bis zwei Personen aus dem Projektteam an einem zuvor vereinbarten Termin aufgesucht, um die Befragung in den Informatikräumen der jeweiligen Schulen durchzuführen. Jede Schule erhielt einige Wochen zuvor einen Vordruck von Einverständniserklärungen, die in den Klassen, die jede Schule eigenständig für die Teilnahme auswählten, mit der Bitte um Unterzeichnung durch die Erziehungsberechtigten verteilt werden sollten. Die Einwilligung der Eltern zur Teilnahme ihrer Kinder an der Untersuchung war unabdingbar, denn nur die Schüler_innen, die vor der Befragung den Projektmitarbeiterinnen die Einverständniserklärungen unterzeichnet zurückgeben konnten, konnten auch an der Untersuchung teilnehmen. Durch die Einverständniserklärungen wurde ebenfalls sichergestellt, dass die Schüler_innen von dem Ziel und der Anonymität der Befragung unterrichtet waren.
Die Befragung erfolgte im Klassenverband. Mit Hilfe vorformulierter Instruktionen leiteten die Projektmitarbeiter_innen zu Beginn jeder Befragung die Untersuchung ein und verwiesen dabei noch einmal auf die Anonymität sowie das Recht jedes/r Schüler_in, auch ohne Angabe von Gründen die Befragung zu jeder Zeit abbrechen zu können. Aufgetretene Fragen während der Untersuchung wurden stets durch die Befragungsleiter_innen beantwortet, wobei bewusst darauf geachtet wurde, die Beantwortung so neutral wie möglich zu gestalten. Auch wurde darauf geachtet, die einzelnen PC-Bildschirme so zu positionieren, dass keine freie Sicht auf die Bildschirme anderer Schüler_innen bestand. Wurde Bedarf an weiterer Aufklärung über den Zweck der Befragung geäußert, so erfolgte diese auch nach Beendigung der Befragung durch die Projektmitarbeiter_innen. Zudem suchten diese auch aktiv das Kollegium der jeweiligen Schulen auf, um dies über den Zweck des Projekts zu informieren und Broschüren über z.B. das Erkennen rechtsextremer Symboliken oder den Umgang mit rechtsextrem orientierten Schüler_innen zu verteilen, welche das Projektteam vom AKjS (Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V.) erhielt.

2.1.3 Aufbau des Fragebogens

Der zur Befragung eingesetzte Fragebogen beinhaltet insgesamt 10 Themenbereiche, welche einen Überblick über verschiedene Lebensbereiche der Kinder und Jugendlichen geben (Anhang A).
Die Schüler_innen erhielten zu Beginn der Befragung eine Instruktion über den Bildschirm und konnten sich dann per Mausklick durch die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten klicken. Jeder weitere Themenbereich wurde ebenfalls durch eine Beschreibung eingeleitet und jede neue Seite durch eine kurze Instruktion eröffnet, wobei die Fragestellung sowie mögliche Erklärungen jederzeit sichtbar oberhalb jeden Fragenkomplexes dargestellt wurden. Im Fragebogen waren sowohl Fragen enthal-

ten, die mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten waren, als auch solche mit mehreren Antwortmöglichkeiten. Auch konnten die Schüler_innen bei der Beantwortung auf die Kategorie „keine Antwort“ zurückgreifen. Diese Antwortalternative wurde gewählt, um es allen Befragten zu ermöglichen, auf bestimmte Fragen auch einmal nicht antworten zu müssen, ohne dabei sofort die gesamte Befragung abzubrechen. Ein „Weiter“- Button zur nächsten Seite erschien erst, wenn alle Fragen beantwortet wurden, um ein bloßes „Durchklicken“ durch den Fragebogen zu vermeiden.

Obligatorisch begann der Fragebogen mit der Erhebung demographischer Daten. So wurden die Befragten gebeten, zunächst Auskunft über ihr Alter und Geschlecht, die von ihnen besuchte Schulform sowie ihre aktuelle Schulempfehlung zu geben. Ferner sollten auch das eigene Geburtsland und das der Eltern genannt werden sowie der Landkreis, in dem die Befragten zum Zeitpunkt der Befragung wohnhaft waren. Die Teilnehmer_innen sollten sich auch einer Religion zuordnen, wobei auch die Antworten „keine Religion“ und „eine nicht genannte Religion“ möglich waren. Der Fragebogen für Schüler_innen an berufsbildenden Schulen wurde, neben der Erfragung der zuvor genannten Aspekte, insofern an diese Teilgruppe angepasst, als dass hier auch nach der zuletzt besuchten Schulform, dem Bereich, aus dem ihr Ausbildungsberuf stammt bzw. der Ausrichtung ihres Berufsschulzweiges, dem derzeitigen Ausbildungsjahr sowie dem u. U. angestrebten Schulabschluss gefragt wurde.

Der zweite Themenblock widmete sich der Erfassung von Risiko- und Schutzfaktoren. Wie bereits beschrieben wurde, werden Menschen im Zuge ihrer Entwicklung durch viele Faktoren beeinflusst, die unterschiedliche Auswirkungen auf die Art und Weise ihres Denkens und Verhaltens haben können. Um zu ermitteln, ob und in welchem Ausmaß die Befragten dieser Untersuchung verschiedenen Risiko- und Schutzfaktoren ausgesetzt sind, wurden Fragen zu den folgenden Bereichen gestellt:

- Familienstruktur
- familiäre Disharmonie
- elterliches Monitoring/ Vernachlässigung
- erlebte Gewalt innerhalb der Familie
- Erwerbstätigkeit der Eltern und finanzielle Situation der Familie
- Alkoholkonsum der Eltern
- Individuelle Merkmale: Impulsivität und Selbstzufriedenheit
- Freude an der Schule/ Schulalltag
- Freizeitverhalten/ Freizeitgestaltung

Als Wahlmöglichkeiten standen den Befragten neben „ja“ und „nein“-Antworten erneut auch die „keine Antwort“-Alternative zur Verfügung. Der Fragebogen für die Teilstichprobe der Befragten an berufsbildenden Schulen enthielt neben den zuvor genannten Themenbereichen zusätzliche Fragen

zu deren aktueller Lebens- und Wohnsituation, Zukunftssicht, deren Freizeitverhalten sowie Fragen zu möglichem Drogenkonsum und möglichen Täter- und/ oder Opfererfahrungen.

Nach der Beantwortung von Fragen aus dem Bereich „Risiko- und Schutzfaktoren“ wurden den Teilnehmer_innen im dritten thematischen Block Fragen zu ihrem Charakter und Temperament vorgelegt. Um die Basis für die Entstehung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen nachvollziehen zu können, ist es hilfreich, die dahinterliegenden Persönlichkeitseigenschaften näher zu beleuchten, um in Erfahrung zu bringen, warum sich Personen in ihrem Ausmaß an Vorurteilen oder rechtsextremen Einstellungen in teilweise gravierendem Ausmaß voneinander unterscheiden. Seit langem werden in der Wissenschaft diesbezüglich auch Konzepte wie das Konzept der Empathie oder das Konzept des Hierarchischen Selbstinteresses erforscht, welche die stabilen Unterschiede zwischen Menschen hinsichtlich ihrer Vorurteile und Diskriminierungstendenzen zu erklären versuchen. Da die Befragung von Kindern und Jugendlichen im Zentrum dieser Schülerbefragung stand, wurden mit Items zur Erfassung von Empathie (entnommen aus dem „Junior Temperament und Charakter Inventar“ von Goth und Schmeck, 2009) sowie mit Items zur Erfassung von Dominanzideologien (entnommen von Hagan, Rippl, Boehnke und Merkens, 1999) Aspekte des Temperaments sowie des Charakters als grundlegende Bereiche der Persönlichkeit (Cloninger, 2004) untersucht.

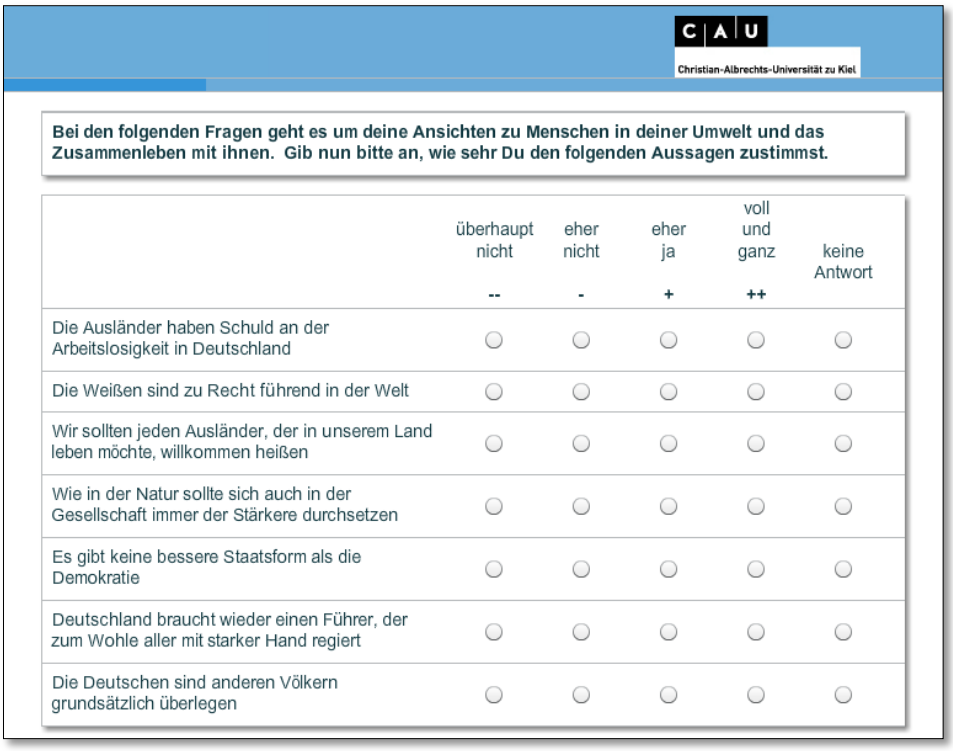
Im darauffolgenden Themenblock wurde Bezug auf die Gewaltbereitschaft der Befragten genommen. Wie zahlreiche Studien belegen, wird das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen und die Bereitschaft, Gewalt gegenüber Menschen anderer Hautfarbe, Nation oder sexuellen Ausrichtung anzuwenden, in deutlichem Maße von der individuellen Gewaltbereitschaft eines Menschen mitbestimmt. Für die Erhebung allgemeiner Gewaltbereitschaft werden in diesem Fragebogen daher sechs Items des „Fragebogen zur Erfassung von Aggressivitätsfaktoren“ (FAF) von Hampel und Selg (1998) sowie vier Items aus der Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ (Hoffmann & Sturzbecher, 2012) zu diesem Themenbereich verwendet.

Block fünf befasst sich thematisch mit dem Gewalt- und Rassismuserleben von Schüler_innen in der Schule und der Freizeit sowie ihrem Demokratieerleben innerhalb der Schule.
Neben der Familie üben auch Freunde sowie die Schule als zentrale Sozialisationsinstanzen entscheidenden Einfluss auf die Ausbildung von Einstellungen sowie das deviante Verhalten von Schüler_innen aus. So kommt etwa dem Freundeskreis eine wichtige Orientierungsfunktion für abweichendes Verhalten zu – entweder durch Ablehnung eines solchen Verhaltens oder durch dessen Bekräftigung, da Studien zeigen konnten, dass bereits das Vorhandensein von delinquenten Freunden in der Peergroup das eigene Delinquenzrisiko erhöht (Kleeberg-Niepage & Sturzbecher, 2012). Auch der Schule wird eine große Bedeutung bei der Ausbildung von Gewalt beigemessen. So stehen bspw. negative Erinnerungen an die Schulzeit, Langeweile oder Überforderung in hohem positivem Zusam-

menhang mit eigenen Gewalthandlungen (Wahl, 2009). Wird hingegen die demokratische Kultur an Schulen gelehrt und gelebt, so kann dies die Wahrscheinlichkeit dafür erhöhen, sich selbst sozial angemessener zu verhalten und eventuelle bereits bestehende Vorurteile abzubauen. Da auch rechtsextreme Einstellungen hoch positiv mit eigener Gewaltbereitschaft korrelieren, ist es angemessen, ebenfalls die Bedingungsfaktoren für Gewalt befürwortende Einstellungen näher zu beleuchten, um aus ihnen später Maßnahmen zur Prävention devianter und rechtsextremer Einstellungs- und Verhaltensweisen abzuleiten.

Für die Erfassung von rechtsextremen Einstellungen im sechsten Themenblock wurde sich an der Vorgehensweise anderer Untersuchungen orientiert, um so eine möglichst hohe Vergleichbarkeit mit ihnen zu erzielen. Diese Erfragung geschah dabei über das Vorlegen von Aussagen (Items) mit rechtsextremistischen Inhalten, welche die Befragten entweder zustimmen oder ablehnen konnten. Der Wortlaut der Items wurde weitestgehend von bereits bestehenden Fragebögen zu rechtsextremen Einstellungen übernommen, um die Vergleichbarkeit mit ihnen zu gewährleisten. Die erfassten Bereiche rechtsextremer Einstellungen lehnen sich dabei an die von Stöss (2010) vorgeschlagenen Dimensionen an. Aufgrund der hohen Relevanz wurden ebenfalls die Dimensionen „Islamfeindlichkeit“ und „Sexismus“ mit in die Befragung aufgenommen, welche Heitmeyer und Kollegen in ihren Untersuchungen zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) von 2002-2012 mit erfragten (vgl. Heitmeyer, 2012). Ausgeschlossen wurden hingegen Items, die eine Rechtfertigung oder Verharmlosung des Nationalsozialismus thematisieren, da sich in der Vorgängerstudie gezeigt hat, dass bei vielen der befragten Schüler_innen dieser Altersgruppe kein hinreichendes Verständnis für die entsprechenden Sachverhalte vorzuliegen scheint.

In Anlehnung an die Untersuchungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurden auch in der vorliegenden Studie nur jeweils zwei Items pro Dimension verwendet, um den Fragebogen nicht unnötig zu verlängern und damit einem Motivationsverlust unter den Teilnehmer_innen vorzubeugen. Als Antwortalternativen wurde eine vierstufige Likert-Skala gewählt, welche an ihren Extrempunkten mit „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme voll und ganz zu“ betitelt wurde (Abb. 1**Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Die Wahl dieses Antwortformats ist in diesem Forschungsbereich recht üblich. Gerade bei sensiblen Themenbereichen kann der Verzicht auf eine neutrale Mittelkategorie von Vorteil sein. So könnte die Motivation für die Wahl einer neutralen Mitte auch die sein, sich sozial erwünscht zu verhalten. In der Auswertung würde dies dann allerdings eher auf eine vermeintliche Meinungslosigkeit hindeuten und damit die Qualität der Daten mindern (Häder, 2010). Eine Polarisierung des Antwortverhaltens der Befragten ist somit eine logische Konsequenz, welche durchaus auch erwünscht ist, da es ja gerade um die Erfassung des Ausmaßes rechtsextremer Einstellungen geht. Jedoch wurde den Schüler_innen erneut die Möglichkeit gegeben, auf die „keine Antwort“-Kategorie auszuweichen, wenn ihnen die Beantwortung eines Items schwerfiel.



C | A | U
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Bei den folgenden Fragen geht es um deine Ansichten zu Menschen in deiner Umwelt und das Zusammenleben mit ihnen. Gib nun bitte an, wie sehr Du den folgenden Aussagen zustimmst.

	überhaupt nicht --	eher nicht -	eher ja +	voll und ganz ++	keine Antwort
Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland	○	○	○	○	○
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt	○	○	○	○	○
Wir sollten jeden Ausländer, der in unserem Land leben möchte, willkommen heißen	○	○	○	○	○
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen	○	○	○	○	○
Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie	○	○	○	○	○
Deutschland braucht wieder einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert	○	○	○	○	○
Die Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen	○	○	○	○	○

Abbildung 1: Beispielitems zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen der Schüler_innen deutscher Herkunft.

Die Items zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen wurden nur Schüler_innen ohne Migrationshintergrund vorgelegt. Dieses Vorgehen fand bereits in anderen Untersuchungen mit dem Argument Anwendung, dass Schüler_innen, die einen Migrationshintergrund in der Familie aufweisen, deutlich häufiger mit dem „Fremdsein“ konfrontiert sind als Schüler_innen deutscher Herkunft und somit für dieses Thema stärker sensibilisiert sind (Baier et al., 2006). Bei der Aufnahme dieser Schüler_innen in die Auswertungen zur rechtsextremen Affinität wäre somit davon auszugehen, dass sie zu einer Abnahme des rechtsextremen Einstellungspotenzials beitragen würden, wodurch die rechtsextreme Affinität unter den Befragten deutscher Herkunft unterschätzt würde. In Anlehnung an eine Studie zur Gewalterfahrung und Integration von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (Baier, Pfeiffer, Rabold, Simonson & Kappes, 2010) wurden die Befragten mit Migrationshintergrund stattdessen zu ihren Integrationserfahrungen im Land befragt.

Die Fragen der zwei darauffolgenden Themenkomplexe bezogen sich auf die Wahrnehmung rechtsextremer Aktivitäten, mögliche Erfahrungen als Opfer von rechtsextremer Gewalt sowie auf ein mögliches Bedrohungs- und Angsterleben unter den Befragten. So wurde im erstgenannten Themenkomplex erfragt, ob die Teilnehmer_innen schon einmal rechtsextreme Aktivitäten in ihrer Nachbarschaft wahrgenommen haben (etwa in Form von Graffiti oder Symbolen/ Parolen, die eindeutig von Rechtsextremisten stammten), sie oder ihre Freunde bereits Opfer rechtsradikaler Gewalt geworden sind und wie sie sich daraufhin verhielten. Auch wurde hier erfragt, wodurch die Befragten, die Über-

griffe auf sich selbst durch Rechte bejahten, erkannten, dass es sich dabei um Täter der rechtsextremen Szene handelte. Als Antwortalternativen standen den Schüler_innen erneut die Möglichkeiten „ja“, „nein“ sowie „keine Antwort“ zur Verfügung. Damit gewährleistet werden konnte, dass die Befragten ein Verständnis davon haben, was an dieser Stelle mit „Rechten“ gemeint ist, wurde ein kurzer Erklärungstext immer sichtbar oberhalb des Fragenkomplexes platziert.
Weiterhin sollte ein mögliches Bedrohungs- und Angsterleben unter den Schüler_innen in Bezug auf rechtsextreme Gewalt erfragt werden. Hierbei sollte erfasst werden, ob die Befragten u. U. Angst davor haben, „Rechten“ auf der Straße oder in der Schule zu begegnen, ob sie bestimmte Orte wie bspw. den Park aus diesen Gründen eher meiden oder ob ein derartiges Bedrohungserleben bei kaum einem Befragten überhaupt existent ist. Auch hier standen den Befragten erneut die drei Antwortkategorien „ja“, „nein“ sowie „keine Antwort“ zur Verfügung.

Die Art und Weise sowie das Ausmaß der Kontaktaufnahme der rechtsextremen Szene mit den hier befragten Kindern und Jugendlichen sollte ebenfalls in dieser Befragung nachgegangen werden. Da Rechtsextremisten häufig Vereine unterwandern oder Freizeitangebote schaffen, um ihr Gedankengut besser zu verbreiten, wurden diese Möglichkeiten als Antwortalternativen mit aufgenommen. Auch das Hören sowie der Besitz von Musik bekannter rechtsorientierter Bands wie „Kraftschlag“, „Störkraft“ oder „Landser“ wurde hier erfragt, da insbesondere einschlägige rechtsextreme Musikangebote und das Internet zur Rekrutierung von Mitgliedern sowie zur Radikalisierung rechtsextremer Einstellungen beitragen (u.a. Krüger, 2008; Bundesministerium des Inneren, 2015). Weiterhin wurde in diesem Abschnitt erfasst, inwieweit die Befragten bereits Personen kennen, die sich als „Rechte“ bezeichnen, aus welchen Kreisen (Familie, Schule, Freizeitbereich) sie stammen und in welchem Ausmaße die Befragten durch sie bereits von deren Meinung versucht wurden zu überzeugen. Auch hier konnte die Schüler_innen zwischen den drei bekannten Antwortalternativen die für sie passende auswählen.

Schließlich lag im letzten Themenblock der Schwerpunkt auf der Erfassung einer möglichen Täterperspektive in Bezug auf politisch rechts motivierte Taten. Um in Erfahrung zu bringen, inwieweit die befragten Schüler_innen bereits dissoziales Verhalten gegenüber Personen einer anderen Hautfarbe, Nationalität oder sexuellen Orientierung zeigten, wurden ihnen mehrere dissoziale Verhaltensformen vorgestellt mit der Bitte, zu antworten, ob sie eine bzw. mehrere davon bereits gezeigt haben. Mit Hilfe dieser Auskünfte sollte es in der Folge dann möglich sein, das Dunkelfeld politisch motivierter Kriminalität in den befragten Landgerichtsbezirken Schleswig-Holsteins näher zu beleuchten und so die aus den Offizialstatistiken gewonnen Erkenntnisse zu ergänzen. Dass die Verhaltensformen aus einer politischen Motivation heraus gezeigt wurden, wurde durch einen ständig sichtbaren Einleitungstext sichergestellt:

„Es gibt Menschen, die anders sind als Du. Sie haben eine andere Hautfarbe, stammen aus einem anderen Land, sind behindert, homosexuell, obdachlos oder haben einfach eine andere politische Meinung. Ich habe so einen Menschen schon einmal deswegen….“.

Bei den fünf genannten Verhaltensformen handelte es sich um Ausprägungen von verbaler und physischer Aggression gegenüber den genannten Personen sowie im Falle der physischen Aggression auch gegenüber deren Eigentum. So wurde einerseits erfragt, ob die Teilnehmer_innen einen solchen Menschen bereits aufgrund seiner Herkunft o.ä. angepöbelt und/ oder ihn bereits deswegen verbal bedroht haben. Ebenfalls erfasst wurde, ob die Befragten in einer derartigen Situation bereits eine solche Person geschlagen oder getreten haben, ihr mit einer Waffe schon einmal physische Gewalt androhten oder deren Eigentum beschädigten. Auch hier konnten die Teilnehmer_innen zwischen den Antwortalternativen „ja“, „nein“ sowie „keine Antwort“ auswählen.

Abschließend erhielten alle befragten Schüler_innen die Möglichkeit, Anmerkungen oder Kritik in einem dafür vorgesehenen Kommentarfeld anzubringen.

2.1.4 Teilnahmequote und Plausibilitätsprüfung

Für die Berechnung der Anzahl möglicher Teilnehmer_innen an der Befragung in allgemeinbildenden Schulen wurde von einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 15 Schüler_innen je Klasse ausgegangen sowie vier befragte Klassen pro Schule. Die Verteilung der Schüler_innen auf die drei zu untersuchenden Schulformen orientierte sich dabei am Verhältnis ihres Auftretens in den drei Landgerichtsbezirken Kiel, Itzehoe und Flensburg. Da eine Teilnehmerzahl von insgesamt 3000 angestrebt wurde und ein Ausfall von 25 Prozent einkalkuliert wurde (etwa durch Schulen, die ihre Teilnahme evtl. spontan zurückziehen oder durch eine geringere Teilnehmerzahl als 15 Schüler_innen pro Klasse) wurde eine Kalkulation von 3750 zu befragenden Schüler_innen vorgenommen. Die schließlich angestrebte Teilnehmerzahl von 3000 Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen konnte mit einer Anzahl von 3087 ausgefüllten Datensätzen erreicht werden. Eine Erfassung der Rücklaufquote an berufsbildenden Schulen war nicht möglich, da die dortigen Befragungen aus organisatorischen Gründen zum Teil auch ohne die Anwesenheit der Projektmitarbeiter_innen stattfanden. Die Anzahl der hier befragten Schüler_innen beträgt 401, wobei eine Repräsentativität dieser Stichprobe weder intendiert, noch erreicht wurde.

Die Zahl der Schüler_innen, die zum Zeitpunkt der Untersuchung zu den befragten Klassen an allgemeinbildenden Schulen zählten, beträgt 4061. Die Zahl der Schüler_innen, die sich zur Befragung bereit erklärten und an dieser teilnahmen, beträgt 3087. Die Teilnehmerquote von Befragten an allgemeinbildenden Schulen liegt somit bei 76,0 Prozent und kann, angesichts der teilweise aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Schulen, technischen Ausfällen usw. als zufriedenstel-

lend bewertet werden. Zugleich ist hervorzuheben, dass sich keine Hinweise auf eine systematische Verzerrung oder Selektion der Stichprobe finden lassen und vor diesem Hintergrund die hieraus gewonnenen Befunde weitgehend verallgemeinerbar erscheinen. Genauere Angaben zur Repräsentativität der Schülerstichprobe an allgemeinbildenden Schulen sind dem Abschnitt 3.1.1 zu entnehmen.

Die 3087 Datensätze, die nach Beendigung des Befragungszeitraumes von Befragten an allgemeinbildenden Schulen zur Verfügung standen, wurden vor ihrer Auswertung noch einer Plausibilitätsprüfung unterzogen. Diese Prüfung der Daten erfolgte anhand festgelegter Kriterien wie z.B. der Kontrolle, ob Alters-, Zeit- und Häufigkeitsangaben als plausibel erachtet werden können. Auch wurden Freitextantworten auf Auffälligkeiten hin untersucht. Hierbei galten Aussagen wie „Mein Hobby ist Leute töten“ als kritisch. Ferner wurde geprüft, ob inkonsistente Antwortmuster bei der Beantwortung der Fragen zu finden waren, etwa die inhaltliche Diskrepanz zwischen der Angabe, dem Judentum anzugehören, aber rechtsextremen, speziell antisemitischen Aussagen, zuzustimmen. Diese Inhaltskontrolle erfolgte blockweise. Fiel ein/e Teilnehmer_in in der beschriebenen Weise auf, wurden deren Antworten genauer analysiert. Traten drei solcher kritischen Auffälligkeiten auf, wurde der Datensatz in einer abschließenden gemeinsamen Besprechung mit allen Projektmitarbeiter_innen diskutiert und ggf. ausgeschlossen. Begründet wird dieses Vorgehen damit, dass die entsprechenden Auffälligkeiten auf eine zu geringe Motivation zur sachgemäßen Beantwortung des Fragebogens hinweisen und daher nicht mit in die weiteren Auswertungen eingehen sollten.
Nach Beendigung dieser Überprüfung steht für die vorliegende Auswertung eine Gesamtstichprobengröße von 3052 Schüler_innen aus allgemeinbildenden sowie 401 Schüler_innen aus berufsbildenden Schulen zur Verfügung. Die hieraus gewonnenen Ergebnisse werden in dem quantitativen Ergebnisteil dargestellt. Eine qualitative Auswertung der Daten ist vor allem bei der nachfolgend vorgestellten Expertenbefragung möglich, da hier vorrangig Fragen im Freitextformat zur Anwendung kamen.

2.2 Die Befragung der Expertinnen und Experten

2.2.1 Zielsetzungen und Planung

Bei der Expertenbefragung mittels leitfadengestützter Interviews handelt es sich um den zweiten Befragungsteil dieser Studie. Erwachsene in unterschiedlichen Funktions- und Tätigkeitsbereichen, die in ihrem Beruf potenziell eher mit Rechtsextremismus in Kontakt kommen, sollten mit dem Ziel befragt werden, ihren subjektiven Eindruck von Alltagsrassismus und Rechtsextremismus in ihrer Region sowie im Land zu erfassen. Weiterhin sollte erfragt werden, inwieweit in den einzelnen Tätigkeits- und Funktionsbereichen der Befragten diesbezüglich Handlungsbedarf gesehen wird und inwie-

fern hier bereits Interventionen oder Initiativen stattfinden. Die Teilnahme an dieser Befragung war freiwillig. Insbesondere für die Erstellung von Handlungsempfehlungen für die Arbeit regionaler Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus sollte erfasst werden, inwieweit die Befragten bereits in Kontakt mit Beratungsangeboten kommen, diese Angebote nutzen und welche Schwerpunkte die Befragten bei der allgemeinen Arbeit zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung setzen würden. Für diese Zwecke ist weniger die Anzahl der Befragten entscheidend, sondern vielmehr die Beteiligung vieler Interviewpartner mit ihrer Expertise in unterschiedlichen Bereichen. So sollte sich der Fragebogen vorrangig an Vertreter_innen unterschiedlicher Funktionsbereiche richten, etwa aus den Bereichen „Schule“, „Polizei“, „Sozialarbeit“ oder „Lokalpolitik“. Auch sollten mit dem Fragebogen Vertreter_innen von Kirchen- und anderen Religionsgemeinden angesprochen werden, die insbesondere in ihrem beruflichen Umfeld potenziell eher mit Rechtsextremismus in Kontakt kommen als Personen in anderen Tätigkeitsfeldern.

Zur Gewährleistung einer umfassenden und differenzierten Sichtweise sollten für die Erhebung diverse Personengruppen sowohl auf Landes- als auch auf Kreisebene befragt werden, die jeweils eine eigene Perspektive repräsentieren. In manchen Fällen haben Personen zugleich mehrere relevante Funktionen inne, was die Breite der Informationsbasis nochmals vergrößern sollte.

2.2.2 Durchführung

Die Kontaktaufnahme zu möglichen Teilnehmer_innen begann mit Hilfe eines Anschreibens, in welchem das Projektvorhaben, das Ziel dieser Befragung sowie die Gewährleistung der Anonymität skizziert wurden. Damit sich die Befragungsteilnehmer_innen einen umfassenden Eindruck machen konnten, wurde der E-Mail neben dem Fragebogen und der Auftragsbestätigung durch den Rat für Kriminalitätsverhütung des Landes Schleswig-Holstein stets auch ein Flyer der regionalen Beratungsteams beigefügt. Um eine persönliche Ebene herzustellen und so die Beteiligungsmotivation zu erhöhen, wurden die angeschriebenen Personen ebenfalls mit ihrem Namen in der Anrede angesprochen. Nur bei E-Mails in einem Verteiler wurde eine allgemeine Ansprache verwendet.

Insgesamt wurde für die Befragung 376 Expert_innen aus 14 verschiedenen Funktionsgruppen kontaktiert, wobei sich diese noch einmal aus Untergruppen zusammensetzen. Der Befragungszeitraum, welcher am 30.09.2014 begann, sollte sich auf die folgenden vier Monate erstrecken. Das Versenden der Fragebögen geschah in mehreren Wellen mit den Schwerpunkten auf jeweils anderen Funktionsbereichen als Adressaten, wobei immer auch darum gebeten wurde, die Fragebögen im Sinne des Schneeballsystems weiterzugeben, was u. U. auch zu einem doppelten Empfangen des Fragebogens führen konnte. Die angeschriebenen Teilnehmer_innen wurden weiterhin darum gebeten, in den jeweils kommenden zwei Monaten zu antworten. Vier Expertenbefragungen erfolgten zudem im Rahmen von Interviews.

2.2.3 Aufbau des Fragebogens

Um einen möglichst umfangreichen Meinungs- und Informationsstand zu erreichen, wurde der Fragebogen mittels offener und geschlossener Fragen konzipiert (Anhang B).

Der erste Themenblock bezog sich auf den subjektiven Eindruck von Rechtsextremismus und Alltagsrassismus im Land sowie dem Ausmaß, in welchem die Befragten in ihren Tätigkeitsbereichen mit ihnen in Kontakt kommen. So lautete die erste Frage:
„Wie ist Ihr Eindruck - hat sich das Ausmaß an Rechtsextremismus (fremdenfeindliche Gewalt, offene Demokratieablehnung etc.) in den letzten 2-3 Jahren verändert?“ Hierbei konnten die Teilnehmer_innen in einem fünfstufigen Antwortformat zwischen „stark abgenommen“ bis „stark zugenommen“ wählen und darüber hinaus in einem Freitext angeben, woran sie diesen Eindruck festmachen würden. Die weiteren drei Fragen zu diesem Themenbereich bezogen sich konkret auf den Funktionsbereich der Befragten. So wurden sie ferner gebeten anzugeben, inwiefern sie bei ihrer Arbeit in Kontakt mit den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus kommen, inwieweit in ihrem Funktionsbereich, etwa von Seiten der Vorgesetzten, diesbezüglich Handlungsbedarf gesehen wird und ob es hierzu bereits Initiativen gab. Ob die Teilnehmer_innen unter Umständen Probleme im Kampf gegen Rechtsextremismus sehen und welche diese sind, wurde mit der nächsten Frage erörtert. Ebenfalls wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie womöglich Handlungsbedarf auch oder sogar eher in anderen nicht-rechtsextremistischen Themenbereichen oder bei anderen Personengruppen sehen, da durchaus auch die Möglichkeit bestand, dass in bestimmten Regionen Schleswig-Holsteins andere deviante Strukturen bestehen, die zunächst noch kaum in Erscheinung getreten sind und dennoch ein gewissen Gefahrenpotenzial in sich tragen. Abschließend wurde die Vernetzung der Befragten mit folgender Frage erfasst:
„Stehen Sie bei Ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit in Kontakt mit anderen Funktionsbereichen (z.B. der Polizei, der Lokalpolitik), mit denen Sie sich über Präventions- und Interventionsmöglichkeiten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus austauschen können?“
Bejahten die Befragten eine oder mehrere der genannten Fragen, so hatten sie weiterhin die Möglichkeit, in einem kurzen Freitext genauere Angaben hierzu zu machen.

Die Bekanntheit der zu diesem Zeitpunkt in den Landgerichtsbezirken Flensburg, Itzehoe und Lübeck noch relativ neu errichteten Regionalen Beratungsstellen (RBTs) sowie die Wünsche und Erwartungen, die die Befragten an diese haben, war Schwerpunkt des zweiten Themenblocks. Als Einleitung diente der folgende Text:

„Im November 2013 verstärkte die Landesregierung in S-H die Zahl regionaler Beratungsstellen für Prävention, Beratung und Fortbildung in der Auseinander-

setzung mit dem Rechtsextremismus (s. Flyer), so dass neben Kiel auch in Flensburg, Lübeck und Itzehoe drei weitere regionale Beratungsteams (RBTs) gegründet wurden."

Zunächst wurden die Befragten wieder gebeten anzugeben, ob sie bereits von der Existenz dieser RBTs sowie des RBTs in Kiel wussten und bereits mit ihnen in Kontakt getreten sind. Die Antwortalternativen lauteten hierbei *„Ich habe bisher noch nichts von den RBTs gehört", „Ich habe bereits von ihnen gehört, hatte aber noch keinen Kontakt zu ihnen"* sowie *„Ich habe bereits von den RBTs erfahren und kam schon in Kontakt mit ihnen"*. Ebenfalls sollten die Teilnehmer_innen angeben, welche Wünsche und Erwartungen sie an die RBTs stellen und ob sie deren Angebote beruflich wie privat nutzen würden. Antworten sollten hierbei als Freitext erfolgen.

Ziel des abschließenden Themenblocks war es, die Schwerpunkte zu erfassen, die die Befragten selbst bei der allgemeinen Arbeit zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung setzen würden. Hierbei standen die Bereiche „Netzwerkarbeit", „Informations- und Wissensaustausch", „Projektarbeit", „Demokratiepädagogik" sowie „Vermittlungstätigkeit" zur Auswahl, wobei die Befragten deren subjektiv empfundene Relevanz dieser Bereiche von null („nicht wichtig") bis drei („sehr wichtig") einschätzen sollten. Tauchte ein Schwerpunkt nicht unter den genannten auf, blieb in einem Freitextfeld auch Platz für die Nennung weiterer Schwerpunkte.

Wie auch bei der Befragung von Schüler_innen wurde auch den Expert_innen, neben der Erfassung von Alter, Geschlecht, Tätigkeitsbereich und Regionszugehörigkeit, zuletzt noch die Möglichkeit gegeben, in einem Kommentarfeld persönliche Anmerkungen abgeben zu können.

2.2.4 Rücklaufquote der Befragung

Der Rücklauf der versandten Fragebögen erreichte eine Zahl von 116 (31 %). Vertreter_innen der Polizei (36 zurück erhaltene Fragebögen) sowie Befragte aus dem Bereich Bildung/ Weiterbildung (32 zurück erhaltene Fragebögen) stellen in dieser Expertenstichprobe die größten Gruppen, sieben Antwortbögen kamen aus dem Bereich Verwaltung, aus dem Bereich Politik erfolgten acht Rückmeldungen. Trotz wiederholter Anschreiben erfolgten nur vereinzelt Antworten von den kriminalpräventiven Räten, Vertreter_innen der Freien Träger sowie Mitglieder von Glaubensgemeinschaften. Durch Weiterleitung der Fragebögen im Sinne der Netzwerkarbeit konnten zusätzlich auch Vertreter_innen aus anderen Tätigkeitsbereichen und anderen Regionen, die nicht im Fokus der Befragung lagen, für diese Umfrage gewonnen werden. Vertreter_innen der Zivilgesellschaft wurden ebenfalls nicht angeschrieben, doch stand es den Befragten frei, ob sie aus ihrer Funktion als bspw. Lehrer_in oder Polizist_in heraus antworten und/ oder als Vertreter_in der Zivilgesellschaft. In fünf Fällen erfolgten Antworten aus dem jeweiligen Tätigkeitsbereich *sowie* als Vertreter_in der Zivilgesellschaft. Weitere Angaben zum Rücklauf der Expertenfragebögen sind der Tabelle 1 zu entnehmen.

Tabelle 1: Rücklauf Expert_innenbefragung - Übersicht

	Landgerichtsbezirksebene						Landesebene	Gesamt	
	LG Kiel		LG Flensburg		LG Itzehoe				
Funktionsbereich	angeschrieben	geantwortet	angeschrieben	geantwortet	angeschrieben	geantwortet	angeschrieben	**angeschrieben**	**geantwortet**
Bildung und Weiterbildung [a] (Allgemeinbildende Schulen, Berufsbildende Schulen, Volkshochschulen)	73	20	35	5	39	6	1	**148**	**32**
Polizei [b] (Landeskriminalamt, Landespolizeiamt, Polizeidirektionen)	3	22	1	9	1	/	2	**7**	**36**
Kriminalpräventive Räte (Kriminalpräventive Räte und allgemeine Kriminalprävention)	6	1	6	/	6	/	/	**16**	**1**
Politik (Bürgermeister, Politische Bildung, Politische Parteien: CDU, SPD, Bündnis ´90/ DIE GRÜNEN, DIE LINKE, AfD)	21	2	18	2	15	3	6	**71**	**7**
Kinder- und Jugendschutz, Jugend- und Sozialarbeit (ASD/ Jugendamt, Amt f. Familie und Soziales, Landesjugendringe, Jugendfeuerwehr, Kinder- und Jugendschutz, offene Kinder- und Jugendarbeit, Fachdienst Jugend- und Familie, Erziehungsberatung)	1	6	2	3	1	4	2	**6**	**13**
Verwaltung (Bürgerhaus, Sachbearbeitung, Personalentwicklung soziale Dienste, Koordinierungsstelle Integration, IT-Sicherheit)	4	5	2	1	1	1	1	**8**	**7**

Schulsozialarbeit	9	1	5	/	6	2	10	**30**	**3**
Sozialverbände (Deutsches Rotes Kreuz, Der Paritätische, Diakonisches Werk)	2	1	1	/	1	/	4	**8**	**1**
Migrationsberatung (Migrationssozialberatung, Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, Jugendmigrationsdienst)	24	1	10	/	17	1		**51**	**2**
Freie Träger	2	/	4	1	6	/	2	**14**	**1**
Gemeinden/ Konfessionen (Evangelisch-Lutherische und katholische Gemeinden, Jüdische Gemeinden, Muslimische Gemeinden)	4	2	4	/	2	/	1	**11**	**2**
weitere Organisationen und Vereine [c] (Weißer Ring, Deutsch-italienische Gesell., Alevitischer Kulturverein, DGB, Landessprotverband, Ausstiegsberatung, Runder Tisch für Demokratie, Forum für Migration, Seniorenbeirat)	1	3	4	/	/	/	1	**6**	**4**
Zivilgesellschaft [d]	/	9	/	2	/	1	/	**/**	**12**

[a] eine weitere Antwort aus der Region Stormarn/ Bargteheide [b] 5 weitere Antworten aus dem Landgerichtsbezirk Lübeck [c] eine weitere Antwort aus der Stadt Lübeck

[d] Aufgrund der Möglichkeit, als Vertreter_in eines Funktionsbereichs und gleichzeitig als Vertreter_in der Zivilgesellschaft zu antworten, sind Doppelnennungen möglich. Somit erhöht sich die Gesamtzahl von Teilnehmer_innen in dieser Tabelle, wenngleich die Anzahl an zurück erhaltenen Fragebögen weiterhin bei 116 liegt.

3 Auswertung der Befragung von Schülerinnen und Schülern

Das folgende Kapitel befasst sich mit den Auswertungen der Daten, die aus den Befragungen von Schüler_innen an allgemein- und berufsbildenden Schulen gewonnen wurden. Neben der Betrachtung, in welchem Ausmaß rechtsextreme Einstellungstendenzen unter den Befragten verbreitet sind wird auch untersucht, welche Faktoren mit der Ausbildung demokratieablehnender Orientierungen in Zusammenhang stehen. Es wird ebenfalls zu analysieren sein, welche Variablen für die Ausbildung eines rechtsextremen Gedankenguts als ursächlich angesehen werden können. Um der Frage nach regionalen Unterschieden innerhalb Schleswig-Holsteins nachzugehen, werden Vergleiche auf Landgerichtsbezirksebene angestrebt.

3.1 Voranalysen

3.1.1 Soziodemographische Beschreibung der Schülerstichprobe

Im Frühjahr/ Sommer 2014 wurden durch das Institut für Psychologie der Christian-Albrechts-Universität Kiel im Auftrag des Rats für Kriminalitätsverhütung des Landes Schleswig-Holstein Schüler_innen der Jahrgangsstufen sieben und neun an allgemeinbildenden Schulen der Landgerichtsbezirke Kiel, Flensburg und Itzehoe schriftlich befragt. Pro Landgerichtsbezirk wurde eine Teilnehmerzahl von 1000 angestrebt. Innerhalb der Landgerichtsbezirke wurde sich dabei wiederum an den Schülerzahlen in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten der Landgerichtsbezirke sowie am Verhältnis von Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen innerhalb der jeweiligen Landgerichtsbezirke orientiert, um eine Repräsentativität der Stichprobe zu erreichen. Die Studie wurde im weiteren Verlauf noch durch eine Befragung an berufsbildenden Schulen ergänzt, für die jedoch keine Repräsentativität angestrebt wurde.

Die Befragung von Schüler_innen der 7. und 9. Jahrgangsstufen an allgemeinbildenden Schulen in den drei Landgerichtsbezirken erreichte eine zufriedenstellende Teilnehmerquote von 76 Prozent (Anteil der an der Befragung teilgenommenen Schüler_innen gemessen an der Gesamtzahl der in den befragten Klassen beschulten Kinder und Jugendlichen). Tabelle 2 gibt die soziodemographischen Kennwerte der Schülerstichprobe an allgemeinbildenden Schulen wieder. Wie sich zeigt, kann diese Teilstichprobe als repräsentativ im Hinblick auf das Geschlecht, die Schulform sowie bezogen auf die Schülerverteilungen innerhalb der drei Landgerichtsbezirke angesehen werden (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2014).

Tabelle 2: Soziodemographische Stichprobenbeschreibung für die Stichprobe der Befragten an allgemeinbildenden Schulen mit Darstellung der Repräsentativität bezüglich Geschlecht, Schulform und dem Landgerichtsbezirk/ der Region.

		Teilnehmende Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen (N=3052)		Anteile in der Grundgesamtheit*
		absolut	in %	in %
Alter				
11-12		238	7,8	
13-14		1641	53,8	
15-16		1142	37,4	
17-18		25	0,9	
keine Angabe		6	0,2	
Geschlecht				
Männlich		1428	46,8	49,8
Weiblich		1624	53,2	50,2
Aktuell besuchte Schulform				
(Fach-) Gymnasium		1616	52,9	50,4
Gemeinschaftsschule		1057	34,6	39,0
Regionalschule		379	12,4	10,6
Kreis bzw. kreisfreie Stadt **				
Nordfriesland		233	7,6	8,2
Flensburg		87	2,9	5,4
Schleswig-Flensburg		450	14,7	8,3
Dithmarschen		184	6,0	7,0
Steinburg		278	9,1	6,1
Pinneberg		410	13,4	15,7
Kiel		184	6,0	10,3
Neumünster		168	5,5	6,4
Rendsburg-Eckernförde		454	14,9	12,3
Segeberg		492	16,1	12,9
Plön		112	3,7	4,8
Herkunft und Migrationshintergrund				
Teilnehmer_innen	In Deutschland geboren	2931	96,0	
	außerhalb Deutschlands geboren	121	4,0	
Eltern	in Deutschland geboren	2553	83,7	
	außerhalb Deutschlands geboren	499	16,3	
Religionszugehörigkeit				
Christentum		2041	66,9	
Islam		163	5,3	
Judentum		13	0,4	
Andere		108	3,5	
keine Religion		727	23,8	

* Soweit Daten verfügbar sind.

** Die Anteile gleichen sich auf der Ebene der Landgerichtsbezirke noch einmal deutlich an: Der Anteil von Befragten aus dem LG Kiel beträgt 46,2 % (tatsächlich: 46,7 %), im LG-Bezirk Flensburg 25,2 % (tatsächlich: 22,7 %) und im LG-Bezirk Itzehoe: 28,6 % (tatsächlich: 30,6 %).

In der Teilstichprobe der Befragten an berufsbildenden Schulen (N= 401) sind die Teilnehmer mit einem männlichen Geschlecht deutlich überrepräsentiert (79,6 % männlich, 20,4 % weiblich). Die

Altersspanne der hier Befragten liegt hier zwischen 15 und 30 Jahren (M = 19,3; SD = 2,4). Bezüglich der Frage nach der zuletzt besuchten Schulform gaben 48,6 Prozent von ihnen an, vor der Beschulung an der berufsbildenden Schule das (Fach-) Gymnasium besucht zu haben. 24,9 Prozent gaben die Gemeinschaftsschule als letztbesuchte Schule an und ebenso viele die Regionalschule. Weniger als ein Prozent nannten hierbei die Förderschule. Der Anteil derer mit einem (Fach-) Abitur beträgt in dieser Teilstichprobe 10,7 Prozent. Den größten Teil bilden Befragte mit einem Realschulabschluss (62,6 %). Weitere 23,4 Prozent gaben an, bereits die Berufsreife/ den Hauptschulabschluss erreicht zu haben. 1,2 Prozent besaßen zum Zeitpunkt der Befragung noch keinen Schulabschluss.
Befragt nach der Region, in dem die Befragten an berufsbildenden Schulen zum Zeitpunkt der Erhebung wohnhaft waren, nannte die überwiegende Mehrzahl der Befragten die Landkreise Nordfriesland (13,5 %), Schleswig-Flensburg (14,5 %), Steinburg (19,5 %), Pinneberg (15,7 %) und Segeberg (14,0 %). Auf die restlichen Regionen entfielen nur wenige Befragte (je < 5 %). Da an vielen Berufsbildungszentren in Schleswig-Holstein allerdings auch Internate angeschlossen sind, in denen viele Schüler_innen während ihrer schulischen Ausbildungszeit untergebracht sind, muss der angegebene Wohnort allerdings nicht zwangsläufig auch den Landkreis bzw. die kreisfreie Stadt widerspiegeln, in denen die Befragungen auch stattfanden. Aufgrund der eigenschränkten Repräsentativität der Daten der berufsbildenden Schülergruppe in Bezug auf den Landkreis/ die kreisfreie Stadt, das Geschlecht oder die Ausrichtung des Ausbildungsbereichs sind die aus ihr gewonnenen Ergebnisse nur unter Vorbehalt zu interpretieren.

3.1.2 Psychometrische Prüfung der Rechtsextremismus-Items

Itemanalyse der Rechtsextremismus-Skala

Für die Erhebung der rechtsextremen Einstellungen wurden Aussagen (Items) bezüglich rechtsextremistischer Inhalte verwendet, von denen ein Teil positiv und ein Teil negativ formuliert ist. Die Befragten wurden gebeten, diesen Aussagen entweder zuzustimmen oder sie abzulehnen. Um zunächst die Qualität der verwendeten Items zu untersuchen, wird eine Schwierigkeitsanalyse durchgeführt sowie die Trennschärfe der Items in Bezug auf die Rechtsextremismus-Gesamtskala berechnet.
Die Schwierigkeitsanalyse ist eine statistische Prüfung, inwieweit es durch die verwendeten Items möglich ist, Merkmalsdifferenzen zwischen den Befragten zu erfassen. Um dies zu gewährleisten, sollen die Items so formuliert sein, dass nicht alle Befragten in gleicher Weise auf ein Item antworten, sondern diejenigen, die eher rechtsextrem eingestellt sind, den rechtsextremen Items auch eher zustimmen, statt sie abzulehnen (Befragte mit kaum ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen vice versa). Die Itemschwierigkeit (P_i), die Werte zwischen 0 und 100 annehmen kann, wird umso höher, je „leichter“ es den Befragten fällt, einem Item zuzustimmen. Eine zunehmende „Leichtigkeit“ bedeu-

tet dabei allerdings auch, dass es mit Hilfe dieses Items deutlich schwerer wird, zwischen den verschiedenen Merkmalsträgern zu differenzieren, da Personen mit und auch ohne rechtsextreme Einstellungen dieser Aussage eher zustimmten. Items mittlerer Schwierigkeit, d.h. Werte in der Nähe von 50 werden hier als optimal angesehen.

In die Berechnung der Itemschwierigkeit gehen auch die invertierten Items ein. Bei diesen Items ist nicht die Zustimmung zu dieser Aussage, sondern deren Ablehnung Kennzeichen einer rechtsextremen Orientierung. Vor den weiteren Berechnungen werden diese Items umgepolt, so dass bspw. bei dem Item „Wir sollten jeden Ausländer, der in unserem Land leben möchte, willkommen heißen“ die Antwort „stimme überhaupt nicht zu“ den Wert 3 erhält (vorher Wert 0), die Antwort „stimme eher nicht zu“ den Wert 2 (vorher Wert 1) usw..

Wie Tabelle 3zeigt, nimmt die Itemschwierigkeit in der Stichprobe der allgemeinbildenden wie auch der berufsbildenden Schüler_innen tendenziell eher Werte unter 50 an, was bedeutet, dass es den meisten Befragten eher schwer fällt, einem Item mit rechtsextremistischem Inhalt zuzustimmen. Für die Gruppe der Befragten an berufsbildenden Schulen liegen die Itemschwierigkeiten fast durchgängig etwas höher, was darauf schließen lässt, dass die verwendeten Items für diese Teilgruppe besser zur Erfassung vorhandener rechtsextremer Einstellungen geeignet sind als für die Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen. Auffällig sind hier die deutlich höheren Itemschwierigkeiten der Berufsschüler_innen gegenüber den Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen bei dem Item „Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland“ und bei beiden Items zur Islamfeindlichkeit.

Die Item-Skala-Korrelation oder auch Trennschärfe eines Items (r_{it}) gibt an, in welchem Zusammenhang ein einzelnes Item zu der Gesamtskala steht und kann Werte zwischen -1 und 1 annehmen. Ein Wert nahe 1 bedeutet, dass dieses Item symptomatisch vor allem von Personen mit einer hohen Merkmalsausprägung (hier also mit ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen) beantwortet wurde bzw. diese Befragten bei diesem Item überwiegend hohe Punktwerte erhalten. Außerdem ist in diesem Fall davon auszugehen, dass bereits das einzelne Item sehr genau die Gesamtskala abbildet. Werte zwischen .4 und .7 sind hierbei als „gut“ und Werte darüber als sehr gut zu bewerten (Moosbrugger & Kelava, 2008). Liegt die Trennschärfe eines Items nahe 0, so ist dieses Item ungeeignet, zwischen Personen mit hohen und mit niedrigen Merkmalsausprägungen zu differenzieren. Tabelle 3 stellt die korrigierten Item-Skala-Korrelationen dar, bei welcher auch die Standardabweichungen der Itemwerte mit berücksichtigt werden. Hier zeigt sich, dass bis auf zwei Items alle Items eine Trennschärfe über .4 erreichen, was angesichts der zugrundeliegenden eher heterogenen Definition von rechtsextremen Einstellungen erfreulich ist. Bei den Items „Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie“ sowie „Die Ungleichbehandlung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem“ sind die Trennschärfen jedoch unbefriedigend.

Tabelle 3: Psychometrische Prüfung der Rechtsextremismus-Items.

Item	Itemschwierigkeit (P_i)		Korrigierte Item-Skala-Korrelation ($r_{it(i)}$)	
	ALLG	BS	ALLG	BS
Rassismus bzw. Sozialdarwinismus				
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen	31,33	36,00	.49	.54
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt	21,00	26,67	.67	.72
Ausländerfeindlichkeit				
Wir sollten jeden Ausländer, der in unserem Land leben möchte, willkommen heißen (-)	28,00	34,67	.49	.46
Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland	27,33	52,00	.62	.64
Demokratieablehnung				
Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie (-)	30,66	36,33	.17	.20
Deutschland braucht wieder einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert	15,66	20,00	.55	.72
Chauvinismus bzw. übersteigerter Nationalismus				
Die Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen	30,00	37,33	.62	.69
Deutschland sollte wieder die führende Rolle in der Welt übernehmen	28,33	38,00	.61	.72
Antisemitismus				
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung in Deutschland mitschuldig	15,00	18,33	.59	.70
Die Juden haben einfach etwas Besonderes an sich und passen nicht so recht zu uns	19,66	18,00	.59	.58
Islamfeindlichkeit				
Die Muslime in Deutschland sollten das Recht haben, nach ihren eigenen Glaubensgesetzen zu leben (-)	27,33	54,67	.46	.41
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land	26,66	52,33	.59	.59
Sexismus				
Die Ungleichbehandlung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem (-)	58,66	54,67	-.01	.22
Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter konzentrieren	20,33	27,67	.51	.45

Prüfung der Dimensionalität

Die Berechnung von Itemschwierigkeit und Trennschärfe ist eine erste Möglichkeit, die Passung von Items zu untersuchen. Wie bereits beschrieben, werden rechtsextreme Einstellungen in dieser Studie mit Hilfe von 14 Items erfasst, die sich inhaltlich auf die Dimensionen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Demokratieablehnung, Chauvinismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Sexismus beziehen. Hinter dieser Zusammenstellung steht die Überlegung, dass alle Items bzw. Dimensionen ein *übergeordnetes Konstrukt*, und zwar rechtsextreme Einstellungen abbilden. Inwiefern diese Annahme gerechtfertigt ist, kann mit Hilfe einer Hauptkomponentenanalyse (HKA) geprüft werden. Bei der Hauptkomponentenanalyse (HKA) handelt es sich um ein multivariates Verfahren, mit dem untersucht wird, ob sich hinter den betrachteten Variablen bzw. Items eine oder mehrere Hintergrundvariablen verbergen. Solche latenten Variablen werden bei diesem Verfahren als *Faktoren* bezeichnet. Anzunehmen ist, dass die Befragten alle Items mit thematischer Nähe in ähnlicher Weise verneinen bzw. ihnen im selben Ausmaß zustimmen. In einem solchen Fall ist der Zusammenhang zwischen diesen Items sehr groß, was sich statistisch in einer hohen Korrelation zwischen ihnen widerspiegelt. Die Aussagen wären somit „bündelungsfähig“. Gibt es hingegen Items, die mit keinem anderen Item in Zusammenhang stehen und durchgehend geringe Korrelationskoeffizienten aufweisen, so sind diese eher ungeeignet, das Konstrukt rechtsextreme Einstellungen auch tatsächlich zu erfassen. Die Konstruktvalidität ist durch sie also eingeschränkt.

Einen ersten Eindruck davon, welche Items hoch miteinander korrelieren, gibt die Inter-Item-Korrelationsmatrix (Anhang C). Wie der dortigen Abbildung entnommen werden kann, korrelieren gerade Items der Dimensionen Ausländerfeindlichkeit, übersteigerter Nationalismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus mit der Dimension Rassismus bzw. Sozialdarwinismus in einem deutlichen Maße. Darüber hinaus stehen die meisten Aussagen ebenfalls in einer engen Beziehung zueinander, wie z.B. die Items der Dimensionen Ausländer- und Islamfeindlichkeit oder die Antisemitismus-Items untereinander. Allein die Aussagen „Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie“ sowie „Die Ungleichbehandlung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem“ korrelieren kaum bzw. überhaupt nicht mit den restlichen Items der Rechtsextremismus-Skala. Wie bei der psychometrischen Prüfung dieser Items im vorherigen Abschnitt bereits deutlich wurde, weisen sie auch die geringste Trennschärfe auf. Ihre Eignung wird durch die Betrachtung der Inter-Item-Korrelationsmatrix somit weiter in Frage gestellt.

Auf die zahlreichen Analyseschritte bei einer HKA soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Abschließend kann festgehalten werden, dass sich die Extraktion von einem Faktor als sinnvoll

erweist, welcher bereits 44 Prozent der Gesamtvarianz aufklärt[2]. Auf diesem Faktor laden 12 der 14 Items mit Ladungen zwischen .53 und .77. Diese 12 Items bilden demnach inhaltlich etwas Einheitliches ab, und zwar *rechtsextreme Einstellungen*. Die zwei Items „Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie“ sowie „Die Ungleichbehandlung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem“ weisen keine essentielle Ladung auf den Faktor auf. Auch im Hinblick auf die geringe Trennschärfe dieser Items und ihre fehlende Interkorrelation mit den übrigen Aussagen liegt die Vermutung nahe, dass diese zwei Items nicht geeignet sind, rechtsextreme Einstellungen in dieser Untersuchung hinreichend gut zu erfassen. Für die weiteren Berechnungen werden sie daher keine weitere Berücksichtigung finden.

3.2 Rechtsextremistische Einstellungen unter Schülerinnen und Schülern

3.2.1 Rechtsextreme Affinität auf Skalenebene

Nachdem die Eignung der Items zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen geprüft wurde, kann sich nun deren inhaltliche Auswertung anschließen.

Für die Bestimmung einer rechtsextremen Affinität oder einer gefestigten rechtsextremen Einstellung existieren keine einheitlichen Regeln. Nach einer gebräuchlichen Konvention wird denjenigen Personen ein rechtsextremes Einstellungspotenzial zugeschrieben, deren erreichte Summenwerte bei der Beantwortung einer „Rechtsextremismus-Skala“ über dem theoretischen Mittelwert dieser Antwortskala liegen (u.a. Decker, Kiess & Brähler, 2014; Stöss & Niedermayer, 1998). Bereits die Autoren der SINUS-Studie von 1981 wendeten diese Methode an und rechtfertigten ihr Vorgehen durch eine Vortestung ihrer Item-Batterie an 200 Personen, die es den Autoren ermöglichte, 90 Prozent der der dort Befragten aus dem rechtsextremen Lager herauszufiltern (SINUS-Institut, 1981). Da für die vorliegende Untersuchung das rechtsextreme Einstellungspotenzial der Befragten aus den Erhebungsjahren 2013 und 2014 miteinander verglichen werden soll, finden für dessen Berechnung nur die Items Verwendung, die in beiden Befragungen identisch sind. Die zwei Items, die die Islamfeindlichkeit abbilden, gehen ebenfalls nicht in die Auswertungen zum Einstellungspotenzial ein, da die Islamfeindlichkeit keine genuine Dimension rechtsextremer Einstellungen nach der zugrunde gelegten Konsensdefinition ist.

Die Affinität zu rechtsextremen Inhalten wird somit über sieben Items erfasst[3]. Der maximal zu erreichende Summenwert bei dieser Skala mit sieben Items liegt bei 21. Befragte, die einen Wert über

[2] Das Ergebnis einer HKA wird durch die Verteilung der Variablen, die ihr zugrunde liegen, erheblich beeinflusst. Vorab ist es daher sinnvoll, die Variablen einer Eignungsprüfung zu unterziehen. Eine solche Prüfung wurde vorgenommen, die die Anwendbarkeit der Items für eine HKA bestätigt

[3] Verwendete Items: „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“; „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“; „Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland“; „Deutschland braucht wieder einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert“; „Deutschland sollte wieder die führende Rolle

dem arithmetischen Mittel dieser Skala (also 11 bis 21) erreichen, werden als rechtsextrem-*affin* eingestellt eingestuft werden. Es ist zu beachten, dass mit dieser Methode und der relativ geringen Anzahl von Items zur Berechnung eines Gesamtpotenzials eher eine Affinität zu rechtsextremen Orientierungen statt eines gefestigten rechtsextremen Weltbildes herausgefiltert werden kann. Dies macht folgende Rechnung deutlich: Ein Summenwert von 11 Punkten kann zum einen dann erreicht werden, wenn ein_e Befragte_r der überwiegenden Mehrzahl der Items zustimmt, d.h. fünfmal „stimme eher zu“ und einmal „stimme eher nicht zu“ als Antwort wählt. Ein Summenwert von 11 Punkten erhält ein_e Teilnehmer_in allerdings auch dann, wenn er/sie nur wenigen Items uneingeschränkt zustimmt und die Mehrzahl der Aussagen eher verneint, d.h. zweimal auf eine Aussage mit „stimme voll und ganz zu“ und fünfmal mit „stimme eher nicht zu“ antwortet. Für einen solchen Fall sind rechtsextreme Tendenzen bereits ebenfalls erkennbar. Insgesamt ist es jedoch auch im Hinblick auf die noch mögliche Veränderbarkeit politischer Einstellungen im Jugendalter generell angemessener, hier von einer rechtsextrem-affinen Haltung statt von einem gefestigten rechtsextremen Einstellungsgefüge zu sprechen.

In diese Auswertungen sowie in alle folgenden Berechnung zum Ausmaß rechtsextremer Einstellungen gehen nur die Ergebnisse von Befragten deutscher Herkunft[4] ein. Hintergrund ist, dass Schüler_innen, die einen Migrationshintergrund aufweisen, deutlich häufiger mit dem „Fremdsein“ konfrontiert sind als Schüler_innen deutscher Herkunft und somit für dieses Thema stärker sensibilisiert sind (Baier, Pfeiffer, Windzio & Rabold, 2006).

Bei der Berechnung der rechtsextremen Affinität unter den Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen zeigt sich, dass – in Relation zu ihrer jeweiligen Gruppengröße – 11,8 Prozent der Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg eine rechtsextrem-affine Haltung aufweisen. Im Landgerichtsbezirk Lübeck liegt dieser Anteil bei 8,9 Prozent. Im Landgerichtsbezirk Kiel weisen 7,4 Prozent und im Landgerichtsbezirk Itzehoe bei 4,1 Prozent der Befragten eine Affinität zu rechtsextremen Inhalten auf. Einen Überblick über die Punkteverteilungen in den vier Landgerichtsbezirken liefert die Tabelle 15 im Anhang D.

Bis auf den Vergleich der Teilgruppen aus dem Landgerichtsbezirk Kiel und Lübeck werden alle weiteren Unterschiede zwischen den Teilgruppen signifikant[5]. Aufgrund der hohen Gruppengrößen sind signifikante Unterschiede allerdings zu erwarten, da schon geringe Unterschiede zwischen großen Gruppen ausreichen können, um statistisch signifikante Ergebnisse zu erhalten. Relevanter ist an dieser Stelle daher die Berechnung von Effektstärken, die es ermöglichen, die Bedeutsamkeit eines gefundenen Unterschieds zu ermitteln. Wie aus Tabelle 14 im Anhang D zu entnehmen ist, ist die

---

in der Welt übernehmen“; „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung in Deutschland mitschuldig“; „Die Juden haben einfach etwas Besonderes an sich und passen nicht so recht zu uns“

[4] Hierzu werden alle Befragten gezählt, die selbst sowie deren Eltern in Deutschland geboren sind

[5] Signifikanzprüfungen mittels Mann-Whitney-U-Test. Bis auf den Vergleich LG Kiel - LG Lübeck werden alle weiteren Ergebnisse signifikant auf dem 5%-Niveau.

Höhe der Unterschiede zwischen den Gruppen überwiegend zu vernachlässigen. Als statistisch „gering“ sind die Unterschiede in der rechtsextremen Affinität zwischen den Befragten aus den Landgerichtsbezirken Kiel und Flensburg sowie Flensburg und Itzehoe zu werten (Cohen, 1992; siehe Tabelle 14, Anhang D). Auch wird deutlich, dass zwar mehr Befragte aus den Landgerichtsbezirken Flensburg und Lübeck Summenwerte zwischen 11 und 15 erreichten als Befragte aus den anderen zwei Landgerichtsbezirken. Die Anzahl an Schüler_innen, die Punktwerte über 15 erzielten, nähern sich über alle Landgerichtsbezirke hinweg allerdings an.

Werden die Ergebnisse der befragten Schüler_innen an berufsbildenden Schulen hinsichtlich ihrer erreichten Summenwerte bei der Beantwortung der sieben Rechtsextremismus-Items ermittelt, so beträgt der Anteil derer, die Werte von 11 Punkten und höher erreichten, 11,0 Prozent. Aufgrund der eingeschränkten Repräsentativität dieser Teilstichprobe könnte deren hier ermittelte Affinität bereits aufgrund des deutlichen Überschusses an männlichen Befragten stark verzerrt sein. Auch hinsichtlich ihres Bildungsgrads und der fachlichen Ausrichtung innerhalb der berufsbildenden Schulen ist diese Teilgruppe in der vorliegenden Untersuchung zu heterogen und entspricht nicht der Grundgesamtheit, so dass verallgemeinerbare Aussagen über die Verteilung einer rechtsextremen Affinität innerhalb dieser Gruppe von Befragten nicht getroffen werden können.

Wenngleich die Stichprobe der Befragten an allgemeinbildenden Schulen nur auf Landgerichtsbezirksebene als repräsentativ für die tatsächliche Bevölkerung angesehen werden kann, soll an dieser Stelle dennoch vorgestellt werden, wie stark sich die Befragten aus den einzelnen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten hinsichtlich ihrer Anteile von rechtsextrem-affinen Schüler_innen unterscheiden. Mit Hilfe der sieben Items, die zu der Berechnung der Affinitätsskala herangezogen werden, wird deutlich, dass insbesondere die Befragten aus den kreisfreien Städten Neumünster und Flensburg sowie aus dem Landkreis Schleswig-Flensburg durch einen deutlich höheren Anteil an rechtsextrem-affinen Befragten auffallen (ca. 14 %) als z.B. die Landkreise Dithmarschen, Pinneberg und Plön (unter 5 %). Einen Anteil von etwa 10 Prozent der Befragten, die auf der oben beschriebenen Rechtsextremismus-Skala einen Summenwert von 11 und höher erreichten, weisen die kreisfreie Stadt Lübeck sowie die Landkreise Hrzgt. Lauenburg und Nordfriesland auf. Die Anteile von Befragten mit einer rechtsextrem-affinen Haltung in den weiteren Landkreisen liegen in einem Bereich von 5 bis 10 Prozent. Zur Veranschaulichung dient die Abbildung 2. Es sei jedoch noch einmal darauf hingewiesen, dass die in dieser Abbildung gemachten Angaben auf Teilnehmerzahlen beruhen, die auf Landkreisebene bzw. auf Ebene der kreisfreien Städte nur bedingt repräsentativ sind und daher nur mit Vorsicht zu interpretieren sind.

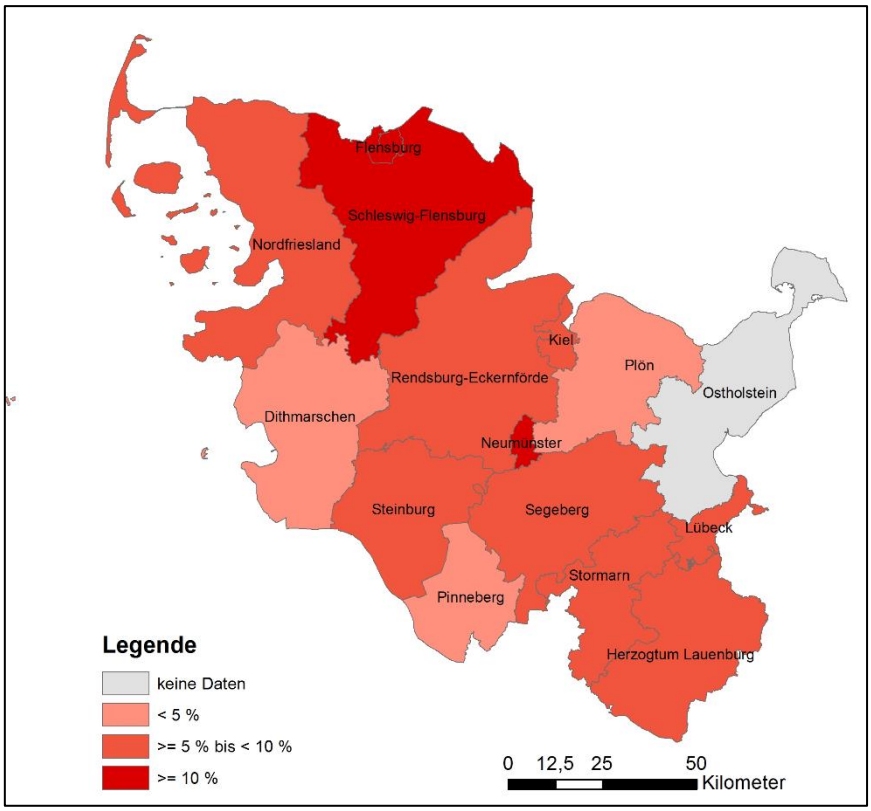


Abbildung 2 : Anteil der Schüler_innen mit Summenwerten über 10 Punkten bei der Beantwortung der sieben Rechtsextremismus - Items, getrennt für die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte. Nur deutsche Befragte und nur Befragte an allgemeinbildenden Schulen.

Wie aus zahlreichen Studien bekannt ist, spielen Kontexteffekte auf regionaler Ebene eine bedeutsame Rolle für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen. Wie auch im theoretischen Hintergrund bereits ausgeführt wurde, wirken zahlreiche Faktoren auf die Entwicklung antidemokratischer Orientierungen ein, so dass nicht von einem einfachen kausalen Zusammenhang von etwa eigener Arbeitslosigkeit auf rechtsextreme Einstellungen ausgegangen werden kann. Allerdings ist es für eine erste Analyse durchaus hilfreich, regionale Gegebenheiten in Bezug auf die Arbeitslosenquote oder den Anteil an Personen mit Migrationshintergrund zu erfassen, um festzustellen, wie die untersuchten Regionen diesbezüglich beschaffen sind und welche Implikationen sich daraus unter Umständen bereits ergeben. Ein erster Aspekt, der daher auch hier betrachtet werden soll, ist die Bevölkerungsdichte. So weisen Studien immer wieder darauf hin, dass Personen mit rechtsextremen Orientierungen in eher ländlichen Regionen wohnhaft sind. Nach Angaben der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung[6] liegt die Bevölkerungsdichte im Landgerichtsbezirk Lübeck bei etwa 229 Einwohnern/km², im Landgerichtsbezirk Kiel bei etwa 202 Einwohnern/km², im Landgerichtsbezirk Itzehoe bei rund 178 Einwohnern/km² und im Landgerichtsbezirk Flensburg bei ca. 104 Einwohnern/km² (Landesregierung

[6] Stand der Daten: 31.08.2013

Schleswig-Holstein, 2015). Der etwas höhere Anteil an Befragten mit einer Neigung zu rechtsextremen Einstellungen im Landgerichtsbezirk Flensburg, insbesondere im Landkreis Schleswig-Flensburg sowie der kreisfreien Stadt Flensburg, könnte demnach u.a. dem Umstand geschuldet sein, dass insbesondere Befragte in diesen Regionen Schleswig-Holsteins in einem weniger urbanen Gebiet leben und somit auch weniger Möglichkeiten haben, mit Fremdgruppen in Kontakt zu treten. Gerade ein positiver Kontakt zu Fremdgruppen kann nachweislich jedoch zu einer Reduktion rechtsextremer Einstellungen führen. Die Quote von Personen mit Migrationshintergrund im ländlichen Raum ist in vielen Teilen Schleswig-Holsteins deutlich niedriger als in Ballungsgebieten (Landesregierung Schleswig-Holstein 2015). Diese Kontaktmöglichkeiten sind bei Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe auch aufgrund ihrer regionalen Nähe zur Metropole Hamburg eher gegeben, wodurch sich auch das niedrigste hier gefundene Ausmaß einer Affinität zu rechtsextremen Orientierungen erklären lassen könnte. Die Landgerichtsbezirke Kiel und Lübeck weisen eine ähnlich hohe und zugleich die höchste Bevölkerungsdichte unter den vier Landgerichtsbezirken auf.

Wie die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Berichtsjahr 2013 zeigt, sind gerade die kreisfreien Städte Neumünster und Lübeck im länderweiten Vergleich mit anderen kreisfreien Städten und Landkreisen entsprechender Größe von einer hohen Kriminalitätsbelastung betroffen. Eine hohe Kriminalitätsbelastung kann sich indirekt auch auf die Ausbildung rechtsextremer Gedankenmuster auswirken, etwa durch die Verfestigung der individuellen Gewaltbereitschaft, die nicht nur mit dem Ausüben von genereller Kriminalität, sondern auch mit rechtsextremistischen Verhaltensäußerungen eng verknüpft ist. Insbesondere das erhöhte Ausmaß einer rechtsextremen Affinität bei Befragten aus der kreisfreien Stadt Neumünster wird bei Betrachtung der Zahlen aus der PKS somit ebenfalls ein Stück weit nachvollziehbarer.

Der Arbeitslosenanteil ist ein weiterer Faktor, der mit der Ausbildung rechtsextremer Einstellungen in Zusammenhang steht, daher soll auch dieser für die vier Landgerichtsbezirke noch einmal näher betrachtet werden. Wenngleich nur Schüler_innen befragt wurden, die selbst nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind, kann sich eine hohe Arbeitslosigkeit in deren Umfeld auch indirekt negativ auf die psychosoziale Entwicklung und Sozialisation dieser Kinder und Jugendlichen auswirken, etwa durch fehlende monetäre Mittel in der Familie oder eine zunehmende Perspektivlosigkeit.

Der Anteil an Personen, die im Monat März des Jahres 2014 bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitssuchend gemeldet waren, beträgt für den Landgerichtsbezirk Kiel 3,9 Prozent, für den Landgerichtsbezirk Flensburg 4,5 Prozent, für den Landgerichtsbezirk Itzehoe 3,5 Prozent und für den Landgerichtsbezirk Lübeck 3,7 Prozent. Erneut ist dabei festzustellen, dass im Landgerichtsbezirk Flensburg die höchste Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, während die restlichen drei Landgerichtsbezirke diesbezüglich etwa gleichauf liegen. Wenngleich diese Zahlen kein Beleg dafür sind, dass eine erlebte Arbeitslosigkeit tendenziell zu einer erhöhten Ausbildung rechtsextremer Neigungen führt, so kor-

respondiert zumindest für den Landgerichtsbezirk Flensburg die hohe Arbeitslosenquote mit der hohen Affinität zu rechtsextremen Einstellungen.

3.2.2 Ausmaß rechtsextremer Affinität auf Dimensions- und Itemebene

Im vorangegangenen Abschnitt wurde mit der Betrachtung der Anzahl derer, die bei der Beantwortung aller Items einen festgelegten kritischen Wert übersteigen, die rechtsextreme Affinität auf Skalenebene untersucht. In diesem Abschnitt soll das Antwortverhalten der Befragten auf Item- bzw. auf Dimensionsebene betrachtet werden, um ggf. Unterschiede in den Zustimmungs- oder Ablehnungshäufigkeiten zwischen den einzelnen Dimensionen feststellen zu können. Erneut soll dabei das Antwortverhalten der Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen getrennt für den jeweiligen Landgerichtsbezirk, in welchem sie zum Zeitpunkt der Befragung lebten, für jede Aussage separat untersucht und dargestellt werden. Auch die Antworten der Befragten an berufsbildenden Schulen werden zum Vergleich in den Abbildungen angegeben. Die Zustimmung zu einer Aussage mit rechtsextremistischem Inhalt bzw. die Ablehnung eines Items mit demokratischem Inhalt ergibt sich in der Folge als Summenwert aus den zwei Kategorien „stimme voll und ganz/ stimme eher zu“ bzw. „stimme eher nicht / überhaupt nicht zu“ bei den invertierten Items.

Rassismus bzw. Sozialdarwinismus

Wie im theoretischen Hintergrund bereits ausgeführt wurde, thematisiert die Dimension „Rassismus bzw. Sozialdarwinismus“ die Abwertung von all jenen, die aufgrund körperlicher Merkmale oder aufgrund ihres gesellschaftlichen Status als nicht gleichwertig empfunden werden. Das erste Item dieser Dimension lautet daher „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ und gibt eine sozialdarwinistische Sichtweise wieder. Wer nicht über die nötigen geistigen oder körperlichen Möglichkeiten verfügt, um sich in unserer Gesellschaft zu behaupten, geht aus diesem „survival of the fittest“-Kampf als Verlierer hervor und verdiene demnach keine weitere Beachtung und Unterstützung. Das zweite Item lässt sich dem Bereich des Rassismus zuordnen. Hier wird eine Haltung angesprochen, die durch den Glauben an die Überlegenheit der weißen Bevölkerung aufgrund von biologischen und kulturellen Gründen gekennzeichnet ist. Auch die Unterschiede der politischen und wirtschaftlichen Lage zwischen Nationen werden bei Befürwortung dieses Items allein auf die Hautfarbe der in diesen Ländern lebenden Menschen reduziert.
Die Abbildung 3 gibt die Häufigkeit der Zustimmung zu diesen zwei Items wieder. Wie ihr zu entnehmen ist, liegen die Zustimmungswerte für das erstgenannte Item bei allen fünf Teilgruppen im Bereich von 18 bis 32 Prozent, für das zweitgenannte Item im Bereich von 10 bis 22 Prozent. Die Teilgruppe der allgemeinbildenden Schüler_innen aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe stimmte beiden

Items am seltensten zu, während die Items von den Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg am häufigsten befürwortet wurden. Das Antwortverhalten der Teilnehmer_innen aus den Landgerichtsbezirken Kiel und Lübeck ähnelt sich. Ihre Zustimmung liegt im Vergleich mit den Befragten der anderen zwei Regionen etwa im Mittelfeld. Weiterhin befürwortet circa ein Fünftel bis ein Viertel der Befragten aus berufsbildenden Schulen eine rassistische bzw. sozialdarwinistische Sichtweise und ähnelt gerade in Bezug auf das Rassismus-Item dem Antwortverhalten der Befragten des Landgerichtsbezirks Flensburg sehr.

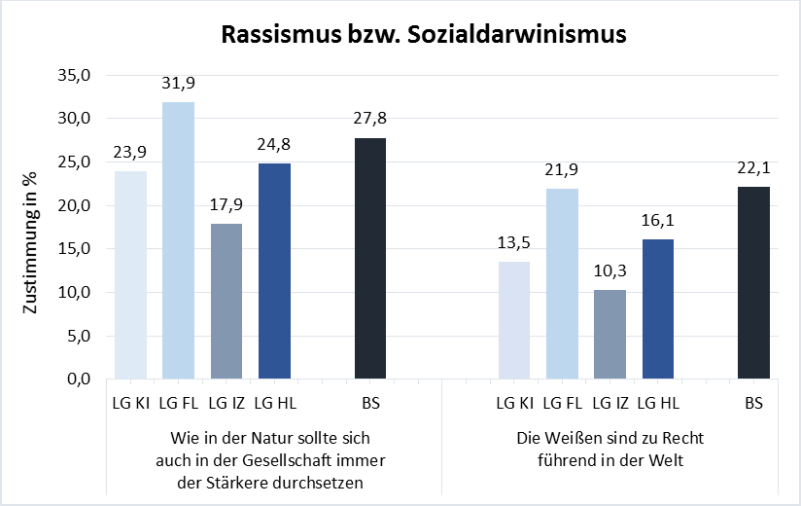


Abbildung 3: Zustimmung zu den zwei Items der Dimension „Rassismus bzw. Sozialdarwinismus“ für jede Teilstichprobe in Prozent.

Ausländerfeindlichkeit

Die Ausländerfeindlichkeit stellt einen Aspekt dar, der für ein rechtsextremes Einstellungsgefüge als zentral gewertet wird. Dabei wird diese Dimension mit einem negativ und einem positiv formulierten Item erfasst. Einerseits wird mit der Aussage „Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland“ ein womöglich wahrgenommener Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit und all jenen, die von den Befragten als „Ausländer“ verstanden werden, unter den Befragten ermittelt. Das häufig verwendete Wort „Ausländer“ wurde dabei bewusst gewählt, um insbesondere die Stereotype und Vorurteile, die von Rechtsextremisten über Menschen mit Migrationshintergrund verbreitet werden, mit diesem Wortlaut aufzugreifen.

Wer diesem Item zustimmt, reduziert die Arbeitslosigkeit in Deutschland allein auf ein Problem von Menschen mit Migrationshintergrund. Wie der Abbildung 4 entnommen werden kann, befürworten eine solche Ansicht etwa 15 Prozent der Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe und sogar über 25 Prozent der Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg. Nahezu ein Drittel der Schülergruppe aus berufsbildenden Schulen stimmt dieser Aussage ebenfalls zu.

Mit dem zweiten positiv formulierten Item wird das Toleranzverständnis der Teilnehmer_innen angesprochen, indem erfragt wurde, ob alle „Ausländer“, die in Deutschland leben wollen, hier auch von den Befragten willkommen geheißen werden. Insbesondere dieses Item offenbart erneut eine deutliche Ablehnung durch die Befragten an berufsbildenden Schulen, wohingegen die Befragten an allgemeinbildenden Schulen überregional diesem Item in einem relativ ähnlichen Ausmaß ablehnen. Für die Befragung von Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen im Landgerichtsbezirk Lübeck 2013 wurde ein anderes Item verwendet, daher gehen sie in diesem Fall nicht mit in die Auswertungen ein. Werden die Antworten der Befragten an allgemeinbildenden Schulen auf Landgerichtsbezirksebene für beide Items gemeinsam betrachtet, so ergibt sich ein ähnliches Muster wie bei der zuvor dargestellten Dimension, da auch hier die Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe den zwei Items am seltensten zustimmen bzw. sie ablehnen und die Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg am häufigsten. Erneut liegen die Zustimmungs- bzw. Ablehnungshäufigkeiten der Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Kiel im Mittelfeld, mit etwa 20 Prozent allerdings in einem ebenfalls noch deutlich hohen Maße.

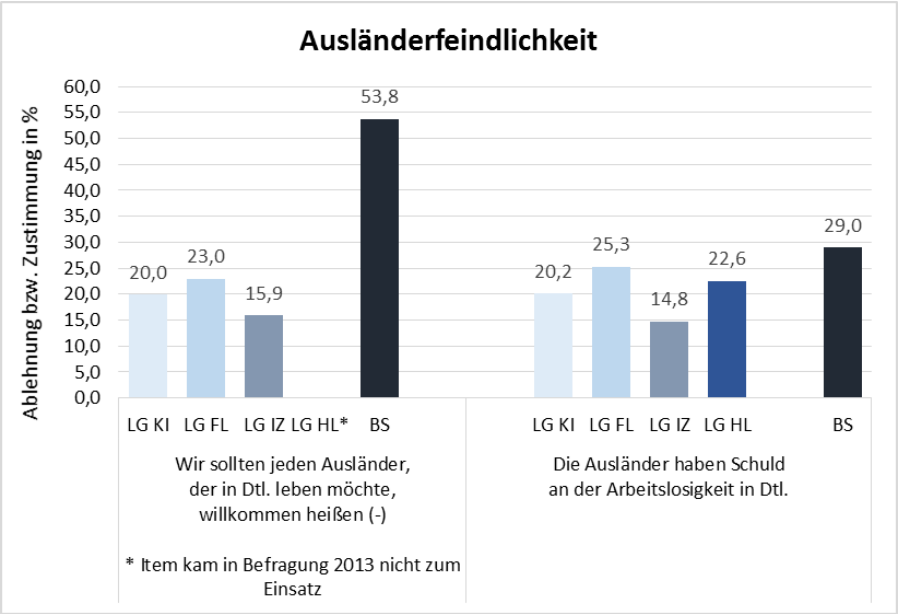


Abbildung 4: Ablehnung bzw. Zustimmung der zwei Items der Dimension „Ausländerfeindlichkeit“ für jede Teilstichprobe in Prozent. Ein Vergleich der mit „*“ gekennzeichneten Teilgruppe aus 2013 ist bei einem Item nicht möglich, da bei der Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck dieses Item nicht zur Anwendung kam.

Demokratieablehnung

Personen, welche in ihrem rechtsextremen Weltbild die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ablehnen, befürworten häufig auch eine staatliche Führung im Sinne einer

rechtsautoritären Diktatur. Die in vielen Studien bereits vielfach zur Anwendung gekommene Aussage „Deutschland braucht wieder einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ bildet eine solche Befürwortung ab und wird daher auch in dieser Studie genutzt (Abbildung 5). Bei der Zustimmung dieses Items wird die Bereitschaft zur Unterordnung des Einzelnen unter die Staatsräson deutlich.

Inwieweit die Befragten die Vorteile einer demokratischen Gesellschaftsordnung zu schätzen wissen und diese für die geeignetste Staatsform halten, wird mit Hilfe des invertierten Items „Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie“ erfasst. Da diese Aussage 2013 nicht verwendet wurde, ist hier nur ein Vergleich zwischen den in 2014 befragten Teilgruppen möglich ist. Bei dieser Aussage zeigt sich, dass alle vier Teilgruppen dieses Item in einem relativ ähnlichen Ausmaß ablehnen. So hat etwa ein Viertel der Schüler_innen jeder Teilstichprobe zumindest Zweifel daran, die Demokratie als die geeignetste Staatsform für eine Gesellschaft anzuerkennen. Dass eine rechtsautoritäre Führung hingegen die bessere Grundordnung ist, wird im Vergleich dazu seltener befürwortet. Auch hier zeigt sich, dass diesem Item am seltensten von Schüler_innen aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe und am häufigsten von Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg sowie von Schüler_innen aus berufsbildenden Schulen zugestimmt wird.

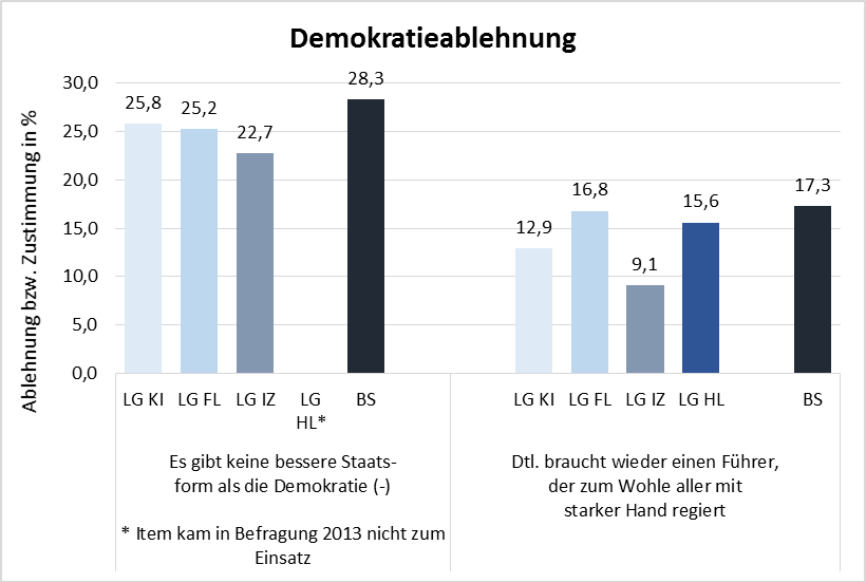


Abbildung 5: Ablehnung bzw. Zustimmung der zwei Items der Dimension „Demokratieablehnung“ für jede Teilstichprobe in Prozent. Ein Vergleich der mit „*“ gekennzeichneten Teilgruppe aus 2013 ist bei einem Item nicht möglich, da bei der Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck dieses Item nicht zum Einsatz kam.

Chauvinismus bzw. übersteigerter Nationalismus

Mit Hilfe der Dimension „Chauvinismus bzw. übersteigerter Nationalismus“ sollen Einstellungen erfragt werden, die über einen gemäßigten Patriotismus hinausgehen und sich deutlich von nationalen Gesinnungen, die sich nicht gegen die demokratische Grundordnung richten, abgrenzen (Stöss, 2010). Der Glaube an die kulturelle, wirtschaftliche und politische Überlegenheit Deutschlands gegenüber anderen Ländern und Völkern wird in der ersten in Abbildung 6 dargestellten Aussage angesprochen und lautet „Die Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen“. Das zweite Item geht in eine ähnliche Richtung und fragt danach, inwiefern Deutschland wieder *die* führende Rolle in der Welt übernehmen soll. Beide Items sprechen den Glauben an eine „Übermacht“ des deutschen Volkes an, allein deswegen, weil es das *deutsche* Volk ist.

Für die erste Aussage, die 2013 noch keine Verwendung fand, sprechen sich zwischen 20 und 30 Prozent der Befragten aus. So befürwortet etwa ein Fünftel der Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe und sogar in etwa ein Drittel der Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg die Überlegenheit der Deutschen gegenüber anderen Nationen. Für das zweite in Abbildung 6 dargestellte Item wird deutlich, dass die im Jahr 2013 im Landgerichtsbezirk Lübeck befragten Teilnehmer_innen aus allgemeinbildenden Schulen hierbei die höchsten Zustimmungswerte aufweisen, gefolgt von den Schüler_innen an berufsbildenden Schulen sowie aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg. In Zeiten eines durch Fußball Europa- und Weltmeisterschaften erstarkten Nationalgefühls, in denen das Zeigen von nationalen Symbolen gesellschaftlich toleriert und sogar erwünscht ist, steigen auch chauvinistische Einstellungen deutlich an (Schediwy, 2012). Die Befragung von Schüler_innen aus dem Landgerichtsbezirk Lübeck erfolgte etwa ein dreiviertel Jahr nach der letzten Fußball Europameisterschaft im Jahr 2012 und die Befragung von Schüler_innen der weiteren drei Landgerichtsbezirke wenige Monate vor Beginn der letzten Fußball Weltmeisterschaft. Die deutlichen Unterschiede in der Befürwortung des zweiten Items zwischen den 2013 und 2014 befragten Schüler_innen könnten sich demnach über die 2013 noch stärkere affektive Verbundenheit mit der deutschen Nation erklären lassen.

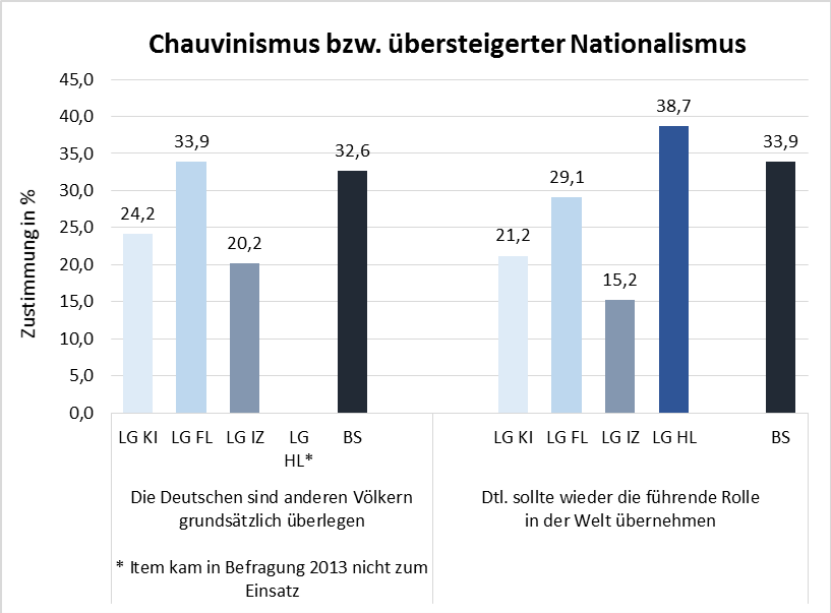


Abbildung 6: Ablehnung bzw. Zustimmung der zwei Items der Dimension „übersteigerter Nationalismus“ für jede Teilstichprobe in Prozent. Ein Vergleich der mit „*“ gekennzeichneten Teilgruppe aus 2013 ist bei einem Item nicht möglich, da bei der Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck dieses Item nicht zum Einsatz kam.

Antisemitismus

Wie bereits erwähnt thematisiert der Begriff Antisemitismus die Abwertung des Judentums sowie von Jüdinnen und Juden. Eine Unterscheidung zwischen dem christlichen Antijudaismus und dem sekundären Antisemitismus wird dabei häufig vorgenommen. Auch die Wahl der in dieser Studie verwendeten Antisemitismus-Items soll diesen zwei Facetten antisemitischer Einstellungen Rechnung tragen, daher wurde einerseits ein Item verwendet, das eine grundsätzlich wahrgenommene Besonderheit „der Juden“ erfragt, während sich das zweite Item dieser Dimension auf eine gefühlte Mitschuld der Jüdinnen und Juden an der Verfolgung von Menschen ihrer Glaubensgemeinschaft in Deutschland bezieht.

Aus dem in Abbildung 7 dargestellten Antwortverhalten der Befragten geht hervor, dass die Befragten aus allgemeinbildenden Schulen Jüdinnen und Juden in einem geringeren Ausmaß eine Mitschuld an ihrer Verfolgung in Deutschland geben als dass sie sie für „besonders“ und eigenartig“ halten. Für Befragte an berufsbildenden Schulen kehrt sich dies um. Weiterhin zeigt sich, dass beide Items am ehesten von Befragten aus den Landgerichtsbezirken Flensburg und Lübeck befürwortet werden und deren Befürwortungen bei dieser Dimension sogar höher ausfallen als bei den Befragten an berufsbildenden Schulen.

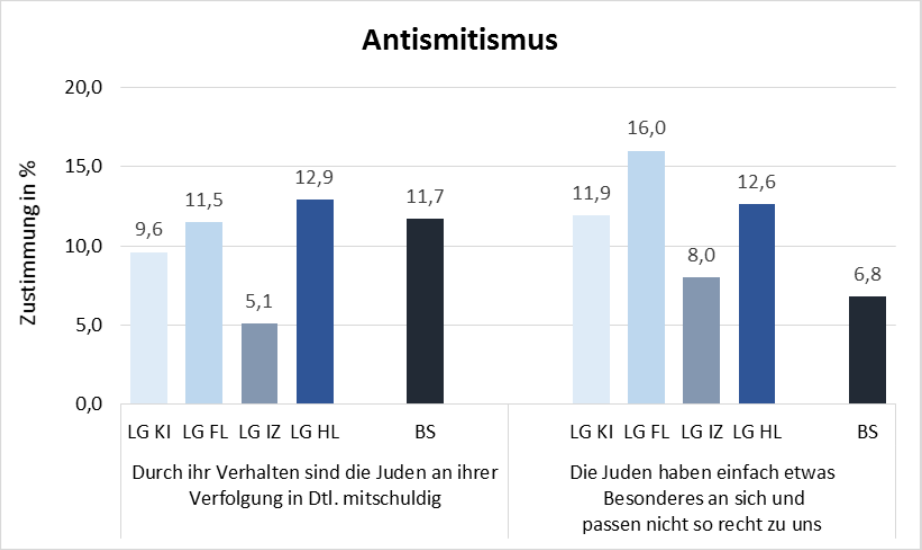


Abbildung 7: Zustimmung zu den zwei Items der Dimension „Antisemitismus" für jede Teilstichprobe in Prozent.

Islamfeindlichkeit

Die Furcht vor und Abwertung des Islam ist ein Aspekt, welcher in der Mehrheitsgesellschaft derzeit gerade durch die *PEGIDA*-Bewegung und deren regionale Ableger neuen Antrieb erhält und auch von Rechtsextremisten schon seit Jahren im Rahmen von „Überfremdungskampagnen" thematisiert wird. Obwohl die in Deutschland lebenden Muslim_innen in Bezug auf die Religionszugehörigkeiten mit etwa 5 Prozent eine Minderheit darstellen (Bundeszentrale für politische Bildung, 2012) und keinesfalls eine etwa bezogen auf das Ausleben muslimischer Glaubensgesetze in sich homogene Gruppe sind, werden Menschen dieser Glaubensrichtung von einigen nichtmuslimischen Deutschen noch immer als Bedrohung wahrgenommen (Heitmeyer, 2012). Dem Beispiel der Studien zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* folgend soll daher auch in der vorliegenden Befragung die Islamfeindlichkeit mit erfragt werden, wenngleich sie keine genuine Dimension des zugrundeliegenden definitorischen Konsens-Konzeptes des Rechtsextremismus ist.

Mit Hilfe des in Abbildung 8 links dargestelltem positiv formulierten Items wird die Toleranz der deutschen Befragten gegenüber dem Ausleben muslimischen Glaubens in Deutschland erfasst. Etwa ein Fünftel der Befragten an allgemeinbildenden Schulen lehnt dies ab. Bei den Befragten an berufsbildenden Schulen ist es sogar jede_r zweite, der/ die die Ansicht vertritt, die Muslim_innen dürften in Deutschland nicht nach ihren eigenen Glaubensgesetzen leben. Dieses Ausmaß an Ablehnung gegenüber den Muslim_innen in Deutschland offenbart sich bei den Teilnehmer_innen aus berufsbildenden Schulen auch bei der zweiten Aussage. Auch hier gibt in etwa jede_r zweite Befragte an, dass er/ sie sich durch die vielen Muslim_innen hier wie ein/e Fremde_r im eigenen Land fühle. Bis auf diejenigen befragten Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen, die zum Zeitpunkt der Erhebung

im Landgerichtsbezirk Itzehoe wohnhaft waren, stimmt etwa ein Viertel dieser Befragten diesem Item zu.

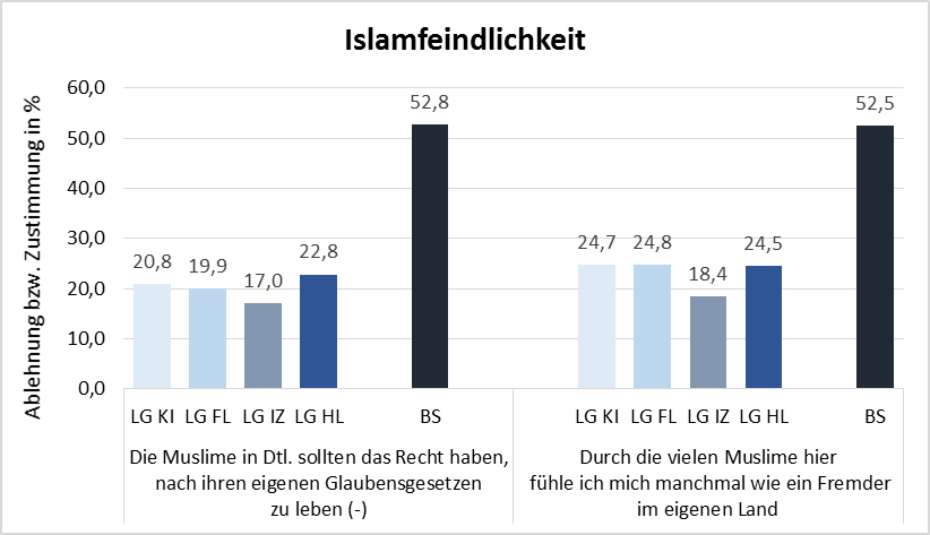


Abbildung 8: Ablehnung bzw. Zustimmung zu den zwei Items der Dimension „Islamfeindlichkeit“ für jede Teilstichprobe in Prozent.

Sexismus

Die Erfragung sexistischer Einstellungen geschieht aus einer ähnlichen Begründung heraus wie die Erhebung einer Muslimfeindlichkeit. Auch der Sexismus-Aspekt wird nicht im Rahmen der in Kapitel 1 vorgestellten Konsens-Definition als obligatorischer Bestandteil rechtsextremer Einstellungen gesehen, soll aufgrund seiner Aktualität und Relevanz hier dennoch mit erfasst werden.

Wie in dem theoretischen Hintergrund bereits beschrieben wurde, ist eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen aktuell noch immer nicht gegeben, daher greift eine der zwei Aussagen diesen Umstand auf und fragt danach, inwieweit die befragten Schüler_innen ebenfalls eine solche Ungleichbehandlung von Frauen in unserer Gesellschaft wahrnehmen. Wie sich zeigt, lehnen dieses Item zwischen 60 Prozent (Befragte an berufsbildenden Schulen) und 68 Prozent (Befragte aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe) der Teilnehmer_innen ab (Abbildung 9). Diese deutliche Zurückweisung einer Ungleichbehandlung von Männern und Frauen in Deutschland wird möglichweise bei Betrachtung der Lebenswelt von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden nachvollziehbar. So lag der Frauenanteil im Lehrerberuf im Schuljahr 2011/2012 in allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins bei 70 Prozent, in Grundschulen sogar bei 89 Prozent (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2012). Auch deutschlandweit zeigt sich ein solches Geschlechterverhältnis im Lehrerberuf (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2014). Diese Tatsache kann mit verantwortlich dafür sein, dass insbesondere Schüler_innen eine fehlende Chancengleichheit von Frauen

und Ungleichbehandlung der Geschlechter nicht wahrnehmen, wenngleich Studien belegen, dass Männer und Frauen in einigen Branchen noch immer unterschiedliche Gehälter für gleiche Arbeit erhalten (Statistisches Bundesamt, 2015).

Das zweite hier verwendete Item beinhaltet mit der Rückbesinnung von Frauen auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter eine eher antiquiert anmutende Aussage. Der Anteil an Befragten, der durch sein Antwortverhalten eine sexistische Haltung erkennen lässt, ist, anders als bei dem erstgenannten Item, relativ gering. So befürworteten nur etwa 10 Prozent der Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe ein solches tradiertes Frauenbild, während etwa 16 bzw. 18 Prozent der Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg sowie aus berufsbildenden Schulen dieser Aussage zustimmen.

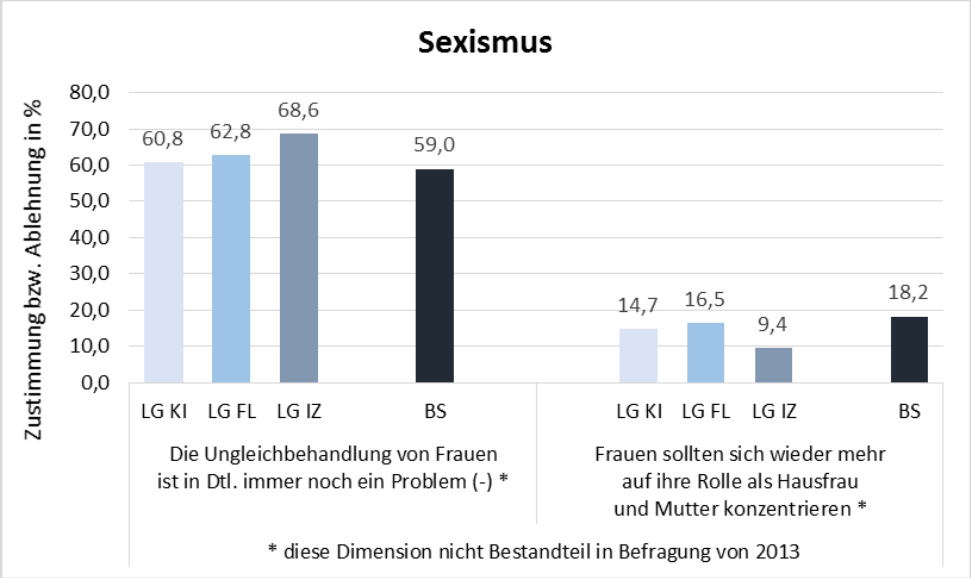


Abbildung 9: Ablehnung bzw. Zustimmung zu den zwei Items der Dimension „Sexismus“ für jede Teilstichprobe in Prozent. Ein Vergleich der mit „*“ gekennzeichneten Teilgruppe aus 2013 ist bei beiden Items nicht möglich, da bei dieser Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck Einstellungen zu dieser Dimension nicht erfragt wurden.

Weiterhin hat das Geschlecht der Befragten einen signifikanten Einfluss auf die Ausprägung sexistischer Einstellungen. Werden die zwei Sexismus-Items zusammenfassend betrachtet, weisen die männlichen Befragten an allgemeinbildenden Schulen etwa doppelt so häufig wie ihre Klassenkameradinnen zumindest eine Tendenz zum Sexismus auf (58,6 % vs. 31,9 %). Ein Extremgruppenvergleich mittels Fisher-Test zwischen denjenigen, die in beiden Items keine sexistischen Neigungen zeigen und denjenigen, die beide Sexismus-Items befürworten, zeigt ebenfalls einen signifikanten Geschlechterunterschied ($p < .001$) zu Gunsten des weiblichen Geschlechts. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit Ergebnissen anderer Studien, wie etwa der von Stöss (2009) zu Rechtsextremismus, Sexismus und dem Gender Gap.

Methodische Anmerkungen:

Die repräsentative Erfragung und Auswertung rechtsextremer Einstellungen bei jungen Menschen in der hier verwendeten Art und Weise wurde aus mehreren Gründen gewählt. Die Festlegung eines bestimmten cut-off-Wertes, welcher diejenigen Befragten mit eher ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen von denen mit gering oder nicht ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen separiert, hat sich bereits in zahlreichen anderen Untersuchungen als eine erfolgreiche Methode zur Bestimmung rechtsextremer Einstellungen erwiesen, was so auch die Interpretation und Vergleichbarkeit der Ergebnisse dieser Untersuchungen mit denen anderer Untersuchungen ermöglicht. So zeigen beispielsweise die Forschungen zu den „Mitte"-Studien, dass sich das dort erhobene rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Befragten ab 14 Jahren mit Schwankungen zwischen 9,7 Prozent (2002) und 5,6 Prozent (2014) einpendelt (Decker et al., 2014, S. 48). Das rechtsextreme Affinitätspotenzial bei den hier befragten Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen lässt sich auf einem ähnlichen Niveau festsetzen.

Die hier vorgenommene Berechnung einer rechtsextremen Affinität ist allerdings auch kritisch zu würdigen. So ist die kategoriale Festlegung, wer als rechtsextrem-affin zu klassifizieren ist und wer nicht, eher eine „künstliche" und kann dazu führen, dass bereits graduelle Unterschiede in der Nähe dieser Mitte darüber entscheiden können, ob das Merkmal zuerkannt wird oder nicht. Auch bleibt die Frage, ob es sich bei denjenigen, die Summenwerte über dem beschriebenen cut-off-Wert erhielten, um Personen mit einem gefestigten rechtsextremen Weltbild handelt oder nicht. So können die Motive, aus denen heraus ein_e Befragte_r ausländer- oder islamfeindlichen Aussagen zustimmt, ganz unterschiedlich sein und von vorübergehendem Missmut über Protest bis hin zu einer tatsächlichen Überzeugung reichen. Für sichere Aussagen bezüglich der intraindividuellen Entwicklung und Ausbildung rechtsextremer Einstellungen und den Faktoren, die im Einzelfall einen Einfluss auf die Ausbildung dieser Einstellungen haben, sind längsschnittliche Untersuchungen die Methode der Wahl. Weiterhin handelt es sich bei der hier genutzten Methode um Selbstauskünfte, welche – trotz aller getroffenen Maßnahmen, um den Befragten eine ehrliche Beantwortung zu ermöglichen – immer noch mit einer gewissen Unsicherheit in deren Interpretation verbunden sind. Vor diesem Hintergrund ist das berechnete rechtsextreme Affinitätspotenzial eher als richtungsweisend zu bewerten, welche durch Längsschnittuntersuchungen zu intraindividuellen Unterschieden noch ergänzt werden sollte.

Mit Hilfe von Querschnittsuntersuchungen wie der vorliegenden ist es allerdings möglich, Faktoren zu ermitteln, die in einer stärkeren oder eher schwächeren Beziehung mit der Entwicklung demokratieablehnender Orientierungen stehen. Welche Variablen sich in dieser Untersuchung als Prädiktoren

für demokratieablehnende Einstellungen erweisen und welche Implikationen sich daraus für die präventive Arbeit ergeben, wird im folgenden Abschnitt geprüft.

3.3 Prädiktoren rechtsextremer Einstellungen

Wie aus dem theoretischen Teil dieser Arbeit bereits deutlich wurde, steht eine Vielzahl von Variablen in Zusammenhang mit der Ausbildung rechtsextremer und demokratieablehnender Einstellungen. Auch in der vorliegenden Untersuchung soll der Frage nachgegangen werden, welche Variablen als Risiko- bzw. Schutzfaktoren für die Entwicklung rechtsextremer Einstellungsmuster gewertet werden können. Da eine solche Analyse für die Teilgruppe der im Jahr 2013 befragten Schüler_innen aus dem Landgerichtsbezirk Lübeck bereits in einer vorangegangenen Untersuchung durchgeführt wurde (Maresch, Gansewig & Bliesener, 2013), beziehen sich die folgenden Auswertungen nur auf die in 2014 befragten Schüler_innen der 7. und 9. Jahrgangsstufe an allgemeinbildenden Schulen aus den übrigen drei Landgerichtsbezirken Kiel, Flensburg und Itzehoe.

Als Prädiktoren werden Variablen bezeichnet, die zur Vorhersage eines Merkmals herangezogen werden können. In den nachfolgenden Auswertungen sollen rechtsextreme Einstellungen durch verschiedene Variablen, die aus der Literatur bereits als mögliche Prädiktoren bekannt sind, mit Hilfe von bi- und multivariaten Verfahren statistisch vorhergesagt werden. Das Ziel ist also vor allem die Prüfung von Zusammenhängen und nicht die Erfassung von Kausalitäten, was nur mit den bereits erwähnten Längsschnittuntersuchungen möglich wäre.

In Anlehnung an Beelmann und Raabe (2007) können die zu untersuchenden Prädiktoren auch als Risiko- und Schutzfaktoren verstanden werden, die die Wahrscheinlichkeit für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen erhöhen bzw. senken. Wie für den Zusammenhang von Risikofaktoren und Delinquenz kann auch für rechtsextreme Einstellungen angemerkt werden, dass Risikofaktoren und rechtsextreme Einstellungen in keiner deterministischen Wenn-Dann-Beziehung zueinander stehen, sondern einen probabilistischen Zusammenhang aufweisen (Riesner, 2015). Dass diese Beziehungen ebenfalls nicht immer kausaler Natur sein müssen und das Zusammenspiel der verschiedenen Variablen sehr komplex sein kann, zeigt sich auch darin, dass zum einen völlig unterschiedliche Ausgangsbedingungen zum gleichen Zustand (nämlich rechtsextremen Einstellungen) führen können, während ähnliche Konstellationen von Risikofaktoren andererseits nicht zwangsläufig immer dieselben Folgen nach sich ziehen müssen (ebd.). Dieser Umstand wurde bereits bei der Beschreibung von Rahmenbedingungen für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen deutlich, indem bspw. ein männliches Geschlecht zusammen mit einer ausgeprägten individuellen Gewaltbereitschaft zwar durchaus in einem deutlichen Zusammenhang mit der Ausbildung rechtsextremer Einstellungen stehen, selbstverständlich jedoch nicht jeder männliche Befragte mit einer hohen Gewaltbereitschaft auch rechts-

extreme Einstellungsmuster aufweisen muss. Auch sind es nicht nur bestimmte und die immer gleichen Umstände, die Menschen dazu bringen, rechtsextrem zu denken, wodurch sich auch die Suche nach Erklärungsansätzen für Rechtsextremismus erschwert und ausweitet.
Neben Risikofaktoren existieren auch Faktoren, die die Auftretenswahrscheinlichkeit rechtsextremer Einstellungsmuster verringern können. Diese als Schutzfaktoren bezeichneten Variablen wirken, ebenso wie Risikofaktoren, entweder direkt oder moderieren den Effekt von Risikofaktoren, indem sie den risikoerhöhenden Effekt eines Faktors verringern (Riesner, 2015). Als ein Beispiel für moderierende Variablen können eine positive Selbsteinschätzung oder ein positives Familienklima angesehen werden, die den Einfluss von devianten Peergruppen eher entgegenstehen und somit ein Ausleben von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit/ Rechtsextremismus eher verhindern können (Hefler, Boehnke & Butz, 1999; Rippl, 2004).

Um in Erfahrung zu bringen, inwiefern sich die Befragten hinsichtlich ihrer rechtsextremen Affinität auf die zu untersuchenden Prädiktoren hin unterscheiden, soll eine Gruppenzuteilung bezüglich der Variable *rechtsextreme Einstellungen* auf empirischer Basis vorgenommen werden. Da die Konsensregel für die Einteilung in die Gruppen *rechtsextrem eingestellt vs. nicht rechtsextrem eingestellt* wie bereits beschrieben durchaus Schwächen aufweist, wurde zusätzlich eine Clusterzentrenanalyse durchgeführt. Eine solche Analyse ist dazu geeignet, explorativ zu erforschen, ob sich Gruppen mit typischen Variablenausprägungen herausfiltern lassen. Bei der Betrachtung der Variable *rechtsextreme Einstellungen* (wobei hier auch die Antworten zu den Dimensionen Islamfeindlichkeit und Sexismus mit berücksichtigt werden) können nach Durchführung der Clusterzentrenanalyse die Befragten den drei Gruppen „keine/ sehr geringe rechtsextreme Tendenzen“, „leichte Tendenz zu rechtsextremen Einstellungen“ sowie „deutliche rechtsextreme Tendenzen“ zugeordnet werden (Abbildung 10). Die Gruppe derjenigen betrachtend, die deutliche rechtsextreme Tendenzen aufweisen, zeigt sich, dass ihr Clusterzentrum (sprich der Mittelwert dieser Gruppe) bei dem Wert 22,4 liegt. In diese Gruppe fallen – wie auch bei Anwendung der Konsensregel – all jene Befragte, die bei der Beantwortung der Rechtsextremismus-Skala Summenwerte ab 18 Punkten erhalten (Tabelle 4). Diejenigen Schüler_innen, die im Durchschnitt einen Summenwert von 12 erreichen, werden weiterhin als Befragte mit „leichten rechtsextremen Tendenzen“ bezeichnet. Die größte dieser drei Gruppen setzt sich aus denjenigen zusammen, die keine oder nur sehr gering ausgeprägte rechtsextreme Einstellungen aufweisen. Im Mittel liegt ihr Summenwert bei 4 Punkten.

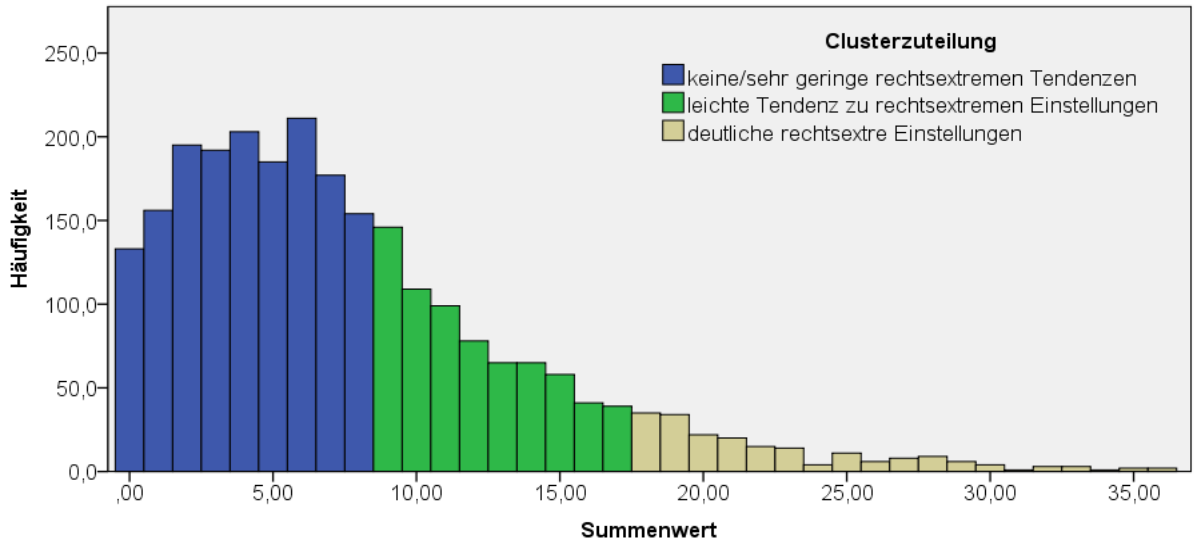


Abbildung 10: Einteilung der Befragten hinsichtlich ihrer rechtsextremen Einstellungen in drei Gruppen mittels Clusterzentrenanalyse. Nur Befragte mit deutscher Herkunft und aus allgemeinbildenden Schulen.

Tabelle 4: Gruppenzuteilung der Befragten hinsichtlich ihrer erreichten Summenwerte auf Rechtsextremismus-Skala mittels Clusterzentrenanalyse.

	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3
N	1606	700	200
in Prozent	64,1	27,9	8,0
Clusterzentrum bei Summenwert	4,1	11,9	22,4
Bezeichnung/ Bewertung	keine rechtsextremen Tendenzen vorhanden	leichte Tendenz zu rechtsextremen Einstellungen	deutliche rechtsextreme Tendenzen

Nur deutsche Befragte aus allgemeinbildenden Schulen. Für die Clusterzentrenanalyse wurde Rechtsextremismus-Skala mit 12 Items verwendet (anfängliche Lösung nach der psychometrischen Prüfung der Items).

Bei den im Folgenden betrachteten Prädiktoren für rechtsextreme Einstellungen handelt es sich um Variablen, die bereits im theoretischen Hintergrund näher ausgeführt wurden. Auf der Mikro-sozialen Ebene, also der Ebene, die individuell-persönliche Faktoren thematisiert, wird neben den Variablen Geschlecht, Bildung, Alter, Gewaltbereitschaft, Empathie und den Merkmalen der Herkunftsfamilie auch das Werthaltungskonstrukt des Hierarchischen Selbstinteresses als Prädiktor für rechtsextreme Einstellungen untersucht. Auf der makro-sozialen Ebene – der Ebene, die den Einfluss von Bedingungen des gesellschaftlichen und kulturellen Kontext auf ein Individuum betrachtet, wird der Wohnort bzw. die Region, in der die Befragten zum Zeitpunkt der Befragung wohnhaft waren, auf ihre Bedeutsamkeit für rechtsextreme Einstellungen hin untersucht. Anhand von interkulturellen Kontakten, Kontakterfahrungen zur rechtsextremen Szene sowie dem Gewalt-, Demokratie- und Rassismuserleben in Schule und Freizeit sollen Variablen auf der meso-sozialen Ebene (der Ebene, die

sich mit den Folgen von Beziehungen zwischen Gruppen befasst) betrachtet werden. Diese stehen ebenfalls nachweisbar mit der Ausbildung bzw. dem Ausbleiben rechtsextremer Einstellungen in Zusammenhang.

3.3.1 Zusammenhänge zwischen den Prädiktoren und „rechtsextremen Einstellungen“

Mit Hilfe einer Berechnung von Korrelationen einzelner Prädiktoren mit dem Kriterium „rechtsextreme Einstellungen“ sowie der Einbeziehung der Prädiktoren in ein multiples Regressionsmodell werden die Zusammenhänge zwischen den zu untersuchenden Prädiktoren und dem Kriterium untersucht. Die Tabelle 5 gibt einen Überblick über alle zu untersuchenden Prädiktoren. Ihr sind ebenfalls die Ergebnisse aus den Korrelationsberechnungen zu entnehmen.

Allgemein handelt es sich bei der Berechnung von Korrelationen um ein Verfahren, welches das Ziel hat, den Zusammenhang zwischen zwei Variablen zu ermitteln. Dabei ist es möglich, dass zwei Variablen in einem positiven, einem negativen oder in keinen Zusammenhang miteinander stehen. Ein positiver linearer Zusammenhang drückt sich darin aus, dass beide Variablen stets in gleicher Ausprägung gemeinsam auftreten. So ist beispielsweise folgender Zusammenhang anzunehmen: Umso höher die individuelle Gewaltbereitschaft, umso höher auch die rechtsextremen Einstellungen. Ein negativer linearer Zusammenhang bedeutet hingegen, dass eine Variable umso höher ausgeprägt ist, umso niedriger die andere in ihrer Ausprägung ist. Bezogen auf die Variable *rechtsextreme Einstellungen* kann beispielsweise angenommen werden, dass diese umso stärker ausgebildet ist, umso geringer die Empathie von Befragten ist. Die Korrelation zwischen zwei Variablen wird dabei häufig mit dem Koeffizienten *r* ausgedrückt (Pearson-Korrelation). Bei einem perfekt positiven linearen Zusammenhang nimmt r einen Wert von +1, bei einem perfekt negativen Zusammenhang einen Wert von -1 an. Liegt der Korrelationskoeffizient nahe Null, so ist anzunehmen, dass beide Variablen keinen Zusammenhang aufweisen.

Diese Korrelationen sind zunächst jedoch rein deskriptiv. Auf ihrer Grundlage allein können noch keine inhaltlichen Aussagen über den kausalen Zusammenhang zwischen zwei Variablen vorgenommen werden. Durch das Quadrieren des Korrelationskoeffizienten r ist es allerdings möglich, ein Maß zu erhalten, das angibt, in welchem Ausmaß die Varianz einer Variable durch die Varianz einer weiteren „erklärt“ werden kann. Der quadrierte Korrelationskoeffizient r entspricht somit dem Determinationskoeffizienten R^2 aus der einfachen linearen Regression.

Tabelle 5: Korrelationen der einzelnen zu untersuchenden Prädiktoren mit dem Kriterium "rechtsextreme Einstellungen". Nur Befragte deutscher Herkunft und aus allgemeinbildenden Schulen.

Prädiktor	R^2	r bzw. β	p
Geschlecht (1 = männlich; 2 = weiblich)	.05	-.21	< .001
Formale Schulbildung (1 = Gymnasium; 2 = Gemeinschaftsschule; 3 = Regionalschule)	.06	.24	< .001
Alter	.01	.08	< .001
Gewaltbereitschaft (aus mehreren Items gebildete Summenvariable mit Wertebereich von [0; 20], wobei: 0 = nicht gewaltbereit; 20 = hoch gewaltbereit)	.18	.43	< .001
Empathie (aus mehreren Items gebildete Summenvariable mit Wertebereich von [0; 12], wobei: 0 = gering empathisch; 12 = hoch empathisch)	.04	-.21	< .001
Hierarchisches Selbstinteresse (HSI)/ Dominanzideologie (aus mehreren Items gebildete Summenvariable mit Wertebereich von [0; 30], wobei: 0 = sehr geringe HSI-Ausprägung; 30 = sehr hohe HSI-Ausprägung)	.15	.38	< .001
Risikofaktoren in Herkunftsfamilie (aus mehreren Items gebildete Summenvariable mit Wertebereich von [0; 8], wobei: 0 = keine Risikobelastung; 8 = hohe Risikobelastung)	.01	.10	< .001
Region/ Wohnort (1 = LG Kiel; 2 = LG Flensburg; 3 = LG Itzehoe) Vergleiche: LG Kiel vs. LG Flensburg LG Kiel vs. LG Itzehoe	.01	 .07 -.07	 < .001 < .001
Interethnischer Kontakt (1 = kein Kontakt vorhanden; 2 = Kontakt unfreiwillig und nicht eng; 3 = Kontakt freiwillig, aber nicht eng; 4 = Kontakt freiwillig und eng)	.02	-.15	<.001

Kontakt zur rechtsextremen Szene (aus mehreren Items gebildete Summenvariable mit Wertebereich von [0; 11], wobei: 0 = kein Kontakt; 11 = ausgeprägter Kontakt)	.13	.36	< .001
Gewalterleben in Schule und Freizeit (aus mehreren Items gebildete Summenvariable mit Wertebereich von [0; 6], wobei: 0 = kein Gewalterleben; 6 = hohes Gewalterleben)	.03	.17	< .001
Demokratieerleben in der Schule (aus mehreren Items gebildete Summenvariable mit Wertebereich von [0; 4], wobei: 0 = demokratische Mitbestimmung nicht möglich; 4 = demokratische Mitbestimmung möglich)	.03	-.18	< .001
Rassismuserleben in Schule und Freizeit (aus mehreren Items gebildete Summenvariable mit Wertebereich von [0; 6], wobei: 0 = kein Rassismuserleben; 6 = hohes Rassismuserleben)	.11	.32	< .001

Geschlechterunterschiede

Wie im theoretischen Hintergrund bereits näher ausgeführt wurde, steht das Geschlecht in einem deutlichen Zusammenhang mit der Ausbildung rechtsextremer Einstellungen.

Mit einem Korrelationskoeffizienten von -.21 ($p < .001$) wird deutlich, dass das Geschlecht für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen durchaus bedeutsam ist, wenngleich der Zusammenhang relativ gering ausfällt und das Geschlecht allein nur einen geringen Teil der Varianz des Kriteriums aufklärt ($R^2 = .05$). Demnach weisen Schülerinnen signifikant geringer ausgeprägte rechtsextreme Einstellungen auf als Befragte männlichen Geschlechts. Es ist jedoch nicht das männliche Geschlecht an sich, das für eine höhere Affinität zu rechtsextremen Einstellungsmustern sorgt als das weibliche, sondern dessen gleichzeitige Verbindung mit anderen Merkmalen wie einer erhöhten Gewaltbereitschaft oder einem höheren Ausmaß an Dominanzideologien. Ob eine derartige Verbindung vorliegt, lässt sich mit Hilfe von Mediationsanalysen ermitteln. Mit ihr ist es möglich herauszufinden, ob der Zusammenhang zwischen zwei Variablen durch den Zusammenhang dieser zwei Variablen mit einer dritten erklärt werden kann. Für das Geschlecht zeigt sich so einerseits ein indirekter Zusammenhang von der Variable *Geschlecht* auf die Variable *rechtsextreme Einstellungen*, vermittelt über die Gewaltbereitschaft ($\beta = -.11$; $p < .001$). Weiterhin wird eine Mediation über die Variable „Dominanzideologie“ ($\beta = -.09$; $p < .001$) signifikant. Dies bedeutet, dass Befragte mit einem männlichen Geschlecht konkurrenzbetonter und individualistischer in ihrem Denken sind als Befragte weiblichen

Geschlechts, wobei ein solches Einstellungsmuster bzw. Werthaltungskonstrukt wiederum mit einer höheren Anfälligkeit für rechtsextreme Einstellungen einhergeht.

Über die Häufigkeitsverteilungen der Geschlechter auf die drei in Tabelle 6 vorgestellten Gruppen (keine rechtsextremen Tendenzen; leichte Tendenzen; deutlichere rechtsextreme Tendenzen) wird der soeben beschriebene Sachverhalt nochmals verdeutlicht. So besteht die Gruppe der nicht rechtsextrem eingestellten Befragten zu 41 Prozent aus männlichen und 59 Prozent aus weiblichen Befragten, wohingegen 76,5 Prozent der Befragten in der Gruppe derjenigen mit deutlicheren rechtsextremen Tendenzen männlich sind (Tabelle 6). Hinsichtlich der Frage, ob sich die Geschlechter für einzelne Dimensionen rechtsextremer Einstellungen unterscheiden, kann festgehalten werden, dass Mädchen und junge Frauen den Aussagen mit rechtsextremen Inhalten durchweg in teilweise deutlich geringerem Maße zustimmten, als dies bei den männlichen Befragten der Fall war.

Tabelle 6: Verteilung der einzelnen Prädiktorausprägungen auf die drei mittels Clusterzentrenanalyse gebildeten Gruppen in Prozent.

Prädiktor	Ausprägung	Gruppe 1[1]	Gruppe 2[2]	Gruppe 3[3]
Geschlecht	männlich	41,0%	53,4%	76,5%
	weiblich	59,0%	46,6%	23,5%
Schulform	Gymnasium	62,3%	43,6%	22,0%
	Gemeinschaftsschule	28,9%	41,3%	60,0%
	Regionalschule	8,8%	15,1%	18,0%
Land-gerichts-bezirk	LG Kiel	45,5%	44,3%	46,0%
	LG Flensburg	21,4%	28,1%	33,0%
	LG Itzehoe	33,2%	27,6%	21,0%

[1] Befragte mit keinen/ kaum ausgeprägten rechtsextremen Tendenzen(N = 1606)
[2] Befragte mit leichten rechtsextremen Einstellungstendenzen (N = 700)
[3] Befragte mit deutlicher Tendenz zu rechtsextremen Einstellungen (N = 200)

Formale Schulbildung

Die formale Schulbildung wird in dieser Untersuchung über die Schulform, in der die befragten Schüler_innen zum Zeitpunkt der Erhebung beschult wurden, operationalisiert. Die erhaltenen Korrelationskoeffizienten zeigen, dass sich das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen erhöht, wenn die formale Schulbildung abnimmt ($r = 0{,}24$; $p < .001$).

Erneut wird auch geprüft, wie sich die Befragten aus den drei Schulformen auf die Gruppen *nicht rechtsextrem eingestellt* (Gruppe 1), *Tendenz zu rechtsextremen Denken* (Gruppe 2) sowie *deutlich rechtsextreme Tendenzen* (Gruppe 3) verteilen (Tabelle 6). Hier zeigt sich, dass die Gruppe 1 zum

größten Teil aus Befragten an Gymnasien besteht (etwa 63 %) und nur zum geringen Teil aus Befragten an Regionalschulen (unter 10 %). Die dritte Gruppe setzt sich hingegen zum Großteil aus Befragten an Gemeinschaftsschulen zusammen (60 %) und nur zum relativ geringen Teil aus Befragten an Gymnasien (22 %) und Regionalschulen (18 %). Anzumerken ist allerdings, dass die Befragten an Gymnasien etwas häufiger weiblichen Geschlechts sind (29,8 % weiblich, 23,8 % männlich), während sich die Teilgruppen an Regional- und Gemeinschaftsschulen zu gleichen Teilen aus Schülerinnen und Schülern zusammensetzen (χ^2 = 10,03, p = .007). Das soeben berichtete Ergebnis, dass an Gymnasien rechtsextreme Einstellungen tendenziell seltener zu finden sind als an den zwei anderen Schulformen, kann zu einem geringen Teil also auch durch den etwas größeren Anteil von weiblichen Befragten an Gymnasien in dieser Stichprobe mit beeinflusst sein. Weiterhin muss bei dem Befund, dass rechtsextreme Orientierungen tendenziell zunehmen, wenn der formale Bildungsstatus abnimmt, beachtet werden, dass dieses Ergebnis nicht mit dem Besuch einer bestimmten Schulform in Verbindung steht. So ist etwa die Aussage, dass an Regionalschulen tendenziell eher Schüler_innen mit Tendenzen zu rechtsextremen Einstellungen zu finden sind als an Gemeinschaftsschulen, durch die vorgestellten Befunde nicht tragbar.

Alter

Wird die Variable *Alter* ebenfalls in einer Korrelationsanalyse als Prädiktor eingesetzt, so zeigt sich, dass diese Variable weniger als ein Prozent der Gesamtvarianz der Variable *rechtsextreme Einstellungen* aufklärt, mit zunehmendem Alter allerdings das Risiko, rechtsextreme Einstellungen auszubilden, leicht ansteigt (r = .08, p < .001).

Ist die Vorhersagekraft der Variable Alter für das Kriterium insgesamt nur gering, so zeigt sich im Gruppenvergleich ein nennenswertes Ergebnis. Für die Gruppe derjenigen, die über keine oder nur gering ausgeprägte rechtsextreme Tendenzen verfügen, ist der Zusammenhang zwischen dem Alter und rechtsextremen Einstellungen nur sehr gering (R^2 = .004; r = .06, p = .04). Wird die Gruppe derjenigen, die allesamt bereits ausgeprägte rechtsextreme Tendenzen aufweisen, separat betrachtet, dann ergibt sich ein höherer Zusammenhang zwischen dem Prädiktor *Alter* und dem Kriterium *rechtsextreme Einstellungen* (R^2 = .05; r = .21, p = .002). Bestehen demnach bereits ausgeprägte rechtsextreme Einstellungen, so erhöht sich im Altersverlauf auch die Wahrscheinlichkeit, diese zu verfestigen und zu vertiefen.

Gewaltbereitschaft

Die Gewaltbereitschaft wird in dieser Untersuchung ebenfalls als ein zentrales Korrelat rechtsextremer Einstellungen verstanden. Wie sich zeigt, hat die individuelle Gewaltbereitschaft einen hohen Vorhersagewert für rechtsextreme Einstellungen (R^2 = 0,18), und zwar dergestalt, dass rechtsextreme Einstellungen zunehmen, je höher die individuelle Gewaltbereitschaft ausgeprägt ist (r = 0,43, p <

.001). Die individuelle Gewaltbereitschaft fungiert dabei außerdem als ein Mediator zwischen dem Geschlecht und dem Ausmaß an rechtsextremen Einstellungen (siehe Ausführungen zu den Geschlechterunterschieden in diesem Abschnitt).

Empathie

Ungeachtet der unterschiedlichen Sichtweisen auf die Empathie stellt sich dieses Konstrukt in zahlreichen Forschungen immer wieder als ein relevanter protektiver Faktor in Bezug auf delinquentes und antisoziales Denken und Handeln dar (u.a. Bäckström & Björklund, 2007; Hosser & Beckurts, 2005), daher wird der Zusammenhang von Empathie und rechtsextremen Einstellungen auch in der vorliegenden Untersuchung mit erfasst. Wie sich in der Korrelationsanalyse zeigt, ist der Zusammenhang von Empathie auf rechtsextreme Einstellungen hochsignifikant ($r = -.21$, $p < .001$) und zwar insofern, als dass rechtsextreme Einstellungen umso seltener auftreten, je empathischer ein Mensch ist. Der dazugehörige Determinationskoeffizient von 7 Prozent deutet darauf hin, dass die Empathie allein noch relativ wenig Varianz der Variable *rechtsextremer Einstellungen* aufzuklären vermag. Da aus der Literatur ebenfalls Zusammenhänge von interethnischem Kontakt und rechtsextremen Einstellungen, mediiert durch die Empathie, bekannt sind, wird eine solche Mediatoranalyse ebenfalls mit durchgeführt. In dieser Analyse zeigt sich allerdings ein nichtsignifikanter Zusammenhang zwischen dem interethnischen Kontakt und der Empathie, so dass in dieser Stichprobe von einem nur unmerklichen mediierenden Effekt von interethnischem Kontakt auf rechtsextreme Einstellungen, vermittelt über die Empathie, ausgegangen werden kann.

Werthaltungskonstrukt „Hierarchisches Selbstinteresse“ (HSI)

Bei der Korrelation von dem Kriterium *rechtsextremen Einstellungen* und dem HSI-Konstrukt als Prädiktor zeigt sich, dass beide in einem deutlichen Zusammenhang stehen. So klären die Wertehaltungen des Hierarchischen Selbstinteresses etwa 15 Prozent der Gesamtvarianz der Variable *rechtsextreme Einstellungen* auf, wobei Schüler_innen mit einem stärker ausgeprägten hierarchischen Selbstinteresse auch erwartungskonform deutlichere rechtsextreme Einstellungen aufweisen ($r = .38$, $p < .001$). Dass insbesondere Befragte, die eher Aussagen mit rechtsextremen Inhalten zustimmten, auch in einem stärkeren Maße Dominanzideologien internalisiert haben, wird auch dann deutlich, wenn die Befragten in Hinblick auf ihre Gruppenzugehörigkeit zu den drei bereits beschrieben Gruppen miteinander verglichen werden.

Risikofaktoren in der Herkunftsfamilie

In der vorliegenden Untersuchung wurde das Vorliegen von Risikofaktoren in der Herkunftsfamilie über verschiedene Items erfasst, die z.B. Gewalterfahrungen in der Familie, eine unvollständige Familienstruktur oder Alkoholkonsum und Arbeitslosigkeit der Eltern thematisieren. Aus ihnen wurde

weiterhin eine Summenvariable gebildet, die, eingefügt in eine Korrelationsanalyse, nur zu einem statistisch geringen Anteil rechtsextreme Einstellungen der Befragten vorhersagen kann (R^2 = 1%). Die Aspekte „aktuelle Heimerfahrung“ sowie „Substanzmissbrauch der Eltern“ (r = .08 bzw. .11 mit jeweils p < .001) weisen die höchsten Zusammenhänge mit rechtsextremen Einstellungen auf. Werden die Zustimmungshäufigkeiten zu Fragen nach Risikobelastungen in der Herkunftsfamilie getrennt für die Befragten innerhalb ihrer jeweiligen Gruppe betrachtet, fällt auf, dass sich Schüler_innen mit und ohne rechtsextremen Tendenzen hinsichtlich elterlicher Disharmonie, elterlicher Arbeitslosigkeit und finanzieller Probleme der Familie kaum voneinander unterscheiden (Tabelle 7). Anders hingegen verhält es sich, wenn nach Alkoholabusus, Gewalttätigkeit der Eltern gegenüber dem Kind sowie nach Heimerfahrungen gefragt wird. Hier gaben vermehrt Befragte mit deutlicheren rechtsextremen Tendenzen an, diese Risikobelastungen bereits in ihrer Familie erlebt zu haben als diejenigen, die nicht mit rechtsextremen Denkweisen sympathisieren.

Tabelle 7: Zustimmung zu den acht Items bezüglich Risikofaktoren in der Herkunftsfamilie im Hinblick auf den Grad der Ausprägung rechtsextremer Einstellungen. Nur Befragte deutscher Herkunft und Befragte aus allgemeinbildenden Schulen.

Item	Gruppe 1[1]	Gruppe 2[2]	Gruppe 3[3]
Heimerfahrung generell	1,3%	1,7%	4,5%
Heimerfahrung aktuell	0,8%	0,9%	4,5%
Eltern steiten häufig	11,0%	13,0%	11,5%
Eltern leben getrennt	26,3%	26,5%	34,7%
Familie ist arm	2,0%	2,2%	4,1%
Mutter/ Vater ist arbeitslos	3,9%	6,5%	7,1%
Mutter/ Vater trinkt zu viel Alkohol	2,1%	2,9%	9,2%
Eltern sind gewalttätig ggü. dem Kind	2,0%	1,5%	5,6%

[1] Befragte mit keinen/ kaum ausgeprägten rechtsextremen Tendenzen(N = 1606)
[2] Befragte mit leichten rechtsextremen Einstellungstendenzen (N = 700)
[3] Befragte mit deutlicher Tendenz zu rechtsextremen Einstellungen (N = 200)

Region/ Landgerichtsbezirk

Da es sich bei diesem Prädiktor um eine kategorial ausgeprägte Variable handelt, gehen die drei untersuchten Landgerichtsbezirke als Dummyvariablen in die Berechnungen ein (Field, 2009). Da eine Korrelationsanalyse so allerdings nicht möglich ist, wird mit diesem Prädiktor eine einfache lineare Regression durchgeführt. Wie die Auswertung zeigt, besteht ein statistisch geringer Zusammenhang

zwischen dem Landgerichtsbezirk, in welchem die Befragten wohnhaft sind, und dem Ausmaß ihrer rechtsextremen Einstellungen. So wird anhand des Determinationskoeffizienten R^2 deutlich, dass die Variable „Landgerichtsbezirk“ kaum Varianz der Variable „rechtsextreme Einstellungen“ aufzuklären vermag ($R^2 = .01$). Im Vergleich derjenigen, die aus dem Landgerichtsbezirk Kiel stammen, mit denjenigen, die aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg stammen, zeigt sich weiterhin, dass Befragte aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg in der Tendenz eher rechtsextreme Einstellungen aufweisen als Schüler_innen aus dem Landgerichtsbezirk Kiel ($\beta = .07$; $p < .001$). Genau entgegengesetzt verhält es sich, wenn die Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Kiel mit denjenigen aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe verglichen werden ($\beta = -.07$; $p < .001$). Bereits die Ergebnisse der Antwortverteilungen auf die Rechtsextremismus-Items in Abschnitt 3.2.2 lassen einen solchen Zusammenhang vermuten.
Wie Tabelle 6 weiterhin zu entnehmen ist, verteilen sich die Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Kiel allerdings gleichmäßig über die drei Gruppen mit unterschiedlichen Ausprägungsgraden rechtsextremer Einstellungen, während die Verteilungen auf die drei Gruppen bei Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg mit steigender Ausprägung rechtsextremer Einstellungen zunimmt. Genau entgegengesetzt verhält es sich bei Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe – hier nimmt die Anzahl derer, die der Gruppe 2 und 3 zugeordnet werden können, zunehmend ab.

Kontakterfahrungen

Die folgenden fünf Prädiktoren beziehen sich auf den Zusammenhang verschiedener Kontakterfahrungen und rechtsextremen Einstellungen. Zunächst wird dabei die Bedeutung von interethnischem Kontakt als protektivem Faktor betrachtet, gefolgt von Erfahrungen mit Gewalt und Rassismus im Kontext von Schule und Freizeit, dem Demokratieerleben im Bereich der Schule sowie Kontakten zur rechtsextremen Szene. Der Wortlaut aller Items aus diesen Bereichen, aus denen sich die jeweiligen Summenvariablen zusammensetzen, ist in Tabelle 8 dargestellt.

Tabelle 8: Items zum Bereich Kontakterfahrungen mit Wortlaut und Zustimmungshäufigkeit, bezogen auf die Befragten in den drei Gruppen mit unterschiedlich hohen Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen.

Item	Antwort	Gruppe 1[1]	Gruppe 2[2]	Gruppe 3[3]
Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund/ Interethnischer Kontakt				
kein Kontakt vorhanden	ja	28,4%	39,1%	43,1%
Kontakt unfreiwillig und nicht eng	ja	1,8%	2,1%	5,1%
Kontakt freiwillig und eng	ja	39,9%	35,5%	21,5%
Gewalterleben im Kontext von Schule und Freizeit				
In meiner Schule werden manche Schüler regelmäßig aufgrund ihres Aussehens (z.B. der Figur) beleidigt	ja	69,4%	75,6%	80,1%
Außerhalb der Schule erlebe ich regelmäßig, dass andere aufgrund ihres Aussehens beleidigt werden	ja	37,7%	41,9%	52,1%
In meiner Schule gibt es mind. einmal pro Woche eine Prügelei	ja	12,5%	17,5%	37,5%
Meine Lehrer gucken weg, wenn sich Schüler ernsthaft streiten	ja	7,8%	12,5%	23,1%
Meine Lehrer bemerken es meistens gar nicht, wenn sich Schüler ernsthaft streiten	ja	49,8%	52,4%	68,4%
Gewalt findet die Mehrheit meiner Freunde nicht so schlimm	ja	18,1%	32,3%	58,2%
Rassismuserleben im Kontext von Schule und Freizeit				
In meiner Schule werden manche Schüler regelmäßig aufgrund ihrer Herkunft beleidigt	ja	17,0%	27,7%	49,2%
Außerhalb der Schule erlebe ich regelmäßig, dass andere aufgrund ihrer Herkunft be-leidigt werden	ja	21,3%	25,1%	46,2%
Ich habe schon einmal erlebt, dass Lehrer deutsche Schüler anders behandelt haben als ausländische	ja	14,8%	21,6%	46,8%
Meine Lehrer sind freundlicher zu Schülern, die aus Deutschland stammen als zu Ausländern	ja	6,1%	9,6%	30,2%
In meinem Freundeskreis werden Ausländer nicht sehr gemocht	ja	2,9%	10,2%	34,9%
Ich habe schon einmal erlebt, dass meine Freunde Ausländer deswegen angepöbelt haben, weil sie Ausländer sind	ja	8,8%	19,2%	49,2%

Fortsetzung:

Demokratieerleben im Bereich der Schule				
In meiner Schule können wir Schüler uns mit einbringen, z.B. bei der Gestaltung der Klassenräume	nein	34,0%	36,0%	43,1%
Unsere Lehrer berücksichtigen unsere Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung	nein	36,6%	44,6%	51,3%
Die Lehrer gehen auf unsere Fragen ein	nein	10,1%	16,3%	29,2%
In meiner Schule gibt es viele Projekte zum Thema "Toleranz"	nein	77,7%	78,3%	79,7%
Kontakterfahrungen mit der rechtsextremen Szene				
Ich kenne Personen, die sich als "Rechte" bezeichnen	ja	89,5%	84,0%	57,6%
Ich habe schon einmal einen Flyer von einer rechten Organisation gelesen	ja	20,7%	27,2%	44,4%
Ich war im Internet schon einmal auf der Seiten einer rechten Organisation/ Gruppe	ja	6,1%	10,7%	22,2%
Ich habe schon einmal eine E-Mail von einer rechten Organisation/ Gruppe bekommen	ja	1,4%	2,5%	7,5%
Ich habe Musik von mind. einer der folgenden Gruppen gehört: Endstufe, Nordwind, Kraftschlag, Störkraft, Landser	ja	2,9%	6,3%	25,5%
Manchmal hänge ich mit Leuten, die sich selbst als "Rechte" bezeichnen, einfach nur rum	ja	1,5%	3,6%	20,1%
Auf meiner Schultasche oder meiner Kleidung habe ich Sticker oder Buttons, um zu zeigen, dass ich rechts bin	ja	0,3%	0,0%	6,8%
Ich habe Kleidung bestimmter Marken wie Consdaple, Masterrace, Walhall Germany, Thor Steinar o.ä.	ja	1,9%	6,3%	12,7%
Ich bin schon einmal auf einem Konzert einer rechten Band gewesen	ja	0,4%	1,5%	4,8%
In meiner Nachbarschaft gab es schon Aktionen wie Grillfeste oder Fussballtuniere, die von rechten Organisationen ver-anstaltet wurden	ja	3,2%	6,5%	12,2%
Ich habe schon an Aktionen rechter Organisationen teilgenommen (Flyer verteilen, Demonstrationen)	ja	0,8%	1,2%	7,9%

[1] Befragte mit keinen/ kaum ausgeprägten rechtsextremen Tendenzen(N = 1606)

[2] Befragte mit leichten rechtsextremen Einstellungstendenzen (N = 700)

[3] Befragte mit deutlicher Tendenz zu rechtsextremen Einstellungen (N = 200)

a) Interethnische Kontakte/ Kontakte zu Menschen mit Migrationshintergrund

Der Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund wurde über verschiedene Items erfasst, welche nicht nur erfragten, ob die Schüler_innen regelmäßig mit Personen ausländischer Herkunft in Kontakt kommen, sondern auch, wie vertraut dieser ist und ob dieser Kontakt auf freiwilliger Basis besteht oder eher unfreiwilliger Natur ist (wie es bspw. eher bei interethnischem Kontakt im Klassenverband vorkommen kann). Da auch dieses Item kategorial ausgeprägt ist, wurde ein Vergleich derer, die über keine interethnischen Kontakte verfügen, mit denen, die über diese – in verschiedener Qualität – verfügen, angestellt. Auch in der vorliegenden Untersuchung erweist sich dabei ein freiwilliger und enger Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund als ein Schutzfaktor für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen gegenüber denjenigen, die nicht über Kontakte zu Menschen mit Migrationshintergrund verfügen. Wer derartige Kontakterfahrung macht, bildet signifikant weniger rechtsextreme Einstellungen aus als der- bzw. diejenigen, die keinen Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund haben ($r = -.15$, $p < .001$). Interethnische Kontakterfahrungen, die allerdings weder auf Freiwilligkeit beruhen, noch eine gewisse Vertrauensbasis aufweisen, tragen im Vergleich zu denjenigen ohne interethnische Kontakte hingegen nicht dazu bei, rechtsextreme Einstellungen zu reduzieren oder diese erst gar nicht auszubilden.

b) Kontakt mit Gewalt in Schule und Freizeit

Wie gezeigt wurde, erweist sich die individuelle Gewaltbereitschaft auch in dieser Untersuchung als ein bedeutsamer Prädiktor für rechtsextreme Einstellungen. Da die Ausbildung und insbesondere die Verfestigung von gewaltbefürwortenden Einstellungen durch das soziale Umfeld deutlich mitbestimmt werden, ist es naheliegend, auch dieses Umfeld hinsichtlich der dort gemachten Gewalterfahrungen zu betrachten. Wie Raithel und Mansel (2003) verdeutlichen, lassen sich delinquenzbegünstigende Bedingungen nicht nur in der Herkunftsfamilie, sondern auch innerhalb der Peergroups und der Schule ausfindig machen. Letztere gewinnen dabei vor allem mit zunehmendem Alter immer mehr an Bedeutung, so dass sich Gewaltanwendungen auch in diesen Kontexten durch Modelllernen im Sinne Banduras (1979) als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung eigener Bedürfnisse etablieren können.

Wie Forschungsergebnisse konsistent zeigen, erhöht die Einbindung in delinquente Peergroups auch die individuelle Gewaltbereitschaft, indem Gewalt in solchen Gruppen nicht nur als eine potente Handlungsalternative beobachtet werden kann, sondern auch eigenes Gewaltverhalten durch Beifall und Bekräftigung der Gruppenmitglieder verstärkt wird. Die Sozialisationserfahrungen in der Herkunftsfamilie und die Hinwendung zu gewaltbefürwortenden Gleichaltrigen stehen dabei ebenfalls in einem positiven Zusammenhang, denn wer bereits als Kind Erfahrungen mit Gewalt gemacht hat, wird sich auch im späteren Alter eher an delinquente Gruppen anschließen (u.a. Raithel & Mansel,

2003). Daneben lassen sich gewaltbegünstigende Faktoren auch im Schulkontext finden. Bereits 1977 stellte Fend im Rahmen seiner Schulklimastudie fest, dass sich negative Sozialkontakte innerhalb der Schule positiv auf die Entwicklung von deviantem Verhalten auswirken können. Zwei Aspekten sollte daher vor allem Aufmerksamkeit geschenkt werden, und zwar der Lern- und Leistungssituation sowie dem Lehrer-Schüler_innen - bzw. Schüler_innen - Schüler_innen -Verhältnis.

Für die vorliegende Studie wurde untersucht, inwiefern die Befragten in der Schule wie auch im Freizeitbereich mit Beleidigungen und gewalttätigen Übergriffen konfrontiert werden und wie die Reaktion des Umfeldes gewöhnlich darauf ausfällt (s. Tabelle 8 mit Itemwortlaut). Werden hierzu erneut die Befragten hinsichtlich ihres Ausmaßes rechtsextremer Einstellungen in drei bekannten Gruppen eingeteilt, so zeigt sich, dass diejenigen, deren rechtsextreme Einstellungen am deutlichsten ausgeprägt sind, durchweg am ehesten angaben, Gewalt in ihrem Umfeld zu erleben. Deutlich zeigt sich dies auch bei der Frage, ob die Mehrheit der Freunde Gewalt als „nicht so schlimm“ empfinde. So beantworteten nur 18 Prozent der Befragten aus Gruppe 1 gegenüber 58 Prozent aus Gruppe 3 diese Frage mit „ja“. Auch Schüler_innen aus der dritten Gruppe bejahten häufiger die Frage danach, ob Lehrerinnen und Lehrer bei Prügeleien eher wegschauen bzw. diese gar nicht erst bemerken würden. Da Befragte mit deutlicheren rechtsextremen Tendenzen jedoch in den selben Schulen beschult werden wie diejenigen mit niedrigen bzw. nicht ausgeprägten fremdenfeindlichen Einstellungen, lässt sich annehmen, dass diejenigen aus der Gruppe 3 im Sinne einer Verzerrung der sozialen Informationsverarbeitung eher Gewalt- sowie Unterlassungshandlungen wahrnehmen und abrufen können als diejenigen, deren generelle Gewaltbereitschaft neben rechtsextremen Einstellungen eher gering ausfällt.

Den Einfluss von Gewalterleben auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen betrachtend wird deutlich, dass der Kontakt zu Gewalt im Bereich der Schule und Freizeit 3 Prozent der Gesamtvarianz rechtsextremer Einstellungen aufklärt und somit einen vergleichsweise geringen Beitrag für deren Entwicklung leistet. Anhand der positiven Korrelation von .17 ($p < .001$) wird deutlich, dass rechtsextreme Einstellungen umso häufiger auftreten, umso mehr Gewalt ein/e Schüler_in im Bereich der Schule oder der Freizeit erlebt.

c) Demokratieerleben und Kontakt mit Rassismus im Kontext von Schule und Freizeit

Auch das Erleben von Toleranz bzw. Intoleranz gegenüber Fremdgruppen hat Auswirkungen auf die individuelle Norm- und Werteentwicklung. Nach der „Theorie differentieller Kontakte“ können Umgebungsvariablen wie das Demokratie- und Rassismuserleben ebenfalls als Erklärungen für die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen herangezogen werden. Diese bereits in den 30´er Jahren des 20. Jahrhunderts von Sutherland entwickelte und auf der Lerntheorie basierende Theorie geht davon aus, dass in Gesellschaften jederzeit sowohl normkonforme als auch deviante Subgruppen existieren,

abweichendes Verhalten jedoch dann übernommen wird, wenn im Sozialisationsprozess Kontakte überwiegen, die Gesetzesverletzungen begünstigen. Dominieren demnach deviante Verhaltensweisen im Umfeld hinsichtlich Dauer, Häufigkeit, Priorität und Intensität, so erhöht dies die Wahrscheinlichkeit für später auftretendes abweichendes Verhalten (Sutherland, 1968). Bezogen auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen hat diese Theorie folgende Implikation: Ein Kind wächst bereits in einem familiären Umfeld auf, in welchem sich direkt oder indirekt gegen Fremdgruppen wie etwa Ausländer ausgesprochen wird. In den folgenden Jahren nimmt dieses Kind latente oder offen gezeigte Abneigungen gegen Ausländer auch in seinem Freundeskreis und der Schule wahr, so dass schließlich fremdenfeindliche Haltungen nicht nur hinsichtlich ihrer Priorität, sondern auch hinsichtlich ihrer Dauer und Intensität überwiegen und es zur Ausbildung einer eigenen ausländerfeindlichen und schließlich rechtsextremen Haltung kommt. Diese vereinfachte Darstellung der Theorie differentieller Kontakte als Erklärung für die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen macht somit deutlich, in welchem Maße der Mikrokosmos eines jedem dazu beitragen kann, eine tolerante bzw. intolerante Haltung zu entwickeln.

Die differentiellen Lernerfahrungen in Bezug auf ein mögliches Rassismuserleben wurden in dieser Studie für die Bereiche Schule und Freizeit erhoben. Erfahrungen mit dem Vor- und Ausleben von Demokratie wurde auf den Bereich der Schule beschränkt. Für letzteren Aspekt gingen vier Aussagen in die Auswertungen ein, die sich darauf bezogen, inwiefern sich die Befragten mit in das Klassengeschehen einbringen können und in wieweit Lehrerinnen und Lehrer dies wünschen und berücksichtigen. Der genaue Itemwortlaut ist der Tabelle 8 zu entnehmen. Dabei zeigt sich, dass etwa 60 bis 80 Prozent der Befragten angaben, sich mit in das Schulgeschehen einbringen zu können und Lehrer_innen zu haben, die auf Fragen der Schüler_innen eingehen – ungeachtet dessen, wie stark die rechtsextremen Einstellungen bei den einzelnen Befragten ausgeprägt sind. Aus diesem Grund schlägt sich der Zusammenhang von Demokratieerleben in Schulen auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen in der Korrelationsanalyse nur in einem geringen Effekt nieder (R^2 = 3%, r = -.18, p < .001). Dennoch ist ein Bemühen von Seiten der Schulen um mehr Partizipation und demokratische Mitbestimmung der Schüler_innen sowie ein Vorbild zu sein im Erkennen und Einschreiten bei rassistischen und ausländerfeindlichen Äußerungen nicht unwichtig und ergebnislos. So weisen auch andere Studien insbesondere bei einem Eingreifen der Schule bei ausländerfeindlichen Äußerungen darauf hin, „dass zwar Jugendliche mit bereits ausgeprägten ausländerfeindlichen Haltungen nicht bekehrbar, aber ausländerfreundliche Schüler in ihren Einstellungen gestärkt und jene mit nur einer ausländerfeindlichen Tendenz zum Nachdenken über ihre Haltungen angeregt werden können“ (Bacher, 2001, S. 346).

Das Erleben von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im schulischen Kontext und in der Freizeit wurde mit Hilfe sechs weiterer Items erhoben. In Bezug auf die Schule wurde gefragt, ob Schüler_innen

dort regelmäßig aufgrund ihrer Herkunft beleidigt werden und ob auch Lehrkräfte ein anderes Verhalten im Umgang mit ausländischen Kindern zeigen als mit einheimischen. Anders als bei der Frage nach dem Demokratieerleben bejahten gerade diese Fragen deutlich mehr Teilnehmer_innen mit rechtsextremen Einstellungen als Befragte mit gering bzw. nicht vorhandenen rechtsextremen Einstellungen (Tabelle 8). Vor allem im Schulkontext sind die unterschiedlichen Zustimmungshäufigkeiten in Abhängigkeit von den eigenen Einstellungen interessant. So könnten diese verschiedenen Wahrnehmungen zwei Gründe haben. Zum einen ist es möglich, dass insbesondere Kinder und Jugendliche, die bereits Abneigungen gegen Fremdgruppen zeigen, schneller Ablehnungen ausländischer Schüler_innen von Seiten der Lehrkräfte wahrnehmen, da sie durch ihre eigenen Einstellungen für derartige Handlungen bereits sensibilisiert sind und im Sinne des Modells der sozialen Informationsverarbeitung nach Crick und Dodge (1994) hierbei einen „Wahrnehmungsvorteil" besitzen. Andererseits ist es auch möglich, dass Befragte mit rechtsextremen Einstellungen eher Vorurteile der Lehrkräfte gegenüber Schüler_innen mit Migrationshintergrund zu erkennen glauben, die dann wiederum die eigenen Einstellungen im Sinne des Modelllernens zu rechtfertigen vermögen.

Auch im Freizeitbereich stimmten Befragte mit rechtsextremen Einstellungen häufiger Fragen danach zu, ob im Freundeskreis „Ausländer nicht sehr gemocht werden" und ob die Freunde diese Menschen aufgrund ihrer Herkunft bereits „angepöbelt haben". Der kausale Zusammenhang auf die Entwicklung eigener rechtsextremer Orientierungen ist dabei nicht erfassbar, da es sein kann, dass sich ausländerfeindliche und rechtsextremistisch eingestellte Jugendliche erst in der Folge gleichgesinnte Cliquen suchen, oder sich diese Haltungen erst durch ausländerfeindliche Freunde entwickeln und verstärken. Wie die statistischen Analysen mit der Summenvariable *Rassismuserleben* zeigen, steht ein Erleben von Rassismus in Schule und Freizeit in einer signifikanten Beziehung mit der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen (R^2 = 11%, r = .32, p < .001). Wer Rassismus im Bereich der Schule oder der Freizeit erlebt, läuft somit eher Gefahr, auch eine Affinität zu rechtsextremen Einstellungen zu entwickeln. Insbesondere im Bereich der Schule sollten Lehrkräfte daher verstärkt darauf achten, ausländische und deutsche Schüler_innen nicht ungleich zu behandeln (ob im positiven oder negativen Sinne) und Gründe für eine Ungleichbehandlung zu kommunizieren, wenn eine solche nicht unumgänglich ist, um so den Einfluss, den das Ausbleiben einer solchen Aufklärung auf die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen haben könnte, entgegenzuwirken.

d) Kontakt mit der rechtsextremen Szene

Die Frage, ob und in welchem Umfang die Befragten bereits in Kontakt mit rechtsextrem denkenden Personen und der rechtsextremen Szene an sich kamen, spielt ebenfalls eine zentrale Rolle für die Ausbildung und Verfestigung eines eigenen rechtsextremen Einstellungsmusters. Wie gezeigt werden kann, kamen nicht nur diejenigen bereits in Kontakt mit rechtsextremen Inhalten, die über ein höhe-

res Ausmaß an antidemokratischen Einstellungen verfügen, sondern tendenziell schon jede/r Befragte. Die Qualität und Intensität dieser Kontakte variiert hingegen stark und steht nicht zuletzt auch mit der Höhe der eigenen rechtsextremen Einstellungen in Zusammenhang.

Wie der Tabelle 9 entnommen werden kann, kennen die meisten der Befragten zumindest Personen, die sich selbst als „Rechte“ bezeichnen, wobei diese Frage mehr Befragte aus der ersten Gruppe (nicht vorhandene rechtsextreme Einstellungen) bejahten als Befragte aus der dritten Gruppe (deutliche rechtsextreme Tendenzen). Ein Grund hierfür kann in einer höheren Sensibilität für rechtsextreme Einstellungen bei Personen der ersten Gruppe zu finden sein.

Tabelle 9: Verteilung der Angabe, Personen zu kennen, die sich selbst als „Rechte“ bezeichnen, auf die unterschiedlichen Personengruppen.

Frage: „Wer sind diese Personen, die sich selbst als Rechte bezeichnen?“	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3
Eltern	1,9 %	5,6 %	11,5 %
Geschwister	0,6 %	2,8 %	10,3 %
Freunde	20,5 %	19,6 %	47,4 %
Bekannte	12,2 %	21,5 %	29,5 %
Lehrer	1,3 %	3,7 %	14,1 %
Trainer	1,3 %	2,8 %	9,0 %
Nachhilfelehrer	0,0 %	0,9 %	7,7 %
Andere, nicht genannte Personen	63,5 %	57,9 %	52,6 %

Gruppe 1: Befragte ohne rechtsextreme Tendenzen; Gruppe 2: Befragte mit leichter Tendenz zu rechtsextremen Einstellungen; Gruppe 3: Befragte mit deutlichen rechtsextremen Tendenzen. Nur Befragte deutscher Herkunft und aus allgemeinbildenden Schulen.

Wer angab, Personen zu kennen, die sich selbst als „Rechte“ bezeichnen, wurde weiterhin gebeten zu nennen, aus welcher Personengruppe diese Kontakte stammen. Hier zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit dieser Kontakte zu Freunden, Bekannten und anderen, nicht genannten Personengruppen bestehen (Tabelle 9). Auffällig häufig bekannten sich die Befragten mit eigenen ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen auch zu Eltern, Geschwistern, Trainern oder Lehrern, die sich selbst als „Rechte“ bezeichnen. Ob dies jedoch mit einem Wahrnehmungsvorteil – wer selbst rechtsextrem denkt erkennt rechtsextreme Tendenzen auch bei anderen schneller – einhergeht, oder den genannten Personengruppen derartige Einstellungen eher unterstellt werden, um die eigene Haltung zu rechtfertigen, kann an dieser Stelle allerdings nicht weiter geprüft werden.

Wenngleich auch etwa drei Prozent derjenigen Befragten, die keine rechtsextremen Tendenzen aufwiesen, bereits Musik einschlägiger rechtsextremer Bands besitzen, sind es in der Gruppe 3 bereits über 25 Prozent, die dies bejahten. Auch gaben die Befragten aus der dritten Gruppe deutlich häufiger an, sich im Internet über rechtsextreme Organisationen zu informieren, an Aktionen und Festen teilzunehmen, die von „Rechten“ organisiert werden oder einfach nur mit ihnen „rumzuhängen“, als dies bei den Befragten aus den anderen zwei Gruppen der Fall war. Insbesondere das Hören einschlägiger rechtsextremer Musik sowie das Internet tragen zur Rekrutierung sowie zu einer Radikalisierung rechtsextremer Einstellungen bei. So werden insbesondere in Liedtexten direkt wie auch unterschwellig bestimmte Feindbilder propagiert und zu einer oftmals gewaltsamen Bekämpfung dieser vermeintlichen Feinde aufgerufen. Wenngleich die Anzahl rechtsextremistischer Kundgebungen und Musikveranstaltungen derzeit rückläufig sind (Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums, 2014), stellt gerade das Internet eine weitere Möglichkeit zur Rekrutierung neuer Anhänger und zur Verfestigung bereits erworbener rechtsextremer Orientierungen dar. Dass über 15 Prozent der Befragten ohne bzw. mit kaum ausgeprägten rechtsextremen Tendenzen sowie über ein Fünftel der Befragten mit rechtsextremen Tendenzen es bejahen, bereits auf der Internetseite einer rechtsextremen Organisation oder Gruppe gewesen zu sein, ist ebenfalls besorgniserregend. So besteht gerade bei einschlägigen rechtsextremistischen Homepages die Gefahr, dass sich Jugendliche und Heranwachsende unvermittelt und unvorbereitet rechtsextremistischen Inhalten aussetzen und mit ihrer Hilfe in die rechtsextreme Szene hineinrutschen (ebd., S. 43).

In welchem kausalen Zusammenhang das Ausmaß des Kontakts zur rechtsextremen Szene mit der Ausbildung und Verfestigung eigener rechtsextremer Einstellungen steht, kann hier abschließend nicht geprüft werden. Es kann jedoch der Beitrag, den der Kontakt zu rechtsextremen Personen für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen bei den Befragten hat, im Rahmen der Korrelationsanalyse untersucht werden, welcher sich mit einem R^2 von 13 Prozent als relativ hoch erweist. Wer Bekanntschaften in der rechtsextremen Szene hat, verfügt tendenziell ebenfalls über ein erhöhtes rechtsextremes Einstellungsmuster oder läuft Gefahr, derartige Einstellungen irgendwann zu übernehmen ($r = .36$; $p < .001$). Dies machten auch die vorherigen Ausführungen deutlich. Die Ergebnisse weisen auch darauf hin, dass Kontakterfahrungen zur rechtsextremen Szene bereits von einem Großteil der Befragten gemacht wurde, unabhängig von deren eigenen Wertehaltungen und Werteentwicklungen. Eine anhaltende flächendeckende Aufklärungsarbeit und Sensibilisierung für z.B. die Styles und Codes der rechtsextremen Szene bei allen Bevölkerungsgruppen erscheint daher weiterhin sinnvoll und gleichwohl relevant, um gerade auch die Zielpersonen, und zwar Kinder und Jugendliche, vor einem bedenkenlosen Hineinrutschen in eben diese zu schützen.

3.3.2 Multivariate Vorhersage rechtsextremer Einstellungen

Im Folgenden werden die genannten Prädiktoren in ein gemeinsames Regressionsmodell überführt, um in Erfahrung zu bringen, inwieweit sich diese bei der Vorhersage rechtsextremer Einstellungen gegenseitig ergänzen können und somit für eine gemeinsame Vorhersage geeignet sind. Bei multiplen linearen Regressionsanalysen werden für diese Vorhersage eines Kriteriums (in diesem Fall *rechtsextreme Einstellungen*) mehrere Prädiktoren auf einmal herangezogen. Ziel ist es, die Varianz des Kriteriums durch die Varianz der Prädiktoren aufzuklären. Aus dem vorangegangenen Abschnitt und der im Anhang D dargestellten Interkorrelationsmatrix wird deutlich, dass die einzelnen Prädiktoren teilweise deutlich miteinander korrelieren. Beispielsweise weisen die Korrelation von „Rassismuserleben“ mit den Variablen „Kontakte zur rechtsextremen Szene“, „Schulform“ und „Gewalterleben“ Werte zwischen .26 und .43 auf (Tabelle 17, Anhang D). Sofern Prädiktoren miteinander korrelieren, kann es sein, dass sie sich auch ihre Vorhersagevarianz hinsichtlich eines Kriteriums teilen. Im Extremfall könnte es daher geschehen, dass sich die Vorhersage anhand eines Prädiktors durch die Hinzunahme weiterer Prädiktoren gar nicht verbessern lässt, obwohl diese weiteren Prädiktoren ebenfalls mit dem Kriterium korrelieren.

Der Anteil an Varianz, der durch die betrachteten Prädiktoren die Gesamtvarianz der Variable „rechtsextreme Einstellungen“ aufklärt, wird durch den Determinationskoeffizienten R^2 dargestellt, welcher auch im vorherigen Abschnitt bereits angesprochen wurde. Umso höher R^2 ist, umso höher ist auch der statistische Einfluss der Prädiktoren auf diese Variable. Das standardisierte beta-Gewicht drückt zusätzlich aus, um wieviel Einheiten sich die Variable bzw. das Kriterium verändert, wenn sich der jeweilige Prädiktor in seiner Ausprägung um eine Einheit ändert. Je höher dieses Gewicht ist, umso geeigneter ist der jeweilige Prädiktor, um das Kriterium *„rechtsextreme Einstellungen“* vorherzusagen. Ob sich das beta-Gewicht auch signifikant von Null unterscheidet, wird durch den p-Wert angegeben, welcher umso kleiner wird, umso höher die Wahrscheinlichkeit für einen beta-Wert ungleich Null ist.

Die Vorhersage rechtsextremer Einstellungen findet zunächst anhand der statischen Variablen „Geschlecht“ und „Alter“ statt, welche in einem hierarchischen Verfahren im ersten Schritt in das Regressionsmodell eingefügt werden. Bei statischen Faktoren handelt es sich grundsätzlich um nicht beeinflussbare Merkmale. Selbstverständlich verändert sich das Alter der Schülerinnen und Schülern fortlaufend. Für die Ableitung möglicher Handlungsempfehlungen zwecks Prävention und Intervention von Rechtsextremismus liefert dies jedoch keine Ansatzpunkte, da diese Veränderung nicht aktiv beeinflusst werden kann. Gleiches würde für die Variable „Landgerichtsbezirk“ gelten, da ein Wohnortwechsel zu präventiven Zwecken sicherlich keine sinnvolle Maßnahme darstellt. Da die einzelnen Zusammenhangsanalysen bereits gezeigt haben, dass der Landgerichtsbezirk ohnehin keinen bedeut-

samen Beitrag zur Vorhersage rechtsextremer Einstellungen aufweist, wurde diese Variable nicht in das multiple Regressionsmodell aufgenommen.

In einem zweiten Schritt werden in das Regressionsmodell die weiteren zehn Prädiktoren integriert, welche in dem vorherigen Abschnitt ebenfalls vorgestellt wurden. Dieses hierarchische Vorgehen ermöglicht Aussagen über die inkrementelle Vorhersagevalidität der dynamischen Faktoren. Das heißt, es kann festgestellt werden, inwiefern die Vorhersage rechtsextremer Einstellungen durch die zusätzliche Berücksichtigung der im zweiten Schritt hinzugezogenen Prädiktoren verbessert werden kann.

Der Tabelle 10 ist die Modellgüte anhand des multiplen Korrelationskoeffizienten R und zusätzlich durch R^2 zu entnehmen. Der Anteil an der Gesamtvarianz der Variable rechtsextreme Einstellungen, der durch die gleichzeitige Betrachtung der beiden Prädiktoren „Geschlecht“ und „Alter“ vorhergesagt werden kann, beträgt im ersten Schritt 6 Prozent (R^2 = .06). Durch Hinzufügen der zehn dynamischen Prädiktoren steigt R^2 auf 40 Prozent an, was eine Zunahme um 34 Prozentpunkte bedeutet. Dieser Zuwachs der Modellgüte erweist sich dabei als hochsignifikant.

Tabelle 10: Modellzusammenfassung der hierarchischen Regressionsanalyse. Kriterium: rechtsextreme Einstellungen.

Schritt	Modellgüte			Modelltest und Änderungsstatistik					
	R	R^2	*Korr.* R^2	*df1*	*df2*	*F*	*Änderung in* R^2	*Änderung in F*	*p*
1	.24	.06	.06	2	1755	52,98	.06	52,98	< .001
2	.64	.40	.40	10	1745	99,72	.34	102,91	< .001

Anschließend soll auf den Vorhersagewert der einzelnen Prädiktoren eingegangen werden. Dabei werden die standardisierten beta-Gewichte betrachtet. Diese beschreiben den Einfluss des Prädiktors innerhalb des Modells und sind aufgrund der Standardisierung untereinander vergleichbar. Die Höhe der jeweiligen beta-Gewichte ist der Tabelle 11 zu entnehmen. Darin sind noch einmal die Korrelationen nullter Ordnung angegeben, welche bereits in der Tabelle 5 dargestellt wurde. Wie sich zeigt, sinken die beta-Gewichte in der multiplen Regressionsanalyse im Vergleich mit den einfachen Korrelationswerten bei nahezu jedem Prädiktor ab. Die Ursache hierfür liegt in dem oben beschriebenen Umstand, dass viele Prädiktoren auch untereinander korrelieren, wie etwa die Variablen „Rassismuserleben“ und „Kontakte zur rechtsextremen Szene“ (Tabelle 17, Anhang D). Durch diese Interkorrelationen müssen die Prädiktoren ihre gemeinsame Vorhersagevarianz sozusagen untereinander aufteilen. Dass z.B. die Variable „Rassismuserleben“ hohe Interkorrelationen mit anderen Prädiktoren aufweist, ist auch anhand des Toleranzwertes zu erkennen. Die Toleranz gibt den Anteil

eines Prädiktors an, der nicht durch die anderen Prädiktoren erklärt werden kann und beträgt für die Variable „Rassismuserleben“ .70.

Tabelle 11: Koeffizienten der hierarchischen Regressionsanalyse. Kriterium: rechtsextreme Einstellungen.

Schritt	Prädiktor	beta	T	p	Korr.	Toleranz
1	Geschlecht	-.21	-9,01	< .001	-.21	0,99
	Alter	.09	4,06	< .001	.08	0,99
2	Gewaltbereitschaft	.27	12,86	< .001	.43	0,80
	Formale Schulbildung	.11	5,83	< .001	.24	0,88
	Empathie	-.07	3,47	.001	-.21	0,88
	Hierarchisches Selbstinteresse	.20	10,30	< .001	.38	0,86
	Risikofaktoren in Herkunftsfamilie	.03	1,34	.180	.10	0,94
	Interethnischer Kontakt	-.11	-6,00	< .001	-.15	0,95
	Kontakt zur rechtsextremen Szene	.18	8,85	< .001	.36	0,83
	Gewalterleben in Schule und Freizeit	.00	-0,12	.902	.17	0,77
	Rassismuserleben in Schule und Freizeit	.18	-8,28	< .001	.32	0,70
	Demokratieerleben in der Schule	-.06	3,09	.002	-.18	0,92

Außer den innerfamiliären Risikofaktoren und dem schulischen Gewalterleben erreichen alle Prädiktoren des Modells einen signifikanten Vorhersagewert und tragen damit eigenständig zur Erklärung rechtsextremistischer Einstellungen bei. Mit beta-Werten von .20 und mehr treten unter den dynamischen Variablen die „Gewaltbereitschaft“ und das „Hierarchische Selbstinteresse“ hervor. Auch der „Kontakt zur rechtsextremen Szene“ und das „Rassismuserleben in Schule und Freizeit“ tragen mit einem beta von jeweils .18 bedeutsam zur Vorhersage der rechtsextremen Einstellungen bei. Bedeutsam ist aber auch, dass auch die vermutet protektiven Variablen „Empathie“, „Interethnischer Kontakt“ und „Demokratieerleben in der Schule“ einen eigenständigen Beitrag haben, sich also

günstig gegen die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen auswirken. Als Ansatzpunkte für Präventions- und Interventionsmaßnahmen bieten sich also risikomindernde Maßnahmen, als auch Maßnahmen zur Stärkung protektiver Faktoren an, die sich im Kontext von Schule und Freizeit realisieren lassen. In den Handlungsempfehlungen im Kapitel 5 wird hierauf noch gesondert eingegangen.

3.4 Politisch rechts motivierte Kriminalität im Vergleich von Hell- und Dunkelfeld

Die Erfassung von Kriminalität im Ganzen und ihren einzelnen Deliktformen mit jeweiligen Auftretenshäufigkeiten und Zusammensetzungen der Tatverdächtigen geschieht unter Zuhilfenahme verschiedener Methoden. Eine davon stellt die Zusammenstellung der durch die Polizei bekannt gewordenen Straftaten dar, welche jährlich im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) auf Bund- und Länderebene veröffentlicht werden. Mit Hilfe dieser Offizialdaten ist es möglich, das offizielle Hellfeld der Kriminalität zu beleuchten. Neben Strafverfolgungsbehörden existieren weitere Institutionen wie die Verfassungsschutzbehörde, welche ihrerseits noch einmal separat Kriminalitätsraten erfasst, die sich u.a. gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik richten – wie etwa politisch rechts motivierte Straf- und Gewalttaten. Anders als die PKS, welche auf den durch die Polizei entdeckten oder durch die Bevölkerung angezeigten Delikten basiert, bezieht der Verfassungsschutz seine Informationen aus weiteren Quellen wie nachrichtendienstlichen Informationsdiensten mit in seinen Verfassungsschutzbericht ein.

Daten aus offiziellen Statistiken unterliegen jedoch bestimmten Einflüssen, die deren Aussagekraft einschränken können. So werden durch das Hellfeld nur die Delikte erfasst, die auch entdeckt wurden und/ oder zur Anzeige kommen. Weiterhin unterliegen behördlich erfasste Kriminalitätsraten auch systematischen Verzerrungen, welche für die PKS etwa Änderungen im Anzeigeverhalten, Änderungen der polizeilichen Kontrollmaßnahmen oder Änderungen im Strafrecht sind. Im Fall des Verfassungsschutzes können eher Fehleinschätzungen und -verhalten von Personen(gruppen) innerhalb der Sicherheitsbehörden die Aussagekraft ihrer Daten schmälern, sodass die Erfassung des Dunkelfeldes (politisch motivierter) Kriminalität neben der Auswertung von Offizialstatistiken ebenfalls hilfreich und unabdingbar ist.

Das Dunkelfeld wird unterschieden in ein relatives und ein absolutes Dunkelfeld. Als im relativen Dunkelfeld liegende Kriminalität werden alle Delikte bezeichnet, die über systematische Befragungen von Tätern, Opfern oder Informanten bekannt werden. Das absolute Dunkelfeld umfasst hingegen alle Straftaten, die durch die genannten Methoden nicht bekannt werden. Gemeinhin bildet das Dunkelfeld den größeren Teil der Kriminalität ab, wenngleich auch Dunkelfeldstudien gewissen Schwierigkeiten und Einschränkungen unterlegen sind, wie etwa unrepräsentativen Erhebungen oder fälschlich gemachten Angaben der Befragten. Um zuverlässige Aussagen über das Aufkommen und die Verbreitung von Kriminalität machen zu können, ist es somit ratsam, Ergebnisse aus dem Hell-

und Dunkelfeld mit in die Analysen einzubeziehen, wie es im Folgenden für die Auswertung politisch rechts motivierter Taten geschehen soll.

Mit der Einführung des Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) durch die *Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder* (IMK) im Jahr 2001 werden unter diesem Begriff seitdem alle erfassten Straftaten subsumiert, „wenn in Würdigung der gesamten Umstände der Tat und/ oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind (…)“ (Bundesministerium des Inneren, 2015, S. 23). Als politisch motiviert gilt eine Tat insbesondere dann, wenn sie „sich gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status richten“ (ebd., S. 23). Im Rahmen politisch rechts motivierter Straftaten machten nach Angaben des Verfassungsschutzberichtes des Bundesministeriums (2015) die fremdenfeindlichen Gewalttaten erneut den größten Anteil von rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten aus und erreichten mit einer Anzahl von 512 den höchsten Stand seit Einführung des genannten Klassifikationssystems. Anders als auf Bundesebene kann für Schleswig-Holstein im Berichtsjahr 2014 allerdings ein Rückgang politisch rechts motivierter Straftaten im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet werden. So wurden laut dem Verfassungsschutzbericht der Landesregierung Schleswig-Holstein im Jahr 2014 „nur“ noch 439 entsprechende Delikte gemeldet, von denen 21 als Gewalttaten zu werten sind (im Jahr 2013 waren dies 26 von 545). Als ursächlich für die insgesamt rückläufigen Fallzahlen politisch rechts motivierter Kriminalität können nach Angaben der Verfassungsschützer_innen die abnehmende Handlungsfähigkeit, welche sich bspw. in einer „mangelnden Fähigkeit zur Durchführung politischer Aktionen“ wie etwa dem Wegfall des „Trauermarsches“ in Lübeck sowie der zunehmend bewusst zurückhaltenden Agitation der rechtsextremen Szene in der Öffentlichkeit angesehen werden (Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, 2015, S. 23). Wenngleich Rechtsextremist_innen nicht nur unter einem anhaltenden starken Verfolgungsdruck durch Sicherheitsorgane, sondern auch von der Gesellschaft im Ganzen stehen und sie sich daher gerade auch aus taktischen Gründen mit öffentlichen Gewaltanwendungen zurückhalten, besteht dennoch weiterhin ein hohes Risiko von spontanen und situationsbedingten Gewalttaten und Racheakten. Bereits im Jahr 2014 verwies der Verfassungsschutz außerdem auf das Gefahrenpotenzial von „PEGIDA“, HoGeSa („Hooligans gegen Salafisten“) und ähnlichen Zusammenschlüssen, da auch hier Einzeltäter_innen zu gezielten Straftaten motiviert werden könnten. Mit der zunehmenden Ablehnung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in der gesamten Bundesrepublik im Jahr 2015 verstärkt sich dieses Gefährdungspotenzial noch einmal zusehends.

Auf regionaler Ebene gehören die Stadt Lübeck sowie der Landkreis Pinneberg zu den Schwerpunkten rechtsextremistischer Straftaten in Schleswig-Holstein. Erhöhte Fallzahlen, insbesondere in Form von Propagandadelikten, sind jedoch nicht automatisch auch auf eine dort vorhandene strukturierte rechtsextreme Szene zurückzuführen, da gerade Einzeltäter_innen und Kleingruppen – vor allem vor dem Hintergrund der hohen Bevölkerungsdichte – hierfür mit verantwortlich gemacht werden müssen. Die Verteilung der politisch motivierten Straf- und Gewalttaten auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein macht Abbildung 11 deutlich.

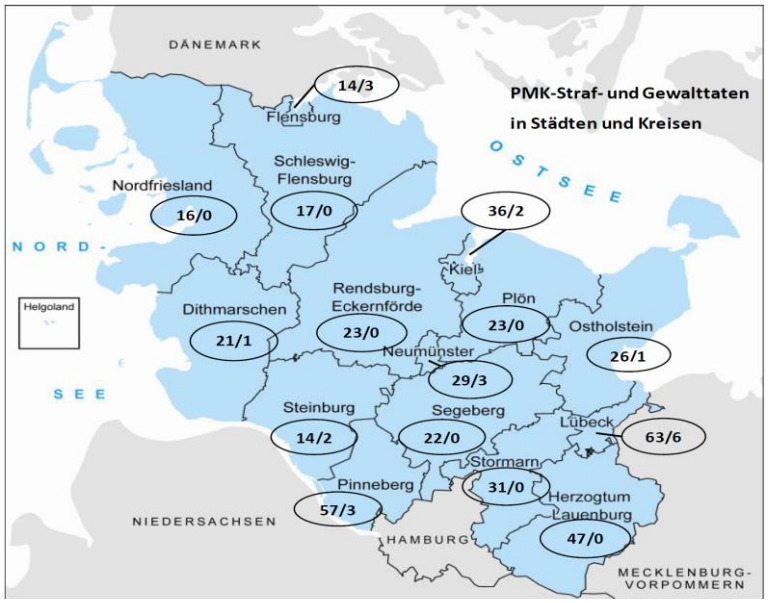
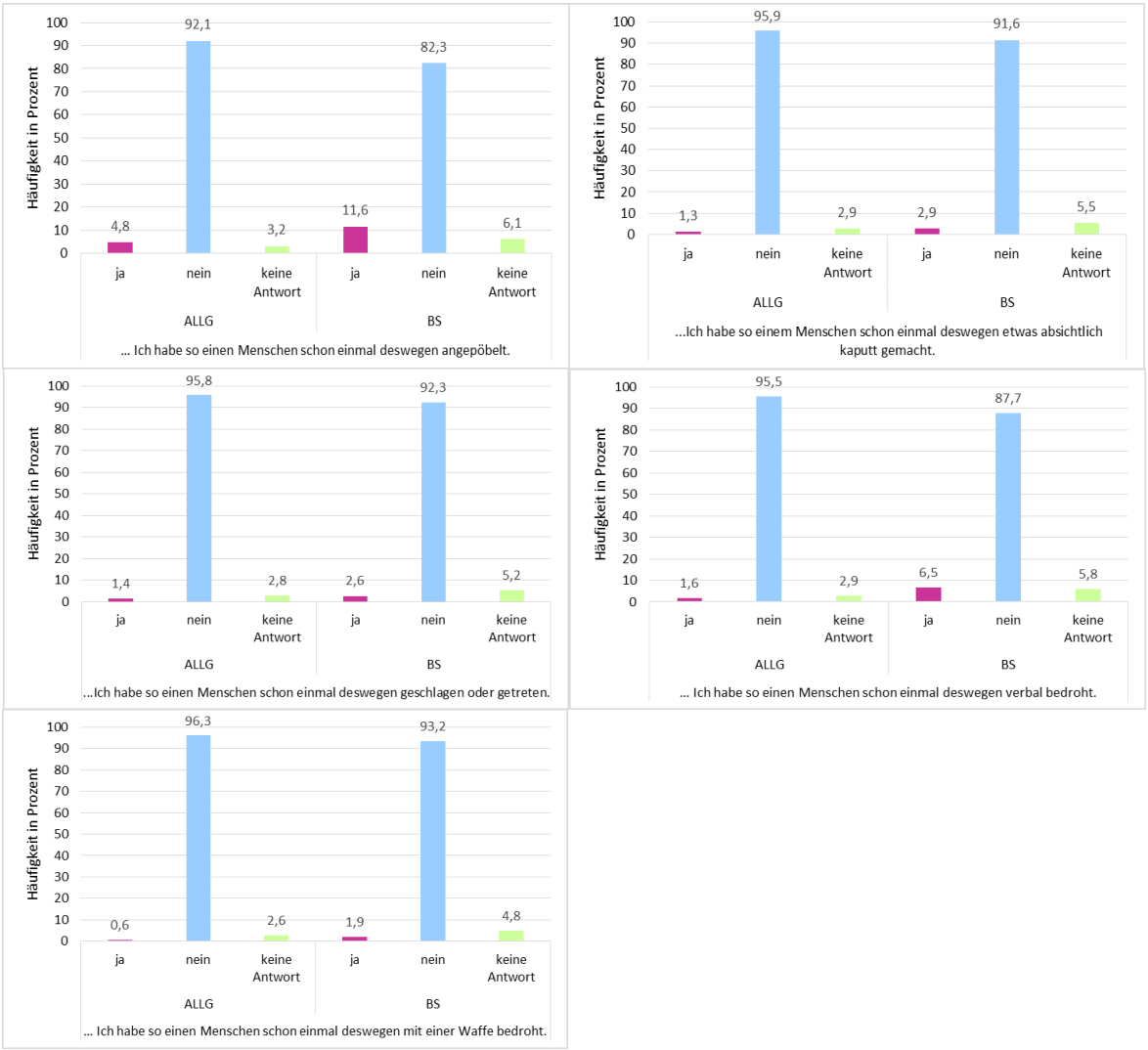


Abbildung 11: Im Berichtszeitraum 2014 erfasste Delikte politisch rechts motivierter Kriminalität auf regionaler Ebene in Schleswig-Holstein. Erste Zahl: erfasste Delikte. Zweite Zahl: anteilige Straftatbestände (Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, 2015, S. 27).

Der relativ geringe Anteil, den die politisch rechts motivierten Straf- und Gewalttaten gegenüber allen offiziell erfassten Delikten in diesem Bereich ausmachen, lässt sich auch in der vorliegenden Dunkelfelduntersuchung bestätigen. Um in Erfahrung zu bringen, inwieweit die befragten Schüler_innen bereits politisch rechts motiviertes dissoziales, d. h. sozial schädliches oder grenzüberschreitendes Verhalten gezeigt haben, wurden ihnen mehrere Formen dissozialen Verhaltens vorgegeben mit der Bitte anzugeben, ob sie eine bzw. mehrere solcher Verhaltensformen bereits gezeigt haben. Dass die Verhaltensformen aus einer politischen Motivation heraus gezeigt wurden, wurde durch einen ständig sichtbaren Einleitungstext sichergestellt:

„Es gibt Menschen, die anders sind als Du. Sie haben eine andere Hautfarbe, stammen aus einem anderen Land, sind behindert, homosexuell, obdachlos oder haben einfach eine andere politische Meinung. Ich habe so einen Menschen schon einmal deswegen….“.

Bei den fünf genannten Formen handelte es sich um Ausprägungen von verbaler und physischer Aggression gegenüber den soeben genannten Personen sowie im Falle der physischen Aggression auch gegenüber deren Eigentum. So wurde einerseits erfragt, ob die Teilnehmer_innen einen solchen Menschen bereits aufgrund seiner Herkunft o. ä. angepöbelt und/ oder ihn bereits deswegen verbal bedroht haben. Ebenfalls wurde erfasst, ob die Befragten in einer derartigen Situation bereits eine solche Person geschlagen oder getreten haben, ihr mit einer Waffe schon einmal physische Gewalt androhten oder deren Eigentum beschädigten. Die Ergebnisse sind Abbildungen 12 zu entnehmen.



Abbildungen 12: Verteilungen des gezeigten delinquenten Verhaltens im Bereich politisch motivierter Delinquenz getrennt für die befragten Schüler_innen an allgemeinbildenden (ALLG) und berufsbildenden Schulen (BS). Nur Befragte deutscher Herkunft.

Insgesamt gaben 142 von den 2541 befragten Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen mit deutscher Herkunft an, bereits auf einem der beschriebenen Wege dissoziales Verhalten gegenüber einer solchen Personen(gruppe) gezeigt zu haben. Bei 60 Prozent von ihnen beschränkte sich die Tat auf eine der genannten Verhaltensformen, wobei es sich hierbei meist um verbale Aggression (anpö-

beln) handelte. Etwa ein Fünftel bejahte Taten aus zwei der vorgestellten Angriffsformen und nur wenige (unter 7 %) bejahten Taten aus drei bis fünf der genannten Verhaltensformen.
Von den 337 Befragten an berufsbildenden Schulen mit deutscher Herkunft gaben 45 an, bereits eine Tat aus den vorgestellten Verhaltensbereichen begangen zu haben. Auch bei dieser Teilgruppe wurde das Ausüben von verbaler Aggression deutlich häufiger bejaht als körperliche Aggression oder das Zerstören fremden Eigentums. Weiterhin gaben 20 der 45 Befragten (5,9 %) an, bereits eine Person aus dem oben genannten Personenkreis verbal bedroht zu haben. Eine Ursache für den Unterschied im Androhen von Gewalt zwischen Befragten an allgemein- und berufsbildenden Schulen kann unter anderem dem höheren Anteil männlicher Schüler in der Stichprobe der Berufsschüler_innen liegen. Bezüglich der Anzahl selbstberichteter Taten aus den fünf unterschiedlichen Bereichen, zeigt sich für die Schüler_innen an berufsbildenden Schulen eine ähnliche Verteilung wie für die Befragten an allgemeinbildenden Schulen. So gaben etwa 60 Prozent der 45 Schüler_innen zu, eine Tat aus nur einem der genannten Bereiche, 20 Prozent Taten aus zwei Bereichen und weniger als 10 Prozent Taten aus drei bis fünf der genannten Bereiche begangen zu haben.

Da insbesondere rechtsextreme Einstellungen und rechtsextrem motiviertes dissoziales Verhalten in einer engen Beziehung zueinander stehen, wurde schließlich auch für die befragten Schülerstichproben der Zusammenhang zwischen beiden Variablen ermittelt. Für die Teilgruppe der Befragten an allgemeinbildenden Schulen lässt sich ein deutlich höherer Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und rechtsextrem motivierten Verhaltensweisen feststellen ($R^2 = .14$, $\beta = .05$, $p < .001$) als für die Schüler_innen an berufsbildenden Schulen ($R^2 = .09$, $\beta = .05$, $p = .04$). Die Annahme, dass die individuelle Gewaltbereitschaft den Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und rechtsextrem motiviertem Verhalten mediiert oder moderiert, kann für keine der beiden Teilgruppen bestätigt werden, da in dieser Untersuchung die individuelle Gewaltbereitschaft weder einen signifikanten Zusammenhang mit rechtsextrem motiviertem Verhalten aufweist, noch mit rechtsextremen Einstellungen in Bezug auf rechtsextrem motiviertes Verhalten in einer signifikanten Interaktion steht. Auch das Geschlecht dient in keiner der zwei Teilgruppen als geeigneter Prädiktor, um rechtsextrem motiviertes Verhalten signifikant vorherzusagen.

Wenngleich das Ausmaß an politisch rechts motivierten dissozialen Verhaltensweisen, die über verbale Attacken hinausgehen, in beiden Stichproben sehr gering zu sein scheint, machen auch die Angaben der Verfassungsschützer_innen nochmals deutlich, dass die aktuellen Ereignisse in Bezug auf steigende Flüchtlingszahlen und islamfeindlichen und asylkritischen Äußerungen das Potenzial in sich tragen, spontane Gewaltreaktionen hervorzurufen. Vor diesem Hintergrund sind die vorliegenden Befunde zwar als erfreulich zu werten, dürfen jedoch nicht über das aktuelle Gefahrenpotenzial hinwegtäuschen.

4 Auswertung der Befragung der Expertinnen und Experten

Im Zeitraum zwischen Herbst 2014 und Frühjahr 2015 fand die Befragung von Vertreter_innen unterschiedlicher Funktionsbereiche statt, die in diversen Bezügen mit den Themen Rechtsextremismus und Alltagsrassismus regelmäßig konfrontiert sind. Bei den angeschriebenen Personengruppen handelt es sich um Befragte aus den Bereichen der Politik, Polizei, Bildung und Weiterbildung oder Vertreter_innen verschiedener Beratungsstellen.

Die Befragung von Schüler_innen diente hauptsächlich dem Zweck, ein Lagebild rechtsextremer Einstellungen zu erstellen und Risiko- und Schutzfaktoren für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen zu erfassen. Ziel der Expert_innenbefragung war es, den persönlichen Eindruck von politischem Extremismus, speziell Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein zu erfragen und in Erfahrung zu bringen, wie die Befragten in dieser Stichprobe das Phänomen wahrnehmen und beurteilen. Um einen Überblick über die Bekanntheit der „Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus“ (RBTs) unter den Befragten zu erhalten und zu ermitteln, inwiefern deren Angebote bereits genutzt werden, wurden auch zu diesem Themenbereich Fragen gestellt. Die Antworten zu den verschiedenen Fragen werden in den folgenden Abschnitten gesondert dargestellt.

4.1 Soziodemographische Beschreibung der Expertenstichprobe

An der Expert_innenbefragung beteiligten sich 116 Vertreter_innen aus unterschiedlichen Funktionsbereichen. Die Teilnehmer_innenquote liegt bei 31 Prozent (siehe Abschnitt 2.2.4). Vor dem Hintergrund, dass die Akquise von Expert_innen aufgrund der regionalen Weitläufigkeit und den vielzähligen Funktionsbereichen in den meisten Fällen nur schriftlich vorgenommen werden konnte, ist diese Teilnehmer_innenquote als „gut“ zu bewerten.

Der Tabelle 1 im zweiten Kapitel dieser Arbeit ist bereits die Anzahl angeschriebener Expert_innen und die Anzahl zurück erhaltener ausgefüllter Fragebögen zu entnehmen. Eine Übersicht über die Funktionsbereiche, aus denen Antworten erfolgten, liefert die Abbildung ***13***.

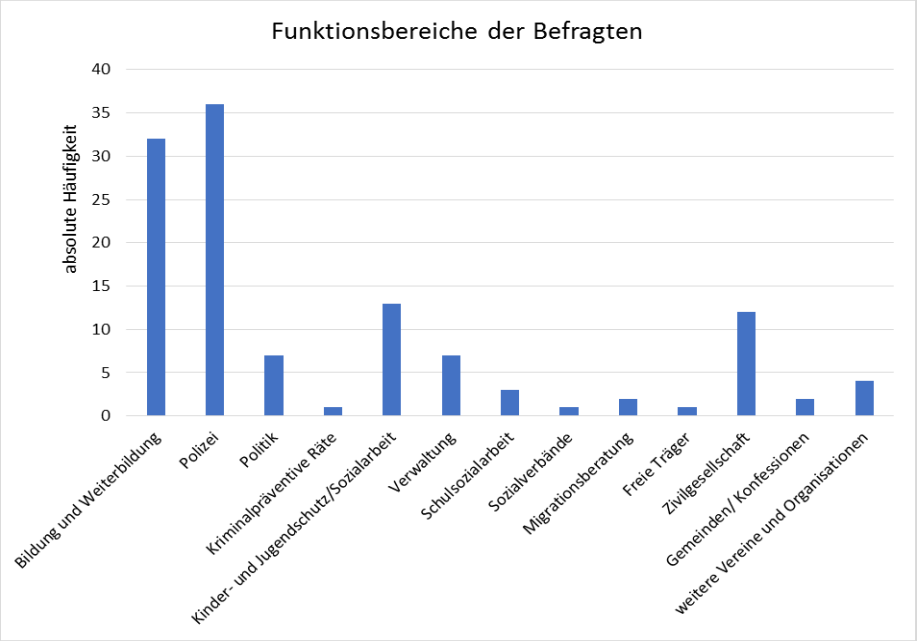
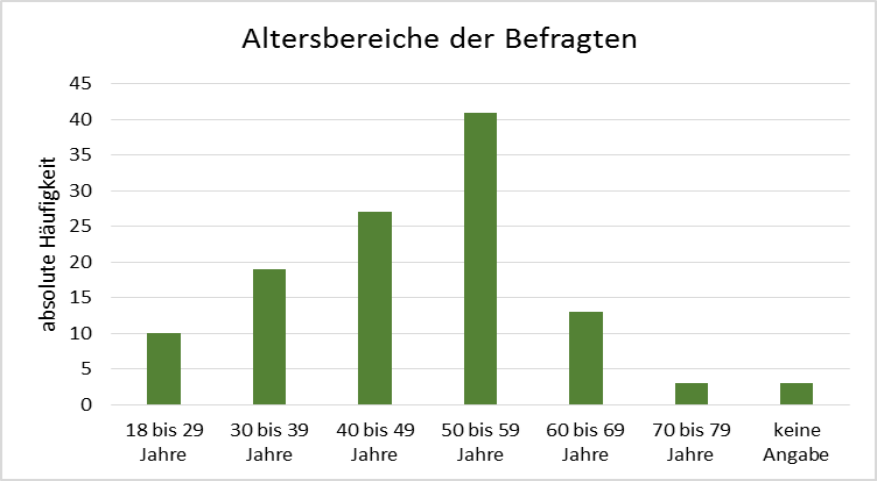


Abbildung 13 : Anzahl der ausgefüllt zurück erhaltenen Fragebögen aus der Expert_innenbefragung mit Angabe der jeweiligen Funktionsbereiche.

Insgesamt beteiligten sich 37 weibliche und 77 männliche Teilnehmer_innen an der Umfrage. In zwei Fällen erfolgte keine Angabe zum Geschlecht. Die überwiegende Anzahl von Befragten gab als Wohnort die Stadt Kiel an (28 %), gefolgt von dem Landkreis Rendsburg-Eckernförde (11 %) sowie dem Landkreis Schleswig-Flensburg (10 %). Acht bzw. neun Antworten erfolgten jeweils aus den Städten Flensburg und Neumünster sowie den Landkreisen Pinneberg und Plön. Eine bis sechs Antworten kamen jeweils aus den Landkreisen Nordfriesland, Dithmarschen, Steinburg, Segeberg, Stormarn sowie aus dem Landgerichtsbezirk Lübeck. In einem Fall erfolgte keine Nennung des Wohnortes. Der Altersdurchschnitt der Befragten liegt bei 47,8 Jahren (SD = 11,8), das Minimum bei 18 Jahren und das Maximum bei 74 Jahren. In drei Fällen erfolgte keine Nennung des Alters (Abbildung 14).

Abbildung 14: Altersbereiche der Teilnehmer_innen der Expert_innenbefragung.



4.2 Qualitative Auswertungen zum Antwortverhalten

Nachfolgend werden die Antworten der unterschiedlichen Fragenkategorien vorgestellt. Die ersten drei Fragen beschäftigen sich inhaltlich mit dem subjektiven Eindruck vom Ausmaß des Rechtsextremismus und Alltagsrassismus, den die Befragten durch ihre jeweilige Tätigkeit und/ oder Erfahrungen aus dem Alltag gewonnen haben sowie mit dessen Umgang in ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich. Es wird ebenfalls erfragt, welche möglichen Probleme in der Rechtsextremismusbekämpfung wahrgenommen werden und bei welchen Themenbereichen die Teilnehmer_innen stattdessen bzw. ebenfalls Handlungsbedarf sehen. Die letzten vier Fragen beziehen sich schließlich auf die Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (RBTs) und deren Arbeit.
Grundsätzlich soll noch einmal darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den folgenden Ergebnissen um die qualitative Auswertung der Antworten aus dem Expert_innefragebogen handelt. Eine Generalisierung des Antwortverhaltens auf bestimmte Funktionsbereiche oder Landkreise ist nicht intendiert. Auswertungen auf diesen Ebenen finden gleichwohl statt.

4.2.1 Allgemeiner Eindruck zum Ausmaß von Rechtsextremismus und Alltagsrassismus

Die Frage, die zu diesem Thema gestellt wurde, lautet folgendermaßen:

„Zunächst eine allgemeine Frage zu Rechtsextremismus und Alltagsrassismus in Schleswig-Holstein: Wie ist Ihr Eindruck – hat sich das Ausmaß an Rechtsextremismus (fremdenfeindliche Gewalt, offene Demokratieablehnung etc.) in den letzten 2 bis 3 Jahren verändert?“

Von den 116 Teilnehmer_innen antworteten 52,6 Prozent von ihnen auf diese Frage mit „nein“. Sie machen somit deutlich, dass sie keine Veränderung im Ausmaß von Rechtsextremismus und Alltagsrassismus in Schleswig-Holstein erleben. 45,7 Prozent antworteten hingegen mit „ja“. Sie wurden daraufhin gebeten anzugeben, ob sie eher eine Verringerung oder Erhöhung der Intensität wahrnehmen. Der kleinere Teil gibt dabei an, dass das Ausmaß seiner Ansicht nach eher abgenommen habe (12,1 %), während 30,2 Prozent glauben, dass Rechtsextremismus und Alltagsrassismus eher zugenommen haben. 3,2 Prozent empfinden gar eine starke Zunahme dieser Phänomene in Schleswig-Holstein wahr. Zwei Befragte machten hierzu keine Angaben.
Als Begründung für eine wahrgenommene Zunahme geben viele der Befragten an, dass Gewalttaten gegen Geflüchtete und Asylsuchende, der Zulauf zu Bürger_innenbewegungen wie „PEGIDA“ („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) und deren regionalen Ablegern sowie die mediale Berichterstattung darüber diesen Eindruck erwecken würden. Die generelle Empfindung einer Zunahme von insbesondere alltagsrassistischen Äußerungen entstehe nach Angaben vieler Teilnehmer_innen auch durch eine Zunahme von Sympathien zu fremdenfeindlichen Äußerungen im

Bekanntenkreis. So merkt beispielsweise ein Polizeibeamter aus dem Kreis Plön an, dass „die grundsätzliche Stimmung in der Bevölkerung immer mehr ablehnend gegenüber ausländischen und ausländisch stämmigen Personen zu sein scheint. Dies sieht und hört man immer mehr und immer häufiger in scheinbar beiläufigen Kommentaren, welche zwischenzeitlich auch von Menschen ausgehen, die man früher nie als fremdenfeindlich eingestuft hatte."
Eine Abnahme dieser Phänomene wurde häufiger durch eine gefühlte Abnahme öffentlicher Aktionen der rechtsextremen Szene, medialer Berichterstattungen über fremdenfeindliche/ rechtsextremistische Straftaten sowie von Polizeieinsätzen gegen Rechtsextremist_innen erklärt und begründet.

Die jeweilige Region betrachtend, in der die Befragten wohnhaft und/ oder tätig sind, zeigt sich Folgendes: Von den 33 Befragten aus der Stadt Kiel geben 20 Personen (60,6 %) an, keine Veränderung in der Intensität wahrzunehmen, während neun von ihnen (27,3 %) eine Zunahme feststellen. Von den zwölf Befragten aus dem Landkreis Schleswig-Flensburg nehmen ebenfalls 66,7 Prozent keine Veränderung wahr, während sich jeweils zwei Teilnehmer_innen für eine Abnahme wie auch für eine Zunahme aussprechen (jeweils 16,7 %). In der Stadt Flensburg, aus der acht Antworten stammen, bemerken vier von ihnen keine Veränderung im Ausmaß von Rechtsextremismus und Alltagsrassismus, während weitere drei Befragte (37,5 %) eher eine Abnahme feststellen. Auch in der Stadt Neumünster, aus der ebenfalls acht Antwortbögen zurückgesendet wurden, geben drei der Teilnehmer_innen an, eine Abnahme zu empfinden.
Bei der Betrachtung des Antwortverhaltens auf Ebene der Funktionsbereiche lassen sich keine bedeutsamen Häufungen von Antworten in einem Funktionsbereich finden, so dass keine Hinweise auf unterschiedliche Wahrnehmungen in verschiedenen Funktionsbereichen zu erkennen sind. Ebenfalls lassen sich keine Anhaltspunkte dafür finden, dass der subjektive Eindruck vom Ausmaß rechtsextremer oder alltagsrassistischer Taten mit der Altersgruppe des Betrachters korrespondiert.
Da die zwei größten Gruppen der Befragten aus dem Bereich der „Bildung und Weiterbildung" (26,7 %) sowie Befragte aus dem Polizeibereich kommen (30,2 %), soll deren Antwortverhalten auf diese Frage noch einmal gesondert angegeben werden. Lehrkräfte nehmen überwiegend keine Veränderung im Ausmaß von Rechtsextremismus und Alltagsrassismus wahr (61,3%). Wenige von ihnen erleben hingegen eher einen Rückgang (6,5 %), während weitere 32,3 Prozent eine Zunahme wahrnehmen. Wird die Teilgruppe der Polizeibeamt_innen betrachtet, so spricht sich ebenfalls die größte Gruppe für ein Gleichbleiben im Ausmaß von Rechtsextremismus und Alltagsrassismus im Land aus (48,6 %), während weitere 22,9 Prozent von ihnen den Eindruck einer Abnahme haben. Weitere 22,9 Prozent bemerken eine Zunahme, während 5,7 Prozent der Polizeibeamt_innen keine Angaben dazu machten.

4.2.2 Umgang mit Rechtsextremismus und Alltagsrassismus nach Funktionsbereich

Der zweite Themenblock bezieht sich inhaltlich auf den jeweiligen Funktionsbereich der Befragten. Hierbei soll ermittelt werden, ob die Teilnehmer_innen bei ihrer Arbeit regelmäßig mit den Themen Rechtsextremismus und Alltagsrassismus in Kontakt kommen und wie in ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich damit umgegangen wird.
Die erste Frage zu diesen Themenkomplex lautet:

„Konkret auf Ihren Funktionsbereich bezogen: Kamen oder kommen Sie regelmäßig in Kontakt mit den Themen Rechtsextremismus/ Fremdenfeindlichkeit und/ oder Alltagsrassismus? Wenn ja, inwiefern?“

In der Auswertung zeigt sich, dass in etwa gleich viele Befragte mit „nein“ antworteten (48,3 %) wie mit „ja“ (49,1 %). Weitere drei Personen enthielten sich der Antwort (2,6 %).
Werden die Ergebnisse hinsichtlich der Funktionsbereiche, aus denen die Befragten stammen, betrachtet, so zeigt sich über nahezu alle Funktionsbereiche hinweg eine relativ ausgewogene Beantwortung. Hinweise darauf, dass die Teilnehmer_innen nur in bestimmten Regionen mit Rechtsextremismus und/ oder Alltagsrassismus in Kontakt kommen, lassen sich nicht finden. Allein von den acht Befragten aus der Stadt Neumünster geben sechs aus jeweils unterschiedlichen Funktionsbereichen an, mit diesen Themen regelmäßig in Berührung zu kommen.
Bejahten die Befragten die Frage nach regelmäßigem Kontakt mit Rechtsextremismus und/ oder Alltagsrassismus, wurden sie erneut gebeten, vertiefende Angaben dazu zu machen. Dabei wird deutlich, dass der größte Teil der Befragten eher mit den Ausprägungen von Alltagsrassismus konfrontiert ist als mit Rechtsextremismus. Ein Kieler Befragter aus dem Bereich der Schulsozialarbeit schreibt hierzu folgendes: „Alltagsrassismus ist tagtäglich vorhanden. In den Medien, in Gesprächen im Alltag, bspw. vor allem im Sportverein oder bei der Arbeit oder in anderen Bereichen, wo es um Wettbewerb geht. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist vor allem online zu beobachten und in Mitte-Rechts-Argumentationen wie die AfD etc., die rechtsgeprägte Diskurse in die öffentliche Meinung bringen und versuchen, diese zu instrumentalisieren.“
Ein Erleben von Alltagsrassismus und Fremdenfeindlichkeit berichten auch zahlreiche andere Befragte, wie etwa Lehrkräfte. So seien diese Phänomene auf dem Schulhof durch Äußerungen wie „Du Jude“ genauso präsent wie in unterrichtsbezogenen Gesprächen mit Schüler_innen und Eltern. Dass Alltagsrassismen unter Kolleg_innen allerdings ebenfalls keine Einzelfälle sind, wird an ähnlichen Kommentaren zahlreicher anderer Befragter aus ganz unterschiedlichen Funktionsbereichen deutlich. Eine Vertreterin der Zivilgesellschaft, die in verschiedenen Initiativen ehrenamtlich tätig ist, schreibt hierzu beispielsweise, dass sie bereits rechtsextremistische Äußerungen auch von allgemein

geschätzten Personen aus der Mittelschicht wahrgenommen habe, auf ihr Entsetzen darauf jedoch nur zu hören bekam: „Da musst du weghören. Er ist doch so nett."

Weiterhin wurden die Befragten gebeten, eine Antwort auf folgende Frage zu geben:

„Wird, bezogen auf den Themenbereich Rechtsextremismus und Alltagsrassismus, Handlungsbedarf in Ihrem Funktions- oder Tätigkeitsbereich (z.B. aufseiten Ihrer Vorgesetzten) gesehen?"

Hierzu standen den Teilnehmer_innen erneut die Antworten „ja" und „nein" zur Verfügung. Eine Spezifizierung der Angaben wurde bei dieser Frage nicht gefordert.
Von den 116 Teilnehmer_innen verneinen 70 (60,3 %) von ihnen dies, während 45 Befragte (38,8 %) diese Frage bejahen. Wird dabei zunächst nur der Bereich, in dem die Teilnehmer_innen tätig sind, betrachtet, zeigt sich keine bestimmte Tendenz, da sich wie bei der zuvor gestellten Frage auch hier die Antworten der Befragten aus allen Funktionsbereichen einigermaßen gleichmäßig verteilen. Wird hingegen ebenfalls der Wohnort/ Tätigkeitsort mit in die Analyse einbezogen, wird deutlich, dass alle acht Teilnehmer_innen aus der Stadt Neumünster diese Frage mit „ja" beantworteten, während jede/r der zwölf Befragten aus dem Kreis Schleswig-Flensburg diese Frage verneinen.
Der Landkreis Nordfriesland wird durch fünf Teilnehmer_innen vertreten, die alle der Polizei angehören. Von ihnen beantwortete nur eine Person die genannte Frage mit „ja", während vier weitere Polizeibeamt_innen aus diesem Landkreis angeben, in ihrem Funktionsbereich werde in Bezug auf Rechtsextremismus und Alltagsrassismus kein Handlungsbedarf gesehen. Die Antworten der Befragten aus den übrigen Landkreisen verteilen sich hingegen relativ gleichmäßig über beide Antwortalternativen.

Die dritte Frage zu diesem Themengebiet, die inhaltlich mit der vorhergehenden Frage verbunden ist, ist die folgende:

„Gab oder gibt es diesbezüglich bereits Initiativen oder Interventionen in ihrem Funktionsbereich (z.B. Projektwochen zum Thema „Toleranz" in Schulen, interkulturelle Wochen in Ihrer Gemeinde)?"

Anders als bei der vorherigen Frage antworteten etwas mehr Befragte auf diese Frage mit „ja" (54,3 %; nein: 45,7 %). Während Befragte aus dem Bereich der „Bildung und Weiterbildung" diese Frage nahezu gleich häufig bejahen bzw. verneinen (51,6 % bzw. 48,4 %) und Befragte aus dem Bereich „Polizei" diese Frage eher verneinen als bejahen (ja: 31,4 %, nein: 68,6 %), fallen die Antworten der Teilnehmer_innen aus den übrigen Funktionsbereichen größtenteils mit „ja" aus. Allein im Bereich des „Kinder- und Jugendschutzes" geben sechs von 15 Befragten (40 %) ebenfalls an, in ihrem Tätigkeitsbereich werde kein Handlungsbedarf in Bezug auf Alltagsrassismus und/ oder Rechtsextremismus gesehen.

Wie sich weiterhin zeigt, ist die Art der Projekte und Initiativen breit gefächert. Im Bereich der Schule berichten beispielsweise zahlreiche Lehrkräfte von Projektwochen und Unterrichtseinheiten zu diesen Themenbereichen, Studienfahrten zu z.B. ehemaligen Konzentrationslagern oder der Teilnahme von Projekten wie dem „Europamobil“ oder dem Projekt „Braune Falle“, initiiert vom Bundesamt für Verfassungsschutz. Auch berichten viele Lehrkräfte von der Teilnahme ihrer Schule an der Initiative „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“, in dessen Rahmen sich teilnehmende Schulen verpflichten, durch regelmäßig stattfindende Aktionen ihre Schüler_innen für Themen wie Toleranz, Weltoffenheit und interkulturelle Vielfalt zu sensibilisieren. Gleichzeitig verweisen Befragte aus dem Bereich der Bildung und Weiterbildung auch darauf, dass die Projektarbeit allein nicht ausreiche. So arbeiten viele Lehrkräfte auch „diagnostisch“, indem sie auf auftretende Zeichen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter ihren Schüler_innen zeitnah reagieren und daraufhin geeignet intervenieren. So lasse sich häufig sogar besser ein Bezug zu den Themen Rechtsextremismus und Alltagsrassismus herstellen, als durch die präventive Projektarbeit, wenngleich diese natürlich auch ihre Berechtigung habe. Eine derartige „diagnostische“ Vorgehensweise sei aufgrund von hoher Arbeitsbelastung oder fehlenden (Sach-)Mitteln jedoch nicht in allen Schulen möglich.

Auch in anderen Tätigkeitsbereichen berichten die Teilnehmer_innen von verschiedenen und regelmäßig wiederkehrenden regionalen und überregionalen Initiativen wie interreligiöse Vortragsreihen, Stadtteilfeste und –initiativen (z.B. die Mettenhofer Stadtteilinitiative „bunt & tolerant“) oder die Teilnahme ihrer Stadt am „Bündnis gegen Rechts“. Nennenswert sind auch die Angebote interkultureller Schulungen und Fortbildungsprogramme in den Bereichen „Verwaltung“ oder „Polizei“. So antwortet eine Vertreterin der Polizei, dass es verschiedene Schulungen berufsethischer Aspekte gäbe, wie etwa die psychologische Beschulung zum Umgang mit bestimmten religiösen und kulturellen Ritualen (z.B. Schuhe ausziehen bei Einsätzen in Wohnungen von Personen aus bestimmten Kulturkreisen). Wie es scheint, sind derartige Schulungen bisher jedoch „nur“ Angebote, die aber insbesondere von interessierten und aufgeschlossenen Polizeibeamt_innen gerne wahrgenommen werden.

Die letzte Frage zu diesem Themenbereich bezieht sich schließlich auf die Möglichkeit zum interdisziplinären Austausch zwischen in den Funktionsbereichen. Sie lautet:

„Stehen Sie bei Ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit in Kontakt mit anderen Funktionsbereichen (z.B. der Polizei, Lokalpolitik), mit denen Sie sich über Präventions- und Interventionsmöglichkeiten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus austauschen können?“

Auf diese Frage antworteten 39 Befragte mit „nein“ (33,6 %), während 73 Teilnehmerinnen diese Frage bejahten (62,9 %). Vier Befragte enthielten sich (3,4 %). In der weiteren Auswertung zeigt sich, dass eine interdisziplinäre Zusammenarbeit nicht nur alters- und regionsübergreifend, sondern auch

über alle Funktionsbereiche hinweg stattfindet, wenngleich nicht alle Teilnehmer_innen diese Möglichkeit bereits nutzen bzw. benötigten. Etwa 40 Prozent der befragten Lehrkräfte geben beispielsweise an, mit örtlichen Polizeibeamt_innen im Rahmen von z.B. Aufklärungsarbeiten im Unterricht zu kooperieren sowie mit sozialpädagogischen Stellen und Vertreter_innen der Lokalpolitik und dem Jugendamt in Kontakt zu stehen. Als weitere Kooperationspartner werden zudem häufig Kirchenvertreter_innen, Vertreter_innen der lokalen kriminalpräventiven Räte, die Mitarbeiter_innen der regionalen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus oder Vertreter_innen verschiedener Organisationen und Vereine wie dem „Weißen Ring“ oder der „Arbeiterwohlfahrt“ (AWO) genannt. Auch wird an verschiedenen Stellen der Wunsch geäußert, den Kontakt zu Lokalpolitiker_innen sowie zu Vertreter_innen verschiedener Glaubensgemeinschaften zu intensivieren.
Anhand dieser Zusatzinformationen lässt sich schließlich festhalten, dass die Motivation, mit anderen Personen oder Institutionen im Rahmen einer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit zusammenzuarbeiten und sich mit ihnen thematisch auszutauschen, unter einem Großteil der Befragten sehr hoch ist.

4.2.3 Probleme der Rechtsextremismusbekämpfung

Aufgrund der vielfältigen Expertise der Befragten auf dem Gebiet der Rechtsextremismusbekämpfung sowie ihrem teilweise hohen Engagement ist deren Einschätzung von möglichen Problemen, die sich in diesem Feld ergeben, von großer Bedeutung. Aus diesem Grund lautet die nächste Frage wie folgt:

„Sehen Sie Probleme im Kampf gegen Rechtsextremismus und Alltagsrassismus?“

Erneut wurde den Befragten ein dichotomes Antwortformat vorgelegt, so dass die Teilnehmer_innen diese Frage entweder bejahen oder verneinen konnten. Die Mehrheit der Teilnehmer_innen schätzt diese Frage unabhängig von ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich, ihrem Alter oder Wohn- bzw. Tätigkeitsort mit „ja“ ein (70,7 %), während demgegenüber ein nur relativ geringer Anteil keine Probleme in der Rechtsextremismusbekämpfung sieht (27,6 %). Zwei Befragte enthielten sich.
Viele Teilnehmer_innen nutzten weiterhin die Möglichkeit für vertiefende Angaben zu dieser Frage. Dabei wird deutlich, dass Probleme auf verschiedenen Ebenen gesehen werden. So wird einerseits häufig die Perspektivlosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen angesprochen, die die Anfälligkeit für die Übernahme rechtsextremen Gedankenguts erhöht. Die Suche nach Halt und Anschluss treibe gerade junge Menschen nicht selten auch in die Arme rechtsextrem orientierter Gruppen. Um dies zu verhindern, wäre es notwendig, bereits bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wachsam zu sein und Aufklärung zu betreiben. Dies dürfe jedoch nicht ausschließlich die Aufgabe staatlicher Einrichtungen wie dem Kindergarten oder der Schule sein, sondern muss ebenso von den Eltern unterstützt

werden. Hierzu merkt jedoch ein Großteil der Befragten an, dass die Akzeptanz von Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus gerade in der Mehrheitsgesellschaft durch eine wachsende Intoleranz und ein wachsendes politisches Desinteresse gekennzeichnet sei, die insbesondere ein Verständnis für das Vorgehen gegen rechtsextremistische Gruppierungen sehr schwierig machten. Eine Teilnehmerin schreibt hierzu außerdem: „Ungebildete Menschen vermischen ihre persönliche soziale Situation mit den Flüchtlingsströmen und hinterfragen ihre eigenen Vorurteilsstrukturen nicht." Dass auch die zunehmenden Flüchtlingszahlen und die Probleme, die deren Unterbringung und Integrationen mit sich bringen, bei vielen Menschen die Sympathie für rassistisches Gedankengut erhöhen, merken auch andere Teilnehmer_innen an und sehen darin ebenfalls eine zunehmende Schwierigkeit in der Rechtsextremismusbekämpfung. Auch gewinnen chauvinistische und fremdenfeindliche Orientierungen durch die Taten von terroristischen Gruppierungen wie dem „Islamischen Staat" (IS) einen enormen Zulauf. Ein großer Teil der toleranten Gesellschaft bleibt nach Ansicht einiger Befragten hingegen leider zu häufig still und nimmt die wachsende Ablehnung von Migrant_innen, Vertriebenen oder Asylsuchenden schweigend hin, ohne sich klar zu positionieren. Dies erschwere ebenfalls die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus, da nicht selten das Fehlen von Gegenstimmen als Befürwortung einer ablehnenden Haltung gegen z.B. Geflüchtete verstanden werde.

Die zahlreichen Projekte und Programme, die für Aufklärung sorgen und das Demokratieverständnis der Bürger_innen erhöhen sollen, sehen sich demgegenüber allerdings immer häufiger mit zu wenig Personal, einer Befristung von Arbeitsverträgen und einer generellen Ressourcenknappheit konfrontiert, wie es u.a. eine Mitarbeiterin einer Koordinierungsstelle für Integration aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe anmerkt.

Einige Vertreter_innen aus dem Bereich der Polizei beziehen die Probleme, die sie im Kampf gegen Rechtsextremismus sehen, auch speziell auf ihren Funktionsbereich. So merkten einige Polizeibeamt_innen an, dass ein latenter Rassismus auch unter Polizeibeamt_innen zu finden sei, dem entschieden Einhalt geboten werden sollte. Ein anderer Polizeibeamter schreibt hierzu allerdings, dass noch zu viele Ordnungskräfte auf diesem Auge „blind" zu sein scheinen.

Werden Probleme bei der Arbeit zur Rechtsextremismusbekämpfung und Demokratiepädagogik wahrgenommen, so kann dies auch damit einhergehen, dass in angrenzenden Bereichen Handlungsbedarf besteht (bspw. im Umgang mit Antisemitismus), welcher bei fehlender Fokussierung letztlich auch die Rechtsextremismusprävention erschwere. Denkbar ist zudem, dass Teilnehmer_innen der Rechtsextremismusbekämpfung grundsätzlich eine hohe Bedeutung beimessen, in ihrer jeweiligen Region jedoch andere Personengruppen ebenfalls eine Bedrohung für ein demokratisches und gewaltfreies Miteinander darstellen, die bisher eventuell jedoch noch nicht in das Blickfeld von Schutz-

organen oder ähnlichem geraten sind. Aus diesem Grund schließt sich an die Frage nach der Problemwahrnehmung bei der Rechtsextremismusbekämpfung die Folgende an:

„Sehen Sie eher Handlungsbedarf in anderen nicht-rechtsextremistischen Themenbereichen/ bei anderen Personengruppen?“

Der größte Teil der Stichprobe bejahte erneut regions-, alters- und bereichsübergreifend diese Frage (77,6 %), während nur 16,4 Prozent keinen priorisierten Handlungsbedarf in anderen Bereichen wahrnehmen. Sieben weitere Befragte enthielten sich ihrer Stimme (6,0 %).

Bei der Formulierung dieser Frage wurde bewusst darauf geachtet, sie so offen wie möglich zu gestalten, um alle Teilnehmer_innen mit ihren vielfältigen Erfahrungen anzusprechen und somit schließlich ein möglichst großes Spektrum an Antworten zu erhalten. Durch das Wort „eher“ sollten sich die Befragten ebenfalls zu einer Antwort herausgefordert fühlen, wenn sie der präventiven und intervenierenden Arbeit in anderen Bereichen tatsächlich einen größeren Stellenwert geben. Viele der Teilnehmer_innen machen hierbei jedoch deutlich, dass sie gleichzeitig auch in anderen Bereichen einen großen Handlungsbedarf wahrnehmen. So schreibt beispielweise eine Befragte: „Wichtige Themenbereiche sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden, dieser [der Bereich der Rechtsextremismusprävention bzw. -bekämpfung, Anm. d. Verf.] ist einer von mehreren Themen unseres Arbeitsbereichs.“ Ähnlich äußerten sich z.B. auch die 29 Befragten (25 %), die der Bekämpfung des islamistischen Extremismus/ Terrorismus eine hohe Bedeutsamkeit beimessen.

16 Teilnehmer_innen (13,8 %) sehen einen verstärkten Handlungsbedarf in der Bekämpfung des Linksextremismus, wobei diese Ansicht hauptsächlich von Polizeibeamt_innen vertreten wird (12 von 16 bzw. 75,0 %). Ein Polizeibeamter aus Kiel merkt dazu folgendes an: „Linksextremismus, wenn mit Gewalt verbunden, beschäftigt uns viel mehr als Rechtsextremismus. Wer das sagt, muss aber immer damit rechnen, in die rechte Ecke gedrängt zu werden.“

Neben der Überwachung und der Bekämpfung aller extremistischen Gruppierungen, der Bandenkriminalität und der Prävention im Bereich der Hooligan-Szene sehen viele Befragte in weiteren Bereichen ebenfalls Handlungsbedarf. So schreibt ein Kieler Bürger, dass er die Notwendigkeit zum Handeln auch bei Konflikten sieht, die von Migrant_innen untereinander ausgehen, wie etwa bei den Streitigkeiten zwischen Türk_innen und Kurd_innen. Auch wurde die Integration insbesondere jugendlicher Flüchtlinge bereits durch einige Teilnehmer_innen angesprochen, die einer möglichen Opferprävention dieser Zielgruppe entgegenwirken soll. Hierbei stelle vor allem die Bereitstellung von Integrationskursen eine zentrale Rolle dar, welche bisher jedoch noch nicht flächendeckend und kostenfrei für Migrant_innen angeboten werde.

Ein weiterer Befragter aus dem Landkreis Schleswig-Flensburg merkt die Ablehnung, die viele Einheimische gegenüber bulgarischen „Billiglohn-Arbeitskräften“ zeigen, an. Auch hier bestehe in Anbetracht der Prävention von Gewalt und Ausgrenzung ein großer Handlungsbedarf.
Andere Teilnehmer_innen, darunter zahlreiche Lehrkräfte, sprechen die Förderung im Bereich der Bildungs- und Gesundheitspolitik an. Im Bereich der Schule fehle es beispielsweise noch immer an einer Aufklärung im Bereich der psychischen Erkrankungen, einer Sexualaufklärung der Schüler_innen oder einer Aufklärung über die Gefahren von Mobbing und Jugendgewalt. Auch fehle es im Bereich der Schule noch immer an Wissen über Handlungsoptionen, wie mit rechtextrem-affinen und rassistischen Schüler_innen umgegangen werden könne.

Im Land Schleswig-Holstein wird seit 2013 durch die Bereitstellung von Beratungsstellen in Flensburg, Lübeck, Itzehoe und Kiel im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus ein flächendeckendes Angebot auf den Gebieten der Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung realisiert. Um die Angebote der regionalen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus in vollem Umfang nutzen zu können, ist deren Bekanntheit von zentraler Bedeutung. Inwiefern diese den Teilnehmer_innen der Befragung bereits bekannt sind, wird im nachfolgenden Themenkomplex untersucht.

4.2.4 Angebote der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (RBTs)

Fragebögen, die elektronisch versendet wurden, wurde ebenfalls ein Flyer des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein beigefügt. Ziel dieses Flyers ist es, das Leistungsspektrum der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (RBTs) vorzustellen, die ein Teil des Beratungsnetzwerkes und seit dem Jahr 2013 neben Kiel auch in den Städten Lübeck, Flensburg und Itzehoe ansässig sind. Anliegen der RBTs/ des Beratungsnetzwerkes ist die mobile Beratung und Prävention von Rechtsextremismus. Dabei bieten die Mitarbeiter_innen der RBTs Unterstützung und Beratung von zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Kommunalpräventiven Räten, Informationen über den Aufbau, die Struktur und das veränderte Erscheinungsbild der extremen Rechten sowie eine Unterstützung bei der Vernetzung von kommunalen Institutionen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Kirchengemeinden und Büger_inneninitiativen.
Im Bereich der Schule umfasst das Leistungsspektrum der RBTs die Vermittlung von Kenntnissen über die rechtsextreme Ideologie, rechtsextreme Strukturen vor Ort sowie rechtsextreme Musik, Kleidung und Websites. Eine andere Aufgabe im Bereich der Schule ist die Demokratiepädagogik, indem durch z.B. durch Ausstellungen und Projekte, aber auch durch die Neugestaltung der Schulkultur das Demokratieverständnis unter den Schüler_innen erhöht werden soll. Beratung von Eltern, deren Kinder sich rechtsorientierten Gruppen anzuschließen drohen oder dies bereits getan haben, bieten die

Mitarbeiter_innen der RBTs ebenfalls an. Ein weiterer zentraler Aspekt ist schließlich die Beratung und Unterstützung der Betroffenen von rechtsextremer Gewalt, Rassismus und Diskriminierung. Neben der Beratung im geschützten Rahmen und der Bereitstellung sozialpädagogischer Hilfen, etwa in Form einer Begleitung bei Behördengängen, bieten die Mitarbeiter_innen der RBTs in diesen Fällen ebenfalls z.B. Trainings zur Stärkung im Umgang mit Diskriminierungen und Rassismus an.

Neben der Beigabe des Flyers enthielt der Expert_innenfragebogen vor Beginn dieses Themenblocks ebenfalls eine kurze Zusammenfassung, um was es sich bei den RBTs handelt. Sie lautet wie folgt:

„Im November 2013 verstärkte die Landesregierung in Schleswig-Holstein die Zahl Regionaler Beratungsstellen für die Prävention, Beratung und Fortbildung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus (s. Flyer), so dass neben Kiel auch in Flensburg, Lübeck und Itzehoe drei weitere Regionale Beratungsteams (RBTs) gegründet werden konnten."

Die sich daran anschließende Frage lautet:

„Wissen Sie bereits von der Existenz dieser RBTs? Sind Sie schon einmal in Kontakt mit dem RBT in Ihrer Region gekommen?"

Drei Antwortmöglichkeiten standen den Teilnehmer_innen zur Verfügung:

(1) Ich habe bisher noch nichts von den RBTs gehört
(2) Ich habe bereits von ihnen gehört, hatte aber noch keinen Kontakt zu ihnen
(3) Ich habe bereits von den RBTs erfahren und kam schon in Kontakt mit ihnen

Der größte Teil der Befragten gibt an, bisher noch nichts von den RBTs gehört zu haben (56,0 %), während etwa halb so viele Befragte bereits von der Existenz der RBTs hörten, mit ihnen jedoch noch nicht in Kontakt kamen (26,7 %). Weitere 19 Teilnehmer_innen machen deutlich, von den RBTs zu wissen und mit ihnen bereits in Kontakt gekommen zu sein (16,4 %). Eine Person enthielt sich (0,9 %). Von den 13 Vertreter_innen des Kinder- und Jugendschutzes sowie der Jugend- und Sozialarbeit gaben jeweils fünf Befragte an, keine Kenntnis von den RBTs zu haben bzw. sie zu kennen und mit ihnen bereits ihnen Kontakt gekommen zu sein. Drei weitere Befragte aus diesem Funktionsbereich machten die Angabe, sie bereits zu kennen, mit ihnen bisher aber noch nicht in Kontakt gekommen zu sein.

Von den 36 Polizeibeamt_innen bejahten zwölf von ihnen die zweite Antwortmöglichkeit, während die weiteren 24 Polizeibeamt_innen angeben, bisher noch nichts von den RBTs gehört zu haben.

Im Bereich der „Bildung und Weiterbildung" gab eine Lehrerin an, bereits in Kontakt mit den Mitarbeiter_innen der RBTs gekommen zu sein, während fünf weitere Vertreter_innen aus diesem Bereich deutlich machen, bereits von ihnen gehört zu haben. Der größte Teil von ihnen (81,3 %) hatte bisher allerdings noch keine Kenntnis von der Existenz der RBTs.

Auf regionaler Ebene lassen sich keine Hinweise dafür finden, dass in bestimmten Regionen oder Städten das Wissen um die RBTs ausgeprägter ist als in anderen. Es scheint vielmehr so, als ob vor allem diejenigen, die bereits Hilfe oder Beratung benötigten, auf das Beratungsnetzwerk und speziell auf die RBTs stießen, während diejenigen, die bisher noch keine Unterstützung in diesem Bereich benötigten, auch noch nicht mit ihnen in Kontakt kamen.

Unabhängig davon, ob ein/e Teilnehmer_in bereits von der Existenz der RBTs wusste oder nicht, besteht spätestens durch die Bearbeitung des Expert_innenfragebogens die Möglichkeit, dass Wünsche und Erwartungen an sie geweckt werden. Aus diesem Grund lautet die folgende Frage:

„Was wünschen Sie sich von den RBTs?/ Welche Erwartungen haben Sie?"

Insgesamt machten 85 Befragte (73,3 %) hierzu Angaben, wobei sich zeigt, dass ein Großteil der beschriebenen Wünsche und Erwartungen erfreulicherweise bereits durch das Leistungsspektrum der RBTs abgedeckt wird. So geben zahlreiche Teilnehmer_innen an, sich eine aktive Arbeit im Bereich der Aufklärung und Beratung zu wünschen, wobei im Bereich „Aufklärung" nicht nur die Vermittlung von Wissen über z.B. das aktuelle Erscheinungsbild der rechtsextremen Szene wünschenswert ist, sondern auch über z.B. eine gelungene Willkommenskultur. Insbesondere in Beratungssituationen sei weiterhin nicht nur ein aktives Zuhören, sondern ebenso das Entgegenbringen von Wertschätzung gegenüber dem zu Beratenden erwünscht, um so auch eine Entlastung für den/ die Hilfesuchende/n zu sein. Eine schnelle Ansprechbarkeit wird weiterhin als ebenso zentral gewertet wie eine gute Informationsvermittlung und ausreichende Öffentlichkeitsarbeit, die nach Angaben einiger Teilnehmer_innen noch verstärkt werden könnte. Des Weiteren wird das Angebot von Fortbildungsangeboten begrüßt, genauso wie die Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt oder der Ausstiegsberatung.

Die Umsetzbarkeit von einigen Wünschen ist aufgrund knapper Ressourcen, mit denen sich sicherlich auch die Mitarbeiter_innen der RBTs konfrontiert sehen, nur begrenzt möglich, wenngleich sie der Vollständigkeit halber hier dennoch mit aufgeführt werden sollen und womöglich auch für andere Initiativen im Bereich der Kriminalprävention hilfreich sein können. So wird angeführt, dass eine Schwerpunktlegung auf die Informationsvermittlung etwa in Form von Wanderausstellungen an Schulen wünschenswert wäre, genauso wie die verstärkte Präventionsarbeit bereits in Kindertagesstätten. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit könnten zudem ein verstärktes Auftreten in sozialen Medien oder öffentlichkeitswirksame Auftritte in z.B. der Kinowerbung oder auf Litfaßsäulen für eine stärkere Wahrnehmung der Präsenz von Initiativen und/ oder Beratungsstellen sorgen.

Die kritischen Anmerkungen dreier Teilnehmer aus dem Polizei-Bereich sollen hier ebenfalls mit erfasst werden. So merken diese Befragten annähernd übereinstimmend an, dass es sich bei der Grün-

dung weiterer Beratungsstellen eher um „politischen Aktionismus“ handele, die „im Zuge der NSU-Affäre aus dem Boden gestampft wurden und nicht an die Wurzel des Problems gehen (können).“ Ein Kieler Polizeibeamter gibt an, es handele sich bei der Errichtung neuer Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus „um eine politisch gefärbte Placebo-Aktion in Kombination mit einem Beschäftigungsprogramm für Akademiker in Abhängigkeit der dafür eingeworbenen Finanzmittel, u.a. vom Bund.“ Dass die Akzeptanz dieser Angebote der Rechtsextremismusprävention und -bekämpfung unter Polizeibeamt_innen eingeschränkt ist, wird auch an der Antworten eines Lübecker Polizeibeamten deutlich. Dieser erachtet beispielsweise die Errichtung der RBTs als „völlig überflüssige Instrumente“, welche „Außenstehenden ein völlig falsches Bild der Situation in Deutschland“ vermittle, da es „völlig überzogen“ sei, von einem Problem mit Rechtsextremismus zu sprechen. Dies würde „erst durch ständige Manipulation erzeugt“, so gäbe es schließlich „mehr Interventionsmöglichkeiten als Rechtsextreme“.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Bereiche, in denen die Mitarbeiter_innen der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus Hilfe und Unterstützung anbieten, sind schließlich auch die Antworten auf die folgende Frage interessant. Dabei lautet die Frage:

„Würden Sie die Angebote der RBTs nutzten? Wenn ja, warum?“

29 Befragte (25,0 %) geben auf diese Frage hin an, die Angebote der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus nicht nutzen zu wollen, wobei in der Mehrzahl als Begründung der diesbezüglich fehlende Bedarf angegeben wurde. Vereinzelt wurde diese Entscheidung auch damit begründet, dass die Kombination aus einem fehlenden Bedarf, einer hohen Arbeitsbelastung und der örtlichen Entfernung zu den Standorten der Beratungsteams eine Nutzung deren Angebote gegenwärtig nicht ermögliche. Weiterhin wird von Einzelnen die Nützlichkeit der RBTs dahingehend hinterfragt, inwiefern sie auf dem Gebiet der sekundären und tertiären Prävention – also einer Intervention bei den Menschen, die bereits rechtsextrem denken und/ oder Mitglied der rechtsextremen Szene sind – die Angebote der RBTs tatsächlich ausreichend sind und inwieweit der Unterstützung von Streetworkern o. ä. nicht ebenfalls eine große Bedeutung beigemessen werden sollte. Fünf Teilnehmer_innen enthielten sich ihrer Antwort (4,3 %).

Der Bereich der sekundären und tertiären Prävention liegt tatsächlich nicht im Fokus der RBTs, sondern die bereits erwähnte Prävention vor (Alltags-)Rassismus und Rechtsextremismus. Insbesondere Vertreter_innen aus dem Bereich der „Bildung und Weiterbildung“, Vertreter_innen im Bereich des „Kinder- und Jugendschutzes“ sowie der „Jugend- und Sozialarbeit“, der „Migrationsberatung“, der „Verwaltung“, der „Politik“ sowie der „Polizei“ sprechen sich regions- und altersunabhängig für eine Nutzung der Angebote der RBTs aus (insgesamt 70,7 %). Als Begründung wird hierfür vielfach das

Fachwissen und „Know-How“ der Mitarbeiter_innen angegeben, welches häufig als eine wichtige Ressource angesehen wird und bei der eigenen Arbeit, z.B. im Bereich der Schule, gerne genutzt würde. Häufiger wird ebenso darauf verwiesen, dass bereits gute Vorerfahrungen existieren, die eine wiederholte Kooperation mit den Mitarbeiter_innen der RBTs wünschenswert machen. Neben der Nutzung von Angeboten der RBTs aus beruflichen Gründen wird zudem auch im privaten Bereich die Chance zur Informationsgewinnung sowie die Möglichkeit zur Beratung bei Bedarf durch die RBTs als sehr gewinnbringend eingeschätzt, welche sich durch die vertiefende Beschäftigung mit ihnen im Rahmen dieser Befragung bei einigen sogar noch verstärkte.

Die abschließende Frage bezieht sich auf die Themenbereiche, die nicht nur durch die RBTs, sondern auch in der allgemeinen Arbeit zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung durch die Befragten als zentral gewertet werden. Sie lautet:

„Wie wichtig sind Ihnen die im Folgenden genannten Schwerpunkte bei der allgemeinen Arbeit zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung? – Netzwerkarbeit, Informations- und Wissensaustausch, Projektarbeit, Demokratiepädagogik, Vermittlungstätigkeit.“

Auf einem vierstufigen Antwortformat von 0 (nicht wichtig) bis 3 (sehr wichtig) konnten die Befragten mögliche Schwerpunkte setzen. Die Antworten hierzu sind der Abbildung ***15*** zu entnehmen.

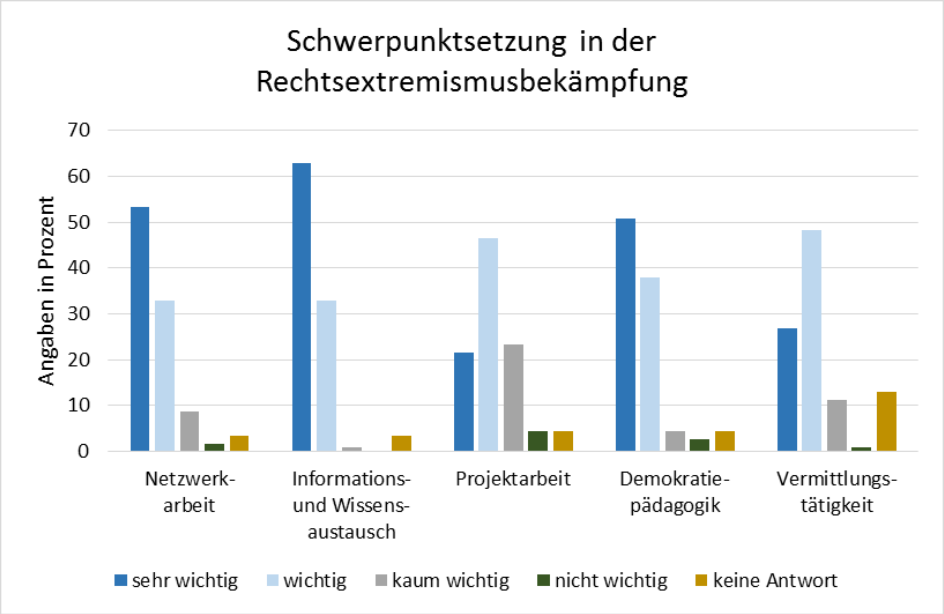


Abbildung 15: Schwerpunktsetzung bei verschiedenen Themenbereichen in der Arbeit zur Rechtsextremismusbekämpfung und Demokratiepädagogik durch die Teilnehmer_innen der Expert_innenbefragung.

Bei der Betrachtung der Antworten der Befragten in Abhängigkeit von ihrem jeweiligen Funktions- und Tätigkeitsbereich zeigen sich keine Auffälligkeiten hinsichtlich eines systematisch wiederkehrenden Antwortmusters bei bestimmten Funktionsbereichen, da über alle Bereiche hinweg die Themen *Netzwerkarbeit*, *Informations- und Wissensaustausch* sowie *Demokratiepädagogik* als zentrale Elemente in der Arbeit zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung gewertet werden. Allein die (Mit-)Arbeit in Projekten sowie die Vermittlung Hilfesuchender zu geeigneten Stellen und Institutionen werden überwiegend zwar als relevant, jedoch nicht als Schwerpunkte betrachtet.
Als weitere Schwerpunkte nannten die Teilnehmer_innen zahlreiche weitere Bereiche wie beispielsweise die Prävention und Aufklärung, etwa durch Zeitzeugenberichte. Eine weitere wünschenswerte Schwerpunktsetzung liegt in der Öffentlichkeitsarbeit, die z.B. durch zeitnahe Stellungnahmen nach Ereignissen mit rechtsextremistischem Hintergrund umgesetzt werden könnte. Zudem wird die Initiierung von Aktionen, die Menschen zusammenbringen, genannt, um durch diesen Austausch der Vorurteilsentwicklung entgegenzuwirken. Eine Schaffung bzw. Vermittlung von Partizipationsmöglichkeiten auf der politischen Ebene sowie die politische Bildung wird ebenfalls angesprochen, da sie schließlich auch dem Verständnis von Demokratie zuträglich sind. Des Weiteren liegt für einige Teilnehmer_innen ein Schwerpunkt im interreligiösen Dialog sowie in der Aufklärung und Erziehungsbildung von Eltern, da die moralische Entwicklung bereits im frühen Kindesalter beginnt und eine dauerhafte Bewahrung vor rassistischen und menschenverachtenden Einstellungen nur dann wirklich gelingen kann, wenn bereits früh damit begonnen wird.

5 Handlungsempfehlungen

Anhand der Ergebnisse aus den beiden durchgeführten Befragungen ergeben sich einige Implikationen für die Prävention und Intervention von Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein, die in diesem Kapitel zusammengeführt werden. Die im Folgenden vorgestellten Handlungsempfehlungen richten sich dabei prinzipiell an all jene, die in den unterschiedlichsten Bezügen mit dem Thema „Rechtsextremismus“ in Kontakt kommen und sich für die Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung einsetzen. Im Speziellen sollen damit auch die Mitarbeiter_innen der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein angesprochen werden, die seit 2013 neben Kiel auch in den Städten Lübeck, Flensburg und Itzehoe ansässig sind. Insbesondere für sie sollen die Handlungsempfehlungen als eine Hilfe zur weiteren Schwerpunktsetzung ihrer Arbeit verstanden werden sowie Hinweise dafür liefern, inwieweit sie mit ihrer Tätigkeit bereits auf einem guten Weg sind, den Rechtsextremismus im Land einzudämmen und für Toleranz und Vielfalt zu werben.

Handlungsempfehlung 1: Toleranz stärken – Demokratieverständnis fördern

Die Förderung des Demokratieverständnisses in allen Bevölkerungsteilen ist bereits seit vielen Jahren einer der zentralen Aufgabenbereiche in den Bundes- und Landesprogrammen zur Rechtsextremismusbekämpfung und ein Schwerpunkt in der Arbeit des Beratungsnetzwerkes bzw. der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Dass sich (alltags-) rassistische und rechtsextreme Einstellungen zunehmend auch in der „Mitte“ der Gesellschaft etablieren, machen die bereits vorgestellten Ergebnisse der „Mitte-Studien“ deutlich (Decker et al., 2014). Auch ist eine zunehmende Politikverdrossenheit zu beobachten, die darauf hindeutet, dass ein Grundverständnis von Demokratie innerhalb der deutschen Bevölkerung keine Selbstverständlichkeit ist und in jeder Generation erneut etabliert werden muss. Dabei wirken sich demokratiebejahende Einstellungen und das Gefühl einer wirksamen Partizipation an demokratischen Entscheidungsprozessen schützend auf die Entstehung rechtsextremer Einstellungen aus, wie auch die Ergebnisse dieser Untersuchungen zeigen konnten. So stellte sich beispielsweise in der Befragung von Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein heraus, dass eine Affinität zu rechtsextremen Einstellungen umso seltener auftrat, umso eher die jeweilige Schule ihren Schüler_innen Mitspracherechte einräumte und für basisdemokratische Entscheidungsprozesse offen war. Ein Schulklima zu schaffen, welches die Bedürfnisse der Schüler_innen grundsätzlich wahrnimmt und auf sie im Rahmen der Möglichkeiten eingeht, trägt demnach zur Förderung des individuellen Demokratieerlebens bei, stärkt ein Gefühl der Selbstwirksamkeit und steht der Ausbildung rechtsextremer Einstellungen wirk-

sam entgegen. Die Unterstützung demokratischer Prozesse an Schulen durch die Mitarbeiter_innen der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus ist somit eine wichtige Aufgabe, die unbedingt beibehalten werden sollte.

Handlungsempfehlung 2: Jugendbildung und schultypbezogene Präventionsarbeit

Den zahlreichen empirischen Befunden, die in der vorliegenden Studie angesprochen wurden, ist zu entnehmen, dass insbesondere das Jugendalter eine bedeutsame Phase für die Entwicklung politischer Einstellungen darstellt. Einen Schwerpunkt auf die Jugendbildung zu legen, um so der Gefahr einer Ausbildung eines rechtsextremen Weltbildes vorzubeugen, kann auch durch die Befunde der vorliegenden Untersuchung unterstützt werden. Im Rahmen der primären Prävention sollten Kinder und Jugendliche aus allen Bildungsschichten in ihrer demokratischen, weltoffenen und menschenrechtlichen Haltung gestärkt werden, so dass tolerante Wertevorstellungen aufgebaut werden können, die einem Glauben an Ungleichwertigkeitsvorstellungen und autoritäre Machtstrukturen entgegenstehen. Die primäre Prävention fokussiert mit ihren Maßnahmen dabei vor allem diejenigen, die (noch) keine rechtsextremen Einstellungen ausgebildet haben. Baer (2014) merkt hierzu an, dass hierfür alle Methoden geeignet erscheinen, die nicht nur auf die kognitive Kompetenzausbildung ausgerichtet sind, sondern auch auf die Ausbildung von sozialen Kompetenzen, einer emotionalen Intelligenz, einer Anerkennungskultur und einer Integrationsfähigkeit.

Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen allerdings auch, dass insbesondere diejenigen von Präventionsarbeiten profitieren können, die ein geringeres Bildungsniveau aufweisen und in ihrer individuellen Lebenswelt bisher noch wenig kritische Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Ereignissen und vermeintlich einfachen politischen Lösungsstrategien erfahren haben. Insbesondere diese Gruppe sollte im Rahmen von sekundären Präventionsmaßnahmen berücksichtigt werden. Wichtig ist dabei auch, die Beziehungsebene nicht außer Acht zu lassen, da v.a. ein verlässlicher Beziehungsaufbau und die Einbindung der jeweiligen Lebenswelt der Jugendlichen durch die Fachkräfte eine Atmosphäre schaffen, die es den Jugendlichen ermöglicht, die Berater_innen anzuerkennen und die Inhalten aus den pädagogischen Maßnahmen zu übernehmen.

Eine Verstärkung der Prävention vor allem an Regional- und Gemeinschaftsschulen ist eine weitere Empfehlung, welche die Ergebnisse dieser Untersuchung nahelegt. So zeigen die Befunde, dass insbesondere an diesen Schulformen die Wahrscheinlichkeit für ein Erleben von Gewalt und Rassismus steigt, welche für sich genommen einen deutlichen prädiktiven Wert für die Ausbildung von rechtsextremen Einstellungen aufweisen. Vor allem dem Erleben von Rassismus an Schulen kann beispielsweise dadurch entgegengewirkt werden, indem Lehrkräfte ihre Gründe für eine mögliche Ungleichbehandlung von z.B. Schüler_innen anderer Herkunft offenlegen und thematisieren. Empfehlenswert

ist es außerdem, im Bereich der Schule – unabhängig ihrer Ausrichtung – sowie im generellen Umgang mit Jugendlichen wachsam für mögliche rechtsextreme Äußerungen zu bleiben und diese anzusprechen, um in einen Dialog über die Hintergründe dieser Äußerungen zu kommen und die Jugendlichen zu einem Hinterfragen ihres Verhaltens zu bewegen. Insbesondere an diesen Stellen erscheint die Individualisierung von Hilfen und Maßnahmen erfolgversprechend, da diese direkt an der betroffenen Person ansetzen, weniger Abstraktionsfähigkeit als in der generellen Projektarbeit erfordern und die jeweilige Person in ihren Haltungen und Befürchtungen ernst nimmt.

Handlungsempfehlung 3: Regionale Ebene beachten

Wie dem Lagebild (Abschnitt 3.2.1) zu entnehmen ist, weisen insbesondere die Befragten in den kreisfreien Städten Neumünster und Flensburg sowie im Landkreis Schleswig-Flensburg die höchsten Anteile an rechtsextrem-affinen Teilnehmer_innen auf, während die Befragten der Landkreise Dithmarschen, Pinneberg und Plön die geringste Anzahl von Teilnehmer_innen aufweisen, denen eine Affinität zu rechtsextremen Einstellungen zugesprochen werden kann. Aus diesem Grund erscheint es zudem empfehlenswert, vor allem in diesen Regionen einen Fokus auf Präventionsmaßnahmen zu legen.

Handlungsempfehlung 4: Empathie und interethnischen Kontakt fördern

Eine Möglichkeit, insbesondere in diesen Regionen präventiv zu arbeiten, liegt nach Befundlage in der Ermunterung zu interethnischem Kontakt und interkulturellem Austausch. So besteht eine Vermutung für die Ursache der zuvor beschrieben regionalen Unterschiede im Ausmaß einer rechtsextremen Affinität darin, dass insbesondere die Schüler_innen im Landgerichtsbezirk Itzehoe durch ihre regionale Nähe zur Metropole Hamburg deutlich häufiger in Kontakt mit Menschen unterschiedlicher Ethnien kommen, welche wiederum förderlich für die Ausbildung von Toleranz und interkultureller Kompetenz ist (Vgl. Abschnitt 3.2.1). Wie sich weiterhin zeigt, ist jedoch nicht allein der Kontakt zu Menschen anderer Herkunft entscheidend, sondern die Qualität dieser Kontakte. So zeigen die Ergebnisse der Schüler_innenbefragung beispielsweise, dass im Vergleich von fehlendem Kontakt und vorhandenem Kontakt, der auf Unfreiwilligkeit und fehlender emotionaler Nähe beruht, noch keine signifikanten Unterschiede im Ausmaß rechtsextremer Einstellungen erbringen. Im Vergleich derjenigen, die über keine interethnischen Kontakte verfügen mit denjenigen, die freiwillige und enge bzw. vertraute Kontakte zu Menschen anderer Ethnien besitzen, dass sich hier durchaus eine signifikante Reduzierung rechtsextremer Einstellungen einstellt. Die Förderung einer interkulturellen Kompetenz sollte vor allem auf der Ebene der Primär- und Sekundärprävention angesiedelt werden, da angenommen werden kann, dass vor allem diejenigen den größten Nutzen aus dem Angebot von interkul-

turellen Kontakterfahrungen ziehen, die noch kein vollständig ausgebildetes rechtsextremes Weltbild aufweisen und (noch) für derartige Erfahrungen offen sind.

Handlungsempfehlung 5: Gewaltbereitschaft senken

Da sich die Gewaltbereitschaft in der vorliegenden Untersuchung als einer der stärksten Prädiktoren für rechtsextreme Einstellungen erweist, erscheint es sinnvoll, auch an diesem Merkmal anzusetzen, um der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen entgegenzuwirken. Wie außerdem gezeigt werden konnte, steht die Gewaltbereitschaft einer Person in einem engen Zusammenhang mit der Ausbildung von Dominanzideologien, welche für sich genommen und in Verbindung mit weiteren Risikofaktoren einen hohen Vorhersagewert für rechtsextreme Einstellungen aufweist. Zusätzlich steht die Gewaltbereitschaft auch in einem negativen linearen Zusammenhang mit der Empathie, so dass eine Reduktion der individuellen Gewaltbereitschaft in mehrfacher Hinsicht eine Verringerung bzw. Prävention der rechtsextremen Einstellungen zur Folge haben kann.
Maßnahmen, die die Gewaltbereitschaft senken, beruhen ebenfalls auf einer konsequenten Beziehungsarbeit zu den Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden, welche jedoch nicht durch alle Fachkräfte umgesetzt werden kann. Dies gilt es bei der Implementierung von Maßnahmen zur Reduktion der individuellen Gewaltbereitschaft zu beachten.
Soziale Trainingsprogramme, deren Schwerpunkt auf der Arbeit mit aggressiven und verhaltensauffälligen Schüler_innen liegt und u.a. im Rahmen des Unterrichts durchgeführt werden können, sind beispielsweise die präventiven und therapeutischen Programme der Petermann-Gruppe oder das „EFFEKT"-Training (Jaursch, Lösel, Stemmler & Beelmann, 2012). Ziel beider Programme ist u.a. das Erlernen von effektiven Problemlösestrategien, die Stärkung der Selbstkontrolle oder ein Verständnis für die sozial-kognitiven Informationsprozesse der Rezipienten. Weitere Informationen hierzu sind Beelmann und Raabe (2007) zu entnehmen.

Handlungsempfehlung 6: Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der RBTs und Bereitstellung von Informationen über den Unterschied von Rechts- und Linksextremismus

Wie den Antworten aus der Expert_innenbefragung im vorangegangenen Kapitel bereits entnommen werden kann, ist vielen Befragten die Existenz der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein bis dato noch nicht bekannt. Um dies zu ändern, ist eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit und -präsenz dieser Einrichtungen empfehlenswert. Zudem zeigt sich, dass nicht allein eine öffentlichkeitswirksame Darstellung der Leistungen und Angebote der RBTs ausreichen, um deren Akzeptanz in der allgemeinen Bevölkerung zu erhöhen, sondern auch thematisiert werden sollten, weshalb der Fokus vor allem in der Prävention von Rechtsextremismus, und nicht in

der Prävention von Linksextremismus liegt. So berichteten immerhin 16 Teilnehmer_innen, sie sähen Handlungsbedarf auch bzw. „eher“ in der Bekämpfung von Linksextremismus, mit welchem insbesondere Befragte aus dem Polizeibereich verstärkte Probleme hätten. Eine gleichwertige Problembehandlung von Rechts- und Linksextremismus wäre ihrer Ansicht nach daher wünschenswert.
Die landes- und bundesweite Errichtung weiterer Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus kann durchaus als eine notwendige und folgerichtige Reaktion auf die Ereignisse, die gerade der „NSU“-Skandal mit sich brachte, gesehen werden, doch ist die Akzeptanz dieser Stellen besonders unter Polizeibeamt_innen teilweise recht verhalten.
Dass die Mitarbeiter_innen der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein mit ihrer Arbeit allerdings bereits auf einem guten Weg sind, zeigt sich anhand der Positivbeispiele von Fachkräften aus verschiedenen Bereichen, welche bereits gute Erfahrungen mit ihnen machten und deren Expertise wertschätzen. Diese gute Zusammenarbeit sollte daher unbedingt beibehalten werden.

Handlungsempfehlung 9: Fokussierung auf spezifische Formen rechtsextremer Einstellungen und Einbezug angrenzender Themenbereiche

Aus den Antworten der Befragten im Rahmen der Expert_innenbefragung ergeben sich weitere Hinweise für Schwerpunktsetzungen in der Rechtsextremismusprävention, die an dieser Stelle abschließend angesprochen werden. Einerseits ist Berichten von Lehrkräften zu entnehmen, dass antisemitische Äußerungen insbesondere an Schulen zunehmend normaler würden. Eine Möglichkeit, um einer wachsenden Ablehnung von Jüdinnen und Juden entgegenzuwirken, ist beispielsweise das Projekt „Rent-a-Jew“ des Jüdischen Medienforums. Dabei stehen das Kennenlernen von Menschen jüdischen Glaubens sowie der interkulturelle Austausch im Vordergrund, welcher durch Referent_innen in z.B. Bildungseinrichtungen ermöglicht wird. Die Buchung der ehrenamtlich tätigen Referent_innen ist dabei kostenfrei (Kontaktmöglichkeiten siehe Abbildung 16).

Kontaktmöglichkeiten	
Projekt „Rent-a-Jew“	http://www.rentajew.org/
Verband „profamilia“	http://www.profamilia.de/
Institut für Pädagogik – Sexualpädagogik und Gewaltprävention Dipl.-Päd. Mirja Beck	Olshausenstraße 75, 24118 Kiel beck@paedagogik.uni-kiel.de Tel.: 0431-880 1250

Abbildung 16: Kontaktmöglichkeiten zu Referent_innen und Fachkräften im psychosozialen Bereich

Als ein weiterer Themenbereich, in welchem die Befragten Handlungsbedarf sehen, wird der Bereich der Sexualaufklärung genannt. Dieser steht zwar nicht direkt mit der Ausbildung rechtsextremer Einstellungen in Verbindung, kann bei dessen Absenz jedoch dafür sorgen, dass sich sexistische Einstellungen insbesondere bei jungen Menschen etablieren und übersteigerte Männlichkeitsnormen angenommen werden, welche wiederum einen direkten Einfluss auf die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen haben. Neben der Sexualaufklärung von Schüler_innen, die beispielsweise durch Mitarbeiter_innen von „profamilia“ geleistet werden kann, soll an dieser Stelle ebenfalls die Beratung und Fortbildung von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften im sexualpädagogischen Bereich angesprochen werden. Ziel dieser Fortbildungen und Beratungen ist es, insbesondere die Personengruppen, die stets in Kontakt mit jungen Menschen kommen, für Themen wie z.B. die sexuelle Selbstbestimmung von Männern und Frauen sowie das Erkennen von Sexismus zu sensibilisieren, um diese Kompetenzen in ihrer Tätigkeit mit jungen Menschen weiterzuvermitteln und der Entwicklung von sexistischen, rassistischen und schließlich rechtsextremen Einstellungen von Menschen wirksam entgegenzutreten.

Literaturverzeichnis

Adorno, T. W. (1973). *Studien zum authoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (1967). *The authoritarian personality*. New York: Wiley & Sons.

Allport, G. (1954). *The nature of prejudice*. Cambridge, MA: Addison-Wesley.

Altemeyer, B. (2006). *The Authoritarians,* University of Manitoba. Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter http://members.shaw.ca/jeanaltemeyer/drbob/TheAuthoritarians.pdf

Anhut, R. & Heitmeyer, W. (2008). Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In W. Heitmeyer & P. Imbusch (Hrsg.), *Integration - Desintegration. Ein Reader zur Ordnungsproblematik moderner Gesellschaften* (S. 129-148). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Aufschrei. (2015). *#aufschrei-Timeline ab Januar 2013.* Zugriff am 18.04.2015. Verfügbar unter http://aufschrei.konvergenzfehler.de/timeline/

Bacher, J. (2001). In welchen Lebensbereichen lernen Jugendliche Ausländerfeindlichkeit? Ergebnisse einer Befragung bei Berufsschülerinnen und Berufsschülern. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 53* (2), 334–349.

Bäckström, M. & Björklund, F. (2007). Structural modeling of generalized prejudice: The role of social dominance, authoritarianism and empathy. *Journal of Individual Differences, 28* (1), 10–17.

Baer, S. (2014). Pädagogische Zugänge in der Rechtsextremismusprävention und Intervention – Entwicklungen und Standards in Deutschland und Europa. In S. Baer, K. Möller & P. Wichmann (Hrsg.), Verantwortlich Handeln: Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen (S. 47-66). Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Baier, D. & Hadjar, A. (2004). Wie wird Leistungsorientierung von den Eltern auf die Kinder übertragen? Ergebnisse einer Längsschnittstudie. *Zeitschrift für Familienforschung, 15* (2), 156–177.

Baier, D., Pfeiffer, C., Windzio, M. & Rabold, S. (2006). *Schülerbefragung 2005: Gewalterfahrungen, Schulabsentismus und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen. Abschlussbericht über eine repräsentative Befragung von Schülerinnen und Schülern der 4. und 9. Jahrgangsstufe.* Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.. Zugriff am 16.10.2015. Verfügbar unter http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/abschlussbericht_schuelerbefragung2005.pdf

Baier, D., Pfeiffer, C., Rabold, S., Simonson, J. & Kappes, C. (2010). *Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum*. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.. Zugriff am 17.10.2015. Verfügbar unter http://www.kfn.de/Publikationen/KFN-Forschungsberichte.htm

Bandura, A. (1979). *Sozial-kognitive Lerntheorie*. Stuttgart: Klett-Cotta.

Becker, J. C. (2014). Subtile Erscheinungsformen von Sexismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte, 64* (8), 29–34.

Beelmann, A. & Raabe, T. (2007). *Dissoziales Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Erscheinungsformen, Entwicklung, Prävention und Intervention*. Göttingen: Hogrefe.

Berry, J. W. (1997). Immigration, acculturation and adaption. *Applied Psychology: An International Review, 46* (1), 5–68.

Bertelsmann-Stiftung. (2015). *Religionsmonitor: verstehen was verbindet. Sonderauswertung Islam 2015*. Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter http://www.bertelsmann-stif-tung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf

Best, H., Dwars, D., Salheiser, A. & Salomo, K. (2013). *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2013,* Jena: Friedrich-Schiller-Universität. Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter https://www.thueringen.de/imperia/md/content/tsk/th__ringen-monitor_2013_mit_anhang.pdf

Bielefeldt, H. (2010). *Facetten von Muslimfeindlichkeit. Differenzierung als Fairnessgebot.* Handout zum Vortrag bei der Deutschen Islamkonferenz 2010. Zugriff am 13.10.2015. Verfügbar unter http://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DIK/DE/Downloads/Sonstiges/vortrag-bielefeldt.pdf?__blob=publicationFile

Bierhoff, H. (2006). *Sozialpsychologie. Ein Lehrbuch* (6. Aufl.). Stuttgart: Kohlhammer.

Bischof-Köhler, D. (2011). *Soziale Entwicklung in Kindheit und Jugend. Bindung, Empathie, Theory of mind*. Stuttgart: Kohlhammer.

Bleich, E. (2011). What Is Islamophobia and How Much Is There? Theorizing and Measuring an Emerging Comparative Concept. *American Behavioral Scientist, 55* (12), 1581–1600.

Bobbio, N. (1994). *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Wagenbach.

Bolzendahl, C. I. & Myers, D. J. (2004). Feminist Attitudes and Support for Gender Equality: Opinion Change in Women and Men, 1974-1998. *Social Forces, 83* (2), 759–790.

Bundesagentur für Arbeit (2014). *Statistik über Arbeitslosenzahlen. März 2014*. Verfügbar unter https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Schleswig-Holstein/Steinburg-Nav.html?year_month=201403

Haug, S., Müssig, S. & Stichs, A. (2009). *Muslimisches Leben in Deutschland,* Studie im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und der deutschen Islamkonferenz. Zugriff am 16.10.2015. Verfügbar unter https://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/publicationFile/31710/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf

Bundeskriminalamt - Herbsttagung (2012). *Bekämpfung des Rechtsextremismus - eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung* (Bd. 24): Luchterhand Verlag. Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter http://www.bka.de/nn_193482/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/08CodLiteraturreihe/8__24__BekaempfungDes_20RechtsextremismusEineGesamtgesellschaftlicheHerausforderung.html?__nnn=true

Bundesministeriums des Inneren (2015). *Verfassungsschutzbericht 2014,* Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter http://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte/vsbericht-2014

Bundeszentrale für politische Bildung (2012). *Religionszugehörigkeit.* Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/145148/religionszugehoerigkeit

Bundeszentrale für politische Bildung (2015). *Länderprofil Deutschland. Fokus Migration.* Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/208594/deutschland

Burkert, M. (2012). Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. In D. Sturzbecher, A. Kleeberg-Niepage & L. Hoffmann (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher* (S. 169–188). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Butterwegge, C. (2000). Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems. In C. Butterwegge & G. Lohmann (Hrsg.), *Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analyse und Argumente* (S. 13–36).

Butterwegge, C. unter Mitarbeit von Meier, L. (2002). *Rechtsextremismus*. Freiburg im Breisgau: Herder.

Cloninger, C. R. (2004). *Feeling good. The science of well-being*. Oxford, New York: Oxford University Press.

Cohen, J. (1992). A Power Primer. *Psychological Bulletin, 112* (1), 155–159.

Crick, N. R. & Dodge, K. A. (1994). A Review and Reformulation of Social Information-Processing Mechanisms in Children's Social Adjustment. *Psychological Bulletin, 115* (1), 74–101.

Dardenne, B., Dumont, M. & Bollier, T. (2007). Insidious Dangers of Benevolent Sexism: Consequences for Women`s Performance. *Journal of Personality and Social Psychology, 93* (5), 764–779.

Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, O. & Brähler, E. (2008). *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, O. & Brähler, E. (2014). *Rechtsextreme Einstellungen in Bayern. Ergebnisse der Mitte-Studie der Universität Leipzig.* Zugriff am 13.10.2015. Verfügbar unter http://www.gruene-fraktion-bayern.de/sites/default/files/rechtsextreme_einstellungen_in_bayern_-_mitte-studie.pdf

Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2012). *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Bonn: Dietz.

Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2014). *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014,* Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig. Zugriff am 16.10.2015. Verfügbar unter http://research.uni-leipzig.de/kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf

Di Blasi, L. (2014). Die andere Sexismus-Debatte. *Aus Politik und Zeitgeschichte, 64* (8), 16–21.

Dovidio, J. F., Gaertner, S. L. & Kawakami, K. (2003). Intergroup contact: The past, present, and the future. *Group Processes and Intergroup Relations, 6* (1), 5–21.

Dünkel, F. & Geng, B. (1999). Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – eine Einführung. In F. Dünkel & B. Geng (Hrsg.), *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien* (S. 1-16). Godesberg: Forum Verlag.

Eckert, R., Willems, H. & Würtz, S. (1996). Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In Falter & W. Jaschke (Hrsg.), *Rechtsextremismus* (S. 152-167). *Opladen: Westdeutscher Verlag.*

Eckes, T. (2004). Geschlechterstereotype: Von Rollen, Identitäten und Vorurteilen. In R. Becker & B. Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methode, Empirie* (S. 165–176). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Eckes, T. (2008). Geschlechterstereotype: Von Rollen, Identitäten und Vorurteilen. In R. Becker & B. Budrich (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methode, Empirie* (S. 171–182). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ellemers, N. & Barreto, M. (2009). Collective action in modern times: How modern Expressions of Prejudice Prevent Collective Action. *Journal of Social Issues, 65* (4), 749–768.

Erb, R. & Kohlstruck, M. (2006). *Eine Anmerkung zur aktuellen öffentlichen Diskussion um Antisemitismus.* Zugriff am 19.10.2015. Verfügbar unter https://www.tu-berlin.de/fileadmin/i65/Publikationen_Mitarbeiter/Kohlstruck/AS_Debatte_30_05_2006.pdf

Erhardt, H. (2012). *Der grosse Heinz Erhardt* (S. 359-361). Oldenburg: Lappan Verlag.

Esser, H. (1999). Inklusion, Integration und ethnische Schichtung. *Journal für Gewalt- und Konfliktforschung, 1* (1), 5–33.

European Comission. (1998). *Sexual harassment in the workplace in the European Union,* Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter http://www.un.org/womenwatch/osagi/pdf/shworkpl.pdf

Field, A. (2009). *Discovering statistics using SPSS* (3rd ed.). Los Angeles: Sage.

Frindte, W., Boehnke, K., Kreikenbom, H. & Wagner, W. (2012). *Lebenswelten junger Muslime in Deutschland,* Bundesministerium des Inneren. Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/junge_muslime.pdf?__blob=publicationFile

Frindte, W., Geschke, D. & Haußecker, N. (2014). *Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013. 27. Jahrestagung des Forums Friedenspsychologie, Jena, 19.-22. Juni 2014*.

Geulen, D. (1994). Einführung in die Theorie der Sozialisation. In D. Müller (Hrsg.), *Pädagogik, Erziehungswissenschaften, Bildung. Eine Einführung in das Studium* (S. 137–157). Köln: Böhlau.

Gniewosz, B. & Noack, P. (2006). Intergenerationale Transmissions- und Projektionsprozesse intoleranter Einstellungen zu Ausländern in der Familie. *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, 38,* 33–42.

Goth, K. Schmeck, K. (2009). *Junior Temperament und Charakter Inventar*. Göttingen: Hogrefe.

Häder, M. (2006). *Empirische Sozialforschung. Eine Einführung.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hadjar, A. (2004). *Ellenbogenmentalität und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Die Rolle des hierarchischen Selbstinteresses.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hagan, J., Rippl, S., Boehnke, K. & Merkens, H. (1999). The Interest in Evil: Hierarchic Self-Interest and Right-Wing Extremism amoung East and West German Youth. *Social Science Research, 28,* 162–183.

Hampel, R., Selg, H. (1998). *Fragebogen zur Erfassung von Aggressivitätsfaktoren*. Göttingen: Hogrefe.

Hefler, G., Boehnke, K. & Butz, P. (1999). Zur Bedeutung der Familie für die Genese von Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Eine Längsschnittanalyse. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 19* (1), 72–87.

Heitmeyer, W. (1992). *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim: Juventa.

Heitmeyer, W. (2005). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 3* (S. 13–36). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, W. (2012). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 10* (S. 15–41). Berlin: Suhrkamp.

Hewstone, M. & Swart, H. (2011). Fifty-odd years of inter-group contact: From hypothesis to integrated theory. *British Journal of Social Psychology, 50* (3), 374–386.

Hillmann, H.-K. (1994). *Wörterbuch der Soziologie* (4. Aufl.). Stuttgart: Kröner.

Himmelreich, L. (2013). *Der Herrenwitz.* Zugriff am 18.04.2015. Verfügbar unter http://www.stern.de/politik/deutschland/stern-portraet-ueber-rainer-bruederle-der-herrenwitz-1964668.html

Hoffmann, L. & Sturzbecher, D. (2012). Die Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ – Methodischer Rahmen und Untersuchungsanlage der Erhebungswelle 2010. In D. Sturzbecher, A. Kleeberg-Niepage & L. Hoffmann (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher* (S. 9–19). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hopf, C., Rieker, P., Sanden-Marcus, M. & Schmidt, C. (1995). *Familie und Rechtsextremismus: familiale Sozialisation und rechtsextreme Orientierung junger Männer*. Weinheim: Juventa.

Hosser, D. & Beckurts, D. (2005). *Empathie und Delinquenz.* Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.. Zugriff am 13.10.2015. Verfügbar unter http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fb96.pdf

Imbusch, P. & Heitmeyer, W. (2012a). Dynamiken gesellschaftlicher Integration und Desintegration. In W. Heitmeyer & P. Imbusch (Hrsg.), *Desintegrationsdynamiken. Integrationsmechanismen auf dem Prüfstand* (S. 9–25). Wiesbaden: Springer.

Imbusch, P. & Heitmeyer, W. (2012b). Krisenzeiten - Desintegrationsdynamiken sozialer Konflikte. In W. Heitmeyer & P. Imbusch (Hrsg.), *Desintegrationsdynamiken. Integrationsmechanismen auf dem Prüfstand* (S. 319–339). Wiesbaden: Springer.

Innenminsterium des Landes Schleswig-Holstein (2015). *Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein 2014,* Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter http://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte/publikationen-landesbehoerden-verfassungsschutzbericht/vsbericht-sh-2014

Jaschke, H.-G. (2001). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder* (2. Aufl). Wiesbaden: Westdeutscher Verl.

Jaursch, S., Lösel, F., Stemmler, M. & Beelmann, A. (2012). Elterntrainings zur Prävention dissozialen Verhaltens. *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, 6* (2), 94–101. Zugriff am 19.10.2015. Verfügbar unter http://www.springerlink.com/content/l3605147331h6mk6/fulltext.pdf

Jost, J. T., Banaji, M. R. & Nosek, B. A. (2004). A Decade of System Justification Theory: Accumulated Evidence of Conscious and Unconscious Bolstering of the Status Quo. *Political Psychology, 25* (6), 881–919.

Kemme, S. & Kolberg, J. (2013). Religiosität und Delinquenz bei einheimischen Muslimen und Christen: Welche Rolle spielt die Geschlechtsrollenorientierung? *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 13* (1), 4–13.

Kleeberg-Niepage & A., Sturzbecher, D. (2012). Jugendgewalt und Reaktionen des sozialen Umfelds. In D. Sturzbecher, A. Kleeberg-Niepage & L. Hoffmann (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher* (S. 145–168). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Krüger, C. (2008). *Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen allgemeiner Gewaltbereitschaft und rechtsextremen Einstellungen. Eine kriminologische Studie zum Phänomen jugendlicher rechter Gewaltstraftäter*. Mönchengladbach: Forum-Verlag.

Landesregierung Schleswig-Holstein (2015). Zugriff am 19.10.2015. Verfügbar unter http://http://www.schleswig-holstein.de

Leibold, J. (2009). Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. Fakten zum gegenwärtigen Verhältnis genereller und spezifischer Vorurteile. In T. G. Schneiders (Hrsg.), *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen* (S. 145–154). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Malik, K. (2014). *Human Develoment Report 2014. Sustaining Human Progress: Reducing Vulnerabilities and Building Resilience*. New York: United Nations Development Programme.

Maresch, P., Gansewig, A. & Bliesener. T. (2013). *Bedarfsanalyse für die Arbeit eines regionalen Demokratiezentrums in den Landkreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn und Lübeck*. Kiel. Zugriff am 17.10.2015. Verfügbar unter http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kriminalpraevention/Downloads/abschlussbericht.html

Marneros, A. (2002). *Hitlers Urenkel. Rechtsradikale Gewalttäter: Erfahrungen eines wahldeutschen Gerichtsgutachters*. Bern: Scherz.

Melzer, W. (1992). *Jugend und Politik in Deutschland: gesellschaftliche Einstellungen, Zukunftsorientierungen und Rechtsextremismus-Potenzial in Ost- und Westdeutschland*. Opladen: Leske + Budrich.

Möllering, A. (2011). *The dawning of the dragon - a developmentally focussed cross-cultural study of terror management theory.* Schriften zur Sozialpsychologie, Band 26. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.

Montada L. (2008). Moralische Entwicklung und Sozialisation. In R. Oerter & L. Montada (Hrsg.), *Entwicklungspsychologie* (6. Aufl., S. 572–606). Weinheim: Beltz.

Moosbrugger, H. & Kelava, A. (2008). *Testtheorie und Fragebogenkonstruktion*. Heidelberg: Springer.

Neto, F. & Williams, J. E. (1997). Color bias in children revisited: Findings from Portugal. *Social Behavior and Personality: an international journal, 25* (2), 115–121.

Neumann, J. (1999). *Aggressives Verhalten rechtsextremer Jugendlicher: eine Überprüfung der Einstellungs-Verhaltns-Modelle von Fishbein und Ajzen in Verbindung mit Tedeschis und Felsons Theory of Coercive Actions:* Dissertation, Universität Jena.

Neumann, J. & Frindte, W. (2002). Analyse von Taten fremdenfeindlicher Gewalttäter. In W. Frindte & J. Neumann (Hrsg.), *Fremdenfeindliche Gewalttäter. Biographien und Tatverläufe* (S. 85–114). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Pettigrew, T. F. (1997). Generalized intergroup contact effects on prejudice. *Personality and Social Psychology Bulletin, 23* (2), 173–185.

Pettigrew, T. F. (1998). Intergroup contact theory. *Annual Review of Psychology, 49,* 65–85.

Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. *Journal of Personality and Social Psychology, 90* (5), 751–783.

Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2008). How does intergroup contact reduce prejudice? Meta-analytic tests of three mediators. *European Journal of Social Psychology, 38* (6), 922–934.

Pettigrew, T. F., Tropp, L. R., Wagner, U. & Christ, O. (2001). Recent advances in intergroup contact theory. *International Journal of Intercultural Relations, 35* (3), 271–280.

Preiser, S. (2008). Jugend und Politik: Anpassung - Partizipation - Extremismus. In R. Oerter & L. Montada (Hrsg.), *Entwicklungspsychologie* (6. Aufl., S. 874–884). Weinheim: Beltz.

Raabe, T. & Beelmann, A. (2009). Entwicklungspsychologische Grundlagen. In A. Beelmann & K. J. Jonas (Hrsg.), *Diskriminierung und Toleranz. Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven* (S. 113–135). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Raithel, J. & Mansel, J. (2003). Delinquenzbegünstigende Bedingungen in der Entwicklung Jugendlicher. In J. Raithel & J. Mansel (Hrsg.), *Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich.* Weinheim: Juventa.

Riesner, L. (2014). *Die Möglichkeiten und Grenzen der Vorhersgae delinquenten Verhaltens von jungen Menschen anhand ihrer Jugendhilfeunterlagen:* Dissertation, Christian-Albrechts-Universität. Kiel. Zugriff am 17.10.2015. Verfügbar unter http://macau.uni-kiel.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dissertation_derivate_00005938/Dissertation_Riesner.pdf

Rippl, S. (2004). *Eltern-Kind-Transmission, Einflussfaktoren zur Erklärung von Fremdenfeindlichkeit im Vergleich*.

Rommelspacher, B. (2006). *Der Hass hat uns geeint. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene.* Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Runnymede Trust. (1997). *Islamophobia: A Challenge for Us All,* Runnymede Trust. Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter http://www.runnymedetrust.org/publications/17/32.html

Said, E. W. (2009). *Orientalismus*. Frankfurt am Main: Fischer.

Salzborn, S. (2014). *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Schediwy, D. (2015). *Ganz entspannt in Schwarz-Rot-Gold? Der neue deutsche Fussballpatriotismus aus sozialpsychologischer Perspektive.* Münster: Lit-Verlag.

Scheuch, E. K. unter Mitarbeit von Klingemann, H. D. (1967). Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12,* 11–29.

Schroeder, K. & Alisch, S. (2004). *Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich*. Paderborn: Schöningh.

SINUS-Institut (1981). *Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. 5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben…"*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014). *Bildung – Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen nach Beschäftigungsumfang und Geschlecht,* Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Zugriff am 15.10.2015. Verfügbar unter http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb04_jahrtab24sch.asp

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015). *Erwerbstätigkeit,* Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Zugriff am 15.10.2015. Verfügbar unter http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_inhalt02.asp

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2012). *Lehrerinnen und Lehrer an Schleswig-Holsteins Schulen im Schuljahr 2011/2012.* Zugriff am 15.10.2015. Verfügbar unter https://www.statistik-nord.de/daten/anzeige/lehrerinnen-und-lehrer-an-schleswig-holsteins-schulen-im-schuljahr-2011/2012-2/

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2014). *Die allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein im Schuljahr 2012/2013.* Zugriff am 15.10.2015. Verfügbar unter https://www.statistik-nord.de/publikationen/publikationen/presseinformationen/dokumentenansicht/die-allgemeinbildenden-schulen-in-schleswig-holstein-im-schuljahr-2012/2013-2/

Statistisches Bundesamt (2015). *Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland weiterhin bei 22%.* Zugriff am 15.10.2015. Verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/03/PD15_099_621.html

Stöss, R. (2009). *Rechtsextremismus, Sexismus und Gender Gap.* Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Berlin. Zugriff am 30.03.2015. Verfügbar unterhttp://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/

Stöss, R. (2010). *Rechtsextremismus im Wandel* (3. Aufl.). Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Verfügbar unter http://library.fes.de/pdf-files/do/05227.pdf

Stöss, R. & Niedermayer, O. (1998). *Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998. Handout für die Pressekonferenz.* Zugriff am 15.10.2015. Verfügbar unter http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/forschung/media/stoess_niedm.pdf

Strub, S. & Schär Moser, M. (2008). *Risiko und Verbreitung sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Eine repräsentative Erhebung in der Deutschschweiz und der Romandie,* Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, Staatssekretariat für die Wirtschaft SECO. Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter http://www.ebg.admin.ch/dokumentation/00012/00194/00206/index.html?lang=de

Sutherland, E. H. (1968). Die Theorie der differentiellen Kontakte. In F. Sack & R. König (Hrsg.), *Kriminalsoziologie* (S. 395–399). Frankfurt am Main: Akademische Verlagsgesellschaft.

Tajfel, H. & Turner, J. (1986). An integrative theory of interpersonal conflict. In S. Worchel & H. Austin (Hrsg.), *Psychology of intergroup relations* (S. 7–24). Chicago, IL: Nelson-Hall.

Wahl, A. (2009). *Aggression und Gewalt. Ein biologischer, psychologischer und sozialwissenschaftlicher Überblick*. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag.

Wänke, M., Reutner, L. & Bohner, G. (2011). Einstellung und Verhalten. In H.-W. Bierhoff (Hrsg.), *Sozialpsychologie - Individuum und soziale Welt* (S. 211–232). Göttingen: Hogrefe.

Wendt, F., Lau, S. & Kröber, H. L. (2002). Rechtsradikale Gewalttäter. *Rechtsmedizin,* 12, 214-223.

Wenzler, T. (2001). *Jugendlicher Rechtsextremismus in politischer und pädagogischer Übersicht. Ein Überblick*. Münster: Lit.

Zick, A. & Preuß, M. (2014). *ZuGleich. Zugehörigkeit und Ungleichwertigkeit: Ein Zwischenbericht,* Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeldt. Zugriff am 14.10.2015. Verfügbar unter http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/ZuGleich/ZuGleich_Zwischenbericht.pdf

Zick, A. & Küpper, B. (2009). Rechtsextremismus. Erscheinungsformen, Strategien und Ursachen. In A. Beelmann & K. Jonas (Hrsg.), *Diskriminierung und Toleranz* (S. 283-302). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Glossar

b- und β-Gewichte Da in einer →Regressionsanalyse nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle Prädiktoren das Kriterium gleichermaßen gut vorhersagen können, werden die Prädiktoren mit den Regressionskoeffizienten (b-Gewichten) gewichtet, die dann gewissermaßen den Einfluss des jeweiligen Prädiktors (X) auf das Kriterium (Y) messen. Die standardisierte Form der b-Gewichte sind die β-Gewichte.

χ^2-Test Mit einem χ^2 -Test kann die Gleichheit der Verteilungen zweier Variablen getestet werden. Dazu wird das Verhältnis von beobachteten Häufigkeiten zu erwarteten Häufigkeiten der möglichen Werte untersucht. Besteht eine ausreichende Differenz zwischen beobachteten und erwarteten Häufigkeiten, so muss die Nullhypothese (H_o), unter der man die Gleichheit der Verteilungen annimmt, verworfen werden. Im Falle eines nicht signifikanten Ergebnisses kann die Alternativhypothese (H_1) nicht angenommen werden, was die Annahme von der Gleichheit der Verteilungen (H_0) unterstützt. Bei der Verwendung von χ^2 -Tests ist die Stichprobegröße zu beachten, da sich bei großen Stichproben die Wahrscheinlichkeit eines signifikanten Unterschiedes zunehmend erhöht.

Effektstärken Effektstärken bilden ein standardisiertes Verfahren zur Messung des Ausmaßes eines gefundenen Effekts. Sie sind so konstruiert, dass sie unabhängig von der Stichprobengröße berechnet werden können, wenngleich sie stark von der Streuung der Werte abhängen und bei replikativen Messungen unterschiedlich ausfallen können. Es existieren mehrere Maße der Effektstärke, beispielsweise COHENs d oder PEARSONs r (wobei die Werte von r in gleicher Weise interpretiert werden können, wie unter →Korrelation beschrieben). Variiert die Gruppengröße zwischen den untersuchten Gruppen hingegen stark, sollte die stattdessen die Berechnung von COHENs d Anwendung finden.

FISHERs Test auf Gleichheit von Verteilungen Um zu überprüfen, ob zwei Variablen X und Y die gleiche Verteilung vorweisen, kann FISHERs exakter Test auf Gleichheit von Verteilungen gerechnet werden. Er beruht auf einer hypergeometrischen Verteilung und setzt voraus, dass die beiden zu vergleichenden Variablen dichotom sind (also jeweils nur zwei Ausprägungen haben). Dieser Test ist auch für kleine Stichproben einsetzbar.

Korrelation (PEARSON) Eine Korrelation beschreibt einen linearen Zusammenhang zwischen zwei Variablen. Diese Korrelationen sind zunächst rein deskriptiv und deuten auch noch keinen kausalen Zusammenhang an. Korrelationen werden durch den Korrelationskoeffizienten r angegeben, der Werte zwischen -1 und 1 annehmen kann. Eine Korrelation von 1 wird bei einem perfekten positiven

linearen Zusammenhang erreicht (beide Merkmale treten stets in gleicher Ausprägung gemeinsam auf). Eine Korrelation von kleiner Null beschreibt einen negativen linearen Zusammenhang zweier Variablen (je höher die Ausprägung der einen Variable, desto niedriger die Ausprägung der anderen). Erreicht ein Korrelationskoeffizient einen Wert von 0, so bedeutet dies, dass kein linearer Zusammenhang zwischen den Variablen besteht. Jede Korrelation sollte jedoch statistisch bedeutsam sein (d.h. ein zuvor festgelegtes →Signifikanzniveau unterschreiten), um interpretiert werden zu können.

Logik des Hypothesentestens Inferenzstatistische Tests wie der →t-Test dienen dem Zweck, statistische Hypothesen abzusichern. Solche Hypothesen beziehen sich beispielsweise auf Mittelwertsunterschiede zwischen verschiedenen Gruppen oder auf statistische Zusammenhänge zwischen verschiedenen Merkmalen. Prinzipiell wird beim Testen eine Wahrscheinlichkeitsaussage darüber gemacht, ob eine konkrete Hypothese bestätigt werden kann und sich die empirischen Ergebnisse (z.B. ein Mittelwertsunterschied) nicht durch zufällige Schwankungen der erhobenen Daten erklären lassen.
Die Hypothesenprüfung gegenüber Zufallseffekten ist jedoch immer mit Fehlerwahrscheinlichkeiten verbunden, da z.B. auch extreme Mittelwertsunterschiede zufällig auftreten können. Die Wahrscheinlichkeit dafür, dass eine Hypothese fälschlicherweise angenommen wird, wird gemeinhin mit „p“ bezeichnet. Unterschreitet „p“ ein zuvor festgelegtes Fehlerniveau (genannt α-Niveau), wird die Hypothese als bestätigt angesehen. Das Fehlerniveau α wird, soweit nicht anders berichtet, für alle Tests auf .05.

Mann-Whitney-U-Test Der Mann-Whitney-U-Test gehört zur Klasse der nonparametrischen Verfahren. Das bedeutet, dass er wenige statistische Voraussetzungen aufweist. Mit dessen Hilfe werden Unterschiede in den Verteilungen zweier unabhängiger Stichproben geprüft. Wie viele parametrische Tests beruht auch der Mann-Whitney-U-Test auf der Bildung von Rangsummen (dabei wird dem kleinsten Wert der Wert 1 zugewiesen, dem nächstgrößeren der Wert 2 usw.). Unterscheiden sich die Verteilungen in zwei Stichproben nur unwesentlich voneinander, so sollte die Anzahl niedriger und hoher Ränge in etwa gleich groß sein. Die Teststatistik U gibt dabei an, ob dies auch angenommen werden kann oder ob die Hypothese der Gleichheit beider Verteilungen verworfen werden muss. Der Mann-Whitney-U-Test kann dabei als ein nonparametrisches Pendant zum parametrischen *t*-Test angesehen werden.

Mediatoranalyse Eine Mediatoranalyse wird gerechnet, wenn anzunehmen ist, dass der Einfluss einer unabhängigen Variablen (z.B. Motivation) auf die abhängige Variable (z.B. Schulnote) durch eine Mediatorvariable (z.B. Lerndauer) erklärt oder vermittelt („mediiert“) wird. Damit tatsächlich

eine Mediation vorliegen kann, muss der Prädiktor (Motivation) nicht nur signifikant das Kriterium (Schulnote) in einer →Regressionsanalyse vorhersagen, sondern auch den Mediator (Lerndauer). Auch muss der Zusammenhang von Mediator und Kriterium signifikant werden, um als eine vermittelnde Variable interpretiert werden zu können. Wird ein Mediator in ein Mediationsmodell integriert, so ist davon auszugehen, dass sich auch die Höhe des Zusammenhangs (ausgedrückt über →b-Gewichte) zwischen Prädiktor und Kriterium verändert, welcher in einer Mediatoranalyse als indirekter Zusammenhang angegeben wird.

Moderatoranalyse Eine Moderatoranalyse wird durchgeführt, wenn angenommen werden kann, dass der Zusammenhang zwischen einem Prädiktor (z.B. Lerndauer) und einem Kriterium (z.B. Schulnote) durch die Ausprägung einer weiteren Variablen verändert werden kann. Gibt es bei Betrachtung verschiedener Ausprägungen der Moderatorvariable einen signifikanten Unterschied zwischen Prädiktor und Kriterium, so liegt ein Moderationseffekt vor.

Regressionsanalyse, einfache lineare und multiple Regressionsanalysen werden angewandt, wenn in Erfahrung gebracht werden soll, inwiefern eine Variable (hier als Kriterium bezeichnet; z.B. Schulnote) durch eine andere Variable (hier Prädiktor; z.B. Intelligenzquotient) vorhergesagt werden kann. Besteht ein linearer Zusammenhang zwischen Kriterium und Prädiktor, so kann eine Regression auf Grundlage einer linearen Gleichung berechnet werden. Es ist das Ziel, die Varianz einer Variablen (des Kriteriums) durch die Varianz einer anderen Variablen (des Prädiktors) aufzuklären (d.h. zu prüfen, ob die Varianz des Kriteriums „etwas zu tun hat“ mit der Varianz des Prädiktors). Der Anteil der durch den Prädiktor aufgeklärten Varianz an der Gesamtvarianz des Kriteriums wird durch den Determinationskoeffizienten R^2 ausgedrückt. Die →b- bzw. β-Gewichte verweisen auf die Höhe des Zusammenhangs zwischen Prädiktor und Kriterium, indem sie angeben, um wie viele Einheiten sich das Kriterium verändert, wenn sich der Prädiktor um eine Einheit verändert. Werden mehrere Prädiktoren zeitgleich in ein Regressionsmodell integriert (z.B. Intelligenzquotient *und* Motivation zur Vorhersage des Kriteriums „Schulnote“), handelt es sich um eine multiple Regression, wobei die grundlegende Methode aus der einfachen linearen Regression unverändert bleibt.

Signifikanzniveau Das Signifikanzniveau (auch Irrtumswahrscheinlichkeit oder α-Niveau) beschreibt die Wahrscheinlichkeit, mit der die Nullhypothese (H_0) fälschlicherweise verworfen wird (α-Fehler). Bei einseitigen Hypothesentests wird in der Regel ein Signifikanzniveau von .05 (= 5%) festgelegt, da das Auftreten eines α-Fehlers bestmöglich vermieden werden sollte. Unterschreitet der p-Wert eines Tests dieses Niveau, kann mit einer 95%-igen (oder höheren, je nach Signifikanzniveau) Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass ein gefundener Effekt nicht nur auf Zufallsschwankungen

beruht. Die Alternativhypothese (H_1) kann daher mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit angenommen werden. (Siehe auch → Logik des Hypothesentestens)

***t*-Test** Ein Zweistichproben-*t*-Test wird zum Vergleich der Mittelwerte zweier unabhängiger Gruppen gerechnet. Dabei wird im Vorfeld eine Hypothese zum Unterschied der Gruppenmittelwerte aufgestellt und anschließend auf einem festgelegten → Signifikanzniveau getestet. Der *t*-Test setzt u.a. eine Normalverteilung des Merkmals in der Grundgesamtheit voraus, auf die man durch die Stichprobe schließen möchte.

Vertrauensintervall Ein Vertrauensintervall (auch Konfidenzintervall genannt) definiert einen Bereich, in dem sich mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (meist 95%) der theoretische („wahre“) Wert eines Populationsparameters (wie z.B. der Mittelwert) befindet.

ANHANG A: Fragebogen der Schüler_innenbefragung

Fragebogen für die Schüler_innenbefragung

Liebe Schülerin, lieber Schüler,

vielen Dank für deine Teilnahme an dieser Befragung. Dir werden nun einige Fragen gestellt, die du durch einfaches Anklicken mit der Maus beantworten kannst. Es gibt dabei kein Richtig oder Falsch. Antworte so, wie es für dich am besten passt. Auch werden deine Antworten völlig anonym, also ohne zu wissen, wer du bist, gespeichert.
Wenn Du etwas nicht beantworten möchtest, dann klicke einfach auf den „keine Antwort"-Button. Du gelangst jedoch erst auf die nächste Seite, wenn alle Fragen auf der Seite beantwortet wurden und unten der „Weiter"-Button erscheint.
Hast Du Fragen, so kannst du dich jederzeit an den Testleiter wenden.
Viel Spaß!

1. Demographische Angaben

1. Wie alt bist du? _____ Jahre
2. Welches Geschlecht hast du? □ männlich □ weiblich
3. Welche Schulart besuchst du? □ Gymnasium □ Gemeinschaftsschule □ Regionalschule
4. Welche Schulempfehlung hast du? □ Gymnasium □ Realschule/ mittlere Reife □ Hauptschule
5. In welchem Landkreis/ kreisfreien Stadt wohnst du?
   □ Nordfriesland □ Flensburg □ Schleswig-Flensburg
   □ Dithmarschen □ Steinburg □ Pinneberg
   □ Kiel □ Neumünster □ Rendsburg-Eckernförde
   □ Segeberg □ Plön □ ein anderer
6. Bist du in Deutschland geboren? □ ja □ nein → In welchem Land?
7. Sind deine Eltern in Deutschland geboren? □ ja □ nein → In welchem Land?
8. Welcher Religion gehörst du an?
   □ Christentum □ Judentum □ Islam □ keine □ eine andere

Ergänzung im Berufsschulfragebogen:

9. Welche Schulform haben Sie zuletzt besucht?
   □ Förderschule □ Regionalschule □ Gemeinschaftsschule □ (Fach-)Gym.
10. Was ist Ihr höchster bisher erreichter Schulabschluss?
   □ kein Abschluss □ Berufsreife □ mittlere Reife □ ein anderer → welcher?
11. Ihr Ausbildungsberuf ist aus welchem der folgenden Bereiche?
   □ Industrie u. Handel □ Handwerk □ Landwirtschaft □ Schifffahrt
   □ Öffentliches Recht □ Gesundheit □ Berufsvorbereitende Maßnahme
   □ ein anderer Bereich → welcher?

2. Risiko- und Schutzfaktoren

Bitte gib pro Zeile an, ob die folgenden Aussagen auf Dich zutreffen.

	ja	nein	keine Antwort
1. In meiner Freizeit bin ich oft mit meinen Freunden zusammen	☐	☐	☐
2. Ich habe viele Freunde in der Schule	☐	☐	☐
3. Ich habe eigentlich keinen wirklich engen Freund	☐	☐	☐
4. Ich war schon einmal in einem Heim	☐	☐	☐
5. Ich lebe gerade in einem Heim	☐	☐	☐
6. Meine Eltern streiten häufig	☐	☐	☐
7. Meine Eltern leben getrennt	☐	☐	☐
8. Meine Eltern sind immer da, wenn ich sie brauche	☐	☐	☐
9. Mit meinen Eltern kann ich immer reden	☐	☐	☐
10. Meine Eltern legen Wert auf meine Meinung	☐	☐	☐
auch wegen Nichtigkeite	☐	☐	☐
12. Meine Mutter oder mein Vater trinkt zu viel Alkohol	☐	☐	☐
13. Meine Mutter/mein Vater ist arbeitslos	☐	☐	☐
14. Meine Familie ist arm	☐	☐	☐
15. Meine Eltern wollen nur das Beste für mich	☐	☐	☐
16. Im Großen und Ganzen bin ich zufrieden mit mir	☐	☐	☐
17. Ich gehe gern zur Schule	☐	☐	☐
18. Ich freue mich, wenn ich in der Schule eine richtige Lösung für eine Aufgabe weiß	☐	☐	☐
19. Vieles, was ich in der Schule lernen soll, ist nutzlos	☐	☐	☐
20. Meistens sitze ich in der Schule nur die Zeit ab	☐	☐	☐

(Anmerkung: Items im Fragebogen für die Berufsschüler_innen im Präteritum formuliert)

Ergänzung im Berufsschulfragebogen:

21. Ich lebe zur Zeit in einer WG	☐	☐	☐
22. Ich lebe zur Zeit bei meinen Eltern	☐	☐	☐
23. Ich lebe zur Zeit allein	☐	☐	☐
24. Ich lebe zur Zeit mit meinem Partner/in zusammen	☐	☐	☐
25. Ich lebe momentan in einer stabilen Partnerschaft	☐	☐	☐
26. Von meinem derzeitigen Einkommen kann ich - trotz gewisser Einschränkungen - noch gut leben	☐	☐	☐
27. Mein Ausbildungsberuf ist eine sinnvolle Tätigkeit, die ich gern ausübe	☐	☐	☐
28. Meiner eigenen Zukunft sehe ich zuversichtlich entgegen	☐	☐	☐
29. In meiner Freizeit bin ich gern auf Partys o.ä.	☐	☐	☐
30. Mein Alkoholkonsum ist - ehrlich gesagt - eigentlich schon zu hoch	☐	☐	☐
31. Ab und zu konsumiere ich auch illegale Drogen	☐	☐	☐
32. In letzter Zeit habe schon einmal mit Drogen gedealt	☐	☐	☐
33. Ich war schon einmal als Opfer in eine Schlägerei verwickelt	☐	☐	☐
34. Ich war schon einmal als Täter in eine Schlägerei verwickelt	☐	☐	☐
35. Ich bin schon einmal in eine Schlägerei geraten, ohne selbst direkt Angreifen oder Opfer gewesen zu sein	☐	☐	☐
36. Ich wurde schon einmal von einem Menschen mit einer Waffe bedroht oder sogar angegriffen	☐	☐	☐
37. Ich habe schon einmal einen Menschen mit einer Waffe bedroht/ angegriffen	☐	☐	☐

3. Charakter/ Temperament

Nun werden Dir einige Fragen zu deiner Person und deinen Ansichten gestellt.
Gib bitte an, ob die folgenden Aussagen auch auf dich zutreffen:

	überhaupt nicht	eher nein	eher ja	voll und ganz	keine Antwort
1. Ich kann oft gut verstehen, wie es anderen Menschen geht	☐	☐	☐	☐	☐
2. Ich achte sehr darauf, wie es anderen Menschen geht	☐	☐	☐	☐	☐
3. Ich versuche oft, mich in andere Personen hineinzuversetzen, um sie wirklich verstehen zu können	☐	☐	☐	☐	☐
4. Es fällt mir leicht, eine angespannte Situation wieder harmonisch zu machen	☐	☐	☐	☐	☐
5. Wer keine Leistung bringt, wird auch nicht glücklich	☐	☐	☐	☐	☐
6. Das Wichtigste im Leben ist Leistung	☐	☐	☐	☐	☐
7. Rangunterschiede zwischen Menschen sind in Ordnung, da sie zeigen, was man aus seinem Leben gemacht hat	☐	☐	☐	☐	☐
8. Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht	☐	☐	☐	☐	☐
9. Ich möchte immer gern der/die Beste sein	☐	☐	☐	☐	☐
10. Ich bin erst zufrieden, wenn ich besser bin als der Durchschnitt	☐	☐	☐	☐	☐
11. Mein Ziel ist es, immer besser als der Durchschnitt zu sein	☐	☐	☐	☐	☐
12. Eine Reise mit Freunden zu machen bedeutet, dass man sich der Gruppe anpassen muss und somit weniger Spaß hat	☐	☐	☐	☐	☐
13. Wir wären besser dran, wenn sich jeder nur um sich selbst kümmern würde	☐	☐	☐	☐	☐
14. Um anderen überlegen zu sein, muss man zuerst an sich denken	☐	☐	☐	☐	☐
15. Ich denke, dass mein Berufswunsch in Erfüllung gehen wird	☐	☐	☐	☐	☐
16. Ich werde bestimmt einmal einen sicheren Arbeitsplatz finden	☐	☐	☐	☐	☐
17. Ich denke, ich werde eine gesicherte Zukunft haben	☐	☐	☐	☐	☐

4. Gewaltbereitschaft

	ja	nein	keine Antwort
1. Wer mich ernsthaft beleidigt, handelt sich eine Ohrfeige ein	☐	☐	☐
2. Ein bisschen Gewalt gehört manchmal einfach dazu, um Spaß zu haben	☐	☐	☐
3. Ohne Gewalt wäre das Leben viel langweiliger	☐	☐	☐
4. Ich schlage selten zurück, wenn man mich schlägt	☐	☐	☐
5. Wenn ich zeigen muss, was ich drauf habe, würde ich auch Gewalt anwenden	☐	☐	☐
6. Ich habe - ehrlich gesagt - schon Tiere gequält	☐	☐	☐
7. Ich kann mir keinen Grund dafür vorstellen, jemanden zu schlagen	☐	☐	☐
8. Wenn ich Frust habe, würde ich auch mal jemandem eine verpassen	☐	☐	☐
9. Lieber jemandem die Nase einschlagen, als feige zu sein	☐	☐	☐
10. Lieber gebe ich einmal nach, als dass ich mich streite	☐	☐	☐

5. Allgemeines Gewalterleben und Demokratieerleben im Bereich Schule

Nun werden Dir einige Fragen zu deiner Person und deinem Alltag gestellt.
Gib bitte an, ob die folgenden Aussagen auch auf dich zutreffen:

	ja	nein	keine Antwort
1. In meiner Schule werden manche Schüler regelmäßig aufgrund ihres Aussehens (z.B. ihrer Figur) beleidigt	□	□	□
2. In meiner Schule werden manche Schüler regelmäßig aufgrund ihrer Herkunft beleidigt	□	□	□
→ wenn mindestens 1x „Ja“, dann: Du hast in einer oder den beiden vorigen Fragen angegeben, dass an Deiner Schule Schüler aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Herkunft beleidigt werden. Wie verhältst Du dich dabei? □ Ich sage, dass ich es nicht richtig finde □ Ich sage gar nichts und gucke weg □ Ich mache mit			
3. Außerhalb der Schule erlebe ich regelmäßig, dass andere aufgrund ihres Aussehens beleidigt werden	□	□	□
4. Außerhalb der Schule erlebe ich regelmäßig, dass andere aufgrund ihrer Herkunft beleidigt werden	□	□	□
→ wenn mindestens 1x „Ja“, dann: Du hast in einer oder den beiden vorigen Fragen angegeben, dass außerhalb Deiner Schule Schüler aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Herkunft beleidigt werden. Wie verhältst du dich normalerweise, wenn du so etwas mitbekommst? □ Ich sage, dass ich es nicht richtig finde □ Ich sage gar nichts und gucke weg □ Ich mache mit			
5. Keiner meiner Freunde greift zu Gewalt	□	□	□
6. Gewalt findet die Mehrheit meiner Freunde nicht so schlimm	□	□	□
7. In meiner Schule gibt es mindestens einmal pro Woche eine Prügelei	□	□	□
8. Meine Lehrer gehen dazwischen, wenn sich Schüler ernsthaft streiten	□	□	□
9. Meine Lehrer gucken weg, wenn sich Schüler ernsthaft streiten	□	□	□
10. Meine Lehrer bemerken es meistens gar nicht, wenn sich Schüler ernsthaft streiten	□	□	□
11. In der Schule können wir Schüler uns mit einbringen, z.B. bei der Gestaltung der Klassenräume	□	□	□
12. Unsere Lehrer berücksichtigen unsere Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung	□	□	□
13. Die Lehrer gehen auf unsere Fragen ein	□	□	□
14. In meiner Schule gibt es viele Projekte zum Thema „Toleranz“	□	□	□
15. Ich habe es schon einmal erlebt, dass Lehrer deutsche Schüler anders behandelt haben als nicht-deutsche Schüler	□	□	□
16. Meine Lehrer sind freundlicher zu Schülern, die aus Deutschland stammen, als zu nicht-deutschen Schülern	□	□	□
17. In meinem Freundeskreis gibt es wenig ausländische Jugendliche	□	□	□
18. In meinem Freundeskreis werden ausländische Jugendliche nicht sehr gemocht	□	□	□
19. Ich habe schon einmal erlebt, dass meine Freunde ausländische Jugendliche deswegen angepöbelt haben, weil sie nicht deutscher Herkunft sind	□	□	□
20. Ich habe regelmäßig Kontakt zu Personen, die ausländischer Herkunft sind			
→ wenn „Ja“, dann: Du hast in der vorigen Frage angegeben, dass Du regelmäßig Kontakt zu Personen hast, die ausländischer Herkunft sind. Zu den Personen in meinem Umfeld, die ausländischer Herkunft sind, … □ … besteht nur Kontakt, weil ich es mir nicht anders aussuchen kann □ … habe ich teilweise ein sehr enges Verhältnis			

6. a) Rechtsextreme Einstellungen (nur Befragte ohne Migrationshintergrund)

Bei den folgenden Fragen geht es um deine Ansichten zu Menschen in deiner Umwelt und das Zusammenleben mit ihnen. Gib nun bitte an, wie sehr Du den folgenden Aussagen zustimmst.

	überhaupt nicht	eher nein	eher ja	voll und ganz	keine Antwort
Rassismus bzw. Sozialdarwinismus					
1. Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen	☐	☐	☐	☐	☐
2. Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt	☐	☐	☐	☐	☐
Ausländerfeindlichkeit					
3. Wir sollten jeden Ausländer, der in unserem Land leben möchte, willkommen heißen	☐	☐	☐	☐	☐
4. Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland	☐	☐	☐	☐	☐
Demokratieablehnung					
5. Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie	☐	☐	☐	☐	☐
6. Deutschland braucht wieder einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert	☐	☐	☐	☐	☐
Chauvinismus bzw. übersteigerter Nationalismus					
7. Die Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen	☐	☐	☐	☐	☐
8. Deutschland sollte wieder die führende Rolle in der Welt übernehmen	☐	☐	☐	☐	☐
Antisemitismus					
9. Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung in Deutschland mitschuldig	☐	☐	☐	☐	☐
10. Die Juden haben einfach etwas Besonderes an sich und passen nicht so recht zu uns	☐	☐	☐	☐	☐
Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit					
11. Die Muslime in Deutschland sollten das Recht haben, nach ihren eigenen Glaubensgesetzen zu leben	☐	☐	☐	☐	☐
12. Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land	☐	☐	☐	☐	☐
Sexismus					
13. Die Ungleichbehandlung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem	☐	☐	☐	☐	☐
14. Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter konzentrieren	☐	☐	☐	☐	☐
	☐	☐	☐	☐	☐
Die gestellten Fragen empfand ich als ☐ leicht ☐ mittelschwer ☐ schwer	☐	☐	☐	☐	☐

Ergänzung im Berufsschulfragebogen: Antworten auf die "Sonntagsfrage"

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

☐ CDU ☐ SPD ☐ DIE LINKE ☐ Bündnis ´90/ DIE GRÜNEN ☐ FDP ☐ PIRATEN ☐ AfD ☐ NPD ☐ REP
☐ Pro Deutschland ☐ Tierschutzpartei ☐ Die Frauen ☐ Die Rechte ☐ keine Partei ☐ eine andere

6. b) Integrationserleben (nur Befragte mit Migrationshintergrund)

Gib nun bitte an, wie sehr Du den folgenden Aussagen zustimmst.

Die Leute meiner Herkunft, die in Deutschland leben, …	überhaupt nicht	eher nein	eher ja	voll und ganz	keine Antwort
1. … sollten ihre eigene Kultur beibehalten und sich gleichzeitig auch an die deutsche Kultur anpassen	☐	☐	☐	☐	☐
2. … sollten ihre eigene Kultur aufgeben und sich der deutschen Lebensart anpassen, also wie Deutsche denken und handeln	☐	☐	☐	☐	☐
3. …sollten nur unter sich heiraten	☐	☐	☐	☐	☐
4. …sollten stärker unter sich bleiben	☐	☐	☐	☐	☐
5. …sollten nur an ihrer eigenen Herkunft festhalten, obwohl sie in Deutschland leben	☐	☐	☐	☐	☐
6. Ich betrachte Deutschland als meine Heimat	☐	☐	☐	☐	☐
7. Ich fühle mich sehr verbunden mit Deutschland	☐	☐	☐	☐	☐
8. Ich fühle mich in Deutschland fremd	☐	☐	☐	☐	☐
9. Ich werde von den einheimischen Deutschen abgelehnt	☐	☐	☐	☐	☐
10. Die Ungleichbehandlung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem	☐	☐	☐	☐	☐
11. Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter konzentrieren	☐	☐	☐	☐	☐

	keine	wenige	mehr als die Hälfte	sehr viele/ alle
12. Wie viele Freunde deutscher Herkunft hast Du in deinem Freundeskreis?	☐	☐	☐	☐
13. Wie viele Menschen in deiner Nachbarschaft sind Deutsche?	☐	☐	☐	☐

	deutsch	nicht deutsch
14. Welche Sprache wird hauptsächlich genutzt bei:	☐	☐
• Gesprächen mit deinen Freunden	☐	☐
• Beim Fernsehen mit der Familie	☐	☐
• Beim Fernsehen alleine	☐	☐
• Lesen von Zeitschriften/Büchern	☐	☐

7. Wahrnehmung von rechtsextremen Aktivitäten/ Opferperspektive

Nun geht es um Menschen in deiner Umgebung, und zwar um Rechtsextremisten. Rechtsextremisten oder „Rechte" sind oft gegen Ausländer, Behinderte, Homosexuelle, Obdachlose oder Linke.

Bitte gib an, ob die folgenden Fragen auf dich zutreffen:

	ja	nein	keine Antwort
1. Manchmal sehe ich Graffitis oder Parolen, die eindeutig von „Rechten“ stammen	□	□	□
2. In meiner Schule wurden auf dem Schulhof schon einmal CDs von „Rechten“ verteilt	□	□	□
3. In meiner Freizeit engagiere ich mich aktiv in Projekten für mehr Toleranz und Vielfalt in unserer Nachbarschaft	□	□	□
4. Ich bin im Jahr 2013 schon einmal von „Rechten“ beleidigt oder bedroht worden	□	□	□
5. Ich bin im Jahr 2013 schon einmal von „Rechten“ angegriffen worden			

→ wenn mindestens 1x „Ja“, dann:
Du hast angegeben, dass Du im Jahr 2013 schon einmal von „Rechten“ beleidigt und/oder angegriffen wurdest. Woran hast du erkannt, dass es sich dabei um „Rechte“ gehandelt hat?

□ Kleidung
□ Frisur
□ Aussagen/Parolen
□ Tätowierungen, Buttons
□ Ich weiß von anderen, dass die Person/die Gruppe rechts ist
□ Es war einfach mein Eindruck

Wie bist Du mit diesem Erlebnis umgegangen?

□ Ich habe es einer Person, der ich vertraue, erzählt
□ Ich habe mich niemandem anvertraut, da ich keinem traue
□ Ich habe mich niemandem anvertraut, weil ich glaubte, nicht ernst genommen zu werden
□ Sonstiges: _____

6. Meine Freunde sind im Jahr 2013 schon einmal von „Rechten“ beleidigt oder bedroht worden	□	□	□
7. Meine Freunde sind im Jahr 2013 schon einmal von „Rechten“ angegriffen worden	□	□	□

8. Bedrohungs- und Angsterleben

Bitte gib wieder an, ob die folgenden Fragen auf dich zutreffen:

	ja	nein	keine Antwort
1. Ich habe Angst, wenn mir „Rechte“ auf der Straße begegnen	□	□	□
2. Ich habe Angst mich zu wehren, wenn mich „Rechte“ beschimpfen	□	□	□
3. Ich habe Angst vor „Rechten“ in der Schule	□	□	□
4. Ich vermeide Kontakt zu bestimmten Orten, z.B. dem Park oder Bahnhof, damit ich keine Probleme mit „Rechten“ bekomme	□	□	□
5. Ich bin schon einmal von „Rechten“ bedroht worden	□	□	□

9. Kontakt zu Rechtsextremisten

Bitte gib wieder an, ob die folgenden Fragen auf dich zutreffen:

	ja	nein	keine Antwort
1. Ich kenne Personen, die sich als „Rechte“ bezeichnen	☐	☐	☐
→ Wenn ja: Wer sind diese Personen? ☐ Eltern ☐ Bekannte ☐ Geschwister ☐ Nachhilfelehrer ☐ Freunde ☐ Trainer ☐ Lehrer ☐ keine Angabe ☐ andere, nicht genannte Personen			
2. Eine dieser Personen hat schon einmal versucht, mich von ihrer Meinung zu überzeugen	☐	☐	☐
3. Ich habe schon einmal einen Flyer von einer rechten Organisation/Gruppe gelesen	☐	☐	☐
4. Ich war im Internet schon einmal auf der Seite einer rechten Organisation/Gruppe	☐	☐	☐
5. Ich habe schon einmal eine E-Mail von einer rechten Organisation/ Gruppe bekommen	☐	☐	☐
6. Ich habe Musik mindestens einer der folgenden Gruppen gehört: Endstufe, Nordwind, Kraftschlag, Störkraft, Landser	☐	☐	☐
7. Manchmal hänge ich mit Leuten, die sich selbst als „Rechte“ bezeichnen, einfach nur rum	☐	☐	☐
8. Auf meiner Schultasche oder meiner Kleidung habe ich Sticker oder Buttons, um zu zeigen,	☐	☐	☐
9. Ich habe Kleidung bestimmter Marken wie Consdaple, Masterrace, Walhall Germany, Thor Steinar o.ä.	☐	☐	☐
10. Ich bin schon einmal auf einem Konzert von einer rechten Band gewesen	☐	☐	☐
11. In meiner Nachbarschaft gab es schon Aktionen wie Grillfeste oder Fußballturniere, die von rechten Organisationen durchgeführt wurden	☐	☐	☐
12. Ich habe schon an Aktionen rechter Organisationen teilgenommen (Flyer verteilen, Demonstration)	☐	☐	☐
13. Ich bin Mitglied einer rechten Organisation	☐	☐	☐
→ welche: _____			

10. Täterperspektive rechtsextreme Taten

Es gibt Menschen, die anders sind als Du. Sie haben eine andere Hautfarbe, stammen aus einem anderen Land, sind behindert, homosexuell, obdachlos oder haben einfach eine andere politische Meinung.

Ich habe so einen Menschen allein deswegen, weil er behindert, homosexuell oder obdachlos ist oder eine andere politische Meinung hat …

	ja	nein	keine Antwort
1. … schon einmal deswegen angepöbelt	☐	☐	☐
2. … schon einmal deswegen absichtlich etwas kaputt gemacht			
3. … schon einmal deswegen geschlagen oder getreten			
4. … schon einmal deswegen verbal bedroht			
5. … schon einmal deswegen mit einer Waffe bedroht			
→ wenn mindestens 1x „Ja“, dann: Du hast angegeben, dass du einen Menschen, der anders ist als du, schon einmal in irgendeiner Form angegriffen hast.			

Fortsetzung Bereich "Täterperspektive rechtsextreme Taten":

Haben deine Eltern davon erfahren?	☐	☐	☐
Haben deine Freunde davon erfahren?	☐	☐	☐

→ wenn mindestens 1x „Ja“, dann:
Du hast angegeben, dass deine Eltern odFreunde davon erfahren haben.
Wie haben sie darauf reagiert?
☐ Sie fanden das nicht gut
☐ Sie haben nichts dazu gesagt
☐ Sie fanden es völlig in Ordnung
☐ Sie haben komplett unterschiedlich reagiert

Hier ist noch Platz für einen Kommentar…

_____

_____

Vielen Dank für Deine Mitarbeit!

Bitte lasse dieses Programm nun einfach geöffnet und sage dem Umfrageleiter Bescheid, dass Du fertig bist.

ANHANG B: Fragebogen für die Expert_innenbefragung

Fragebogen für die Expertenbefragung

1. Zunächst eine allgemeine Frage zu Rechtsextremismus und Alltagsrassismus in Schleswig-Holstein: Wie ist Ihr Eindruck - hat sich das Ausmaß an Rechtsextremismus (fremdenfeindliche Gewalt, offene Demokratieablehnung etc.) in den letzten 2-3 Jahren verändert?

□ Nein □ Ja → Wenn ja, wie?:

□ stark abgenommen □ abgenommen □ zugenommen □ stark zugenommen

Woran machen Sie Ihren Eindruck fest?_____

_____

_____

2. Konkret auf Ihren Funktionsbereich bezogen:

a) Kamen oder kommen Sie regelmäßig in Kontakt mit den Themen Rechtsextremismus/ Fremdenfeindlichkeit und/ oder Alltagsrassismus?

□ Nein □ Ja

→ Wenn ja, inwiefern? _____

b) Wird, bezogen auf den Themenbereich Rechtsextremismus und Alltagsrassismus, Handlungsbedarf in Ihrem Funktions- oder Tätigkeitsbereich (z.B. auf Seiten Ihrer Vorgesetzten) gesehen?

□ Nein □ Ja

c) Gab oder gibt es diesbezüglich bereits Initiativen oder Interventionen in Ihrem Funktionsbereich (z.B. Projektwochen zum Thema „Toleranz“ in Schulen, Interkulturelle Wochen in Ihrer Kirchengemeinde)?

□ Nein □ Ja

→ Wenn ja, welche?_____

_____

d) Sehen Sie Probleme im Kampf gegen Rechtsextremismus und Alltagsrassismus?

□ Nein □ Ja

→ Wenn ja, welche? _____

_____

_____

e) Sehen Sie eher Handlungsbedarf in anderen nicht-rechtsextremistischen Themenbereichen/ bei anderen Personengruppen?

□ Nein □ Ja

→ Wenn ja, in welchen Bereichen/ bei welchen Personengruppen?_____

_____

_____

3. Stehen Sie bei Ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit in Kontakt mit anderen Funktionsbereichen (z.B. der Polizei, Lokalpolitik), mit denen Sie sich über Präventions- und Interventionsmöglichkeiten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus austauschen können?

□ Nein □ Ja

→ Wenn ja, welche sind es?_____

_____

Im November 2013 verstärkte die Landesregierung in S-H die Zahl regionaler Beratungsstellen für Prävention, Beratung und Fortbildung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus (s. Flyer), so dass neben Kiel auch in Flensburg, Lübeck und Itzehoe drei weitere regionale Beratungsteams (RBTs) gegründet wurden.

4. Wissen Sie bereits von der Existenz dieser RBTs? Sind Sie schon einmal in Kontakt mit dem RBT in Ihrer Region gekommen?

□ Ich habe bisher noch nichts von den RBTs gehört

□ Ich habe bereits von ihnen gehört, hatte aber noch keinen Kontakt zu ihnen

□ Ich habe bereits von den RBTs erfahren u. kam schon in Kontakt mit ihnen

5. Was wünschen Sie sich von den RBTs?/ Welche Erwartungen haben Sie?

_____

_____

6. Würden Sie die Angebote der RBTs nutzen?

□ Nein □ Ja

→ Warum? _____

_____

7. Wie wichtig sind Ihnen die im Folgenden genannten Schwerpunkte bei der **allgemeinen Arbeit** zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung?

	(nicht wichtig)	(kaum wichtig)	(wichtig)	(sehr wichtig)
Netzwerkarbeit	0	1	2	3
Informations- u. Wissensaustausch	0	1	2	3
Projektarbeit	0	1	2	3
Demokratiepädagogik	0	1	2	3
Vermittlungstätigkeit	0	1	2	3

Andere, nicht genannte Schwerpunkte:

_____

_____

Hier ist noch Platz für einen Kommentar von Ihnen: (optional)

_____

_____

_____

_____

Welchen Funktionsbereich vertreten Sie?_____

In welchem Landkreis/ kreisfreien Stadt leben Sie? _____

Ihr Geschlecht: _____ Ihr Alter: _____

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit!

ANHANG C: Tabellen zur Faktorenanalyse

Tabelle 12: Inter-Item-Korrelationsmatrix der Items zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen.

Inter-Item-Korrelationsmatrix
(ALLG und BS zusammen; obere rechte Diagonale: männliche Befragte; untere linke Diagonale: weibliche Befragte; nur Befragte deutscher Herkunft)

	darwin	white_power	auslaender_schuld	d_fuehrer	d_ueberlegen	d_fuehrung	juden_schuld	juden_besonders	muslime_fremd	frauen_herd	inv_auslaender_willkommen	inv_demokratie_gut	inv_muslime_recht	inv_frauen_ungleich
darwin		,45	,38	,39	,43	,39	,34	,36	,27	,34	,20	,05	,22	,01
white_power	,45		,56	,60	,62	,54	,50	,47	,43	,41	,32	,12	,28	-,01
auslaender_schuld	,33	,43		,48	,55	,44	,47	,41	,46	,35	,40	,07	,29	,02
d_fuehrer	,31	,36	,26		,50	,51	,47	,44	,36	,39	,24	,16	,26	-,03
d_ueberlegen	,38	,50	,37	,28		,54	,45	,48	,42	,40	,31	,06	,31	,00
d_fuehrung	,36	,50	,38	,42	,43		,45	,42	,40	,44	,31	,09	,31	-,03
juden_schuld	,35	,43	,39	,35	,36	,40		,57	,41	,41	,23	,16	,22	-,07
juden_besonders	,27	,43	,38	,32	,39	,44	,62		,37	,40	,22	,12	,20	-,10
muslime_fremd	,23	,39	,49	,21	,35	,43	,43	,44		,32	,46	,16	,43	-,07
frauen_herd	,19	,25	,22	,17	,16	,22	,28	,26	,22		,27	,18	,21	,01
inv_auslaender_willkommen	,19	,28	,46	,16	,19	,30	,28	,28	,50	,12		,12	,48	,07
inv_demokratie_gut	,07	,08	,06	,18	,08	,08	,20	,19	,12	,10	,08		,10	,09
inv_muslime_recht	,21	,26	,36	,18	,22	,28	,29	,26	,41	,12	,44	,09		,07
inv_frauen_ungleich	-,06	-,05	-,09	-,01	-,02	-,11	,00	-,02	-,10	-,01	-,07	,10	,04	

Abkürzungen darwin: "Wie in der Natur..."; white_power: "Die Weißen sind zu Recht..."; auslaender_schuld: "Die Ausländer haben Schuld an..."; d_fuehrer: "Deutschland braucht wieder einen Führer..."; d_ueberlegen: "Die Deutschen sind anderen Völkern..."; d_fuehrung: "Deutschland sollte wieder..."; juden_schuld: "Durch ihr Verhalten sind die Juden..."; juden_besonders: "Die Juden haben einfach..."; muslime_fremd: "Durch die vielen Muslime hier..."; frauen_herd: "Frauen sollten sich wieder mehr..."; auslaender_willkommen: "Wir sollten jeden Ausländer..."; demokratie_gut: "Es gibt keine bessere Staatsform..."; muslime_recht: "Die Muslime in Deutschland..."; frauen_ungleich: "Die Ungleichbehandlung von Frauen..."

Tabelle 13: Signifikanzprüfung der Korrelationen in der Inter-Item-Korrelationsmatrix.

Signifikanzen der Korrelationen
(ALLG und BS zusammen; obere rechte Diagonale: männliche Befragte; untere linke Diagonale: weibliche Befragte; nur Befragte deutscher Herkunft)

	darwin	white_power	auslaender_schuld	d_fuehrer	d_ueberlegen	d_fuehrung	juden_schuld	juden_besonders	muslime_fremd	frauen_herd	inv_auslaender_willkommen	inv_demokratie_gut	inv_muslime_recht	inv_frauen_ungleich
darwin		,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,08	,00	,38
white_power	,00		,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,34
auslaender_schuld	,00	,00		,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,02	,00	,29
d_fuehrer	,00	,00	,00		,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,23
d_ueberlegen	,00	,00	,00	,00		,00	,00	,00	,00	,00	,00	,03	,00	,48
d_fuehrung	,00	,00	,00	,00	,00		,00	,00	,00	,00	,00	,01	,00	,21
juden_schuld	,00	,00	,00	,00	,00	,00		,00	,00	,00	,00	,00	,00	,02
juden_besonders	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00		,00	,00	,00	,00	,00	,00
muslime_fremd	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00		,00	,00	,00	,00	,02
frauen_herd	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00		,00	,00	,00	,34
inv_auslaender_willkommen	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00		,00	,00	,02
inv_demokratie_gut	,04	,02	,05	,00	,02	,02	,00	,00	,00	,00	,02		,00	,01
inv_muslime_recht	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,00	,01		,02
inv_frauen_ungleich	,04	,07	,01	,44	,28	,00	,47	,31	,00	,41	,04	,01	,17	

Abkürzungen darwin: "Wie in der Natur..."; white_power: "Die Weißen sind zu Recht..."; auslaender_schuld: "Die Ausländer haben Schuld an..."; d_fuehrer: "Deutschland braucht wieder einen Führer..."; d_ueberlegen: "Die Deutschen sind anderen Völkern..."; d_fuehrung: "Deutschland sollte wieder..."; juden_schuld: "Durch ihr Verhalten sind die Juden..."; juden_besonders: "Die Juden haben einfach..."; muslime_fremd: "Durch die vielen Muslime hier..."; frauen_herd: "Frauen sollten sich wieder mehr..."; auslaender_willkommen: "Wir sollten jeden Ausländer..."; demokratie_gut: "Es gibt keine bessere Staatsform..."; muslime_recht: "Die Muslime in Deutschland..."; frauen_ungleich: "Die Ungleichbehandlung von Frauen..."

ANHANG D: Tabellen zur Berechnung der rechtsextremen Affinität

Tabelle 14: Mittelwert (M) und Streuung (SD) der Werte bei Beantwortung der sieben Items zur Erfassung einer Affinität zu rechtsextremen Einstellungen gentrennt nach dem Landgerichtsbezirk. Ebenfalls Berechnung der Effektstärke d als Maß für die Bedeutsamkeit der jeweiligen Gruppenunterschiede.

		Landgerichtsbezirk Flensburg	**Landgerichtsbezirk Itzehoe**	**Landgerichtsbezirk Lübeck**
Landgerichtsbezirk Kiel	n = 1117 M = 4,18 SD = 3,88	d = 0,20	d = 0,15	d = 0,05
Landgerichtsbezirk Flensburg	n = 599 M = 4,95 SD = 4,10		d = 0,36	d = 0,15
Landgerichtsbezirk Itzehoe	n = 760 M = 3,61 SD = 3,33			d = 0,21
Landgerichtsbezirk Lübeck	n = 711 M = 4,38 SD = 4,05			

Verbale Klassifikation der Effekthöhe: d < 0,2 → kein Effekt; d > 0,2 und d < 0,5 → kleiner Effekt; d > 0,5 und d < 0,8 → mittelmäßiger Effekt; d > 0,8 → großer Effekt (Cohen, 1992)

Tabelle 15: Verteilung der absoluten und relativen Häufigkeiten sowie der kumulierten Prozente der Rechtsextremismus-Skala. Nur Befragte deutscher Herkunft. Summenwerte, die auf eine Affinität zu rechtsextremen Einstellungen hindeuten (11-21), sind farbig unterlegt.

	LG Kiel [a]			LG Flensburg [b]			LG Itzehoe [c]			LG Lübeck [d]		
Summe	Anzahl	%	Kumulierte %	Anzahl	%	Kumulierte %	Anzahl	%	Kumulierte %	Anzahl	%	Kumulierte %
0	155	13,9	13,9	56	9,3	9,3	126	16,6	16,6	99	13,9	13,9
1	160	14,3	28,2	76	12,7	22,0	113	14,9	31,4	88	12,4	26,3
2	134	12,0	10,2	71	11,9	33,9	80	10,5	42,0	95	13,4	39,7
3	133	11,9	52,1	77	12,9	46,7	121	15,9	57,9	89	12,5	52,2
4	118	10,6	62,7	57	9,5	56,3	91	12,0	69,9	76	10,7	62,6
5	99	8,9	71,5	47	7,8	64,1	57	7,5	77,4	57	8,0	70,9
6	92	8,2	79,8	34	5,7	69,8	53	7,0	84,3	46	6,5	77,4
7	51	4,6	84,3	36	6,0	75,8	29	3,8	88,2	32	4,5	81,9
8	41	3,7	88,0	23	3,8	79,6	31	4,1	92,2	25	3,5	85,4
9	29	2,6	90,6	28	4,7	84,3	19	2,5	94,7	26	3,7	89,0
10	18	1,6	92,2	19	3,2	87,5	7	0,9	95,7	17	2,4	91,4
11	26	2,3	94,5	28	4,7	92,2	11	1,4	97,1	9	1,3	92,7
12	16	1,4	96,0	18	3,0	95,2	7	0,9	98,0	16	2,3	94,9
13	12	1,1	97,0	9	1,5	96,7	1	0,1	98,2	11	1,5	96,5
14	4	0,4	97,4	3	0,5	97,2	4	0,5	98,7	6	0,8	97,3
15	5	0,4	97,9	8	1,3	98,5	3	0,4	99,1	5	0,7	98,0
16	3	0,3	98,1	1	0,2	98,7	2	0,3	99,3	5	0,7	98,7
17	5	0,4	98,6	2	0,3	99,0	-	-	99,3	1	0,1	98,9
18	9	0,8	99,4	3	0,5	99,5	2	0,3	99,6	3	0,4	99,3
19	-	-	99,4	-	-	99,5	-	-	99,6	1	0,1	99,4
20	1	0,1	99,5	1	0,2	99,7	2	0,3	99,9	1	0,1	99,6
21	6	0,5	100,0	2	0,3	100,0	1	0,1	100,0	3	0,4	100,0

Gruppengrößen:
[a] n = 1117; [b] n = 599; [c] n = 760; [d] n = 711

Tabelle 16: Antworthäufigkeiten der Rechtsextremismus-Items in Prozent. Ebenfalls dargestellt: Antworthäufigkeiten der „keine Antwort“ - Kategorie sowie Antworthäufigkeiten der Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck 2013. Nur Befragte deutscher Herkunft. Antworten, die auf rechtsextreme Einstellungen hindeuten, sind farbig hervorgehoben.

			...überhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	M	SD	d	"keine Antwort"
		stimme...	(0)	(1)	(2)	(3)				
Rassismus bzw. Sozialdarwinismus										
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen	2014	ALLG [a]	35,6	40,3	18,2	5,9	0,94	0,88	0,16	10,9
	2014	BS [b]	26,4	45,8	21,7	6,1	1,08	0,85		10,1
	2013	LG Lübeck [c]	47,6	27,6	17,8	7,0	0,84	0,95	/	9,2
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt	2014	ALLG	56,3	29,0	10,3	4,4	0,63	0,84	0,20	17,0
	2014	BS	49,0	28,9	15,3	6,8	0,80	0,94		18,4
	2013	LG Lübeck	63,1	20,8	9,6	6,5	0,60	0,91	/	13,8
Ausländerfeindlichkeit										
Wir sollten jeden Ausländer, der in unserem Land leben möchte, willkommen heißen (-)	2014	ALLG	5,2	14,4	39,3	41,1	2,26	0,86	-0,95	7,1
	2014	BS	14,9	38,9	33,1	13,1	1,44	0,90		10,7
Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland	2014	ALLG	43,3	36,8	14,9	5,0	0,82	0,87	0,25	8,7
	2014	BS	34,8	36,2	19,2	9,8	1,04	0,96		10,4
	2013	LG Lübeck	49,9	27,5	14,7	7,9	0,81	0,96	/	7,9
Demokratieablehnung										
Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie (-)	2014	ALLG	9,6	15,1	33,3	42,0	2,08	0,94	-0,18	18,9
	2014	BS	11,1	17,2	41,0	30,7	1,91	0,96		14,8
Deutschland braucht wieder einen Führer,der zum Wohle aller mit starker Hand regiert	2014	ALLG	71,7	15,4	7,0	5,9	0,47	0,86	0,15	9,3
	2014	BS	63,5	19,5	10,9	6,4	0,60	0,92		8,6
	2013	LG Lübeck	70,4	14,0	8,9	6,7	0,52	0,91	/	8,1
Chauvinismus bzw. übersteigerter Nationalismus										
Die Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen	2014	ALLG	39,0	36,8	19,1	5,1	0,90	0,88	0,25	15,8
	2014	BS	28,6	38,8	24,6	8,0	1,12	0,92		10,4
Deutschland sollte wieder die führende Rolle in der Welt übernehmen	2014	ALLG	42,7	35,9	15,5	6,0	0,85	0,89	0,32	16,0
	2014	BS	31,9	34,2	21,4	12,5	1,14	1,00		16,0
	2013	LG Lübeck	33,8	27,5	19,9	18,8	1,24	1,11	/	16,9
Antisemitismus										
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung in Deutschland mitschuldig	2014	ALLG	66,1	25,2	5,9	2,8	0,45	0,73	0,14	15,9
	2014	BS	60,8	27,5	7,2	4,5	0,55	0,82		13,6
	2013	LG Lübeck	67,4	20,0	7,6	5,0	0,50	0,84	/	14,9
Die Juden haben einfach etwas Besonderes an sich und passen nicht so recht zu uns	2014	ALLG	55,7	32,6	8,8	3,0	0,56	0,77	-0,03	16,9
	2014	BS	55,6	37,5	4,0	2,8	0,54	0,71		18,7
	2013	LG Lübeck	73,0	14,1	8,3	4,6	0,44	0,83	/	13,6
Islamfeindlichkeit										
Die Muslime in Deutschland sollten das Recht haben, nach ihren eigenen Glaubensgesetzen zu leben (-)	2014	ALLG	7,3	12,2	35,9	44,6	2,18	0,91	-0,89	9,4
	2014	BS	26,4	26,4	32,2	14,9	1,36	1,03		10,4
	2013	LG Lübeck	8,4	14,4	35,9	41,2	2,10	0,94	/	6,7
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land	2014	ALLG	49,8	27,4	16,2	6,6	0,80	0,94	0,81	7,1
	2014	BS	18,7	28,9	29,6	22,9	1,57	1,04		8,0
	2013	LG Lübeck	53,5	21,9	14,0	10,5	0,82	1,03	/	3,8
Sexismus										
Die Ungleichbehandlung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem (-)	2014	ALLG	20,5	43,2	26,4	9,9	1,26	0,89	0,11	10,0
	2014	BS	14,9	44,1	31,3	9,6	1,36	0,85		8,9
Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter konzentrieren	2014	ALLG	56,5	29,9	9,3	4,4	0,61	0,83	0,26	6,1
	2014	BS	41,3	40,6	11,9	6,3	0,83	0,87		7,4

[a] Anzahl der Befragten deutscher Herkunft an allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2014 = 2518

[b] Anzahl der Befragten deutscher Herkunft an berufsbildenden Schulen im Jahr 2014 = 311

[c] Anzahl der Befragten deutscher Herkunft im Landgerichtsbezirk Lübeck = 718 (Erhebungsjahr 2013 im Rahmen der vorhergehenden Studie)

Tabelle 15: Interkorrelationsmatrix der untersuchten Prädiktoren.

Interkorrelationsmatrix der untersuchten Prädiktoren

	rechtsextr. Einstellg.	Geschlecht	Alter	Landgerichtsbezirk	Schulform	Gewaltbereitschaft	Empathie	HSI	Risiko in Herkunftsfamilie	Interethn. Kontakt	Kontakt zur rechtsextr. Szene	Gewalterleben	Rassismuserleben	Demokratieerleben
rechtsextr. Einstellg.		-,219	,115	-,056	,259	,442	,217	,381	-,023	-,150	,371	-,206	-,376	,167
Geschlecht	-,219		-,098	,031	-,048	-,272	-,249	-,240	-,103	,078	-,141	,067	,080	-,012
Alter	,115	-,098		-,101	,175	,122	,027	,113	-,029	,078	,112	-,071	-,086	,099
Landgerichtsbezirk	-,056	,031	-,101		-,214	-,036	-,005	-,015	,049	,000	-,057	,047	,065	-,068
Schulform	,259	-,048	,175	-,214		,103	,094	,172	-,123	-,012	,114	-,179	-,264	,114
Gewaltbereitschaft	,442	-,272	,122	-,036	,103		,209	,255	-,018	,011	,259	-,154	-,192	,193
Empathie	,217	-,249	,027	-,005	,094	,209		,120	-,056	-,152	,076	-,103	-,095	,088
HSI	,381	-,240	,113	-,015	,172	,255	,120		,031	-,069	,182	-,098	-,166	,052
Risiko in Herkunftsfamilie	-,023	-,103	-,029	,049	-,123	-,018	-,056	,031		-,040	-,050	,137	,150	-,036
Interethn. Kontakt	-,150	,078	,078	,000	-,012	,011	-,152	-,069	-,040		-,012	-,052	,050	,010
Kontakt zur rechtsextr. Szene	,371	-,141	,112	-,057	,114	,259	,076	,182	-,050	-,012		-,179	-,337	,041
Gewalterleben	-,206	,067	-,071	,047	-,179	-,154	-,103	-,098	,137	-,052	-,179		,431	-,198
Rassismuserleben	-,376	,080	-,086	,065	-,264	-,192	-,095	-,166	,150	,050	-,337	,431		-,112
Demokratieerleben	,167	-,012	,099	-,068	,114	,193	,088	,052	-,036	,010	,041	-,198	-,112	